



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

56. Sitzung

5. Wahlperiode

Donnerstag, 20. November 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Fragestunde

– Drucksache 5/1990(neu) –	3, 96
Minister Jürgen Seidel	3, 4, 5, 6, 7
Peter Ritter, DIE LINKE	3, 4
Udo Pastörs, NPD	4, 6, 7, 12
Gino Leonhard, FDP	4
Raimund Borrmann, NPD	4, 6, 8, 10, 11
Gabriele Měšťan, DIE LINKE	5
Sebastian Ratjen, FDP	5, 11, 12
Tino Müller, NPD	5, 6
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	7, 8
Ministerin Heike Polzin	7, 8, 9, 10, 11
Sigrun Reese, FDP	8, 9
Michael Andrejewski, NPD	9, 10
Minister Henry Tesch	11, 12, 13
Stefan Köster, NPD	12
Birger Lüssow, NPD	13
Ralf Grabow, FDP	13, 14
Ministerin Manuela Schwesig	13, 14

Aussprache zum Thema

Bericht der Expertenkommission

„Zukunft der Erziehung und Bildung

unter Berücksichtigung des lebenslangen

Lernens in Mecklenburg-Vorpommern“

14	14
Andreas Bluhm, DIE LINKE	14, 28
Minister Henry Tesch	17
Mathias Brodkorb, SPD	20
Hans Kreher, FDP	23
Birger Lüssow, NPD	25
Ilka Lochner-Borst, CDU	27

Antrag der Fraktion der FDP:

Endgültige Entscheidung über die Zukunft

des Ökologieparks Nieklitz treffen

– Drucksache 5/1968 –	29
Michael Roof, FDP	29, 33
Ministerin Heike Polzin	30
Beate Schlupp, CDU	31
Birgit Schwebs, DIE LINKE	32
Ute Schildt, SPD	32
Stefan Köster, NPD	33

Beschluss	34
-----------	----

Antrag der Fraktion der NPD: Für eine solide Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – Der GKV ein gesundes und nachhaltiges Fundament geben – Drucksache 5/1963 –	34	Udo Pastörs, NPD	63
Stefan Köster, NPD	34, 37	Regine Lück, DIE LINKE	63
Ralf Grabow, FDP	36	B e s c h l u s s	65
B e s c h l u s s	39, 98	Antrag der Fraktion der FDP: Schaffung einer Nationalen Küstenwache – Drucksache 5/1970 –	65
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Überschuldung privater Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern entgegenwirken – Drucksache 5/1954 –	39	Gino Leonhard, FDP	65, 72
Irene Müller, DIE LINKE	39	Ministerin Uta-Maria Kuder	66
Ministerin Manuela Schwesig	41	Dr. Gottfried Timm, SPD	67
Beate Schlupp, CDU	42	Gabriele Měšťan, DIE LINKE	68
Toralf Schnur, FDP	43	Renate Holznagel, CDU	69
Martina Tegtmeier, SPD	44	Tino Müller, NPD	71
Stefan Köster, NPD	45	B e s c h l u s s	72
Torsten Koplín, DIE LINKE	45	Antrag der Fraktion der NPD: Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht angemessen behandeln – Drucksache 5/1965 –	72
B e s c h l u s s	47	Raimund Borrmann, NPD	72, 77
Antrag der Fraktion der FDP: Kostenübernahme für künstliche Befruchtung wieder herstellen – Drucksache 5/1969 –	47	Hans Kreher, FDP	74
Ralf Grabow, FDP	47, 52	B e s c h l u s s	78
Ministerin Manuela Schwesig	48	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Arbeitsplätze durch Klimaschutz und Energiewende – Drucksache 5/1956 –	78
Günter Rühls, CDU	49	Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/2010 –	78
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	49	Wolfgang Griese, DIE LINKE	78
Dr. Margret Seemann, SPD	50	Minister Jürgen Seidel	78
Stefan Köster, NPD	51	Dr. Gottfried Timm, SPD	81
B e s c h l u s s	52	Michael Roof, FDP	83
Antrag der Fraktion der NPD: Keine Steuergelder für Großkonzerne – Drucksache 5/1964 –	52	Vincent Kokert, CDU	83
Udo Pastörs, NPD	52, 56	Raimund Borrmann, NPD	85
Birgit Schwes, DIE LINKE	54	Helmut Holter, DIE LINKE	86
B e s c h l u s s	56	B e s c h l u s s	88
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Landesförderung verstärkt für Existenzsichernde Beschäftigung einsetzen – Drucksache 5/1955 –	57	Antrag der Fraktion der NPD: Antigermanismus bekämpfen – Drucksache 5/1961 –	88
Torsten Koplín, DIE LINKE	57	Tino Müller, NPD	88, 93
Minister Jürgen Seidel	58	Ilka Lochner-Borst, CDU	91
Jochen Schulte, SPD	59	Raimund Borrmann, NPD	94
Michael Roof, FDP	61	Stefan Köster, NPD	95
Günter Rühls, CDU	62	B e s c h l u s s	95
		Nächste Sitzung Mittwoch, 17. Dezember 2008	95

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 56. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind Fragen an die Landesregierung. Da muss man mal gucken, wer alles da ist.)

Und ich rufe zunächst auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Fragestunde.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo sind die denn alle?)

Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/1990(neu) vor.

Fragestunde
– **Drucksache 5/1990(neu)** –

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Der Wirtschaftsminister wird stellvertretend für den Innenminister heute die Fragen beantworten. Und hierzu bitte ich zunächst den Abgeordneten Herrn Peter Ritter der Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 1 und 2** zu stellen. Bitte schön.

Minister Jürgen Seidel: Entschuldigung, Herr Ritter, darf ich noch ein Wort kurz sagen? Frau Präsidentin, weil das gerade kam, ich bitte um Nachsicht, aber sowohl der Innenminister als auch die Justizministerin sind zu den jeweiligen Fachministerkonferenzen unterwegs. Das ist kein böser Wille. Ich bitte um Verständnis.

(Gino Leonhard, FDP, und Michael Roof, FDP:
Das sind zwei! Das sind zwei!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Minister!

Nach Informationen der Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“ e.V. gibt es ein neues Nutzungskonzept des Bundesministeriums für Verteidigung für die Nutzung der Luft-Boden-Schießplätze in der Bundesrepublik Deutschland. Darin wird auch an der Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide festgehalten.

Erste Frage:

1. In dem Konzept werden erstmals die Standorte Rostock-Laage und Neubrandenburg-Trollenhagen offiziell als Bestandteil des Betriebskonzeptes des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide benannt. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorhaben und das neue Konzept?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, der Landesregierung liegt das von der Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“ e.V. erwähnte Konzept des Bundesministeriums der Verteidigung über die Nutzung der Luft-Boden-Schießplätze in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht vor. Eine abschließende Bewertung ist heute demzufolge nicht möglich. Ich kann Ihnen aber versichern, die Landesregierung wird das neue, möglicherweise erweiterte Konzept des BMVg mit aller Sorgfalt prüfen und gegebenenfalls mit aller Konsequenz auch rechtliche Schritte gegen Erweiterungen, insbesondere Einbeziehung von Standorten des Landes, einleiten.

An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass die Landesregierung ganz im Sinne der Koalitionsvereinbarung und der betreffenden Beschlüsse des Landtages bereits gegen die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in Wittstock Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam erhoben hat. Sollte hier das angesprochene Nutzungskonzept Weiterungen vorsehen, die einschneidend Belange des Landes berühren, werden wir daher umso deutlicher den Protest der Landesregierung artikulieren und verdeutlichen, dass wir hiergegen alle erdenklichen politischen und rechtlichen Schritte unternehmen werden.

Peter Ritter, DIE LINKE: Da Ihnen das Nutzungskonzept nicht vorliegt, Herr Minister, ich kann Ihnen das geben, denn der „Freie Himmel“ hat uns das, glaube ich ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Ritter, Sie haben hier keine Bemerkungen abzugeben. Bitte stellen Sie Ihre Fragen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Entschuldigen Sie bitte, Frau Präsidentin, aber das ist wirklich sehr merkwürdig.

Ich stelle die zweite Frage, auch wenn sie schon halbwegs beantwortet ist in der ersten.

2. Welche Schritte hat die Landesregierung unternommen oder will sie unternehmen, um im Sinne der Beschlüsse des Landtages gegen die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums Protest einzulegen?

Minister Jürgen Seidel: Aus den einschlägigen Artikeln der Tagespresse zum Luft-Boden-Schießplatz ableitend hat der Ministerpräsident gegenüber der Deutschen Presse-Agentur unmittelbar und unmissverständlich das Nein der Landesregierung zum Luft-Boden-Schießplatz unterstrichen und alle Planungen in Richtung einer militärischen Nutzung abgelehnt.

Die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und von Brandenburg haben wiederholt an den Bundesminister für Verteidigung appelliert, von der Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes Abstand zu nehmen und der Region Planungssicherheit für die begonnenen wirtschaftlichen Entwicklungen mit einem naturnahen Tourismus zu ermöglichen. Gerade die zuletzt im Juli 2007 gegen das Bundesministerium ergangenen Gerichtsentscheidungen hätten nach unserer Auffassung zumindest die Chance geboten, die Planung zu überprüfen und den Einstieg aus dem Ausstieg der militärischen Nutzung vorzunehmen.

Wir bedauern sehr, dass diese Chance nicht genutzt wurde und stattdessen, sofern jetzt die Presseberichte stimmen, die Planungen für die Kyritz-Ruppiner Heide noch ausgeweitet werden sollen. Die Landesregierung, das will ich Ihnen versichern – genauso natürlich den Bürgerinnen und Bürgern des Landes –, wird sich mit aller Kraft gegen eine Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes wehren. Aufgrund der aktuellen Berichte stimmt die Landesregierung derzeit eine neue gemeinsame Initiative gegenüber der Bundesregierung mit der Landesregierung Brandenburg ab.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die können Sie stellen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Minister Seidel, ich achte die Aktivitäten der Landesregierung, möchte Sie aber fragen, ob Sie zum Beispiel auch den letzten Landesparteitag der CDU genutzt haben, um diese Position auch der Bundeskanzlerin klar und deutlich rüberzubringen, die an Ihrem Parteitag teilgenommen hat?

Minister Jürgen Seidel: Ja, ich habe mit der Bundeskanzlerin über das Thema gesprochen, auch angekündigt, dass diesbezüglich wir ein solches Ersuchen haben, ein Gespräch erbitten. Und ich werde sehen, wie das jetzt weiterläuft. Wir werden nach wie vor klar und deutlich machen, dass eine solche Entwicklung dort in der Kyritz-Ruppiner Heide den Interessen des Landes, aber im Übrigen auch den Planungen des Landes total widerspricht. Sie kennen ja auch die entsprechenden Aktivitäten.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Fraktionsvorsitzenden der NPD-Fraktion. Bitte, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Seidel, wie erklären Sie sich, dass auch die Ihrige Regierung Zustimmung signalisiert bei immer mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Landesregierung hergeht und den Streitkräften die Voraussetzungen, mit hohem Ausbildungsstand an solchen wie wir meinen unsinnigen Auslandseinsätzen ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, das ist keine Zusatzfrage. Die Frage kann ich nicht zulassen.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Leonhard, Fraktion der FDP, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Das finnische Energieunternehmen Fennovoima Oy plant in Finnland den Bau eines Kernkraftwerkes. Nach Paragraf 9b Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung kann eine Behörde eines Staates von einem anderen Staat die Zusendung der Projektinformationen verlangen, wenn das dortige Projekt erhebliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben kann.

Ich frage die Landesregierung:

3. Sieht die Landesregierung durch den Bau des Kernkraftwerks in Finnland erhebliche Umweltauswirkungen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter Leonhard, das finnische Energieunternehmen Fennovoima Oy – das ist ein bisschen schwer auszusprechen, ich bitte um Nachsicht – beabsichtigt, ein neues Kernkraftwerk zu errichten, und untersucht derzeit die Auswirkungen des Baus auf die Umwelt an drei alternativen Standorten.

Unser Land beteiligt sich in diesem Zusammenhang an der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Grundlage unserer Beteiligung ist das internationale Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Raum, die sogenannte Espoo-Konvention.

Nachdem Finnland im Februar 2008 die Projektinformation (das UVP-Programm) sowie im letzten Monat die

Dokumentationsunterlagen übersandt hat, wird derzeit aus Sicht des Landes geprüft, ob das Vorhaben voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen in unserem Land haben kann. Abschließend können wir diesbezüglich noch keine Wertung abgeben.

Gino Leonhard, FDP: Wann rechnen Sie mit einer Stellungnahme?

Minister Jürgen Seidel: Da bitte ich um Verständnis, ich gehe davon aus, dass es auf jeden Fall vor Weihnachten sein wird. Ich drücke mich jetzt sehr vorsichtig aus, weil ich das im Moment nicht ganz übersehen kann.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Sie wollen jetzt die nächste Frage stellen?

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin, ja, wenn ich darf.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Dann würde ich, weil ich glaube, es gibt eine weitere Zusatzfrage zu dieser Frage, Herrn Abgeordneten Borrmann das Wort erteilen.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister, haben Sie in den Unterlagen Kenntnis über die Endlagerung atomarer Brennstäbe, nehme ich mal an, oder Kugeln? Ist da irgendetwas aufgeführt für das Kraftwerk?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, ich bin jetzt nicht bereit, über einzelne Details aus den Unterlagen hier zu sprechen. Dann hätte die Frage von vornherein anders gestellt werden müssen. Insofern bitte ich um Verständnis. Wir gehen sehr verantwortungsvoll mit den entsprechenden Informationen um. Wir werden eine Bewertung vornehmen, so, wie ich das angekündigt habe, und dann wird auch sicherlich diese Frage beantwortet.

Raimund Borrmann, NPD: Können Sie mir das schriftlich geben?

Minister Jürgen Seidel: Das wird sicherlich möglich sein.

Gino Leonhard, FDP: Dann erübrigt sich fast meine zweite Frage, Herr Minister. Ich bitte Sie nur hier eindringlich, dass dann auch das Hohe Haus Kenntnis von der Stellungnahme erlangt. Vielen Dank.

Minister Jürgen Seidel: Das nehme ich gern mit.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich mache an dieser Stelle noch mal aufmerksam auf Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung, wo die Fragestunde definiert ist. Die Abgeordneten haben die Möglichkeit, Fragen an die Landesregierung zu stellen,

(Udo Pastörs, NPD: Aber keine unbequemen!)

und zwar die Fragen, die sie vorher schriftlich eingereicht haben. Und die Abgeordneten haben die Möglichkeit, derjenige, der gefragt hat, bis zu zwei Zusatzfragen zu stellen. Es gibt die Möglichkeit, weitere Zusatzfragen von anderen Abgeordneten aus dem Haus zuzulassen. Die Nachfragen, die Zusatzfragen müssen sich aber in jedem Fall auf die Frage beziehungsweise die Antwort, die gegeben wurde, beziehen. Das will ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich sagen.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Auch hier wird Minister Seidel antworten. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Měšťan, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Frau Präsidentin, gestatten Sie, dass ich beide Fragen im Zusammenhang stelle, denn sie können auch im Zusammenhang beantwortet werden.

Herr Minister!

In den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes werden Jahresmitarbeitergespräche geführt. Sie werden auf Erfassungsbögen dokumentiert und in einer sogenannten Sammelstatistik abgelegt. Näheres dazu ist im Einführungs-erlass zum Jahresgespräch vom 14. September 2006 geregelt.

Meine Fragen:

5. Bestehen nach Auffassung der Landesregierung gegen den Umgang mit den gesammelten Daten aus den Jahresmitarbeitergesprächen datenschutzrechtliche Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die Paragraphen 6 und 8 unseres Landesdatenschutzgesetzes?
6. Wenn nicht – das ist meine zweite Frage –, aus welchen konkreten Gründen?

Minister Jürgen Seidel: Frau Abgeordnete, nein, dazu bestehen keine Bedenken. Nach dem Einführungs-erlass vom 14.09.2006 bleibt der eigentliche Inhalt des Jahresgesprächs vertraulich, wird also weder in die Personalakten aufgenommen noch ohne Einwilligung weitergeleitet. Erhoben im datenschutzrechtlichen Sinne wird somit lediglich die Information, dass ein Jahresgespräch geführt wurde und dass es angeboten oder abgelehnt beziehungsweise darauf verzichtet wurde. Diese Information wird in der Sammelakte aufbewahrt. Die Informationen dieser Sammelakte werden lediglich zur Erstellung der anonymisierten jährlichen Statistik genutzt. Auch diese Informationen werden nicht in die Personalakte aufgenommen.

Rechtsgrundlage für diese Datenerhebung ist Paragraph 35 Absatz 1 DSGVO, da die Erfassung des Umstandes, ob einem Mitarbeiter ein Gespräch angeboten und dieses auch durchgeführt wurde, zur Umsetzung des Personalentwicklungsinstruments, das nennt sich dann Jahresgespräch, erforderlich ist. Dadurch, dass im weiteren Ablauf die statistische Auswertung und Weiterleitung der erhobenen Daten in anonymisierter Form erfolgt, ist es ausgeschlossen, dass andere Stellen von den personenbezogenen Daten Kenntnis erhalten. Da die Datenerhebung auf Paragraph 35 desselben Gesetzes gestützt ist, ist eine Einwilligung der Betroffenen nach Paragraph 8 nicht erforderlich. Paragraph 6, das betrifft dann das Datengeheimnis, ist nicht berührt, da die Datenverarbeitung zu einem zulässigen Zweck erfolgt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP, die **Frage 7** zu stellen.

Sebastian Ratjen, FDP: Herr Minister!

7. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten im Justizbereich, die durch die steigende Anzahl von Prozessen im Zusammenhang mit ALG-II-Bescheiden entstehen?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, zusätzliche Personalkosten für Landesbedienstete sind durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende bisher nicht entstanden, da die Personalmehrbedarfe in der

Sozialgerichtsbarkeit durch Umschichtungen aus anderen Gerichtsbarkeiten, insbesondere aus der sogenannten ordentlichen Gerichtsbarkeit, gedeckt worden sind.

Durch die in der Tat große Anzahl der sogenannten Hartz-IV-Verfahren sind allerdings Mehrausgaben im Sachhaushalt entstanden, die besonders bei der Prozesskostenhilfe zu verzeichnen sind. 2004, im letzten Jahr vor Inkrafttreten der sogenannten Hartz-IV-Regelung, ist in der Sozialgerichtsbarkeit in 366 der insgesamt erledigten Verfahren Prozesskostenhilfe gewährt worden. Die Ausgaben für Prozesskostenhilfe im Jahr 2004 betragen in der Sozialgerichtsbarkeit circa 120.000 Euro.

In den Folgejahren haben sich sowohl die Fallzahlen als auch die Ausgaben stetig erhöht. Im Jahr 2007 ist in 911 der insgesamt erledigten Verfahren Prozesskostenhilfe gewährt worden. Die Ausgaben betragen im selben Zeitraum 300.000 Euro. 2008 werden voraussichtlich über 400.000 Euro Prozesskostenhilfe in der Sozialgerichtsbarkeit verausgabt werden.

Diese Zusätze, die mit den gestiegenen Eingangszahlen korrespondieren, sind weitgehend auf die – wie wir sie hier nennen – Hartz-IV-Verfahren zurückzuführen. Darüber hinaus fallen Mehrkosten zum Beispiel beim Geschäftsbedarf oder bei Entschädigungen der ehrenamtlichen Richter an, die sich im Einzelnen ohne Einzelauswertung der Gerichtsakten nicht ermitteln lassen.

Sebastian Ratjen, FDP: Zusatzfrage: Könnten Sie sich vorstellen, dass das Modell, das in der Hansestadt Greifswald jetzt beschlossen wurde, einen Ombudsmann für die Arge einzuführen, hier in größerem Maße Entlastung schaffen könnte?

Minister Jürgen Seidel: Da bitte ich jetzt um Verständnis, ich beantworte ja die Frage bekanntermaßen in Vertretung der Justizministerin. Ich traue mir jetzt nicht zu, das fachlich entsprechend zu bewerten. Wenn Sie Wert darauf legen, denke ich, sollten wir das schriftlich beantworten.

Sebastian Ratjen, FDP: Noch eine Zusatzfrage: Könnten Sie sich vorstellen, dieses Modell positiv, unterstützend zu begleiten?

Minister Jürgen Seidel: Also wenn das Modell positiv ist und fachlich auch vernünftig bewertet wird, dann kann ich mir das gut vorstellen, ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

Laut Amtsblatt des Amtes Usedom-Süd in Nepermin (Gemeinde Benz auf der Insel Usedom) sollen umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt werden. Die Projektplanung befindet sich nach einer zweiten Änderung in der öffentlichen Auslegung. Die Vorstellungen für den Bebauungsplan „Nepperminer See“ entlang der Achterwasserpromenade sehen mehrere Ferienwohnanlagen mit Parkplatzflächen für Einkaufsläden, einen Aussichtsturm, eine Bernsteinschleiferei, eine Glasbläserei und eine Fischräucherei vor.

8. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Förderhöhe und über die Förderlöcher vor, aus denen das Vorhaben bezuschusst werden soll?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, der Landesregierung liegen bisher keine Erkenntnisse über Förderungen im Bereich des Bebauungsplanes „Nepperminer See“ vor. Auch Förderanträge von Privatpersonen, die dort investieren wollen, liegen im LFI bislang nicht vor.

Tino Müller, NPD:

9. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über Privatpersonen vor, die als Käufer exponierter Nepperminer Grundstücke einen Antrag zur Förderung beim Landesförderinstitut gestellt haben und wenn ja, welche?

Minister Jürgen Seidel: Also ich meinte, das eben, glaube ich, beantwortet zu haben. Es liegen diesbezüglich keine Anträge vor. Insofern kann ich Ihnen demzufolge auch da nichts sagen.

Tino Müller, NPD: Gut, den Medien konnte man entnehmen, dass der Innenminister ...

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Müller, ich habe eben das Verfahren für die Fragestunde erklärt. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie das jetzt ganz bewusst missachtet haben.

(Udo Pastörs, NPD: Quatschen Sie die Leute nicht so an!)

Herr Fraktionsvorsitzender Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben hier nicht das Verhalten des Präsidiums zu bewerten.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 10 und 11** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Seidel!

10. Laut Medienberichten soll der russische Ministerpräsident den Bau der Ostseegaspipeline infrage gestellt haben.

Was hat die Landesregierung bisher unternommen, um die Vorbehalte unserer direkten östlichen Nachbarn gegen den Bau der Gaspipeline bis Lubmin abzubauen?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, nach meinem Verständnis ist unser direkter östlicher Nachbar das Land Polen.

Udo Pastörs, NPD: Sie vergessen Königsberg.

Minister Jürgen Seidel: Die Aussagen können ja aber eventuell auch auf andere Ostseeanrainerstaaten bezogen werden. Das Nordstream-Projekt unterliegt der Espoo-Konvention, die wir ja heute schon einmal hatten, zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung, weil es in der Anlage 1 zur Konvention als Projekt aufgeführt ist. Zur Koordinierung der Pflichten aus der Konvention wurde in 2006 eine internationale Arbeitsgruppe gebildet. Vertreter der deutschen Seite sind das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, das Bundesumweltministerium und das Bergamt Stralsund als Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern und auch gleichzeitige Genehmigungsbehörde.

Als erster Schritt wurde einvernehmlich festgelegt, dass nicht nur die Staaten betroffen sind, durch deren Territorialgewässer beziehungsweise ausschließliche Wirtschaftszone die Trasse direkt verläuft, sondern auch Estland, Lettland, Litauen und Polen als betroffene Staaten gelten, weil grenzüberschreitende Umweltauswirkungen auch auf diese Staaten nicht ausgeschlossen werden können und weil dadurch auch der Forderung nach entsprechender Transparenz Rechnung getragen werden sollte.

Alle betroffenen Staaten haben seitdem an allen Sitzungen der Arbeitsgruppe teilgenommen. Dadurch ist nach meinem Erachten auch sichergestellt, dass Anregungen, Hinweise, Forderungen vorgetragen werden können und also ein umfassender Kenntnisstand gewährleistet wird. Dabei ist es unsere Aufgabe, eventuelle Vorbehalte abzubauen, auch darauf hinzuwirken, dass die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsuntersuchung den Anforderungen der Konvention sowie dem nationalen und EU-Recht entspricht. Das trifft auch auf die übrigen betroffenen Staaten, einschließlich Polen, zu und wurde bisher in sehr konstruktiver Weise erledigt.

Aufgabe des Vorhabenträgers, also der Nordstream, ist es, entsprechende Forderungen und Hinweise der betroffenen Staaten einschließlich Polens aufzunehmen und dann auch in den Antragsunterlagen zu berücksichtigen.

Der Entwurf der grenzüberschreitenden UVU liegt inzwischen vor und wird in den nächsten Sitzungen am 05.12. in Kopenhagen und am 15./16.12. in Zürich abschließend besprochen. Ich denke, da können dann auch alle Probleme diesbezüglich, hoffe ich zumindest, ausgeräumt werden.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Erwarten Sie, dass durch die Probleme nach 2010 Versorgungsengpässe entstehen dadurch, dass durch diese Pipeline mehr als zehn Prozent des gesamten Verbrauchs der Europäischen Union an Gas zu erwarten ist?

Minister Jürgen Seidel: Also ich meine, das ist jetzt zwar wieder eine andere Problematik, aber das ist ja offensichtlich der Stil. Ich gehe nicht davon aus, dass durch den Bau der Nordstream und durch die Lieferung von Gas in Richtung Europa diesbezüglich Probleme entstehen, wie Sie sie gerade schildern.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Wie viel Kapazität von den von mir genannten zehn Prozent erwartet die deutsche Wirtschaft nach 2010 aus dem Projekt?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, der Minister hat es eben schon gesagt, es geht hier darum, Zusatzfragen zu der Ursprungsfrage zu stellen beziehungsweise zu der Antwort, die der zuständige Minister gibt. Das war auch in diesem Fall nicht der Fall. Deswegen lasse ich diese Frage nicht zu.

Ich erteile Herrn Borrmann das Wort für eine weitere Zusatzfrage.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister, welche rechtlichen Möglichkeiten sehen Sie bei den östlichen Nachbarn beziehungsweise bei den betroffenen Staaten, ihre Vorbehalte auch rechtlich durchzusetzen gegen den Bau der Pipeline zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Minister Jürgen Seidel: Da müssten Sie sich informieren, eben genau im Rahmen der Espoo sind diese Rechte und Pflichten niedergelegt. Deswegen sitzt man ja zusammen und bespricht und hat festgelegt, dass die Betroffenheit der Länder genauso zu sehen ist – also der, die ich nannte – wie der Länder, wo also unmittelbar die Leitung auf deren Territorien verläuft. Ich glaube, dass damit von der rechtlichen Seite den Ansprüchen der Länder auch Rechnung getragen wird und für sie die Möglichkeit besteht, am Ende sogar über EU-Instanzen ihre Rechte wahrzunehmen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, stellen Sie Ihre Frage 11.

Udo Pastörs, NPD:

11. Die vorgesehene neue Verordnung zur Änderung der Bäderverkaufsordnung ruft bei den Betroffenen erhebliche Bedenken hervor. So sollen unter anderem die Sonntagsöffnungszeiten erheblich reduziert werden.

Aus welchen verfassungsrechtlichen Gründen soll die Verordnung zur Änderung der Bäderverkaufsordnung geändert werden?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, wenn Sie die Zeiten ansprechen, das war ja, glaube ich, eben so die Frage, und wenn Sie eine halbe Stunde Veränderung der Öffnungszeit als erheblich ansehen, dann entspricht das nicht meinen Erfahrungen und im Übrigen auch nicht den Erfahrungen der Händler. Bitte gehen Sie davon aus, dass wir einen sehr engen Kontakt zum Einzelhandelsverband haben und natürlich auch solche Dinge, bevor wir sie denn entsprechend festlegen, auch mit den jeweiligen Fachverbänden besprechen.

Aber ich will Ihnen gern noch einmal sagen, dass die Verordnung zur Änderung der Bäderverkaufsverordnung, die haben Sie ja angesprochen, nicht geändert werden soll. Die ist jetzt am 12. November verkündet worden und mit Wirkung vom 13. November in Kraft getreten.

Gemäß Präambel dient das Ladenöffnungsgesetz der Schaffung flexibler Rahmenbedingungen für das gewerbliche Verkaufen von Waren und damit zusammenhängend der Sicherung der sozialen Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gleichzeitig ist dem verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutz nach Artikel 9 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Artikel 140 Grundgesetz, Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung Rechnung zu tragen. Daher wurden die Voraussetzungen und Bedingungen, nach denen gemäß Paragraph 10 des genannten Gesetzes ausnahmsweise der gewerbliche Verkauf zugelassen werden kann, noch einmal überprüft, und die Bäderverkaufsordnung ist entsprechend, wie ich es schon sagte, hinsichtlich der Öffnungszeit und des Warenangebotes konkretisiert worden.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Ist nach Erlass der neuen Verordnung mit Erledigungserklärung beider Seiten zu rechnen oder rechnen Sie damit, dass es eine Erledigungsfeststellungsklage gibt?

Minister Jürgen Seidel: Ja, ich bin natürlich nicht das Gericht, das muss ich klar sagen.

Udo Pastörs, NPD: Ich frage ja auch nicht ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, Sie haben das nicht zu kommentieren.

Minister Jürgen Seidel: Ich habe die Hoffnung, ...

Udo Pastörs, NPD: Ganz ruhig bleiben!

Minister Jürgen Seidel: ... und in dieser Zielrichtung haben wir ja auch die Änderung vorgenommen, dass wir, sagen wir mal, mit einer Erledigungsfeststellung am Ende rechnen können. Es wäre noch besser, dass beide Partner dies dann feststellen würden in dem Rechtsstreit. Und jetzt müssen wir einfach schlichtweg abwarten, wie die Entscheidung ausfällt.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Seidel.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Stellvertretend für den zuständigen Minister wird die Finanzministerin Frau Polzin antworten. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Professor Dr. Fritz Tack, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 12 und 13** zu stellen.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Frau Ministerin!

Die erste Frage:

12. Welche Notwendigkeit sieht die Landesregierung für eine zusätzliche Unterstützung der Agrarwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern angesichts der schwierigen Konjunkturlage?

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrter Herr Professor Tack, ich will versuchen, im Namen des Ministers die Antwort vorzutragen.

Die Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind gut aufgestellt. In vielen Kennziffern belegen sie vordere Plätze im Bundesmaßstab. Die überdurchschnittlich guten Ernten in den vergangenen Jahren sowie ein gezieltes Kostenmanagement haben dazu beigetragen, dass sich die schwierige Konjunkturlage bisher nur bedingt auf Landwirtschaftsbetriebe auswirkt.

Um die Liquidität der landwirtschaftlichen Unternehmen zu stärken, werden die Direktbeihilfen aus der ersten Säule der GAP noch im Dezember ausgezahlt. Am 29. Dezember 2008 erhalten die Landwirte 415 Millionen Euro EU-Mittel. Die Zahlung für Agrarumweltmaßnahmen sowie für die Ausgleichszulage sind bereits erfolgt und Mittel in einer Größenordnung von 35,8 Millionen Euro ausgezahlt worden, davon allein für den Ökolandbau 13,9 Millionen.

Die investive Förderung der Landwirtschaftsbetriebe ist und bleibt das Herzstück der Unterstützung durch die Landesregierung. Alle bewilligungsreifen Förderanträge werden beschieden, ein Investitionsstau ist nicht zu verzeichnen. Im laufenden Haushaltsjahr werden 18,2 Millionen Zuschüsse an 290 Betriebe ausgezahlt, was einem Investitionsvolumen von rund 87 Millionen Euro entspricht. Weitere 13,8 Millionen sind durch Verpflichtung für die nächsten beiden Jahre bereits gebunden. Investiert wird hierbei vor allem in die Modernisierung von Stallanlagen.

Bezeichnend für die Liquidität der landwirtschaftlichen Unternehmen ist es, dass nur für drei Förderfälle Bürgschaften beantragt wurden. Und sehr erfreulich ist es, dass entgegen dem allgemeinen Trend ein verstärktes

Engagement der Banken in der Landwirtschaft zu verzeichnen ist. Dies gilt für die Finanzierung von Investitionen und den Bodenankauf gleichermaßen.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage dazu: Sind von dieser positiven Aussage auch betroffen die verarbeitenden Betriebe, also die Milchwirtschaftsbetriebe und so weiter?

Ministerin Heike Polzin: Herr Professor Tack, ich werde diese und weitere Zusatzfragen gerne mitnehmen an den zuständigen Minister.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke sehr.

Die zweite Frage:

13. Wie beurteilt die Landesregierung das Vorhaben der Bundesregierung, ein Konjunkturprogramm aufzulegen, ohne die Interessen der Land- und Forstwirtschaft zu berücksichtigen?

Ministerin Heike Polzin: Dies, sehr geehrter Abgeordneter, scheint nur auf den ersten Blick so, denn sie sind nicht explizit erwähnt. In dem von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpaket finden wir aber bei genauerer Betrachtungsweise ebenso Maßnahmen, die für diesen Wirtschaftszweig wirken können.

Zum einen ist in diesem Zusammenhang die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter zu nennen, die unmittelbar auch Unternehmen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei zugute kommt. Zum anderen werden die Bundesmittel für die GAK von 660 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr um 40 Millionen auf 700 Millionen Euro im Jahr 2009 erhöht. Diese Aufstockung wurde jedoch bereits vor dem Konjunkturpaket beschlossen und schließt die Bundesmittel für den Sonderrahmenplan Küstenschutz in Höhe von 25 Millionen ein.

Teilweise wirken für die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei und den ländlichen Raum ebenfalls noch die Aufstockung der Mittel für das CO₂-Minderungsprogramm um 3 Milliarden Euro und die Verstärkung der Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen in gleicher Höhe, in Einzelfällen ebenso die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 auf 18 Monate und steuerliche Erleichterungen und Sonderabschreibungen für Investitionen.

Realistisch betrachtet werden aber Investitionsanreize und Fördermöglichkeiten im Bereich der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie Fischerei weiterhin in erster Linie über den Förderhaushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz gesichert werden müssen. Dass die Förderpolitik in diesem Bereich Wirkung zeigt, unterstreichen die bereits dargestellten Faktoren zur vorherigen Frage.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke sehr.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Zur Frage 12 von Professor Tack: Welche zusätzlichen finanziellen Mittel ist die Landesregierung bereit, zur Unterstützung agrarwirtschaftlicher beziehungsweise verarbeitender Betriebe aufzubringen, falls es bei der Finanzierung durch Bankenausfälle zur Nichtbereitstellung von Finanzmitteln kommt?

Ministerin Heike Polzin: Herr Abgeordneter Borrmann, das wird sich im Kontext der konkreten Fälle entscheiden. Und im Übrigen würde ich gerne dem Fachminister an dieser Stelle nicht vorgreifen wollen und auch diese Frage mitnehmen.

Raimund Borrmann, NPD: Zusatzfrage zur Frage 13: Welchen direkten Einfluss hat die Landesregierung Ihres Erachtens auf die Bundesregierung bei krisenhaften Entwicklungen wie gerade in der Fischwirtschaft?

Ministerin Heike Polzin: Ich verweise auf meine Antwort von vorhin.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD –

Stefan Köster, NPD: Armutzeugnis. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Raimund Borrmann, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP, die **Frage 14** zu stellen.

Sigrun Reese, FDP: Frau Ministerin!

14. Am 5. November 2008 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes in Zweiter Lesung über die geplanten Neuregelungen für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln abgestimmt.

Welche Auffassung vertritt die Landesregierung in Bezug auf die geplante Änderung der EU-Pflanzenschutzrichtlinie?

Ministerin Heike Polzin: Der Bundesrat hat sich bereits mit dem Bundesratsbeschluss 528/06, also vom September 2006, zu dieser Thematik positioniert. Der Neuregelung des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln über eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates wurde darin grundsätzlich zugestimmt. Gleichzeitig hat der Bundesrat die Bundesregierung gebeten, bei den weiteren Verhandlungen unter anderem folgende wesentliche Forderungen einzubringen:

- die Berücksichtigung und Regelung von Parallelimporten nach vereinfachten Verfahren gemäß dem deutschen Pflanzenschutzgesetz
- das Vorgehen zu ändern, alle als bedenklich eingestuft Wirkstoffe bei einer vergleichenden Bewertung durch andere Wirkstoffe oder auch nicht chemische Verfahren zu ersetzen, obwohl sie unabhängig voneinander die strengen EU-Zulassungskriterien erfüllt haben

Ohne ausreichende und im Wirkungsspektrum verfügbare Pflanzenschutzmittel, die natürlich hohen Sicherheitskriterien entsprechen müssen, sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Gesunderhaltung der Pflanzen und damit die Erhaltung der Ertragsleistung in der Landwirtschaft und die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, Futtermitteln und anderen Rohstoffen für die Industrie nicht möglich.

Die Landesregierung setzt sich deshalb bei der Neuregelung für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln dafür ein, dass sowohl die Belange des Verbraucher- und Umweltschutzes als auch die der Landwirtschaft ausgewogen Berücksichtigung finden. In diesem Sinne befindet sich die Bundesregierung derzeit in Verhandlung im europäischen Raum. Ziel der französischen Präsident-

schaft ist es, bis Ende 2008 eine Einigung mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem Rat zu erzielen.

Sigrun Reese, FDP: Ich stelle die Zusatzfrage: Liegen der Landesregierung bereits Erkenntnisse vor, welche Auswirkungen die neue Regelung auf Mecklenburg-Vorpommern haben wird?

Ministerin Heike Polzin: Ich nehme auch diese Frage gern mit.

Sigrun Reese, FDP: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Reese.

Herr Abgeordneter Borrmann, ich lasse keine weiteren Zusatzfragen zu.

(Udo Pastörs, NPD: Hervorragend! Das ist ja ganz toll! Das ist hervorragend!)

Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 15 und 16** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Ministerin! Meine Damen und Herren!

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Herr Andrejewski!

Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf wegen Kritik an der Amtsführung des Präsidenten

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Korrekt!)

und mache an der Stelle noch einmal auf unsere Geschäftsordnung aufmerksam, die Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen sollten.

In der Geschäftsordnung Paragraf 65 Absatz 3 und 4, insbesondere Absatz 4, ist klar geregelt, dass Zusatzfragen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Beantwortung zu stehen haben. Frau Reese hat eine Zusatzfrage gestellt, Frau Ministerin hat an den zuständigen Minister verwiesen, da sie stellvertretend beantwortet.

Und dann steht in der Geschäftsordnung: „Der Präsident kann weitere Zusatzfragen anderer Mitglieder des Landtages zulassen.“ Das heißt, diese Fragen müssten sich auf die Antwort beziehen. Das war aber in diesem Fall gar nicht möglich, also bitte ich Sie, die Geschäftsordnung zu beachten und auch die Würde des Hauses zu wahren. Vor diesem Hintergrund mache ich Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf zur Folge hätte, dass Sie an der heutigen Sitzung nicht mehr teilnehmen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das wäre aber echt schade. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Bitte, Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Zu den Fragen:

Laut Protokoll der 15. Landtagssitzung, Seite 27, sagte Minister Dr. Till Backhaus zum Thema Küsten- und Hochwasserschutz, Zitat: „Die Deiche sind zu erhöhen, aber alle Küstenbereiche werden sich dennoch mit erhöhtem Aufwand nicht halten lassen. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit. Diese ‚Hohe Deichpolitik‘ erinnert ein wenig an ‚Hohe Schornsteinpolitik‘.“

Fragen:

15. Welche Küstenbereiche werden sich nach Auffassung des Ministers nicht halten lassen?

16. Mit welchen Zeiträumen ist hierbei zu rechnen?

Ministerin Heike Polzin: Ich möchte die Antwort des Fachministers wie folgt vortragen:

Zur Beantwortung dieser Frage muss zwischen der Außenküste und der Bodden- und Haffküste unterschieden werden. Die Außenküste ist durch Küstendynamik geprägt. Das führt dazu, dass sich circa 70 Prozent der 377 Kilometer langen Außenküste im natürlichen Rückgang befinden. Das betrifft sowohl die Steil- als auch die Flachküsten. Nur dort, wo dieser Rückgang zur Gefährdung von im Zusammenhang bebauten Gebieten führt, wird er durch Küstenschutzmaßnahmen unterbunden. Von 237 Kilometern Flachküste weisen 120 Kilometer Schutzanlagen auf, an den Steilküsten sind es 16 Kilometer von 140 Kilometer. Die meisten Steilküstenabschnitte, aber auch ein Teil der Flachküsten, befinden sich dagegen im natürlichen Rückgang und es ist nicht beabsichtigt, dies zu unterbinden. Beispielhaft seien die Steilküstenabschnitte Brook bis Boltenhagen, Börgerende bis Warnemünde, Dranske bis Arkona und Koserow bis Ückeritz und die Flachküstenabschnitte Meschendorf bis Kühlungsborn, Westdarß, Ostzingst und Gellen genannt. Diese Küstenabschnitte werden bewusst nicht gesichert, da kein vordringliches Schutzerfordernis besteht. Insbesondere wird gegen den Rückgang der Steilküsten nur im Ausnahmefall vorgegangen, da deren Abbruchmaterial die Flachküsten mit Sediment versorgt und so einem verstärkten Rückgang der Flachküsten entgegenwirkt.

An den Bodden- und Haffküsten wurden in der Vergangenheit zahlreiche Deiche zur Sicherung günstiger Bewirtschaftungsbedingungen in den Küstenüberflutungsmooren gebaut. Sie wurden so gebaut, dass Aufwand und Nutzen in einem günstigen Verhältnis zueinander standen. Diese Deiche weisen jedoch keine Ausbaumaße gegen schwere Sturmfluten auf. Die hinter den Deichen liegenden Moorpolder werden wie Schöpfwerke entwässert. Dadurch kommt es zur Moorsackung, die wiederum eine tiefere Entwässerung erfordert, wenn die Bewirtschaftungsbedingungen gleich bleiben sollen. Parallel dazu steigt der Meeresspiegel langsam an.

Beide Prozesse erhöhen nun den Wasserstandsunterschied zwischen dem Küstengewässer und dem Grundwasserstand in den Polderflächen. Der Energiebedarf für den Schöpfwerkbetrieb nimmt dadurch zu, dass mehr Wasser zuströmt und es höher gepumpt werden muss. Kommen noch Wiederherstellungsaufwendungen für beschädigte Deiche hinzu, kann sich ein so ungünstiges Aufwand-Nutzen-Verhältnis ergeben, dass die Wiederherstellung ökonomisch nicht mehr vertretbar ist. Solche Deiche und Polderflächen werden dann aufgegeben.

Ein Beispiel dafür ist der Polder Bugewitz, der nach der Sturmflut von 1995 nicht wiederaufgebaut wurde. Weitere Aufgaben von Poldern an den Bodden- und Haffgewässern sind gegenwärtig nicht bekannt. Auch eine Angabe dazu, wo derartige Polderaufgaben in Zukunft erfolgen werden, ist nicht möglich. Wenn aber die nächste schwere Sturmflut Deichanlagen zerstört, wird diese Thematik möglicherweise wieder aktuell werden.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Sie haben gerade gesagt, Schutzmaßnahmen sind zwingend

nur zu ergreifen zum Schutz von nur im Zusammenhang bebauten Gebieten, woraus dann geschlossen werden kann, nicht in Zusammenhang bebaute Gebiete, wo also einzelne Häuser stehen und kein Zusammenhang besteht ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter! Herr Abgeordneter, Sie können eine Zusatzfrage stellen, die sich auf die Antwort beziehen muss, die kurz und knapp sein muss und nicht unterteilt sein darf. Ich bitte Sie, Ihre Frage kurz, knapp und nicht unterteilt zu formulieren.

Michael Andrejewski, NPD: Kurz und knapp: Gebiete, die nicht im Zusammenhang bebaut, aber bebaut sind, werden nicht zwingend geschützt. Ist das richtig?

Ministerin Heike Polzin: Das dürfte jeweils einer Einzelfalluntersuchung des Fachministeriums unterliegen.

Michael Andrejewski, NPD: Zweite Zusatzfrage: Ist ein Maximalbudget für den Schutz der Küsten eingestellt, das nicht überschritten werden darf?

Ministerin Heike Polzin: Ich gebe die Frage weiter.

(Raimund Borrmann, NPD: Das ist doch eigentlich Sache des Finanzministeriums.)

Michael Andrejewski, NPD: Sehr schön. – Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bevor ich jetzt den Abgeordneten Herrn Borrmann bitte, seine **Fragen 17 und 18** zu stellen, Herr Andrejewski, mache ich Sie darauf aufmerksam, Sie haben auch nicht eine Bewertung der Beantwortung vorzunehmen. Sie haben die Antwort zur Kenntnis zu nehmen und mehr nicht.

Herr Borrmann.

Raimund Borrmann, NPD:

17. Die zuständigen Behörden der EU diktieren die Fangmengen für Fisch in den Gewässern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Kraft dieses Diktats wird die maximale Fangmenge für Dorsch um 15 und Hering um 39 Prozent in der westlichen Ostsee und damit deutlich reduziert. Infolge dieser drastisch reduzierten Fangmengen kann davon ausgegangen werden, dass die Ostseefischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern vor dem wirtschaftlichen Ruin steht. Vonseiten der Regierung wurde bereits mehrfach signalisiert, dass aber eine finanzielle Unterstützung – ähnlich wie das Schlechtwettergeld am Bau – bis zur Stabilisierung der Fischbestände aufgrund der internationalen Finanzkrise nicht möglich sei. Andererseits wurde von Bund und Ländern beschlossen, Banken, die aufgrund ihrer spekulativen Finanzgeschäfte in ihrer Existenz bedroht sind, mit über 500 Milliarden Euro – was etwa den Ausgaben des Bundeshaushaltes von zwei Jahren entspricht – zu unterstützen. Auch die Bundesländer übernehmen die Kosten dieser Stützungsaktion, darunter auch Mecklenburg-Vorpommern mit über 100 Millionen Euro.

Die Frage:

Wie erklärt die Landesregierung den Bürgern des Landes, dass die Banken, die durch eigene riskante Spekulationen bankrott gehen, auch durch Steuermittel des Landes Mecklenburg-

Vorpommern vor dem Untergang bewahrt werden, aber hart arbeitende Fischer, die durch die Auflagen der Europäischen Union in ihrer kargen Existenz bedroht werden, keine finanzielle zusätzliche Unterstützung der Landesregierung zu erwarten haben?

Ministerin Heike Polzin: Herr Abgeordneter, das Hilfsprogramm der Bundesregierung für die Banken steht in keinem Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der Fischereiwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Insofern definieren Sie einen akasalen Zusammenhang.

Die Landesregierung setzt sich unabhängig von der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung fortlaufend für die Belange der Fischereiwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ein. So ist es nicht zuletzt dem intensiven Engagement der Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene zu verdanken, dass die Kommission bei den Fangquoten teilweise erheblich hinter den ursprünglichen Kürzungsvorschlägen zurückgeblieben ist. Als Beispiel wurde – wenn auch aus Sicht des zuständigen Ministeriums immer noch unzureichend – die Fangquote für den Hering statt um 63 nur um 39 Prozent gesenkt.

Neben dieser Einflussnahme der Landesregierung auf die fischereiwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gibt es für die Fischereiunternehmen im Land Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung im Rahmen der Förderung des Europäischen Fischereifonds. Dazu können die Fischereiunternehmen bis Ende April 2009 für das Jahr 2008 eine Stilllegungprämie beim Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei beantragen. Darüber hinaus stehen den Unternehmen die Investitionsförderung im Bereich der Flotte, die Verarbeitungsförderung, die Vermarktungsförderung, die Förderung kollektiver Aktionen sowie auch alle anderen Maßnahmemöglichkeiten des Europäischen Fischereifonds offen.

Raimund Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Welchen kausalen Zusammenhang sehen Sie zwischen den 500 Milliarden Bürgerschaft und den 100 Millionen Euro, die das Land Mecklenburg-Vorpommern für diesen Bürgerschaftsrahmen bereitstellen muss?

Ministerin Heike Polzin: Ich verwies bereits vorhin darauf, dass es hier keinen Zusammenhang gibt. Wenn Sie den künstlich konstruieren möchten, ist das Ihre Angelegenheit.

Im Übrigen würde ich ganz gerne noch mal sagen, dass ich als Fachministerin für die Finanzen sicherlich für einige Zusatzfragen die Antwort hätte, aber es schickt sich einfach nicht, dass ein Fachminister für den anderen Antworten aus dessen Ressort gibt. Das ist auch eine Frage des Umgangs miteinander und ich bitte Sie, das mal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Raimund Borrmann, NPD: Zweite Zusatzfrage, die sich auf Ihre Antwort bezieht: Wäre demnach das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Lage, auch die 100 Millionen Euro zu verweigern für den Bürgerschaftsfonds?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der hat es nicht geschnallt.)

Ministerin Heike Polzin: Dito, Herr Borrmann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, das ist die einzige Antwort.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft – Entschuldigung, Frage 18 haben wir noch.

Raimund Borrmann, NPD:

18. In den vergangenen Tagen ist der Milchpreis im Einzelhandel erneut um ein Fünftel gesunken. In der Länderkammer scheiterte letzte Woche der Versuch, die Milchproduktion einzudämmen oder andere technokratische Maßnahmen einzuleiten und dadurch den Milchpreis zu stabilisieren. Die Fragen des Schutzes des deutschen Binnenmarktes, der Unterstützung der bäuerlichen arbeitsintensiven Kleinbetriebe und des Bruchs der marktbeherrschenden Stellung der Discounter wurde angesichts der sich radikal stellenden Probleme nicht gelöst, ja teilweise nicht einmal angegangen.

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Existenz der Milcherzeuger, insbesondere der bäuerlichen Kleinbetriebe, die den ökologisch nachhaltigen Standards am nächsten kommen, zu sichern, indem sie beispielsweise – wie bei den Banken schon geschehen – finanzielle Hilfe gewährt, die marktbeherrschende Stellung der Discounter einschränkt, den heimischen Binnenmarkt schützt oder sich für einen Handel mit fairen Preisen einsetzt?

Ministerin Heike Polzin: Herr Abgeordneter, die Strategie der Agrarpolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist auf den Dreiklang von Multifunktionalität, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Diesen Weg gilt es – vor allem wegen der fortschreitenden Liberalisierung der Agrarmärkte und des zunehmenden Drucks auf die finanzielle Ausstattung der europäischen Agrarpolitik – konsequent fortzusetzen. An dieser Strategie wird auch festgehalten, wenn die Markt- und Wirtschaftslage nicht so günstig ist. Es verbietet sich daher auch, bei sich verändernden Marktbedingungen sofort mit protektionistischen Mitteln einzugreifen. Im Übrigen erhalten die Landwirte und Milcherzeuger Direktzahlungen, die die höheren Aufwendungen hinsichtlich Tier- und Umweltschutz beziehungsweise sozialer Standards ausgleichen sollen. Diese sind unabhängig von den aktuell erzielten Marktpreisen und stellen damit eine konstante Einnahmegröße dar, was auch zur wirtschaftlichen Stabilität der Unternehmen beiträgt.

Unabhängig davon befindet sich die Milchbranche gegenwärtig in einer Übergangsphase. Aus dem relativ sicheren geschützten Markt unter dem Dach der Milchquotenregelung wird zunehmend ein liberaler Weltmarkt. Aufgabe der Politik ist es nun, diesen Weg zu ebnen und zu begleiten, um sicherzustellen, dass Milchproduktion und -verarbeitung auch in Zukunft in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern Erfolg haben. Der wichtigste Beitrag dazu scheint aus Sicht des Landwirtschaftsministers die Investitionsförderung zu sein. Mit den dafür eingesetzten öffentlichen Mitteln werden Voraussetzungen für

wettbewerbsfähige Unternehmen in der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft geschaffen. Deshalb wird das Land diese Förderung auch in Zukunft insbesondere für die Milchbranche zur Verfügung halten.

Zu den Verhältnissen der Marktpartner untereinander kann nur wiederholt werden, was schon häufig gesagt wurde. Die Milcherzeuger und Molkereien müssen gemeinsam Strategien entwickeln, wie sie Marktchancen besser erkennen und nutzen und Schwachstellen abbauen können. Die Strukturen müssen den neuen Herausforderungen angepasst werden. Infolgedessen wird sich auch ein anderes Verhältnis zum Lebensmittel-einzelhandel entwickeln. Das Marktgeschehen ist sehr komplex. Den Schuldigen oder den fairen Preis auszumachen, ist unmöglich und würde den vielschichtigen Prozessen nicht entsprechen.

Es muss alles darangesetzt werden, dass die Milchbranche in Mecklenburg-Vorpommern in der gegenwärtig schwierigen Markt- und Wirtschaftssituation auch ohne protektionistische Eingriffe besteht. Die Wirtschaft ist gefordert, diese Zeit zu nutzen, um strukturelle Anpassungen vorzunehmen, sodass die nächste Marktbelegung voll genutzt werden kann.

Raimund Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Verfügt die Landesregierung über alternative Konzepte, falls die weitere Liberalisierung scheitert?

Ministerin Heike Polzin: Davon gehe ich in jedem Falle aus. Auch das wird der Fachminister Ihnen detailliert darlegen.

Raimund Borrmann, NPD: Weitere Zusatzfrage: Könnten Sie erwirken, dass der Fachminister mir ein solches Konzept zukommen lässt?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das können Sie auch alleine.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, diese Zusatzfrage lasse ich nicht zu, die hat nichts mit dem Inhalt der Fragestellung und erst recht nichts mit der Beantwortung zu tun.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP, die **Frage 19** zu stellen.

Sebastian Ratjen, FDP: Herr Minister!

19. Steht die Landesregierung weiterhin rückhaltlos hinter zwei unabhängigen Universitäten an den Standorten Rostock und Greifswald?

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Was die Landesregierung betrifft, so stand sie und so steht sie rückhaltlos hinter beiden Universitäten und ich füge hinzu, es gibt aus der Sicht der Landesregierung auch nicht den geringsten Anlass, darüber zu diskutieren.

Sebastian Ratjen, FDP: Herr Minister, können Sie mir versichern, dass dies auch der persönliche Standpunkt des Ministerpräsidenten ist, an den diese Frage eigentlich gerichtet war?

(Erwin Sellering, SPD: Ja.)

Minister Henry Tesch: Ich kann Ihnen das mehr als versichern, denn der Ministerpräsident ist im Hohen Hause anwesend und hat, glaube ich, allein durch seine Regierungserklärung das mehr als deutlich gemacht.

Sebastian Ratjen, FDP: Eine Zusatzfrage: Also sind auch die Pläne des Herrn Brodkorb, die Studienplätze im Land auf die Anzahl der Landeskinder zu beschränken, ad acta gelegt?

Minister Henry Tesch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie einfach, doch auch Ihrer Freude Ausdruck zu geben, dass die Landesregierung sozusagen in Gänze und damit auch die Regierungskoalition zu beiden Universitäten steht.

Sebastian Ratjen, FDP: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Köster, Fraktion der NPD, die **Fragen 20 und 21** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister! Im Vortext ist ein Schreibfehler drin, den ich gleichzeitig beim Vortragen mit berichtige:

20. Laut einer aktuellen Umfrage der Universität Greifswald unter 1.000 Pädagogen in Mecklenburg-Vorpommern leiden rund 43 Prozent der Lehrer unter hohem chronischem Stress; fast jeder Dritte zeigt Burn-out-Symptome. Zitat: „Verhaltensauffällige Kinder, Konflikte mit der Schulleitung, schlechtes Image in der Gesellschaft – viele Lehrer sind mit ihrem Latein am Ende“, so die „Schweriner Volkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 13.11.2008.

Meine Frage:

Wie stellt sich die Situation der Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern aus Sicht der Landesregierung dar?

Minister Henry Tesch: Die aktuelle Studie der Uni Greifswald, die 1.000 Pädagogen zu ihrer gesundheitlichen Situation befragte und dadurch festgestellt hat, dass 43 Prozent der Pädagogen in Mecklenburg-Vorpommern unter chronischem Stress beziehungsweise ein Drittel unter Burn-out leiden, ist ein alarmierendes Signal, die Lehrergesundheit weiter in den Schulen zu thematisieren und zu behandeln.

Die Studie beruht auf Voruntersuchungen von Professor Schaarschmidt von der Uni Potsdam. Durch ihn wurden erste alarmierende Ergebnisse zur Lehrergesundheit festgestellt. Daraufhin hat das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern eigene Untersuchungen für das Land angestrebt und eine Stelle für eine Psychologin in dem Fachbereich Medizinische Psychologie der Uni Greifswald zur Verfügung gestellt. Stelleninhaberin ist sozusagen auch die Projektleiterin. Die Ergebnisse der Studie sind ein erster umfassender Befund zur Lehrergesundheit und damit Grundlage für die Konzeption weiterer Maßnahmen zur Lehrergesundheit.

Schon laufende Maßnahmen für die Verbesserung der Lehrergesundheit findet man zum Beispiel in der Installation der Unterrichtsberater für Lehrergesundheit, die von der Uni Greifswald ausgebildet wurden. Im Netzwerk Lehrergesundheit, in den jährlichen Schulgesundheitsbeziehungsweise Lehrergesundheitstagen und dem Landesprogramm anschub.de finden die Lehrer gute Unterstützung für ihre Probleme. Die von der Landesregierung ausgebildeten Kreisgesundheitsbeauftragten werden in den Schulen im Sinne der Lehrergesundheit aktiv. Das Landesprogramm anschub.de für die gute, gesunde Schule bietet den Lehrern an den beteiligten Schulen die Möglichkeit, die Lehrergesundheit in ihrer Schule in den Mittelpunkt zu rücken.

Auf dem am 14. November stattgefundenen zweiten Lehrergesundheitstag wurden in Workshops und Vorträgen die Möglichkeiten für Lehrer aufgezeigt, im Rahmen ihrer Arbeit für ihre Gesundheit aktiv zu werden. Die geplante Einführung der Selbstständigen Schule in Mecklenburg-Vorpommern wird die Entscheidungsbe-fugnisse der Schulleitungen und auch des Einzellehrers erhöhen und damit in einem höheren Maße Motivation, Partizipation und Transparenz an den Schulen fördern. Die Selbstständige Schule bietet erhebliche Potenziale für die Steigerung der Berufszufriedenheit und ist somit in der Lage, auch gesundheitsfördernd mitzuwirken. In den Schulen kann zum Beispiel selbstständiger über die Verteilung der Stunden entschieden werden, Belastungen können besser ausgeglichen werden, Fortbildungen und so weiter dazu durchgeführt werden.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister, eine Zusatzfrage: Halten Sie in diesem Zusammenhang die Ausstattung mit Lehrkräften an den Schulen für ausreichend?

Minister Henry Tesch: Ich denke, in der Geschichte der Menschheit wird es immer darum gehen, weitere Verbesserungen zu erreichen, und ein Thema wie Bildung darf aus meiner Sicht nie zu Ende diskutiert werden. Insofern sehen Sie ja, dass die erhöhten Anstrengungen der Landesregierung, die allein 56 Millionen in die Selbstständigen Schulen stecken will, ein erster Schritt auf diesem Weg sind, und auch ein Weg von Tausend Meilen will mit einem ersten Schritt begonnen werden. Und das tun wir hier.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine weitere Zusatzfrage zu dieser Beantwortung.

Udo Pastörs, NPD: Herr Tesch, inwieweit ist die Ursache für die schlechte gesundheitliche Verfassung von vielen Lehrern das hohe Durchschnittsalter der Lehrer? Das liegt ja in Mecklenburg-Vorpommern sehr hoch.

Minister Henry Tesch: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur empfehlen, die Studien – sowohl die Schaarschmidt-Studie als auch die jetzige Studie – in Gänze zu lesen. Insofern kann man nicht allein aus dieser Tatsache heraus etwas schlussfolgern, denn, ich sage mal, Kolleginnen und Kollegen mit einem hohen Alter haben natürlich auch ein größeres Repertoire an Methoden, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Also dieser Zusammenhang erschließt sich nicht sozusagen pauschal. Insofern gibt die Studie sehr dezidiert hierzu Antworten.

Stefan Köster, NPD:

21. Etwa 70 Prozent der Lehrkräfte im Land sind älter als 45 Jahre. Mit einem Sonderprogramm für junge Lehrer will die Landesregierung Medienberichten zufolge den Überalterungsprozess an den Schulen im Land aufhalten.

Meine Frage:

Welche Maßnahmen beinhaltet dieses Programm konkret?

Minister Henry Tesch: Die Medienberichte treffen vollkommen zu, dass wir ein solches Programm erarbeiten wollen, wir sind dabei. Und soweit es erarbeitet ist, sind wir gerne bereit, über diese Maßnahmen zu berichten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Lüssow, Fraktion der NPD, die **Fragen 22 und 23** zu stellen.

Birger Lüssow, NPD: Herr Minister!

Nach einem Bericht der „Rostocker Zeitung“ vom 7. November 2008 würden durch das neue Schulgesetz den privaten Schulen im Land 6 Millionen Euro an Mittelzuweisungen im Jahr gestrichen werden. Dies bedeutet für die Eltern eine Erhöhung der Schulgelder von bis zu 50 Prozent.

Frage:

22. Welche Folgen ergeben sich aus Sicht der Landesregierung aus den Mittelkürzungen für die Schulen in freier Trägerschaft?

Minister Henry Tesch: Durch die Schulgesetznovelle soll das System der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft umgestellt werden. Zukünftig soll der Finanzhilfe ein sogenannter Schülerkostensatz zugrunde gelegt werden, wie er sich aus der Zusammenrechnung der Kosten für einen Schüler an einer öffentlichen Schule/staatlichen Schule ergibt. Dabei wird zwischen den verschiedenen Schularten unterschieden. Insgesamt soll damit mehr Transparenz und Planungssicherheit geschaffen werden. Die Berechnungsumstellung ist keinesfalls in einer angestrebten Kürzung allein begründet.

Birger Lüssow, NPD: Meinen Sie, dass die Vertreter der freien Schulen Unsinn erzählen beziehungsweise ihre Befürchtungen falsch seien?

Minister Henry Tesch: Ich habe nicht die freien Schulen zu kommentieren. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie müssen sich diese Berechnungsgrundlagen in den Einzelheiten ansehen, und deshalb habe ich auch noch mal den Hinweis auf die verschiedenen Schularten gegeben, auch innerhalb des Systems.

Birger Lüssow, NPD: Zweite Frage:

23. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen durch die in der Novellierung des Schulgesetzes vorgesehene schulbezogene Ausgestaltung von Lehrplänen?

Minister Henry Tesch: Die Erarbeitung von schulinternen Lehrplänen ist bundesweit üblich und wurde bislang den Schulen im Lande im Rahmen ihrer Schulprogrammarbeit empfohlen.

Mit der Schulgesetznovelle wird die Erarbeitung von schulinternen Lehrplänen zur Pflicht. Die verbindliche Basis für die schulinternen Lehrpläne sind die weiterhin landesweit geltenden Rahmenpläne. Mit den schulinternen Lehrplänen kann der Bildungs- und Erziehungsauftrag standortspezifisch konkretisiert werden. Es werden fachbezogene, fachübergreifende und fächerverbindende Schwerpunkte sowie profilbildende Maßnahmen durch die Einzelschule selbst festgelegt. Auf diese Weise können neben regionalen Besonderheiten auch die Interessen der Lernenden einbezogen werden.

Darüber hinaus tragen schulinterne Lehrpläne dazu bei, dass alle an Schule Beteiligten zusammenarbeiten und Kooperationsangebote externer Partner genutzt werden können. Da die Schulen außerdem verpflichtet sind, in den Fächern – und das darf man nicht vergessen – Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Mathematik und Physik die bundesweit geltenden KMK-Vorgaben, also die Vorgaben der Kultusministerkonferenz, die sogenannten Bildungsstandards zu erfüllen, ist die Auswahl der Unter-

richtsinhalte nicht beliebig. Die Landesregierung bewertet es positiv, wenn auf der Basis von weiterhin geltenden verbindlichen zentralen Vorgaben – also noch mal übersetzt: Rahmenpläne und Bildungsstandards – die schulspezifischen Besonderheiten berücksichtigt werden können, und sieht die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen durch die zusätzlichen schulinternen Lehrpläne mehr als gesichert.

Birger Lüssow, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Tesch.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales und Gesundheit. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Grabow, Fraktion der FDP, die **Fragen 24 und 25** zu stellen.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Frau Ministerin!

Mit der Drucksache 5/1057 wurde die Landesregierung beauftragt, gemeinsam mit dem Landeskoordinierungskreis AIDS bis Ende 2008 zielgruppenspezifische Leitlinien zu erarbeiten, die eine zeitgemäße Aufklärung, Prävention und Bildung beinhalten.

Erste Frage:

24. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand?

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Grabow!

Um die Arbeit aller Akteure in der Aidsprävention zu koordinieren und so effektiv wie möglich zu gestalten, wurde 2006 unter Federführung des Sozialministeriums ein Landeskoordinierungskreis AIDS gegründet. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, des Bildungsressorts, der Aids-Hilfen, der Mobilien Aufklärungsteams zu Sexualität und Aids, der Ärztekammer, der Kirchen und der Krankenkassen an. Zusammenkünfte finden jährlich mindestens einmal statt, je nach Bedarf auch mehrmals, wie in diesem Jahr zur Erarbeitung der Leitlinien. Darüber hinaus wird bei kurzfristigem Beratungs- und Abstimmungsbedarf schriftlich und mündlich untereinander agiert.

Ralf Grabow, FDP: Eine Nachfrage: Welche Arbeitsergebnisse wurden bislang erzielt?

Ministerin Manuela Schwesig: Beziehen Sie sich schon auf Ihre Frage, wann mit den Leitlinien zu rechnen ist?

Ralf Grabow, FDP: Das kommt noch.

Ministerin Manuela Schwesig: Das kommt noch?

Ralf Grabow, FDP: Jetzt ging es erst mal – ach so, ich darf ja nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ministerin Manuela Schwesig: Im Wesentlichen – ich hatte das ja schon gesagt – wird jetzt an der Erarbeitung der Leitlinien gearbeitet. Ich will jetzt Ihrer nächsten Frage nicht vorgreifen. Da würde ich dann was zum Sachstand sagen.

Ralf Grabow, FDP: Dann stelle ich die nächste Frage.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also, ich muss auch Herrn Grabow darauf aufmerksam machen, wir haben das jetzt noch mal geprüft, Herr Grabow. In den uns vorliegenden schriftlichen Fragen ist Ihre Frage 24 anders formuliert.

(Michael Andrejewski, NPD: Er ist doch ein Demokrat, das ist doch in Ordnung.)

Ralf Grabow, FDP: Dann muss ich mich entschuldigen, dann hat man mir einen anderen Zettel gegeben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ministerin Manuela Schwesig: Also ich habe Ihre Frage, Herr Grabow.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also ich denke, Frau Schwesig, Sie haben die Antwort auf die Frage, so, wie sie ausgedrückt war, auch gegeben. Aber ich muss darauf aufmerksam machen, die Frage wäre anders. Ich bitte Sie, jetzt die Frage 25 zu stellen.

Ralf Grabow, FDP:

25. Wann und in welcher Form ist mit einer Fertigstellung der Leitlinien zu rechnen?

Ministerin Manuela Schwesig: Die Leitlinien liegen als Referentenentwurf in der Fachabteilung Gesundheit vor. Es wird eine verkürzte Ressortanhörung angestrebt, da eine fachliche Abstimmung mit den am meisten betroffenen Ressorts wie Justiz und Bildung im Vorfeld erfolgte. Vorgesehen ist, dass wir spätestens Anfang des Jahres die Leitlinien in das Kabinett einbringen und – nachdem sich das Kabinett damit befasst hat – dann dem Landtag zuleiten.

Ralf Grabow, FDP: Eine Nachfrage: Das würde dann im Frühjahr sein?

Ministerin Manuela Schwesig: Kommt drauf an, wann das Frühjahr kommt.

Ralf Grabow, FDP: Danke.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der FDP hat eine Sitzung des Ältestenrates beantragt, die ich jetzt einberufe. Wir unterbrechen die Sitzung bis 10.30 Uhr.

Unterbrechung: 10.12 Uhr

Wiederbeginn: 10.38 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Aussprache zum Thema „Bericht der Expertenkommission ‚Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern‘“.

**Aussprache zum Thema
Bericht der Expertenkommission
„Zukunft der Erziehung und Bildung
unter Berücksichtigung des lebenslangen
Lernens in Mecklenburg-Vorpommern“**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Andreas Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn meines Redebeitrages möchte ich den Damen und Herren der Expertenkommission herzlich für die geleistete Arbeit danken. In diesen Dank möchte ich auch die Koordinierungsstelle im Bildungsministerium einbeziehen. Der sehr umfangreiche und auch differenzierte Untersuchungsauftrag wurde aus unserer Sicht in vorbildlicher, wissenschaftlich fundierter Weise erfüllt. 122 Empfehlungen hat die Bildungscommission dem Landtag und der Landesregierung zugeleitet. Nochmals danke im Namen des Auftraggebers, nämlich von uns.

Nach zwei Jahren intensiver Arbeit legte die Expertenkommission in ihrem Abschlussbericht eine gründliche Analyse der gegenwärtigen Situation und der heute bereits absehbaren perspektivischen Entwicklungstendenzen vor und unterbreitete konkrete Vorschläge für die weitere Ausgestaltung des gesamten Bildungssystems in unserem Land, praktisch eine Handlungsanleitung für die politische Gestaltung aktueller und künftiger Prozesse. Ich verweise darauf, dass diese Handlungsanleitungen ausdrücklich Bestandteil des Untersuchungsauftrages für die Kommission waren. Ich zitiere aus der Drucksache 4/2325: „Vorrangig sollen für den Landtag und die Landesregierung Handlungsempfehlungen und Entscheidungsgrundlagen unter den Bedingungen und Anforderungen der Wissensgesellschaft und des demografischen Wandels vorbereitet werden.“ Ende des Zitats.

Wir haben also unsere vorrangige Aufgabenstellung an die Bildungscommission damals sehr dezidiert formuliert. Die Fragen, wie das zu bewerten ist, was daraus folgen sollte und wie ich den gegenwärtigen Stand bewerte, möchte ich im Verlaufe meines Redebeitrages detaillierter behandeln.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Vorfeld gab es einige Irritationen zu unserem Antrag auf diese Aussprache heute, darum an dieser Stelle dazu eine Erläuterung. Der Bericht wurde am 17.07. dieses Jahres als Unterrichtung der Landesregierung auf Drucksache 5/1669 dem Landtag zugeleitet. Er wurde daraufhin in die Ausschüsse zur Beratung überwiesen. Aber es gab in diesem Hohen Hause bisher keine Aussprache zu dieser Unterrichtung. Das halte ich mit Blick auf die Ergebnisse und eine öffentliche Würdigung der Arbeit und der Leistung der Expertenkommission deshalb dringend für geboten. Ich halte es auch für geboten, weil die Beratungen in den Ausschüssen nicht öffentlich sind und im parlamentarischen Raum nur in den Sitzungen des Plenums die Möglichkeit für eine öffentliche Debatte besteht. Und ich halte es vor allem wegen des notwendigen Respekts gegenüber den Damen und Herren Experten der Kommission für unabdingbar, darüber auch öffentlich zu diskutieren, welche Schlussfolgerungen wir aus den Empfehlungen ableiten und wie wir mit den Empfehlungen jetzt umgehen wollen.

Es stimmt mich – das will ich gern zugeben – ein wenig traurig, dass sowohl die politische, aber auch die öffentliche Reflexion der Ergebnisse bei uns im Lande kaum stattfindet. Ich glaube, das haben die Mitglieder der Expertenkommission und das Ergebnis ihrer zweijährigen Arbeit nicht verdient.

Die Kommission war nach der damaligen Zusammensetzung des Landtages parteiübergreifend zusammengesetzt. Auch der Einsetzungsbeschluss war interfraktionell. Ich möchte meine damalige Kollegin Frau Fiedler-Wilhelm aus der abschließenden Debatte im Landtag gerne zitieren. Und wer es nicht wissen sollte, der muss sich mal die Debatten und Plenarprotokolle der vorausgegangenen Diskussionen zu diesen Themen im Parlament anhören und durchlesen, da ging es nicht so kompromissbereit zu. Frau Fiedler-Wilhelm sagte in dieser abschließenden Beratung, ich darf zitieren: „Meine Damen und Herren, im Ziel sind wir uns einig. Das macht dieser Kompromissvorschlag deutlich. Wer den Auftrag und den Kriterienkatalog für die Konzeption der Kommission aufmerksam gelesen hat, wird erkannt haben, dass hier exakt die Baustellen aufgezeigt sind, die nach Ansicht der Mitglieder des Fachausschusses und der Fachleute im Land einer dringenden Lösung bedürfen, um unsere Kinder, Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen fit zu machen fürs Leben, welches hohe Ansprüche an jeden Einzelnen stellt.“ Ende des Zitats.

Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, das war das Ergebnis von Kompromissgesprächen zwischen allen – damals drei – beteiligten Fraktionen. Und es dürfte folglich niemanden geben, der sich ausgegrenzt oder nicht beachtet fühlen muss. Der vorliegende Bericht der Expertenkommission ist einvernehmlich von der Kommission so beschlossen worden. Es gibt folglich auch keinen Grund, die Ergebnisse nicht einvernehmlich zu diskutieren.

Ich will es deutlich sagen: Auch meine Kolleginnen und Kollegen von SPD- und CDU-Fraktion hätten natürlich die Möglichkeit zur Aufsetzung dieses Berichtes gehabt. Warum sie es nicht taten, weiß ich nicht. Fakt ist aber: Hätten wir die Beantragung zur Aussprache heute nicht genutzt, wäre keine Möglichkeit mehr gewesen, vor der vom Bildungsminister geplanten Verabschiedung des Schulgesetzes den Bericht überhaupt öffentlich zu diskutieren. Es war praktisch die letzte Möglichkeit und es ist so auch vermutlich in Bezug auf die inhaltliche Bewertung die letzte Gelegenheit, wenn man die aktuelle Diskussion um das Inkrafttreten der Novelle des Schulgesetzes in Rechnung stellt. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir darüber reden, wie und in welcher Weise die Empfehlungen der Expertenkommission im Entwurf berücksichtigt worden sind oder aus unserer Sicht auch berücksichtigt werden müssten? Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir doch wohl uns selber und den ehemaligen Mitgliedern der Expertenkommission schuldig.

Es ist doch gewissermaßen ein Anachronismus, dass die Empfehlungen für künftige Gesetzgebungsverfahren und langfristige Politikentwicklung von uns als Parlament der letzten Legislaturperiode angefordert worden sind, aber kaum in diesem Kontext diskutiert werden. Und mit Verlaub, da kann ich dann die Koalitionsfraktionen und auch die Landesregierung nicht so ganz verstehen, denn mit einem faktischen Autoritätsbeweis einer Empfehlung der Expertenkommission im Rücken sind doch so manche Vorhaben ebenfalls zu begründen. Das setzt natürlich voraus, dass man die Intentionen der Empfehlungen in ihrem Gesamtkontext betrachtet und sich nicht für die leichtere Variante einer selektiven Auswahl nach Unterstützung eigener Vorstellungen entscheidet. Und hier möchte ich erinnern an die Aussagen des Vorsitzenden der Kommission bei der Vorstellung des Berichtes, als er sagte, man könne sich nicht einfach nur die Rosinen aus

diesem Bericht herauspicken, es geht um den Gesamtbericht in Gänze.

Das Schulgesetz ist eine erste Nagelprobe, wie wir als Landtag mit diesen Empfehlungen umgehen wollen. Ich darf daran erinnern, dass der erste interne Arbeitsentwurf der Schulgesetznovelle bereits im Dezember 2007 im Bildungsministerium vorlag. Den Abschlussbericht gab es, wie wir wissen, erst im Juni 2008. Dieses Verfahren hat damals zu erheblichen parteiübergreifenden Irritationen bei den Kommissionsmitgliedern geführt, die dann auch zu Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und dem Bildungsminister führten. Das ist aus unserer Sicht nur zu gut zu verstehen, weil nicht einerseits um Empfehlungen gebeten werden kann und andererseits, ohne dass diese vorliegen, ein Schulgesetz umfassend novelliert werden soll. Da muss man sich schlicht gesagt veräppelt vornehmen. Was aber schlimmer ist: Man kann auch an der politischen Glaubwürdigkeit eines Landtagsantrages und des darauf basierenden Regierungshandelns zweifeln. Ein bisschen mehr politischer Instinkt wäre nötig gewesen. Heute fühlen sich so manche Mitglieder der Expertenkommission nicht nur zutiefst frustriert.

Möglicherweise hatten die Gespräche am Anfang des Jahres auch dazu geführt, dass der Entwurf im Januar dann der Bildungskommission zur Stellungnahme übersandt worden ist. In der Anlage 9 des Berichts ist die ausführliche Stellungnahme der Kommission zu dem damaligen Arbeitsstand des Gesetzentwurfes nachzulesen. Wer sich die Arbeit macht, das mit der Landtagsdrucksache der Schulgesetznovelle zu vergleichen, wird schnell feststellen, dass wesentliche Anregungen der Bildungskommission nicht übernommen wurden. Das betrifft vor allem Vorschläge, die nicht in das bildungspolitische Konzept passen. Ich nenne hier zum Beispiel die Schlechterstellung der Gesamtschulen gegenüber den Gymnasien im Gesetzentwurf, die Kritik an der Einrichtung von Hochbegabtenklassen ausschließlich an Gymnasien, die Abschaffung der Berufsreife mit Leistungsfeststellung, die Ablehnung der Bewertung und Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens und die Ablehnung der Aufhebung des Landesinstituts für Schule und Ausbildung. Dies ist faktisch ohne Beschluss des Parlaments schon erfolgt. So viel vielleicht zu unserer Gesetzgebungskompetenz.

Wem diese Kritikpunkte aus der Stellungnahme der Expertenkommission gleichzeitig aus der Anhörung bekannt vorkommen, richtig, genau da ist es kongruent. Ich stelle noch mal fest: Die Expertenkommission war parteiübergreifend besetzt. Auch die Stellungnahme der Expertenkommission zur Schulgesetznovelle ist parteiübergreifend beschlossen worden. Die Bildungskommission hat dem damals vorliegenden Entwurf des Schulgesetzes so nicht zugestimmt.

Für mich stellt die weitgehende Ignoranz der Vorschläge nun allerdings auch eine Brüskierung der Mitglieder der Bildungskommission aus CDU und SPD dar, dies schon deshalb, weil nur wir als Fraktion damals darauf verzichtet haben, die Möglichkeit, Abgeordnete in die Bildungskommission zu entsenden, auch wahrzunehmen. Wir wollten eine größtmögliche parteiunabhängige Kommission. Sowohl die CDU als auch die SPD hatte Fraktionsmitglieder benannt. Das war zulässig, aber es stellt sich schon die Frage, wie sie zum Umgang mit den Vorschlägen der eigenen Arbeit stehen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wird die Bewertung der Vorschläge je nach bildungspolitischen Vorstellungen und Zielen unterschiedlich sein. Es wird auch nicht alles sofort umsetzbar sein. Aber wenn wir uns nicht erneut dem Vorwurf der ideologischen Indoktrination – wie gestern wieder einmal von Herrn Roof – aussetzen wollen, ist ein anderer Umgang mit den Vorschlägen dieser parteiübergreifenden Bildungskommission aus unserer Sicht dringend geboten.

Weil es in einer Aussprache zu einem Tagesordnungspunkt nicht möglich ist, Anträge einzubringen, empfehle ich, dass wir uns möglichst interfraktionell darüber verständigen, wie wir als Landtag, als Parlament in den Ausschüssen zukünftig mit den Empfehlungen umgehen wollen. Dies geht allerdings auch, meine Damen und Herren, an die Adresse der Landesregierung, denn die Bildungskommission zum Ende der letzten Legislatur ist gemäß Einsetzungsbeschluss dafür verantwortlich gewesen, dem Landtag und der Landesregierung Handlungsempfehlungen aufzuzeigen. Ich rege an, ein Gremium zu schaffen oder ein Verfahren zu finden, das zunächst klärt, welche Empfehlungen kurzfristig, mittelfristig und über das Ende der Legislaturperiode hinaus umzusetzen sind. Bei allen themenrelevanten Gesetzentwürfen noch in dieser Legislaturperiode sind aus unserer Sicht die Empfehlungen ressortübergreifend hinsichtlich ihrer Relevanz und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen. Es muss dabei vor allem dargestellt werden, warum man den einzelnen Empfehlungen nicht folgen kann oder will.

Von der Landesregierung sind eine ganze Reihe weiterer Gesetzesvorhaben angekündigt, zum Beispiel die Novelle des Kindertagesstättenförderungsgesetzes, die Novelle des Landeshochschulgesetzes, ein Lehrerbildungsgesetz und natürlich eine ganze Reihe von Verordnungen zur Untersetzung des Schulgesetzes. Sie alle sind nicht nur als Einzelgesetze und Verordnungen wesentlich, sondern auch und vor allem für die perspektivische Gestaltung des Bildungssystems in unserem Land dringlich. Und ein Gesamtsystem – auch das ist eine Botschaft des Berichtes der Expertenkommission – ist immer nur so gut, wie seine einzelnen Bestandteile für sich und aufeinander abgestimmt sind.

Was uns nicht passieren darf, ist, eine Weiterentwicklung des Gesamtsystems durch gesetzliche Festlegungen zu blockieren. Das allerdings sehe ich beim jetzigen Schulgesetzentwurf ganz deutlich. Und ich sehe auch nicht, dass die neuen Prämissen für Ruhe an den Schulen sorgen. So richtig eine Fixierung auf die Qualitätsverbesserung im Interesse der Mädchen und Jungen dieses Landes ist, es wird über die schülerbezogene Stundenzuweisung und das Elternwahlrecht ab Klasse 5 zu strukturellen Veränderungen in der Schullandschaft unseres Landes kommen, möglicherweise auch zu Schulschließungen. Es ist zudem aus unserer Sicht ein Irrtum zu glauben, dass mehr Selbstständigkeit automatisch zu mehr Ruhe an der Schule führt. Die Unruhe allerdings wird sich nun nicht mehr vordergründig beim Bildungsministerium manifestieren, sondern an der Einzelschule.

Die Versuche des faktischen Rückbaus des längeren gemeinsamen Lernens sind aus unserer Sicht perspektivisch falsch. Jedenfalls sehen wir das als Fraktion ebenso wie die Kommission. Die Kommission hat gerade auf diesen Aspekt großen Wert gelegt. Im Bewusstsein, wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten und alle Schularten auch in der Fläche anzubieten, kommt die Kommis-

sion zu sehr pragmatischen Vorschlägen. Sie empfiehlt für den Sekundarbereich I die weitgehende „Bündelung aller Bildungsgänge und Schulabschlüsse ‚unter einem Dach‘“. In der Ziffer 5.12.10 wird dieses sehr konkret dargestellt.

Warum greife ich diesen Aspekt heraus? Zum einen ist er in der Schulgesetznovelle überhaupt nicht berücksichtigt. Zum Zweiten zeigt sich hier, dass die Autoren des Gesetzentwurfes aus unserer Sicht nicht perspektivisch, sondern gymnasial gedacht haben. Es wird völlig verkannt, dass wir mit Beginn der Mitte des nächsten Jahrzehnts eine weitere schrittweise Halbierung der Schülerzahlen bei uns im Lande haben werden, was besonders zu Fragen der Schulorganisation im ländlichen Raum zwingt. Das, meine Damen und Herren, ist kein Horror-szenario, sondern traurige Realität. Für die Geburtenentwicklung allein von 2002 bis 2020 werden zum Beispiel für die Landkreise Uecker-Randow minus 67,6 Prozent, Mecklenburg-Strelitz minus 57,3 Prozent, Demmin minus 63,1 Prozent an Rückgängen der Geburtenzahlen konstatiert. Und wenn man die Geburtenzahlen der ersten zehn Jahre dieses Bundeslandes dann hochprognostiziert auf das Jahr 2020 nachfolgend, wird sich also die Gesamt-schülerzahl erneut erheblich verringern.

Ein Bevölkerungszuwachs im Bericht der Expertenkommission auf der Grundlage der entsprechenden demografischen Untersuchungen wurde lediglich für den Landkreis Bad Doberan als Umlandkreis für die große Stadt Rostock prognostiziert. Abwanderungen sind in alle diese Prognosen nicht einbezogen. Es stellt sich also die Frage: Wollen oder können wir diese demografischen Entwicklungen auch in Bezug auf die Weiterentwicklung von Schule und wohnortnahe Schule weiter ignorieren? Aus unserer Sicht gibt das neue Schulgesetz darauf nicht annähernd eine Antwort, im Gegenteil: Mit der vorgesehenen Einführung der freien Schulwahl wird es aus unserer Sicht zu weiteren Schulschließungen im ländlichen Raum kommen müssen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Warum das?)

Die demografischen Entwicklungen erläutere ich Ihnen gerne am Beispiel einer Schule im Umland von Schwerin: Schülerinnen und Schüler einer geschlossenen Schule werden jetzt nach Lübstorf transportiert. Gibt es die freie Schulwahl, werden die Eltern sich für die nähere große Landeshauptstadt Schwerin entscheiden, objektiv. Und dann steht die Frage, was mit der anderen im Moment noch sozusagen gerade an einer geringen Schülerzahl gemessenen Schule passiert, wenn die Schülerzahlen nicht mehr erreicht werden, um ein vernünftiges Schulangebot vorzuhalten. So und so ähnlich wird sich freie Schulwahl aus unserer Sicht über die nächsten Jahre, wenn man sie einführt, entwickeln. Das ist im Übrigen etwas, was nicht nur wir so sehen, sondern was ja auch in der Anhörung eine Rolle gespielt hat.

Die demografischen Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit unseres Landes haben uns doch nachdrücklich gezeigt, dass man nicht auf diese Entwicklungen warten darf, bis sie eingetreten sind.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Anfang der 90er waren wir alle ein wenig hilflos, das gebe ich gerne zu, wie man damit umgehen soll, weil es ein völlig neues Problem war. „Strukturbastelei“ und ständige Stellenzahlneuberechnungen im Schulbereich hatten darin eine wesentliche Ursache. Aus meiner Sicht

würden wir es wieder riskieren, wenn wir diese Fragen nicht gründlich berücksichtigen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, ich habe deutlich gemacht, dass wir uns als Landtag intensiver mit den Empfehlungen der Expertenkommission befassen müssen. Natürlich muss das vordergründig in den Fachausschüssen des Landtages und auch in der Landesregierung erfolgen.

Ich möchte wenige Tage nach der Neuwahl des Landeselternrates aus einer Resolution des Landeselternrates zitieren: „Die Empfehlungen der Expertenkommission skizzieren den Weg zu einer nachhaltigen Qualitäts- und Strukturverbesserung. Nun müssen diese Ergebnisse umgesetzt werden, auch wenn dieser Prozess Jahre dauert. Ein Organisationsplan, der vom Groben zum Feinen bildungspolitische Schritte festlegt, muss parallel zum bestehenden lebendigen Schulwesen aufgestellt werden und dieses reflektieren. Doch er soll vor allem zukunftsgerichtet sein. Die Initiierung dieses Prozesses ist ebenso wie die landesweite Diskussion dazu Aufgabe des Landtages und sollte umgehend begonnen werden.“ Ende des Zitats.

Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem müssen wir uns stellen, denn der Bericht enthält viel Potenzial für sachgerechte und zukunftsfähige Entscheidungen im Bildungswesen unseres Landes.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Kollege Brodkorb hat in seiner Rede zum Antrag der FDP „Hochschulautonomie stärken“ im Juni dieses Jahres gesagt, ich zitiere: „Und in der Tat haben die Koalitionäre sich dazu entschlossen, vor der Arbeit der Expertenkommission den nötigen Respekt zu haben und erst einmal die Ergebnisse abzuwarten, um diese angemessen in eine solche Gesetzesberatung einfließen zu lassen.“ Ende des Zitats.

Gemeint war im Juni die Hochschulgesetzgebung. Die Botschaft höre ich wohl, und was Kollegen Brodkorb betrifft, fehlt mir auch nicht der Glaube.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Der erste Versuch, die Ankündigung umzusetzen, ist bezogen auf die Schulgesetznovelle allerdings nur in Bruchstücken gelungen. Ich will meine Hoffnung jedoch nicht aufgeben, dass wir das vielleicht gemeinsam bis zur Zweiten Lesung des Schulgesetzes an der einen oder anderen Stelle durchaus nachholen können. Das sind wir nicht nur aus Respekt vor den Leistungen der Damen und Herren der Expertenkommission schuldig, sondern auch unseren eigenen Ansprüchen aus dem damaligen Einsetzungsbeschluss zur Expertenkommission dieses Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor fünf Monaten überreichten die Mitglieder der Expertenkommission an den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff und mich den Bericht „Zukunft der Erziehung

und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern“.

Ich denke, an das, was Sie, Herr Vizepräsident Bluhm, hier gesagt haben, möchte ich mich gerne anschließen, den Dank auch hier noch mal öffentlich auszusprechen. Der damalige Ministerpräsident und ich haben das ausdrücklich getan. Wir waren noch lange danach mit den Mitgliedern im Gespräch und ich denke auch, der Dank gilt letztendlich auch Ihnen noch mal ganz speziell, dass Sie das hier sozusagen auf dieses Podium heben.

Ich will aber auch daran erinnern, dass wir hier alle schon im Gespräch sind, und das kann das Parlament eigentlich für sich sozusagen als Pluspunkt verbuchen. Und natürlich – das sage ich jetzt in Führungszeichen – schadet auch nicht eine Debatte darüber, aber wahrscheinlich ist es so, dass diese Empfehlungen so im Fluss waren, dass die Menschen begonnen haben zu arbeiten. Wenn ich sehe, was der Landeselternrat sich auf seiner letzten Beratung auf die Fahnen geschrieben hat, dass man ein Gremium für sich schaffen will, wenn ich sehe, was wir an Dokumentationen herausgegeben haben, es gibt ja auch eine Landtagsdrucksache dazu, wenn ich sehe, was Schulelternräte in den Landkreisen, in den Schulen diskutieren, dann ist das doch eigentlich für das Parlament, wenn man es ganz genau nimmt, das, was man sich immer wünscht. Das, was man sozusagen angeschoben hat, ist bei den Menschen gelandet und wird schon breit im Land diskutiert. Also dafür erst mal Dank und Respekt.

Sie haben das selbst zitiert, das Wort von der Rosinenpickerei. Es erinnert mich ein bisschen an gestern. Genau das ist es doch, was immer wieder passiert. Man beklagt es und eigentlich passiert es. Deshalb vielleicht auch von dieser Stelle noch mal die herzliche Einladung: Wenn es so viele Punkte gibt, in denen wir übereinstimmen, und wir auch mal abstrahieren, dass das eine oder andere in den nächsten zwei, drei, vier, fünf, zehn, fünfzehn Jahren auch immer etwas mit Haushaltsfragen zu tun hat, die aber im Haushaltsgesetz geklärt werden müssen, dann ist doch gegen die Mechanik der Einführung der Selbstständigen Schule, der schülerbezogenen Mittelzuweisung und der individuellen Förderung gar nichts zu sagen. Und diesen Mut zu haben, ich sage das jetzt auch noch mal ganz ausdrücklich an die FDP und die Fraktion DIE LINKE, das wäre mal etwas für Mecklenburg-Vorpommern.

Und Sie haben natürlich recht, Herr Bluhm, wenn Sie sagen, da ist eine Unruhe. Diese innere Unruhe haben wir gewollt, aber wir sollten doch nicht diese Szenarien malen von Schulschließungen, die vielleicht unabhängig von unserem Handeln – denn die Schulentwicklungspläne müssen geschrieben werden – stattfinden. Es ist vielleicht auch eine wie auch immer geartete Erkenntnis auf jeder Seite und dafür bekommt man auch auf den jeweiligen Parteitag keinen Applaus.

Wir haben in diesem Land kein dreigliedriges Schulsystem mehr. Wenn wir ganz ehrlich alle miteinander umgehen, und wir kennen das von den Wahlkämpfen, hat dieses Land de facto – de facto! – von Anfang an ein zweigliedriges System gehabt, das, was wir gestern alle Richtung Sachsen sozusagen betrachtet haben. Also nehmen wir es doch.

Und wenn wir jetzt noch ganz ehrlich sind, was die Menschen nicht wollen: Sie wollen eben nicht, dass wir sozu-

sagen im Drei-/Vier-/Fünfjahresrhythmus sagen, wer geht jetzt dort wohin, sondern sie wollen schon eine Qualitätsdebatte. Da können wir noch mehr erreichen und deshalb ist es richtig, wenn man sich an dieser Stelle auch die Empfehlungen der Expertenkommission unter diesen Gesichtspunkten ansieht. Ich glaube, man tut den Experten auch unrecht, so waren jedenfalls meine Gespräche, wenn man es alles als sakrosankt hinstellt, was diese Experten beschlossen haben.

Wir müssen sagen – und Sie haben es ja selber angedeutet am Ende –, das muss man auch im Dialog immer wieder abarbeiten, was ist möglich, wie ist es möglich, auch dort vollzieht sich eine Entwicklung. Ich habe das nicht zu entscheiden, aber wie gesagt, ich habe ja den Experten in dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten damals angeboten, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben, dass wir sie auch über die Jahre einladen. Aber es wäre natürlich viel charmanter und besser, wenn wir uns da zusammentäten. Wenn der Ausschuss das macht und wir dort gemeinsam auf die Experten zugehen in einem regelmäßigen Kontakt, könnte ich dem viel abgewinnen. Da würde ich gerne meine Zusammenarbeit anbieten.

Ich habe gestern in der Aktuellen Stunde laufende Maßnahmeziele skizziert und da nehme ich natürlich auch kritische Anregungen entgegen, dass ich gesagt habe, die Landesregierung hat sich einen Fahrplan gesetzt von kurz-, mittel- und langfristig. Sie wissen sicherlich auch, dass das jetzt in der Ressortanhörung der gesamten Landesregierung ist. Also dieses, was hier vorgeschlagen worden ist, alle Ressorts zu beteiligen, das läuft. Deshalb waren wir schon der Meinung, dass wir Dinge, die wir jetzt unter kurzfristig sehen oder die als Türöffner einfach in das Gesetz hineingehören, in diese Schulgesetznovelle hineingeschrieben haben.

Die damals aufflammende Kritik, darf man parallel einen Gesetzentwurf machen, wenn der Bericht noch nicht abgegeben worden ist, auch das ist im Spitzengespräch beim damaligen Ministerpräsidenten und bei mir geklärt worden, was ist Regierungshandeln und was ist das andere. Wir haben ein sogenanntes Parallelverfahren entwickelt. Ich glaube, das war ganz hilfreich. Ich will noch mal sagen, der Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff hat sich dafür vehement eingesetzt und wir haben das seinerzeit dann auch so umgesetzt.

Ich habe auch gestern deutlich gemacht, dass wir eine nie – und ich hoffe das auch – endende Debatte haben werden, was Bildung betrifft, denn Bildung steht nicht still, sie bewegt sich ständig weiter. Und in diesem Sinne bewertet die Landesregierung, bewerte auch ich die Empfehlungen der Expertenkommission. Deren Aufgabe war es ja, unser Bildungssystem zu analysieren und mögliche Lösungsstrategien – und das sollten wir uns immer wieder in den Fokus holen – für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Es gibt viele Dinge, die wir schon haben, die wir hier ausbauen sollten. Es gibt Dinge, die wir in anderen Ländern sehen, auch international, wo man fragt, wäre das etwas für Mecklenburg-Vorpommern. Darüber muss man schon mittel- und langfristig reden können. Da sollten dann auch sozusagen alle beteiligt sein und dafür werbe ich einfach.

Deshalb haben wir, finde ich, Sie kritisieren das als Opposition aus Ihrer Sicht, eigentlich doch schon Wert darauf gelegt bei der aktuellen Diskussion, das immer mit danebenzulegen. Ich kenne kaum eine Arbeitsberatung, wo wir das nicht getan haben, auch wenn wir es

parallel gelesen haben. Wenn hier gesagt wird, es gibt die Benachteiligung einer Schulart, wenn man das öffentlich jetzt so sagt, dann würde ich jetzt gerne auch mal ganz genau wissen, an welcher Stelle wird das festgemacht, denn wir sehen das momentan nicht. Wenn dem so ist, muss das abgestellt werden, aber wir sehen das momentan nicht.

Und ich sage auch noch mal, wie schwierig das ist, mit den Empfehlungen umzugehen, hat ja die wirklich gute Anhörung gezeigt. Sie wissen, die Vertreter – jetzt nehme ich ein Beispiel – der Förderschulen haben gesagt, die Vertreter, die dort vorgesprochen haben: Wir lehnen zu hundert Prozent ab, was in diesem Bericht steht. Wenn man sich jetzt daraufhin noch mal das Schulgesetz ansieht, dann haben wir doch gesagt, wir müssen in einem so hoch komplexen Bereich wie der Förderschule einen Istzustand abbilden, und das macht das Gesetz.

Gleichzeitig, wenn man das liest, hat das Gesetz parallel Möglichkeiten für die Schulen, für die Schulentwicklung, die sie wollen, zugelassen. Das ist doch sozusagen auch der spannende Prozess, den wir sehen wollen, der möglich ist, und das haben wir an ganz vielen Stellen getan. Ich bitte auch, mit dieser Brille einfach noch mal genau zu gucken. Ich bin auch gerne bereit vorbeizukommen. Denn das ist doch das, was wir alle wollen. Wir müssen einen gewissen Istzustand zur Kenntnis nehmen, den man nicht mit einem Schalter umlegen kann. Ich glaube, daran hat niemand ein Interesse, egal, in welche Richtung er argumentiert.

Die Frage ist: Verbauen wir Möglichkeiten? Und da bin ich wirklich sehr bereit, wenn Sie dort Dinge finden, dass wir die auch noch ausräumen oder sagen, warum können wir das kurzfristig nicht, aber bleibt es letztendlich auf der Agenda. Deshalb möchte ich Sie auch einstimmen aus meiner Sicht, dass ich sage, das wird ein intensiver Diskussionsprozess, hier langfristig strategische Bildungsziele festzulegen. Mit diesen Zielen im Blick können wir auch die nächsten nötigen Schritte umsetzen.

Was natürlich dazugehört, und das haben wir auch erlebt, ist die Tatsache, dass es uns gelingen muss, dies zu vermitteln. Es ist nicht üblich, wenn man das von Regierungsseite macht, und ich weiß, wie schwer das aus der Opposition heraus ist. Aber Sie können mir glauben, ich habe ja nun in meinem Leben genau mit der Wende sowohl als Absolvent, junger Lehrer, Lehrer, stellvertretender Schulleiter, Schulleiter in Gremien alle Gesetze mitgemacht, wenn Sie so wollen, ja, eigentlich durch alle Ebenen. Die Frage ist ja letztendlich wirklich: Können Regierung und Opposition an dieser Stelle der Türöffnung wirklich etwas tun? Denn das ist ja etwas, was in Sachsen passiert ist, dass man gesagt hat, also wir bilden unser System ab und wir sagen nicht, dass es so bleiben soll, aber wir sagen, dass bestimmte Möglichkeiten, die heute im Gesetz stehen, gemeinsam getragen werden. Da ist noch so viel Musik drin, was letztendlich verändert werden muss. Ich glaube, das wäre ein Signal im Land.

Politisch weiß ich, wie schwer das dann jeder Einzelne hat, wenn er hier auch mit der Regierungsbank stimmt und sagt, wir wollen das. Was Sie nicht daraus interpretieren dürfen, ist, dass wir Sie in Generalhaftung nehmen wollen, ganz im Gegenteil. Aber ich sage Ihnen auch, wenn diese entscheidenden Schnittstellen – und da kann nicht alles bis ins Jahr 2025 zu Ende dekliniert sein –, wenn diese entscheidenden Schnittstellen nicht

kommen, dann, das kann man auch so mutig von dieser Stelle sagen, werden Sie auch bestimmte Ideen, die Sie haben, nie mehr umsetzen können oder es wird Jahrzehnte dauern. Das ist sozusagen etwas, was nach 18 Jahren einfach so da ist.

Dass das Grundvertrauen teilweise verloren ist – und das betrifft Kommunen, das betrifft Eltern, das betrifft Lehrer –, das wissen wir. Deshalb wäre das schon etwas in diesem Sinne, ohne dass wir da große Papiere unterschreiben müssen, wenn man hier bei der Zweiten Lesung in diesen Punkten mit einer breiten Mehrheit, wenn Sie sich dazu entschließen könnten, auch mit der Regierungsbank, mit den Kolleginnen und Kollegen aus SPD und CDU zu stimmen. Das wäre etwas, um zu zeigen, wir wollen doch im Kern hier vorankommen. Die strittigen Punkte bleiben letztendlich natürlich erhalten und das ist doch auch das, wo man es machen kann.

Wenn wir dann darüber hinaus eine Debatte bekommen, dass man eine These hat, wo man in der Regel sozusagen eine Antithese aufstellt, kann die Antithese doch nicht sein, es geht nicht, wir machen es nicht oder dass man sagt, es ist hier alles schlecht vorbereitet. Da können wir uns doch gegenseitig eigentlich nicht davonkommen lassen. Wenn man dann These und Antithese hat, ist man doch eigentlich bei der Synthese.

Aber das sozusagen in so ein geordnetes Verfahren zu bringen, glaube ich, wäre eine Anstrengung wert, einen solchen Kompromiss in Mecklenburg-Vorpommern anzustreben. Ich weiß, dass auch noch Zeit ist, vielleicht an der einen oder anderen Stelle zu Gesprächen dafür bereitzustehen. Deshalb begrüße ich einfach auch diesen Bericht der Expertenkommission. Ich glaube, der unterstützt uns. Es war auch immer so, dass wir die Unabhängigkeit zu jeder Zeit gewahrt haben. Und angesichts der vielfältigen Entwicklung ist es einfach wichtig, hier diese Empfehlung in Ruhe auszuwerten, damit wir nicht in Beliebigkeit verfallen, damit wir auch nicht substanzlos bleiben, was unser Land betrifft.

Ich will vielleicht nur noch mal kurz skizzieren, dass diese Empfehlungen, die wir jetzt haben, die Zahl ist ja genannt worden, sich schon an vielen internationalen und nationalen Entwicklungen orientiert haben und deshalb natürlich umso mehr eine wertvolle Unterstützung für unsere Entwicklungsarbeit und Entscheidungen darstellen. Sie sind Anstoß und Anregung eben für die weitere Arbeit.

Ich glaube auch, das steht einem Parlament, das steht einer Regierung gut zu Gesicht, dass wir sagen, ja, es ist nicht nur die Aufgabe des Ministers und des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, hierfür zu sorgen, was die Frage der Innovation in Bildung betrifft. Es ist doch nicht die Frage allein des Parlamentes, das kann niemand schultern, sondern es ist letztendlich eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das müssen wir nach außen hin deutlich machen. Es betrifft viele, die wir noch gewinnen müssen dafür – Politik, Verbände, Wirtschaft, Bürger. Letztendlich können wir es nur gemeinsam machen. Das, glaube ich, ist der Appell, den wir auch zum Ausdruck bringen wollen. Deshalb sind wir gut beraten, unsere bildungspolitischen Vorhaben unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Expertenkommission immer wieder zu prüfen und voranzutreiben.

Es geht aber auch nicht darum, in allen Bereichen des Berichtes die volle Übereinstimmung zu erzielen. Auch das, glaube ich, haben Sie an dieser Stelle deutlich

gemacht. Aber ich habe es so verstanden, dass allein in der Auseinandersetzung mit dem Bericht und künftigen Konzepten die Herausforderung liegt, für unsere Kinder mit unseren Möglichkeiten die beste Bildung in diesem Land anzubieten. Und selbst, wenn wir nicht in allen Punkten übereinstimmen, der Bericht zeigt uns auch, wo wir noch Reserven für die Verbesserung haben, und daran gilt es letztendlich zu arbeiten. Deshalb stellt der Expertenbericht für die Landesregierung auch einen Orientierungsrahmen dar, den es nun differenziert zu bewerten gilt. Ich habe das deutlich gemacht. Und das ist letztendlich sozusagen in Arbeit.

Es soll natürlich nicht verschwiegen werden – und auch darüber haben Sie doch hier schon debattiert –, dass wir am Umsetzen sind, dass wir den Bericht schon als Grundlage genommen haben für weitere herauszuarbeitende Bereiche, denn seit zwei Jahren wird in wesentlichen Teilbereichen gearbeitet, um hier etwas auf den Weg zu bringen. Ich nenne nur mal als Beispiel die Bildungskonzeption für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren, wo wirklich im Land Mecklenburg-Vorpommern – da darf man ja wirklich mal seiner Freude Ausdruck geben – eine so breite Übereinstimmung besteht. Da könnten wir hier einander alle Bundesländer aufzählen, in denen es nicht einfach wäre, eine Bildungskommission für das Alter von 0 bis 10 Jahren einschließlich der Erzieherinnenausbildung auf den Weg zu bringen. In diesen Kernbereichen nimmt Mecklenburg-Vorpommern eine Vorreiterrolle ein und auch im Hochschulbereich sind wir längst unterwegs – auch das muss man mal sagen, ich glaube, der Kollege Brodkorb hat das das eine oder andere Mal von dieser Stelle getan –, Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit im Hochschulsystem zu befördern. Und der Hochschulzugang für Berufstätige ist in Paragraph 19 des Landeshochschulgesetzes bereits Gesetz. Das gestufte Studiensystem ist fast vollständig abgeschlossen. Das sind alles Dinge in diesen Bereichen, deren sich die Expertenkommission angenommen hat.

Ich will auch an dieser Stelle heute noch mal sagen, wir haben ein leistungsfähiges Bildungssystem und wir sollten darauf verweisen, weil das letztendlich natürlich auch die Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern in diesem System sind, die unter – und das ist hier gesagt worden – Demografiebedingungen lernen und arbeiten, die in Deutschland aus meiner Erfahrung heraus an keiner Stelle so dramatisch sind wie in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist sozusagen auch beispiellos, was hier in unseren Schulen geleistet wird. Auch da, habe ich gestern gesagt, sollten wir aufpassen, dass wir uns nicht selber einen Strick machen und da das eine oder andere schlechtreden.

Deshalb sollten wir auch selbstbewusst sein, und da können auch viele hier sehr selbstbewusst sein, so, wie man heute das Thema Selbstständige Schule diskutiert, natürlich mit einer Veränderung, wo man sagt, kann ich das so mittragen. Aber wäre das vor Jahren so denkbar gewesen, auch auf einer so fachlichen Ebene? Wären wir da nicht vielleicht sogar eher ideologisch übereinander hergefallen bei dem Thema? Das machen wir zurzeit nicht an der Stelle, sondern wir reden bei Selbstständiger Schule über fachliche Ausgestaltung. Das, finde ich, muss man dem Parlament einfach mal zugestehen, ist ein hohes Gut und so sollten wir das an jeder Stelle letztendlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich will der Vollständigkeit halber erwähnen, dass wir natürlich in der Einschätzung der Expertenkommission hier alle übereinstimmen, dass die Bildungsbeteiligung und auch die Anzahl und die Qualität der Abschlüsse in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur verbessert werden müssen, sondern dass das mehr als ausbaufähig ist. Wir können mehr und wir sollten es gemeinsam beweisen. Wir brauchen den gerechten Zugang zu Bildung und es darf eben nicht so sein, dass die Herkunft letztendlich entscheidet über die Chancen. Und da sehen wir, dass Mecklenburg-Vorpommern sich an der Stelle verbessert hat. Da müssen wir genau sehen, woran hat das gelegen, damit uns nicht Dinge passieren wie in Brandenburg, wo die Schere weiter auseinandergegangen ist, wie es in diesem Bericht zu lesen war.

Deshalb sage ich auch noch mal ausdrücklich, wir müssen weniger Zurückstellungen von Einschulungen erreichen, ein ganz, ganz wichtiges Thema. Eine gute Chance dafür sehe ich in einer Bildung von Anfang an und in unserem Vorhaben, den Übergang zur Grundschule und deren Eingangsstufe zu verbessern. Die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems misst sich auch an seinen Ergebnissen. Es wird uns vor allem durch individuelle Förderung gelingen, die Anzahl der Wiederholer zu verringern und die Schulabbrecher bis 2020 zu halbieren. Jetzt sage ich auch mal ganz selbstbewusst, das klingt politisch immer so toll, wir halbieren eine Quote, aber ich finde, das ist auch ein sehr, sehr schwerer Satz, der mir nicht so leicht von den Lippen geht, denn da bleibt immer noch eine andere Hälfte. Deshalb ist es ein ehrgeiziges Ziel, aber wir müssen letztendlich sozusagen auch diese andere Hälfte im Blick behalten. Deshalb haben wir natürlich auch Maßnahmen und ich will nicht alle aufzählen, produktives Lernen ist nur eine, damit man auch das nicht verwechselt, um hier bestimmte Möglichkeiten zu wählen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir hier Fortschritte erreichen.

Es geht nicht darum, eine Statistiktrickserei zu machen, aber Sie wissen, ich habe an dieser Stelle schon ganz oft gesagt, wir haben junge Menschen im System – auch das, glaube ich, haben die Vertreter der Förderschulen bei der Anhörung gesagt –, wo es nicht hilfreich ist, wenn man zu diesen jungen Menschen geht und sagt, der Schulabschluss, den ihr da jetzt an der Förderschule macht, der ist nichts wert. Das können wir nicht tun. Das wird momentan in einer Statistik der Kultusministerkonferenz noch zusammengefasst und ich gehe davon aus, nicht, um es unter den Tisch zu kehren, ganz im Gegenteil, sondern um diese jungen Leute zu motivieren und letztendlich dafür zu sorgen, dass wir zukünftig besser werden an der Stelle. Aber wir können diese jungen Leute dort nicht hängen lassen und sagen, ja, das ist kein Abschluss, den sie dort erreicht haben. Deshalb werden wir versuchen, sozusagen hier in der ersten Kultusministerkonferenz, die wir im Frühjahr dieses Jahres in Mecklenburg-Vorpommern durchführen, das endlich mal zu thematisieren, so zu beschließen und das dann hier in Mecklenburg-Vorpommern zu machen. Wir brauchen auch in der dualen Ausbildung mehr Berufe für Schüler, die eher praktisch begabt sind, um ihnen einen guten Übergang in das Berufsleben zu ermöglichen.

Für die hoch qualifizierten Arbeitsplätze der Zukunft ist hoch qualifizierter Nachwuchs erforderlich. Folglich soll die Quote der Hochschulzugangsberechtigten in diesem Land steigen und wir wollen letztendlich auch, dass die jungen Menschen dann auch wirklich studieren gehen.

Auch da sehen wir aus den Zahlen des Doppelabiturjahrganges, dass das in allen Bundesländern ein ernst zu nehmendes Problem ist. Aber auch der vor allem von männlichen Jugendlichen favorisierte Zugang für die Fachhochschulreife muss stärker von uns berücksichtigt werden. Bei all dem ist auf die Wahrung von Qualität zu achten. Nur sehr gut ausgebildete, ideenreiche und bis zur Exzellenz vordringende junge Menschen werden uns helfen, das Land weiter voranzubringen.

Ich glaube letztendlich auch, dass die Bildungsinitiative für ganz Deutschland hier Möglichkeiten eröffnen muss. Dazu sind insbesondere auch für berufliche Weiterbildung gezielte Maßnahmen zu vereinbaren. Durch Förderprogramme des Bundes, der EU und der Bundesanstalt für Arbeit soll dies unterstützt werden. Auch der Wiedereinstieg gut ausgebildeter Frauen soll und muss uns besser gelingen. In alle Qualifizierungsanstrengungen sind außerdem die Unternehmen, die Beschäftigten und die Sozialpartner einzubeziehen. Diese Weiterbildungsvorhaben gehen in einigen Inhalten weit über die Empfehlungen der Expertenkommission hinaus.

Ich glaube, dass wir schon eine gewisse Aufbruchstimmung haben, denn so viele Menschen, die sich für Bildung interessieren, das gab es auch nicht zu allen Zeiten. Das muss man positiv sehen. Bildung ist ein zentrales Thema in diesem Land und in Deutschland und wir können es überall lesen und hören. Bildung bestimmt die Zukunft unseres Landes. Sie ist eine wichtige Ressource. Wenn wir schon mal Kennedy bemühen, hat er ja gesagt, Sie kennen das: Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: keine Bildung.

Ich glaube, wir sind alle gemeinsam auf einem guten Weg und richtig beraten. Deshalb kann ich noch mal dafür werben: Überlegen Sie gut, ob wir nicht bei der Zweiten Lesung der Schulgesetznovelle eine breite Mehrheit in diesem Parlament haben für einen Einstieg. Noch mal, ich habe es heute Morgen schon mal gesagt: Auch ein Weg von Tausend Meilen beginnt mit einem Schritt und diesem sollte man sich nicht verschließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Die angemeldete Redezeit der Landesregierung wurde um elf Minuten überschritten, sodass entsprechend Paragraph 85 der Geschäftsordnung diese Zeit der Opposition zusätzlich zur Verfügung steht.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich schwer nach zwei so umfassenden Darlegungen, es sich nicht mit seinen anderen Fachkollegen, die nicht Bildungspolitiker sind, zu verscherzen, wenn man jetzt ähnlich weit ausholt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich hoffe, das gelingt mir, dass ich mich ein bisschen zurückhalte

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das kostet aber Kraft.)

und nicht auch noch sozusagen in die Debatte über die Rolle der Bedeutung mit einsteige. Also da sind ja schon ausführliche Hinweise gegeben worden.

Herr Bluhm, Sie haben mehrere Fragen gestellt, warum wir nicht schon von selbst eine Debatte über diesen Bildungscommissionsbericht angestrengt haben, und auch mich persönlich angesprochen, da ich ja in der Tat die Ehre hatte, für die SPD-Fraktion dieser Expertenkommission anzugehören. Dafür gibt es ganz einfache Gründe.

Der erste Grund ist, dass mich auch als jemand, der dort in der Expertenkommission gesessen hat, interessiert, was eigentlich die Regierung sagt zu diesem Entwurf, denn sehr, sehr viele Vorschläge bewegen sich auf einer erheblichen Flughöhe. Da gibt es zum Beispiel den Vorschlag, wir lösen das Förderschulsystem auf und integrieren die Förderschüler in das Regelschulsystem. Es gibt sehr gute Argumente dafür, erstens, weil alle in unserer Gesellschaft davon profitieren, wenn auch Kinder mit Benachteiligungen integriert sind, zweitens, weil die Fahrwege teilweise für diese Kinder sehr viel weiter sind, weil es nicht so ein dichtes Schulnetz gibt. Also es gibt sehr berechtigte Erwägungen dafür. Nur, das aufzuschreiben, sie sollen integriert werden, ist eine relativ einfache Aufgabe. Es umzusetzen und zu prüfen, wie das überhaupt funktionieren kann in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern, welche Strukturen wir heute haben, ist eine völlig andere Angelegenheit. Und deswegen muss ich durchaus sagen, hätte ich für eine qualifizierte Diskussion gerne eine schriftliche Grundlage der Landesregierung, wie sie denn die einzelnen Vorschläge beurteilt, wie sie das rechtlich einschätzt, ob die Einschätzung auch mit dem übereinstimmt, was wir hier im Land vorfinden.

Natürlich kann man das anders sehen. Man kann sagen – wie Sie das jetzt tun –, der Minister hat gesagt, diese Auswertung soll es geben, die wird bald vorliegen und dann können wir noch einmal tiefer einsteigen. Man kann natürlich auch sagen, wir greifen der Regierung vor, wir sind ja ein Parlament, wir sind ja der Gesetzgeber, aber es führt eben nur dazu, dass wir noch einmal werden intensiv diskutieren müssen, wenn die Regierung sich dazu positioniert hat. Dann machen wir es eben mehrfach.

Und zweitens, was im Land auch stattfindet, sind Diskussionen. Also ich werde regelmäßig von Schulen eingeladen, von Lehrern, von Erziehern, die fragen, was steht denn da in dem Bericht der Expertenkommission, wie sieht es aus, wir wollen mit Ihnen darüber sprechen. Und das, finde ich, muss ich sagen, ist auch kein schlechter Weg, dass wir als Abgeordnete zunächst einmal mit den Betroffenen sprechen und uns Erfahrungsberichte geben und erzählen lassen, wie schätzt man das denn an der Basis ein, bevor wir dann hier noch mal zusammenkommen, um das alles auszuwerten.

Das betrifft auch die Frage, ob die Expertenkommission überhaupt die Möglichkeit hatte, an der Schulgesetzgebung mitzuwirken, beziehungsweise ob die Regierung irgendwelche Konsequenzen zieht für die Schulgesetzgebung aus der Expertenkommission.

Sie haben es so leicht angedeutet, ich möchte es noch mal ausdrücklich sagen, es gibt eine Anlage 9. Diese Anlage 9 heißt: Kommentierung des Entwurfs des Dritten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes durch die Arbeitsgruppe 2/3 der Expertenkommission. Es gibt also eine mehrseitige gutachterliche Stellungnahme zum

Schulgesetz und die Regierung hat auch Teile dieser Kommentierung mit in den Entwurf übernommen. Es steht uns frei, im Ausschuss vor der Zweiten Lesung noch mal die Frage zu erörtern, war das korrekt oder nicht. Aber es ist einfach nicht richtig, wenn der Eindruck erweckt wird, die Hinweise der Expertenkommission würden jetzt noch keine Rolle spielen, auch in der derzeitigen Schulgesetzgebung, sondern es ist ein deutlicher Unterschied gemacht zwischen dem Projekt Selbstständige Schule und den vielen anderen Hinweisen, die gegeben wurden, die sicherlich von erheblichem Interesse sind.

Wir haben sehr viel über formale Fragen und dies und das gesprochen, auch exegetische Anstrengungen unternommen, was bedeutet es eigentlich, wenn so eine Kommission einstimmig 122 Empfehlungen vorlegt. Herr Bluhm, das ist wie in der Politik auch in einer Expertenkommission. Wenn 122 Empfehlungen einstimmig vorgelegt werden, dann sind nicht 15 Experten in 122 Fragen ein und derselben Meinung, sondern aus dem Respekt vor dem Gesamtergebnis ist jeder Experte gehalten gewesen, auch wenn er Dinge deutlich anders sieht, sich zurückzuhalten, es sei denn, er kann es überhaupt nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Das heißt, es ist ein Kompromisswerk. Und aus der Tatsache, dass die Experten selber eine geschlossene Position vertreten, kann man eben mitnichten folgern, dass es sich hier um unumstrittene und völlig einhellige Empfehlungen handelt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Einvernehmlich!)

sondern um Empfehlungen, die insgesamt als akzeptabel und als akzeptable Diskussionsgrundlage von allen gesehen wurden. Auch ich stimme nicht mit jedem einzelnen Vorschlag überein. Aber es wäre auch der Diskussion nicht förderlich gewesen, wenn jetzt jedes Kommissionsmitglied darauf bestanden hätte, bei jeder Empfehlung ein Sondervotum abgeben zu dürfen. Dann hätten wir einen 500-Seiten-Band gehabt, in dem sich niemand mehr zurechtgefunden hätte.

Jenseits dieser ganzen formalen Fragen lassen Sie mich vielleicht, da ich selber diesem Gremium angehören durfte, mal die Frage beantworten, welche Punkte für die SPD-Fraktion in den einzelnen Bereichen durchaus sehr interessante und erwägenswerte Vorschläge sind.

Das eine hat der Minister angesprochen, die Neuorganisation der Ausbildung von Erziehern. Ich arbeite mich jetzt mal schnell, ich versuche es, vom Kita-Bereich zur Weiterbildung durch. Wir haben hier bereits im Parlament gesagt, ja, das brauchen wir, ja, wir brauchen eine Verkürzung der Ausbildung, um das Berufsfeld attraktiv zu machen, und wir brauchen auch eine bessere Spezialisierung der Erzieherinnen. Genau das schlägt die Bildungscommission vor. Insofern haben wir da sogar ein Stückchen vorgegriffen und können uns freuen, dass wir da schon auf dem richtigen Weg sind, dass uns das bestätigt wurde.

Dann, ich erwähnte es gestern bereits, empfiehlt die Expertenkommission, die Finanzierung der Kindertagesstätten vom allgemeinen Festbetrag umzustellen auf einen Festbetrag pro Kind und den auch zu dynamisieren, weil wir im Moment steigende Kinderzahlen haben, steigende Inanspruchnahme der Kindertagesstätten und das Land sich eben angemessen beteiligen muss an dieser Entwicklung, das sagte ich gestern, und nicht allein den Kommunen und den Eltern (durch die Elternbeiträge

und die Leistungen der Kommunen) diese Lasten überlassen darf.

Nur eine Sache spricht die Expertenkommission nicht an. Wir haben nach dem Elterngeld gesehen, dass die Inanspruchnahme zum Beispiel von Krippenplätzen deutlich steigt, nicht nur die Zahl der Kinder, die geboren werden, sondern auch die Inanspruchnahme durch die Eltern. Auch das ist eine spannende Frage, ob man so etwas im Gesetz abbildet oder nicht. Wir werden hier vielleicht sogar über die Expertenkommission hinauszugehen haben.

Letzter Punkt, den ich zu den Kindertagesstätten ansprechen möchte, eine, wie ich finde, sehr innovative und umsetzenswerte Idee, nämlich begleitend zum Besuch der Kindertagesstätte auch dort individuelle Förderung einzuführen, und zwar dadurch, dass gemessen an den Rahmenplänen regelmäßig Kompetenzfeststellungen stattfinden, dass also die Frage gestellt wird, über welche Kompetenzen verfügen die Kinder bereits, welche müssen noch besonders ausgebildet werden, dass das regelmäßig wiederholt wird, dass dann auf Basis dieser Erhebungen Förderpläne erstellt werden, sodass es auch wirklich individuelle Förderungen in den Kindertagesstätten geben kann. Und was ich besonders charmant daran finde, diese Mappe, diese Unterlagen können nach dem Besuch der Kindertagesstätte auch der Grundschule übergeben werden, wenn die Eltern zustimmen. Dann fangen die Grundschullehrer nicht bei null an. Die haben schon Grundinformationen darüber, welche Besonderheiten das Kind hat. Also dieser Wissensverlust beim pädagogischen Personal durch den Wechsel zwischen den Institutionen könnte so ein bisschen aufgefangen werden. Das finde ich sehr schön.

Sehr viel kürzer möchte ich es bei der Schule machen. Wir haben gestern darüber diskutiert. Zwei Vorschläge möchte ich nur herausgreifen. Sie werden in der Expertenkommission nicht große Debatten über das längere gemeinsame Lernen und über ein einheitliches Schulsystem finden. Auch das ist ein Kompromiss, dass man sich in diese ideologische Debatte oder auch politisch inhaltliche Debatte, die sehr umstritten ist, nicht vertieft, sondern es wurde anders herangegangen und gesagt, wir haben eine erhebliche Veränderung der demografischen Situation im Land und was bedeutet das eigentlich für Schule.

Ein Vorschlag lautet, die Trägerschaft der Schulen zusammenzuführen. Wir hatten auch in der Anhörung im Bildungsausschuss den Landkreis Ostvorpommern und der beklagte regelrecht, dass teilweise versucht wird, weil die Schulstandorte nicht mehr bestandsfähig sind, Schulen zusammenzuführen, und sich die Träger weigern, es nicht tun, obwohl es vernünftig wäre, wenn man effizient und wohnortnah dann noch Schulen aufrechterhalten könnte. Da hat er diese Trägerschaftsproblematik angeführt. Mir scheint es sehr plausibel, darüber zu diskutieren, sollten die Schulen nicht in ein und derselben Hand sein in einer Region.

Und jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten. Hier wird vorgeschlagen, das auf der Ebene der Ämter und amtsfreien Gemeinden zu machen. Man kann es auch auf der Ebene der Landkreise machen. Vielleicht sind auch noch andere Konstruktionen denkbar. Jedenfalls ist das Argument durchaus interessant.

Der zweite Vorschlag, der interessant ist, der uns aber vor Schwierigkeiten stellen würde, ist die Flexibilisierung des Abiturs. Warum kann zur Selbstständigen Schule nicht auch gehören, dass Schule A das Abitur in 12 Jahren macht und Schule B in 13? Warum kann das nicht auch ein pädagogisches Konzept sein? Das hört sich zunächst mal sehr schlüssig an, das ist eigentlich charmant, weil das vielleicht auch dazu führen könnte, dass lernschwächere Schüler es auch schaffen würden, ein Abitur zu erreichen in drei Jahren, und das könnte die Abiturientenquote hier im Land deutlich steigern helfen. Auf der anderen Seite wissen wir alle selber, wir haben regelmäßig die Frage immer wieder neu beantwortet, ob wir 12 Jahre oder 13 Jahre Abitur haben wollen mit entsprechenden Auswirkungen im Schulsystem und im Hochschulsystem. Das heißt, da ist ein erhebliches Risikopotenzial. In Finnland wird ein solches Kurssystem gemacht mit flexiblen Möglichkeiten und ich halte es für spannend, darüber zu diskutieren. Pädagogisch wäre es sinnvoll. Die Frage ist: Geht es auch strukturell?

Ein bisschen mehr möchte ich mich dem Hochschulbereich widmen. Da haben Sie vielleicht Verständnis, da bin ich am meisten zu Hause. Wichtige Botschaft der Expertenkommission, der sich, glaube ich, die meisten von uns anschließen können: In Mecklenburg-Vorpommern sollte das Erststudium gebührenfrei bleiben. Das Argument lautet, es ist nicht genau abschätzbar, was Studiengebühren bewirken, aber es ist durchaus plausibel anzunehmen, dass es in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern eher von Vorteil sein dürfte, keine Studiengebühren im Erststudium zu erheben.

Dann habe ich gestern darauf hingewiesen, dass aber andere Länder, die Studiengebühren einführen, die Situation haben, dass die Hochschulen über Mehreinnahmen verfügen und dort deutlich bessere Studienbedingungen organisieren können als in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist für unsere Hochschulen ein Problem, denn das verringert wiederum die Attraktivität des Hochschulstandortes. Deswegen finde ich den Vorschlag der Expertenkommission ausdrücklich prüfungswert.

Ich möchte das, weil es mir wichtig ist, wirklich noch mal wiederholen. Gerade weil wir im nächsten Jahrzehnt überwiegend auswärtige Studierende hier im Land haben werden, gewinnt die Landeskinderproblematik, die Herr Ratjen angesprochen hat, hier so abfällig diskutiert hat vorhin, dann plötzlich richtig strategische Bedeutung. Denn wenn es uns gelingt – die Expertenkommission geht von 70 Prozent aller Studierenden aus, das sind etwa 20.000 –, wenn es uns gelingt, die hier im Land mit Erstwohnsitz anzumelden, wenn es uns gelingt, die Studierenden davon zu überzeugen, dass sie dies tun, wenn es uns gelingt, einen Pakt zu erreichen zwischen den Hochschulen, den Kommunen, also den Städten, in denen die Hochschulen sind, und dem Land und man sagt, diese Mehreinnahmen, die wir dann haben, die bei 20.000 Einwohnern erheblich sind, nämlich 50 Millionen pro Jahr, teilen wir einigermassen fair unter den Städten, in denen die Hochschulen sind, den Hochschulen und dem Land auf, dann ist das nicht nur haushaltsneutral, das würde für Mecklenburg-Vorpommern sogar auch Mehreinnahmen bedeuten als Land und die Hochschulen hätten mit Mehreinnahmen – nach den Vorschlägen der Expertenkommission – von bis zu 10 oder 20 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen.

Meine Damen und Herren, das ist ein intelligenter Vorschlag, weil er uns gar nicht vor Finanzierungsschwierigkeiten stellt. Das ist ein intelligentes Anreizsystem, man könnte jetzt an Herrn Ratjen den Gruß von dieser Stelle aus geben, ein Anreizsystem, das gerade versucht, mehr Landeskinder herbeizuführen. Deswegen ist das Landeskinderproblem an dieser Stelle für uns vielleicht doch mal ganz nützlich.

Aber ich finde auf der anderen Seite, falls es uns gelingen sollte, so einen Hochschulpakt zu organisieren, dann muss man auch an die Hochschulen eine andere Frage stellen. Dann muss man sagen: Wenn ihr mehr Rechte bekommt, mehr Geld und wir euch unterstützen, dann bitte auch die Empfehlungen umsetzen, die auch eure Pflichten verstärken.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Der Staat finanziert Hochschulen, um die Wahrnehmung eines Grundrechtes zu befriedigen, zum Beispiel die Ausbildung im akademischen Bereich. Studierende in diesem Land haben einen Rechtsanspruch darauf, dass ihnen Studienbedingungen geboten werden, die es ihnen ermöglichen, in der Regelstudienzeit fertig zu werden mit dem Studium, es abzuschließen. Es ist häufig der Fall, dass das nicht so ist, dass Seminare überfüllt sind, dass Studenten nicht in Pflichtseminaren kommen, weil die Hochschulorganisation so ist, dass das Recht eben nicht gewährleistet wird.

(Udo Pastörs, NPD: Die haben auch ein Recht auf Arbeit im Grundgesetz, wird auch nicht erfüllt.)

Und deswegen finde ich auch den Vorschlag der Bildungskommission richtig zu sagen, kann eine Hochschule den ordnungsgemäßen Verlauf eines Studiums nicht garantieren, dann zahlt diese Hochschule pro Semester einen Schadensersatz an den Studierenden von 2.000 Euro. Ich glaube im Übrigen nicht, dass es zur Auszahlung dieser Beträge kommen würde, sondern es würde sich sehr, sehr schnell in den Strukturen der Hochschulen, in der Organisation des Studiums etwas ändern, sodass es diese Zahlbeträge gar nicht gibt. Aber ich denke, dass man ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten dort schon schaffen sollte.

Einen Punkt möchte ich herausgreifen bei der Weiterbildung, weil er anschließt, und dann bin ich auch wirklich gleich am Ende. Ich weiß jetzt nicht, wie lange ich gesprochen habe, das kommt einem hier vorne ja immer nicht so lange vor.

(Reinhard Dankert, SPD: 39 Minuten.)

Ja, nicht gemessen an meinem Potenzial, sondern gemessen an dem, was man so aufnehmen kann, was noch erträglich ist, wenn so viel über Bildungspolitik gesprochen wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ging schon.)

Ist noch gut? Herr Ritter, das ist schön.

Ein wichtiger Punkt im Bereich der Weiterbildung: Wir haben uns das Ziel gesetzt und der Ministerpräsident auch, in diesem Land die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren. Und, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Zahl der Schulabbrecher in den Schulen, es geht auch darum, dass in den letzten 18 Jahren sehr, sehr viele ehemalige Schüler hier im Land vorhanden sind, die keinen Abschluss haben.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht nicht nur um die, die heute in den Schulen sind, es geht auch um die, die heute schon keinen Bildungsabschluss haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

Es hat also insofern zwei Dimensionen, dieses Ziel, die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren, nicht nur die von morgen, sondern auch die von gestern.

Und deswegen finde ich auch den Vorschlag der Bildungskommission sehr erwägenswert zu sagen, wir haben zum Beispiel Institutionen wie die Volkshochschulen. Die bemühen sich darum, solche Schulabschlüsse nachzuholen. Wir hatten in den letzten Haushaltsverhandlungen im Bildungsausschuss dafür gesorgt, dass die Volkshochschulen genau für diese Aufgabe etwas mehr Geld bekommen, weil der Finanzierungsanteil, den sie vom Land erhalten, immer weiter sinkt, weil es so viel Bedarf gibt. Und wenn wir über schülerbezogene Mittelzuweisungen sprechen und über kopfbezogene Mittelzuweisungen auch im Kita-Bereich, dann, finde ich, muss man auch die Frage stellen, ob es nicht fair wäre, bei den Volkshochschulen etwas Ähnliches zu machen und zu sagen, ihr bekommt vom Land den und den Betrag, der ist auskömmlich, um Schulabschlüsse nachholen lassen zu können, und die Summe, die ihr insgesamt bekommt, die hängt ab von der Frage, wie viele am Ende einen solchen Schulabschluss nachholen sollen, damit ihr sachgerecht ausgestattet seid.

Nur, meine Damen und Herren, das bedeutet, dass wir, weil wir ja nicht im luftleeren Raum leben, wenn wir diesen Schwerpunkt setzen wollen, eben auch sagen müssen in den Haushaltsverhandlungen, an welcher Stelle wir dann weniger tun. Ich denke nicht, dass wir dies auf Kosten eines soliden Haushalts tun wollen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Deswegen würde ich uns doch alle motivieren, bei diesen weitreichenden Empfehlungen der Bildungskommission – ich habe jetzt einige vorgestellt, die ich für besonders prüfenswert halte, die auch sehr, sehr relevant sein werden für die Zukunft des Landes –, da bitte ich doch darum, dass wir auch als Bildungspolitiker immer die Einheit auch von Rechten und Pflichten an dem Punkt einhalten. Wer sagt, welche Rechte er haben will, muss auch sagen, welche Pflichten er bereit ist zu übernehmen, also auch für die Gegenfinanzierung zu sorgen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass wir heute über den Bericht der Expertenkommission hier debattieren können. Allerdings muss ich vorausschicken, wenn Sie, Herr Bluhm, sagen, dass dies ein parteiübergreifendes Gremium war, dann kann ich das nicht ganz so bestätigen,

(Zuruf von Mathias Brodkorb, SPD)

denn ich erinnere mich daran, als wir sagten, jawohl, wir sind jetzt auch im Landtag und wir möchten da mitarbeiten, ist uns gesagt worden, es ist eine von der Regierung eingesetzte Kommission.

(Mathias Brodkorb, SPD, und
Ilka Lochner-Borst, CDU: Falsch! –
Michael Roof, FDP: Ja, ja!)

Doch, doch, doch, doch, doch. So genau war es.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Nein,
das stimmt nicht! Das stimmt nicht. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das kann
man ja nachlesen im Beschluss.)

Ja, der Beschluss! Es war so, wie es ist.

(Michael Roof, FDP: Genau.)

Also es ist in dieser Kommission nicht so gewesen, dass wir uns da voll einbringen konnten, und das sollten Sie erst mal akzeptieren. Das war so.

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

Die zweite Sache ist, dass natürlich auch hier zu bedenken ist, dass in dieser Kommission vor allem ja verschiedene Verbände und so weiter dabei waren. Aber was wir auch ein bisschen kritisieren, ist, wenn eine solche Kommission zum Schluss das Ziel hat, einstimmige Empfehlungen zu geben, dann können Sie natürlich sagen, Herr Brodkorb, jawohl, es geht nicht, dass da jeder seine Einzelempfehlung gibt. Aber wenn es wissenschaftlich ist und objektiv sein soll, dann ist es durchaus sinnvoll – und Sie diskutieren ja jetzt auch dauernd Varianten –, dass die Kommission uns auf wissenschaftlicher Grundlage Varianten aufgezeigt hätte, die für Mecklenburg-Vorpommern möglich sind. Und das vermischen wir allerdings hier.

Also es wären zum Beispiel – Sie haben das jetzt gesagt mit der Hochschulfinanzierung – durchaus Alternativen möglich. Natürlich, wenn Sie das jetzt ein bisschen umdrehen und dann Herrn Ratjen angreifen – Sie haben, geben Sie es doch ehrlich zu, das seinerzeit mit den Landeskindern etwas anders gemeint. Es ist ja gut, wenn wir es hinbekommen, dass mehr aus anderen Bundesländern hier studieren und sie sich dann anmelden bei uns im Land und hier unsere Bürgerinnen und Bürger werden. Dann ist das ein Weg, eine Variante. Ich glaube aber, das ist zu kurz gesprungen, wenn wir glauben, damit bei unseren Hochschulen die Exzellenz in Forschung und Lehre zu erreichen, die wir brauchen, um von diesen Hochschulen ausgehend die entsprechende Entwicklung im Land zu ermöglichen. Da, meine Damen und Herren, sollten wir wirklich noch genauer überlegen, wie wir dazu kommen, dass unsere Hochschulen entsprechend ausgestattet sind.

Das haben Sie, Herr Brodkorb, auch mit angeschnitten, dieser unbefragte Glaube an das längere gemeinsame Lernen. Auf jeden Fall ist in der Diskussion in der Öffentlichkeit, wenn es ums längere gemeinsame Lernen geht, immer noch zu sehr der Glaube vorhanden, es wäre sozusagen eine Sache, so, wie wir es früher im DDR-Schulsystem hatten. Wir haben sie alle nur zusammen in einer Klasse.

(Zuruf von Mathias Brodkorb, SPD)

Ja, ja, Herr Brodkorb, klar.

Das müssen wir aber, wenn wir über solche Dinge sprechen, viel klarer in die Öffentlichkeit bringen, dass es, wenn es das ist, eine ganz andere Methode wäre. Sie haben natürlich recht, dass die Expertenkommission das auch wesentlich differenzierter hier uns dargestellt

hat, dass sie also eher darüber nachdenkt, ob wir standortbezogen entsprechend verschiedene Bildungsgänge nebeneinander haben, darüber, dass das im ländlichen Raum notwendig ist, dass wir da nach neuen Lösungen suchen müssen. Da stimmen wir mit Ihnen überein. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir in den ländlichen Räumen die Möglichkeiten schaffen, dass dort wohnort-/standortnah entsprechende Angebote sind in allen Bereichen.

Und wir müssen dabei auch immer mit bedenken, dass wir bei allem, was wir machen wollen, nicht über das hinweggehen können, was bei den Eltern da ist. Wir haben es ja gemerkt, wie sie nach der Einführung der 5. und 6. Klasse dann nach anderen Wegen gesucht haben, um zum Gymnasium zu kommen. Insofern wird es immer notwendig sein, jetzt nicht etwas von oben zu machen, was dann von den Eltern nicht angenommen wird, wo sie versuchen, in Schulen in freier Trägerschaft auszuweichen und Ähnliches. Das werden wir nicht verhindern können. Deshalb müssen wir bei all unseren Dingen, die wir hier anpacken, auch immer im Hinterkopf haben, wie wird das, wie werden diese Entscheidungen dann von den Eltern angenommen. Das ist einfach notwendig, sonst kommen wir auf diesem Gebiet nicht weiter.

Eine weitere Sache, meine Damen und Herren: In der Empfehlung wird gesagt, dass wir durchaus mehr über das integrative Lernen von Menschen mit Handicap nachdenken müssen. Was vonseiten der Sonderschulpädagogen hier mit kritisiert wird, ist, dass zum Beispiel in der Kommission auch keiner mit dabei war, der von diesem Bereich eher Wissen hätte mit einbringen können.

(Mathias Brodkorb, SPD:
Abgesehen von den Wissenschaftlern.)

Es war so, Herr Brodkorb. Es war so in diesem Bereich. Die Kritik kommt ja nicht von mir, die kommt von dieser Seite. Sie waren ja neulich in Güstrow nicht dabei, als das zur Debatte stand, aber Herr Bluhm hat es gehört.

Also diese Sache müssen wir auf jeden Fall in Zukunft noch stärker mit bedenken: Wie kriegen wir es hin, dass wir auf der einen Seite stärker integrieren, was wir als Liberale durchaus für richtig halten, dass wir aber andererseits auch nach Wegen suchen, wie bestimmte Behinderungen eben einfach in notwendigen Förderschulen bedacht werden müssen. Und vor allem, Herr Brodkorb, müssen wir uns auch überlegen, wie wir den Übergang organisieren.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es sind viele Dinge, auf die ich heute hier im Einzelnen nicht eingehen will, denn ich merke es – ich bin ja Lehrer und ich weiß vom Prinzip der Fasslichkeit –, wenn wir jetzt alle Dinge hier heute aufgreifen und alle nacheinander diskutieren, dann weiß ich genau, dass das an uns allen vorbeigeht und wir nicht alles tiefgründig behandeln. Deshalb verzeihen Sie mir bitte, wenn ich heute nicht alle Punkte, wie frühkindliche Bildung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir verzeihen.)

da sind verschiedene Dinge hier gesagt worden, dass ich das nicht alles hier,

(Vincent Kokert, CDU: Damit
bin ich aber nicht einverstanden. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass ich das nicht alles hier aufgreife, sondern ich weiß ganz genau, dass wir zu diesen Punkten noch kommen werden

(Vincent Kokert, CDU: Da muss er schon ein wenig mehr Substanz in seine Rede einbauen.)

und dass wir diese Fragen hier auch im Parlament diskutieren werden. Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich jetzt nicht auf alle Punkte, die vom Minister angesprochen wurden, von Herrn Brodkorb angesprochen wurden und auch von Herrn Bluhm angesprochen wurden, eingehen werde. Das würde heute zu keinem Ergebnis führen. Wir werden die Debatte weiterführen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versprechen, dass wir, Herr Minister, es auf jeden Fall nicht sind, die hier im Land für einen Reformstau im Bereich der Bildung sorgen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Siehst du!)

Wir sind selbst ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, da sind wir ja beruhigt. – Vincent Kokert, CDU: Erst nichts sagen und dann auf die Minister einschlagen, das ist aber unfair.)

Wir sind selbst daran interessiert, dass es unter Lehrern, unter Eltern, unter Schülern nicht immer wieder Unklarheiten gibt, wie es im Land weitergeht.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und das, meine Damen und Herren, wenn ich Sie ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir waren ja nicht dabei.

(Vincent Kokert, CDU: Warum nicht?)

Das war doch eigentlich das Ziel der Expertenkommission, für die Zukunft mehr Klarheit zu schaffen und eine Richtlinie zu geben, wie wir gemeinsam vorgehen können.

Allerdings sage ich Ihnen auch, Herr Minister, wir werden nicht bedingungslos Ihrem Gesetz zustimmen. Wir haben da nach wie vor, das ist ja auch deutlich geworden, noch große Kritikpunkte. Es reicht nicht aus, wenn die Überschriften stimmen und man zum Schluss im Detail diesen Überschriften nicht gerecht wird. Also insofern verspreche ich Ihnen, wir werden noch eine ganze Menge konkrete Änderungsanträge haben, und ich hoffe, dass Sie darauf eingehen werden, sonst werden wir auch diesem Gesetz nicht zustimmen können. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh! – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber ein dünner Beifall!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es soll in dieser Runde um die Zukunft der Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern

gehen. Und als Erstes frage ich mich: Wo ist denn da die Familie geblieben? Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern. Das steht nicht im NPD-Parteiprogramm, sondern im Grundgesetz. Und wir Nationalen teilen diese Auffassung. Schulgesetz, Bericht der Expertenkommission – das alles scheint irgendwie so, als wäre es aus einer Hand. Bestelle mir einen Experten und ich schreibe dir als Bericht oder Gesetz auf, was dir gefällt. Schulgesetz oder Expertenbericht, das alles ist wie eine Variation zum Thema „Abschaffung der Familie, Abschaffung der Kindheit, Ökonomisierung der Bildung“.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir Nationalen ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wovon träumen Sie nachts?)

Wir Nationalen möchten zunächst einmal festhalten, dass die Erziehung das natürliche Recht der Eltern ist. Was uns die sogenannten Experten hier aufgeschrieben haben, das degradiert die Familie aber zu einem Kooperationspartner, einen Erfüllungsgehilfen, der staatliche Bildungsvorgaben umzusetzen hat.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Thema verfehlt!)

Dass dies immer noch unter dem Motto „frei“ läuft, also „freie Schule“, das ist schon zynisch.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der Expertenbericht zeigt uns, wie meilenweit Sie von den Systemparteien von uns entfernt sind. Uns trennen nicht nur einige inhaltliche Punkte, uns trennt bereits das Menschenbild. Was hier im Expertenbericht steht,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Richtig, Herr Lüssow. Gut erkannt! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was hier im Expertenbericht steht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist unterschiedlich, völlig unterschiedlich von unserem.)

das ist von einem Gleichheitsgedanken gekennzeichnet, den wir Nationalen grundsätzlich ablehnen. Bildung heißt für Sie Gleichschaltung. Sie wollen einfach nur die Abiturquote hochschrauben, weil Ihre Wirtschaft Fachleute benötigt. Das Abitur für alle fordern Sie nicht als Erfüllung sozialer Gerechtigkeit, sondern weil die spezialisierte Wirtschaft, die die einfachen Arbeitsplätze in Billiglohnländer auslagert, nur Menschen mit hohem Bildungsabschluss benötigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Im Übrigen glauben Sie, dass die Menschen gleich seien. Sie kennen ja nicht einmal Völker. Man müsse nur an den richtigen Stellschrauben drehen, dann könne man den Menschen schon so abrichten, dass er zu allem fähig ist.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

So funktioniert auch Ihre fantastische Integrationspolitik. Die NPD aber bekennt sich zur Ungleichheit der Menschen in ihren Begabungen und Anlagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor allen Dingen zum Deutschen!)

Gleich sind die Bürger vor dem Gesetz, ungleich aber in ihrem Wesen. Wenn man Gleichheit im Sinne einer unterschiedslosen egalitären Gleichmacherei versteht, ist es aus mit der Freiheit. Die Auffassung vertrat der Kommentator zum Grundgesetz Professor Günter Dürig.

Wir Nationalen können uns dieser Auffassung nur anschließen. Die NPD bekennt sich im Gegensatz zur Expertenkommission deshalb auch zu dem bewährten gegliederten Schulwesen in Deutschland. Wir glauben, dass es richtig ist, dass die verschiedenen Begabungsprofile in verschiedenen, möglichst homogenen Lerngruppen zu fördern sind. Die Abiturquote ist kein geeigneter Indikator, um diese These zu widerlegen. Die Frage ist ja heute, ob alle Schüler, die eine Hochschulreife besitzen, diese auch wirklich haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Lesen Sie doch mal das, was heute Professoren über die Studienfähigkeit von Studenten schreiben! Das ist unter aller Kanone.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Wesentliche Grundfertigkeiten sind nicht mehr vorhanden. Man kann die Abiturquote natürlich schnell erhöhen, wenn man das Niveau absenkt. Differenziert werden muss auch in Gesamtschulen, nur dass diese Differenzierung innerhalb heterogener Lerngruppen dann wesentlich aufwendiger ist. Der Einzelne wird eher auf der Strecke bleiben, allzumal, wenn die Mittel nicht erhöht werden. Dazu bräuchten Sie nämlich mehr Lehrpersonal, Herr Tesch, aber Sie lassen ja lieber Comics gegen Rechts drucken.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Wir Nationalen setzen uns aber nicht nur für das Recht auf die Familie ein,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wir fordern auch ein Recht auf Kindheit. Sie machen eine Bildungspolitik der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Das ist keine Bildung, das ist bei Ihnen eine bildungspolitische Mastanlage. Es ist ein absoluter Irrglaube, dass man meint, schon Vier- bis Fünfjährige mit Ihren Bildungsersatzstücken vollstopfen zu müssen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das im Expertenbericht genannte Verfahren zur Kompetenzfeststellung für die Viereinhalb- bis Fünfjährigen kommt einem, wenn es nicht so traurig wäre, wie Comedy vor. In dieser Zeit müssen die Kinder viele Fähigkeiten entwickeln, bestimmt aber keine mathematischen. Beobachten, analysieren, dokumentieren, das sind die Begriffe Ihrer Bildungspolitik, die im Bericht deutlich werden. Das ist Ihre Politik eines allüberwachenden Staates, der schon Vierjährige unter ständige Kontrolle zu bringen versucht. Wer ausschert, wird gleich in die staatlichen Gleichschaltungsprogramme gebracht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bildungsexperte! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mein Gott!)

Das hat mit freier Entfaltung der Persönlichkeit so überhaupt rein gar nichts zu tun.

(Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Portfolio, Entwicklungsplan, das hört sich toll an, aber das ist für die Kinder so etwas wie eine Stasiakte. Erziehung und Bildung brauchen Zeit.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Herr Lüssow, was reden Sie denn hier?)

Und Erziehung und Bildung brauchen auch Vergessen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es muss nicht alles protokolliert werden,

(Irene Müller, DIE LINKE: Oh nee!)

was ein Kind seit der Kindergartenzeit tut oder lässt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich glaube,
Sie wissen gar nicht, was Stasi ist. –
Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Es wäre sinnvoller, wenn Sie sich als Abgeordnete so einer Kontrolle unterzögen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja,
Herr Koplín zum Beispiel.)

Sie prüfen und prüfen, erheben und erheben.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Mit Qualitätsstandards schafft man aber keine gute Bildung. Bildungsarbeit muss kreativ sein.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Lehrer und Erzieher sollten keine Formulare zur Qualitätssicherung ausfüllen, sondern sich mit den Kindern beschäftigen. Beim Kapitel Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, da muss ich noch einmal wiederholen: Chancengleichheit bedeutet nicht, gleiche Bildungsergebnisse zu haben. Wir benötigen in einem Volk Handwerker und Kopferwerker, alles andere ist Diskriminierung.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ah ja!)

Stärkung und Eigenverantwortung der Schulen, das ist ja so ein Zauberwort, das sich auch im neuen Schulgesetz wiederfindet.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Prinzipiell ist Eigenverantwortlichkeit gut, vor allem, wenn sie die Abwesenheit von lästigen Verwaltungsvorschriften bedeuten würde. Hier heißt aber auch das, was wir im Bericht vorliegen haben, nicht Eigenverantwortung, sondern das Erfüllen kompliziertester Vorgaben.

Im Übrigen möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der in der Diskussion um die freie Schule zu kurz kommt. Abgesehen davon, dass es einen enormen Mehraufwand bedeutet, wenn sich jede Schule ihr eigenes pädagogisches Profil gibt, bei dieser Zersplitterung des Bildungswesens bleibt irgendwann die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse auf der Strecke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

Darüber sollte einmal geredet werden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Im Studium setzt sich die Bevormundung dann ja fort.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und man sieht auch in diesem Bericht wieder, wohin die Reise gehen soll. Schon jetzt wurde ja auch im Hochschulbereich nie mehr von Freiheit geredet und niemals zuvor waren die Studiengänge verschulter, nie hatten Studenten weniger Freiraum. Hier klaffen also auch Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

Der Bericht, den wir hier vorliegen haben, das ist wieder alter Wein in neuen Schläuchen.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Damit kommen wir nicht weiter.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die NPD arbeitet für ein anderes Bildungssystem. Wir treten für ein begabungsdifferenziertes Schulwesen ein, für eine Gesellschaft, die auch Schülern mit geringem Bildungsprofil eine Zukunft gibt. Wir lehnen nicht kindgerechte frühe Bildungsbemühungen vor der Schule ab. Wir brauchen keine kleinen Erwachsenen mit vier Jahren, die schon computerabgerichtet sind, sondern Kinder, die sich selbst und ihre Umwelt erfahren, Kinder, die in der Familie,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawohl, im HDJ-Lager, ne?! HDJ-Lager! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

Kinder, die in der Familie Bindungsfähigkeit erfahren und im Kindergarten und in der Schulgemeinschaft Kameradschaft.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Stefan Köster, NPD)

Die NPD bekennt sich zu einer Bildungspolitik, die die Förderung von Eliten zum Ziel hat. Wir setzen uns für eine Hochschulpolitik ein, die die Universitäten nicht zu Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft degradiert. Und all dies findet sich in Ihrem Bericht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Stelle ist es recht schwierig, nach so viel gequirltem Unsinn von Rechts wieder zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber das schaffst du! – Raimund Borrmann, NPD: Dann schauen Sie doch nach links!)

Ich möchte aber eins aufgreifen, was Herr Lüssow gesagt hat, und ich denke, da spreche ich für alle demokratischen Fraktionen in diesem Hause: Ja, wir haben ein anderes Menschenbild als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Michael Roof, FDP: Ja.)

Meine Damen und Herren, am 28. Juni 2006 hat dieser Landtag nach einer langen und müßigen Debatte

(Michael Roof, FDP: Müßigen?)

an einem oft viel zu ideologisch diskutierten Thema gezeigt, dass es durchaus möglich ist, trotz parteipolitisch völlig unterschiedlicher Grundüberzeugungen einen gemeinsamen Weg einzuschlagen. Wir haben nach einer

langen Diskussion alle einen Schritt nach vorne gewagt und hier im Landtag, sehr geehrter Herr Kreher, einen Beschluss gefasst, dass eine Expertenkommission eingesetzt wird, die sich den drängenden Fragen zur Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern widmen sollte. Darüber gab es einen Konsens

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Einstimmig.)

und wenn ich richtig informiert bin, gab es auch einen ziemlich liberalen Professor in dieser Expertenkommission.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Einen ultraliberalen!)

Also dass Sie da nicht vertreten waren, kann ich an der Stelle gar nicht nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, obwohl wir hier im Landtag eine sehr straffe Zeitvorgabe damals an die Expertenkommission gegeben hatten, ist es gelungen, dass der umfangreiche Auftrag eingehalten wurde. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch im Namen der CDU-Fraktion allen danken, die in dieser Kommission mitgearbeitet haben.

Wir haben heute einen Bericht vorliegen, der uns in seinem ersten Teil eine klare Iststandsanalyse gibt. Damit haben wir zum ersten Mal eine Sammlung von Daten, Zahlen und Fakten, die genau und vor allem in einem die aktuellen Zustände in unserem Land abbildet. Daraus ergibt sich dann der zweite Teil des Berichts, der Schlussfolgerungen zieht und Handlungshinweise gibt.

An dieser Stelle geschieht natürlich das, was uns damals allen schon klar war und was Frau Polzin auch in der damaligen Debatte ausgesprochen hat: dass es Empfehlungen geben wird, die uns politisch gefallen, und solche, die uns nicht gefallen, und dass wir an dieser Stelle wieder gefragt sind, uns der politischen Auseinandersetzung zu stellen, und darüber nachdenken müssen, was wir wollen oder was wir nicht wollen.

Der Minister hat es schon gesagt, Herr Bluhm, es gibt zahlreiche Punkte, die sich bereits im Entwurf der Schulgesetznovelle finden. Besonders hervorheben möchte auch ich an dieser Stelle die flächendeckende Einführung der Selbstständigen Schule. Aber wir bleiben an dieser Stelle in der Debatte natürlich nicht stehen und wir werden immer weiter um die besten Wege in der Bildungspolitik ringen. Der Bericht der Expertenkommission kann hierbei natürlich eine Basis darstellen. Ob wir sie eins zu eins umsetzen können oder wollen, das kann nur der Diskussionsprozess selbst ergeben.

Und, Herr Kollege Bluhm, diesen Diskussionsprozess unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Expertenkommission gibt es bei den Elternräten, in den Kitas, in den Schulen, in den Hochschulen. Und wie die Fraktionen, die Parteien und die Landesregierung damit umgehen, das obliegt ihnen beziehungsweise uns selbst. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten nicht eine Debatte zum Schulgesetz erlebt, in der nicht auch die Expertenkommission eine Rolle gespielt hätte. Aber, Herr Bluhm, ein Bericht ist ein Bericht und ein Gesetz ist ein Gesetz. Und wir können die notwendigen Veränderungen in den Schulen des Landes nicht aufschieben, bis jede einzelne Empfehlung der Expertenkommission politisch ausdiskutiert ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber das weiß Herr Bluhm.)

Wir können sie aber sehr wohl in unsere Überlegungen einfließen lassen.

Und dann habe ich noch eine Bitte an Sie, Herr Bluhm: Lassen Sie uns gemeinsam damit aufhören, diese leidige Schulartendebatte zu führen. Darum geht es in der Schulgesetznovelle schon lange nicht mehr.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Habe ich doch gar nicht gemacht. Habe ich doch gar nicht gemacht.)

Es gibt keine Schlechterstellung der Gesamtschulen an sich.

(Vincent Kokert, CDU: Ganz im Gegenteil, ganz im Gegenteil. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Es gibt problematische Einzelfälle und über die sollten wir in Ruhe gemeinsam reden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und, Herr Kreher, auch die Diskussion über das längere gemeinsame Lernen haben wir längst hinter uns.

(Irene Müller, DIE LINKE: Gucken Sie sich mal die Stellungnahmen an!)

Während Sie nachdenken und überlegen, wird bei uns gearbeitet, und Sie sind ganz herzlich eingeladen, endlich Ihre eigenen Vorschläge auf den Tisch zu packen.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe bei meiner Rede zur Ersten Lesung des Schulgesetzes ein Zitat von Sir Eddington vor meine Ausführungen gestellt, das möchte ich heute ans Ende meiner Ausführungen stellen:

(Udo Pastörs, NPD: Dann haben wir es wenigstens hinter uns.)

„Wir dachten immer, wenn wir Eins kennen, dann kennen wir auch Zwei, denn Eins und Eins sind Zwei. Jetzt kommen wir langsam darauf, dass wir noch eine ganze Menge mehr über das Und lernen müssen.“

Ich betrachte den Bericht der Expertenkommission als einen Beitrag, noch mehr über das Und zu lernen, und freue mich auf weitere bildungspolitische Reformdebatten in diesem Haus. Und ich möchte den Vorschlag des Ministers aufgreifen, als Ausschussvorsitzende an dieser Stelle auch gerne mit der Kommission über den Bildungsausschuss im Gespräch zu bleiben. Das sollten wir schon in der nächsten Ausschusssitzung gemeinsam miteinander besprechen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also ich glaube, wir haben, wenn man mal von einem Diskussionsbeitrag absieht, eine insgesamt sehr fachliche, in die Zukunft weisende, die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellende Debatte gehabt. Ich möchte die Gelegenheit nut-

zen, für meine Fraktion zu erklären, dass wir natürlich daran interessiert sind, dass ein Schulgesetz, wenn es novelliert wird, so ausgestaltet ist, dass es praktikabel ist, dass es den Kindern in diesem Lande zugutekommt, und dann werden wir, und das haben wir noch nie getan, uns auch einer Zustimmung zu Einzelregelungen oder einer Gesamtregelung, wenn sie denn für uns in sich schlüssig ist, nicht widersetzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja schon mal gut. – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Das, glaube ich, ist etwas, was die Beratungen des Landtages der letzten Wahlperiode in Bezug auf diesen Bericht der Expertenkommission deutlich gemacht haben, denn es war ja schon heiße Phase des Wahlkampfes. Das wollen wir mal alle nicht vergessen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig. Völlig richtig.)

In einer heißen Phase des Wahlkampfes einen einstimmigen Beschluss dieses Parlamentes zu dieser sensiblen Frage Entwicklung des Bildungswesens zu erreichen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war ziemlich gut, ja.)

das war schon etwas Gutes, wo ich glaube, alle Fraktionen haben damals in Verantwortung vor der Zukunft dieses wichtigen gesellschaftlichen Bereiches gehandelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war ziemlich gut, ja.)

Und das, was auch der Minister heute hier noch einmal gesagt hat, findet unsere Zustimmung. Es geht nach Möglichkeit auch in Zukunft um eine solche möglichst große Gemeinsamkeit in diesem Bereich. Dafür wollen wir gemeinsam streiten. Da sind wir nicht immer einer Meinung, das ist wohl so. Aber das hält eine Demokratie dann aus, dass man bei vielen Punkten einer gemeinsamen Stellungnahme sicherlich beitreten kann, aber dass man an der einen oder anderen Stelle auch Unterschiede hat.

Mir war wichtig und meiner Fraktion war wichtig, dass das, was wir hier heute gemacht haben, eine Würdigung der Arbeit der Expertenkommission ist, eine öffentliche, und dass es in der Debatte vordergründig gar nicht um die einzelnen inhaltlichen Fragen, um einzelne inhaltlich unterschiedliche Positionen ging, sondern um das Bekenntnis dieses Landtages und der Landesregierung – und dafür bin ich namens meiner Fraktion auch dem Minister dankbar, dass er das hier heute so getan hat –, öffentlich zu dokumentieren, wie gehen wir denn jetzt weiter mit diesem Bericht um als Landtag, als Parlament, als diejenigen, die damals den Auftrag ausgelöst haben, und als Landesregierung. Dass da mittel- und langfristige Fragen berührt sind, ist unstrittig.

Ich möchte vielleicht die jetzt zum Schluss entstandene Schärfe bei meiner Kollegin Frau Lochner-Borst etwas relativieren. Es ging mitnichten um die Frage eines ideologischen Streites an der einen oder anderen Stelle. Und wenn man meiner Rede vorhin richtig zugehört hat,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Habe ich.)

dann kann man schon feststellen, dass es um eine aus meiner Sicht sehr differenzierte Darstellung von übernommenen Regelungen wie auch aus unserer Sicht eben

leider nicht übernommenen Regelungen oder verkürzten Regelungen ging. Also von daher, glaube ich, war die Debatte auch vor dem Eindruck der gestrigen Aktuellen Stunde heute wieder der Sache etwas dienlicher. Dafür möchte ich mich bei den Rednern der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der CDU und DIE LINKE –
Ilka Lochner-Borst, CDU: Okay.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache und fahre in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Endgültige Entscheidung über die Zukunft des Ökologieparks Nieklitz treffen, Drucksache 5/1968.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Endgültige Entscheidung über die Zukunft
des Ökologieparks Nieklitz treffen
– Drucksache 5/1968 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme heute mit einer grünen Mappe, weil es ja ein grünes Thema ist. Unser Antrag lautet: „Endgültige Entscheidung über die Zukunft des Ökologieparks Nieklitz treffen“. Wo stehen wir und in welchem Spannungsfeld befinden wir uns?

Die „Schweriner Volkszeitung“ berichtet am 16.04. „Zukunftspark erhält letzte Chance“ und die ...

Herr von Storch, wenn Sie dann durch sind mit Ihrer Begrüßung, würde ich gerne weiterreden. Das ist nett.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und die „Schweriner Volkszeitung“ berichtet am 25.10. „Land lehnt Hilfe für Nieklitz-Park ab“. Was ist passiert? Worüber reden wir? Wo sind unsere Probleme? Wo sind unsere Schwierigkeiten?

Der Zukunftspark Nieklitz steht seit geraumer Zeit in der Diskussion und ich erinnere da an viele Anfragen der Kollegen der CDU-Fraktion aus der 4. Wahlperiode, wo sie sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben, aber offensichtlich wenig erfolgreich. Ansonsten wären wir heute nicht an der Stelle, an der wir sind.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir Liberalen haben dieses Thema aufgenommen. Unser Vizepräsident ist mehrfach vor Ort gewesen, hat es sich auch angeschaut, hat Gespräche mit den Leuten dort geführt. Wir haben dann am 21.05. im Wirtschaftsausschuss beantragt, dass man uns berichtet über die Situation dort im Zukunftspark und haben – ich hoffe jetzt, dass ich nicht die Vertraulichkeit des Ausschusses wieder verletze – zwei Informationen bekommen. Die Information ist, dass wir ein Gutachten erstellen, wir, die Landesregierung. Und dann ist vom Landwirtschaftsministerium gesagt worden, die Entscheidung zu Nieklitz fällt im September, September 2008.

Wir haben heute, das haben wir Liberalen festgestellt, den November 2008 und haben in der Zwischenzeit versucht, was wir als Parlamentarier ja machen können, zu erfahren, wann ist denn das Gutachten fertig, wo ist das Gutachten, um uns mit der Istsituation dort in Nieklitz auseinanderzusetzen. Uns ist bisher kein Gutachten bekannt. Wir haben weiterhin, und auch daran wird sich der eine oder andere von Ihnen erinnern, am 03.07.2008 hier dem Parlament die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorgeschlagen und beantragt,

(Zurufe von Ute Schildt, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

um genau diese Dinge um Nieklitz herum, die in Nieklitz gelaufen sind, hier zu erörtern, Klarheit ins Verfahren reinzubringen und Unterlagen und Informationen zusammenzutragen,

(Udo Pastörs, NPD: Dann
wird es eng für Herrn Backhaus.)

um eine objektive Entscheidung für die Weiterführung des Standortes in Nieklitz zu bekommen. Auch das, liebe Kollegen, ist uns abgelehnt worden.

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich.)

Also wir als Liberale sind in der Situation, dass wir weder die zugesagte Entscheidung im September durch die Landesregierung realisiert sehen noch ein Gutachten, was angefordert und durchgeführt worden ist, sehen, nach dem wir hier vorgehen können, noch haben wir die Möglichkeit bekommen, uns weiterhin in diesen Prozess einzubringen. Und daher stehen wir heute mit diesem Antrag hier bei Ihnen, mit einem Antrag, der überhaupt nicht in irgendeine Richtung tendiert –

(Ute Schildt, SPD: Nein?)

ob der Park eine Zukunft hat, ob er weitergeführt werden soll, ob er nicht weitergeführt werden soll. Die Unterlagen, davon gehen wir einfach mal aus, das Know-how liegt bei der Landesregierung. Dort ist ein Gutachten, dort wollte man sich im September entscheiden und dort hat man die Gespräche geführt. Und man hat aufseiten der Landesregierung sich so geäußert, dass es offensichtlich mit den dort Verantwortlichen in Nieklitz keine gemeinsame Basis gibt, dass die Verantwortlichen in Nieklitz nicht bereit sind, Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Ich frage Sie als Landesregierung: Wie lange warten wir denn noch, bis wir diesen Prozess dann zu einer Entscheidung bringen? Und nichts anderes steht in unserem Antrag hier heute drin – und wir geben Ihnen noch mal zwei Monate Zeit dafür, sich zu entscheiden –, dass die Landesregierung bitte bis Ende Januar 2009 dem Parlament eine Entscheidung mitteilt: Wird sie an diesem Standort den Park weiterführen? Wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen, mit welchen finanziellen Unterstützungen des Landes? Wie ist das Programm? Was wird dort als Projekt gemacht? Was ist es für eine Wertschöpfung für das Land und wie werden sich die wirtschaftlichen Bedingungen dort in den nächsten Jahren entwickeln? Auf welcher Grundlage ist die Entscheidung getroffen? Wie wird dort die Perspektive dann eben auch weiter gestaltet? Nicht mehr und nicht weniger beinhaltet unser Antrag, also einfach nur die Bitte, uns hier eine Entscheidung mitzuteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roof.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin in Vertretung des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst soll ich mich im Namen des Fachministers für das wieder aufflammende Engagement der Abgeordneten aus der FDP-Fraktion in dieser Angelegenheit bedanken und für das große Interesse, eine endgültige Entscheidung über eine etwaige weitere finanzielle Unterstützung des Landes für das Zukunftszentrum Mensch-Natur-Technik-Wissenschaft in Niekritz bis Ende Januar 2009 zu treffen.

Wie Sie wissen, hat die Landesregierung, und das erwähnte ja auch Herr Roof in seiner Einbringung, die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses in der 27. Sitzung am 21. Mai 2008 umfassend zum Zukunftszentrum informiert. Noch offene Fragen wurden schriftlich beantwortet. Zum damaligen Zeitpunkt bestand vonseiten der Landesregierung das Angebot, die bisherige Mittelverwendung und vor allem die zukünftige Tragfähigkeit des ZMTW durch einen unabhängigen Gutachter untersuchen und bewerten zu lassen. Das Gutachten sollte als unabdingbare Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise der Landesregierung dienen.

Auch war es bereits damals einhellige Beschlusslage im Kabinett, dass die von der NICOL-Stiftung geforderte Fehlbetragsfinanzierung für das Jahr 2007 in Höhe von 200.000 Euro nicht erfolgen wird. Sowohl die Deutsche Bundesstiftung Umwelt als auch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Natur unterstützten diese Vorgehensweise der Landesregierung ausdrücklich. Eine finanzielle Beteiligung der vorgenannten Stiftungen an dem geplanten Gutachten war ebenfalls vorgesehen.

Seitens der Landesregierung wurden mit dem Vorstandsvorsitzenden der NICOL-Stiftung Herrn Professor Heydemann mehrere Gespräche über die zukünftige Unterstützung durch die Landesregierung und die dazu notwendige Gutachtenvergabe geführt. Herr Professor Heydemann äußerte dabei jedoch wiederholt sein Unverständnis und seine Bedenken gegen eine unabhängige Gutachtenvergabe. Statt einer konstruktiven Zusammenarbeit knüpfte er immer wieder zusätzliche Bedingungen an seine Bereitschaft zur Gutachtenerstellung. So forderte er unter anderem, dass der Gutachter die Methodik des Gutachtens vorher mit ihm abspricht, der Gutachter explizit auch Fragestellungen der NICOL-Stiftung beantwortet, der Gutachter abstimmt, welche Unterlagen benötigt und herangezogen werden sollten, und vor Anfertigung des Schlussgutachtens ein abschließendes Gespräch mit dem Vorstand der NICOL-Stiftung zu erfolgen hat. Des Weiteren wurde die Mitwirkung der NICOL-Stiftung an der Gutachtenerstellung abhängig gemacht von einer Zusage einer zusätzlichen Zuwendung des Landes in Höhe von mindestens 300.000 Euro.

Die Liste seiner Forderungen ließe sich noch weiter fortsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Schön.)

Die bereits geschilderten Forderungen zeigen jedoch hinreichend, dass von der uneingeschränkten Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht die Rede sein konnte. Dies wäre jedoch die Grundvoraussetzung für die Vergabe eines unabhängigen Gutachtens gewesen. Daher verständigte sich das Kabinett im Juli 2008 darauf, von der Vergabe eines Gutachtens Abstand zu nehmen.

(Michael Roof, FDP: Aha!)

Dabei wurde der NICOL-Stiftung nochmals eine letzte Frist eingeräumt, die ablehnende Haltung gegen die Erstellung des Gutachtens aufzugeben. Die NICOL-Stiftung hat jedoch in der folgenden Zeit ihre Position zu dem Gutachten nicht geändert.

(Udo Pastörs, NPD: Fast so viel Sumpf wie in Redefin.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich darf Ihnen versichern, dass sich die Landesregierung diese Entscheidung nicht leicht gemacht hat. Immerhin sind in den vergangenen Jahren erhebliche finanzielle Mittel zur Unterstützung des Niekritz-Projektes aufgewendet worden. Sowohl das Land Mecklenburg-Vorpommern als auch die beiden genannten Stiftungen haben in der Vergangenheit von 1998 bis 2008 das Projekt finanziell mit insgesamt rund 6,9 Millionen Euro gefördert.

(Udo Pastörs, NPD: Das war doch ein dicker Freund von Backhaus.)

Aus unterschiedlichen Richtlinien des Programms Arbeitsmarkt und Qualifizierung und dem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern sind in den Jahren 2001 bis 2008 rund 1,1 Millionen Euro ausgezahlt worden. Durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgte eine Förderung in Höhe von circa 1,4 Millionen.

Die vorgenannten Zahlen belegen eindrucksvoll, mit welchen Finanzmitteln das ZMTW-Projekt in der Vergangenheit unterstützt wurde. Trotz dieser finanziellen Beihilfen ist es der NICOL-Stiftung jedoch nicht gelungen, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen, die mit der Förderung eigentlich erreicht werden sollte. Stattdessen wurde ein Defizit erwirtschaftet und zur Deckung wurden auch die Zustiftungen des Landes aufgelöst. Das Land wurde immer wieder von Neuem aufgefordert, das erwirtschaftete Defizit auszugleichen.

Es folgten unrealisierbare Pläne der NICOL-Stiftung, wie zum Beispiel die angestrebte Aufnahme in die Leibniz-Gesellschaft. Zuletzt wollte die NICOL-Stiftung den Standort gar zu einem Deutschen Dienstleistungs- und Forschungszentrum für angewandte Biologie, Ökotechnologie, Bionik und Gesundheitsprävention entwickeln. Dazu wurde vom Land und der Natur- und Umweltstiftung eine Basisfinanzierung in Höhe von rund 690.000 Euro für das Jahr 2008 und für die Folgejahre in Höhe von circa 500.000 Euro jährlich eingefordert.

An den bereits seit längerem identifizierten Schwachstellen ändern jedoch auch diese Entwicklungsbestrebungen nichts. Die Probleme von gestern sind grundsätzlich auch heute noch die ungelösten Probleme. Ich nenne nur die fehlende touristische Verknüpfung, zu hoch geschätzte Besucherzahlen, ein nicht erkennbares

Marketingkonzept, ein unschlüssiges Aufwands- und Ertragskonzept, realitätsfremde Bewertungen, unzureichende wissenschaftliche Ergebnisse und nicht eingetretene patentrechtliche Sicherungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, abschließend möchte ich nochmals betonen, dass es natürlich das gute Recht der privatwirtschaftlich organisierten NICOL-Stiftung ist, neue Zielsetzungen zu verfolgen. Bei aller Anerkennung für das Projekt und die Verdienste von Herrn Professor Dr. Heydemann dürfen wir aber in Verantwortung für die Finanzen des Landes nicht jeden Weg der NICOL-Stiftung ohne kritische Hinterfragung finanziell unterstützen.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, sagen Sie bloß!)

Das gilt insbesondere dann, wenn es seitens der NICOL-Stiftung an Kooperationsbereitschaft fehlt, an den aufgezeigten Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten. Das heißt nicht, dass die NICOL-Stiftung mit ihrem ZMTW-Projekt auf Dauer von jeglicher finanzieller Förderung des Landes ausgeschlossen ist. Wie jeder andere Antragsteller kann die Stiftung eine finanzielle Förderung im Rahmen der Förderrichtlinien des Landes als Projektförderung beantragen, wovon die Stiftung bislang keinen Gebrauch gemacht hat.

Im Übrigen hat sich das von der NICOL-Stiftung und ihrem Vorsitzenden propagierte Gespenst einer drohenden Insolvenz nicht bewahrheitet. Denn auch ohne den vom Land geforderten Fehlbetragsausgleich in Höhe von rund 200.000 Euro für das Jahr 2007 ist eine Insolvenz nicht eingetreten. Die durch einen Steuerberater Ende August 2008 vorgelegten Jahresabschlüsse für das Jahr 2007 beinhalten auch keine entsprechende Empfehlung zu einer Insolvenzanmeldung. Somit erweist sich die Vorgehensweise der Landesregierung als richtig. Das Land hat in der Vergangenheit zusammen mit den Umweltstiftungen versucht, den Weg zu einer wirtschaftlichen Eigenständigkeit des Nieklitz-Projektes der NICOL-Stiftung und ihrer Betreibergesellschaft zu unterstützen. Das muss jetzt genügen.

Nach Jahren des finanziellen Anschubs ist es jetzt das gute Recht der NICOL-Stiftung und ihrer Betreibergesellschaft, für das Nieklitz-Projekt eigenständige Wege und Lösungen zu suchen. Es bedarf deshalb keiner endgültigen Entscheidung der Landesregierung bis Januar 2009 über eine etwaige weitere finanzielle Unterstützung des ZMTW. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Zukunftszentrum Mensch-Natur-Technik-Wissenschaft in Nieklitz, als Außenstandort der EXPO 2000 gedacht, war sicherlich gut gemeint. Aber wie Sie wissen, meine Damen und Herren, gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Allein schon bei der Errichtung des Projektes gab es erhebliche Verzögerungen, sodass die Fertigstellung zur EXPO 2000 nicht realisiert werden konnte. Gleichzeitig gab es erhebliche Mängel bei der Vermarktung der Projektidee. Die Besucherzahlen und damit die Einnahmen

aus Eintrittsgeldern blieben weit hinter den Erwartungen zurück.

In den folgenden Jahren wurde das Projekt seitens der Landesregierung, wir haben es bereits gehört, ob durch direkte Förderungen oder durch Fördermaßnahmen des Arbeitsmarktes wie ABM und SAM mit Millionenbeträgen unterstützt. Schon im Jahr 2001 hat meine Fraktion darauf verwiesen, dass das Zukunftszentrum auch mittel- und langfristig nicht durch Einnahmen von Eintrittsgeldern, Veranstaltungen oder Patentanmeldungen zu finanzieren sein wird. Zeitgleich wurden erste Unzulänglichkeiten bei der Verwendung von zweckgebundenen Fördermitteln offenkundig. Leider wurde die Förderung des Zukunftszentrums dann aus dem Landeshaushalt zur BINGO-Umweltlotterie geschoben.

(Vincent Kokert, CDU: Genau. Damit wir das nicht mehr kontrollieren konnten.)

Damit wurde die Förderung der direkten Kontrolle und dem Zugriff des Landtages entzogen.

Bereits im Jahr 2001 hat meine Fraktion mit zahlreichen Kleinen Anfragen die Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit des Projektes hinterfragt. Weitere Kleine Anfragen wurden im Jahr 2003 mit der Drucksache 4/491 und im Jahr 2005 mit den Drucksachen 4/1492 und 4/1600 gestellt. Damals wurden alle Warnungen der Opposition, insbesondere die von Herrn Kokert, in den Wind geschlagen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Heute müssen wir nunmehr verzeichnen, dass das Zukunftszentrum Mensch-Natur-Technik-Wissenschaft am Standort Nieklitz auch künftig nicht kostendeckend zu betreiben sein wird.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Erlöse aus Eintrittsgeldern beziehungsweise Entgelte für Sonderveranstaltungen oder Erträge aus Vertragsleistungen werden auch künftig nicht ausreichen, um die laufenden Kosten des Zukunftszentrums zu decken.

Vor diesem Hintergrund ist es zielführend, dass seitens der Landesregierung eine klare Positionierung des Betreibers des Zukunftszentrums hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung und der Finanzierung gefordert wurde. Hierzu sollte ein Gutachten erstellt werden, das Möglichkeiten für den künftigen wirtschaftlichen Betrieb des Zukunftszentrums aufzeigen und erörtern sollte. Leider ist Professor Dr. Heydemann nicht bereit, an einem solchen Gutachten mitzuarbeiten. Für meine Fraktion steht eindeutig fest, dass eine weitere Unterstützung des Zukunftszentrums, sei es aus Steuermitteln oder aus Mitteln der BINGO-Lotterie, nicht zum Tragen kommen kann, bevor ein tragfähiges Konzept seitens des Betreibers vorgelegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Seitens der Landesregierung wurde deshalb jegliche finanzielle Unterstützung für das Zukunftszentrum eingestellt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist traurig.)

Darüber hinaus über das ZMTW zu entscheiden, steht der Landesregierung nicht zu, da das Land weder Eigentümer noch Gesellschafter desselben ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und wozu machen wir dann ein Gutachten?)

Ihrem Antrag mangelt es daher an Substanz und wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Michael Roof, FDP: Oha!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Polzin hat die Lage geschildert in Vertretung des Landwirtschafts- und Umweltministers, in der sich das Zukunftszentrum in Nieklitze befindet. Die Situation ist nicht gut. Sie ist schon seit vielen Jahren nicht gut und nicht stabil. Und ich finde es schade, dass kein Gutachten inzwischen entstanden ist.

(Egbert Liskow, CDU: Ihr habt doch mal dafür gekämpft.)

Allerdings muss ich hier einen Widerspruch aufzeigen. Frau Polzin sagt, Professor Heydemann hätte sich dem Gutachten verwehrt. Nach unseren Informationen ist es so, dass Herr Professor Heydemann im Auftrag der Stiftung, dessen Vorsitzender er ja ist, der Landesregierung mitgeteilt hat, er hätte Probleme mit der Erarbeitung des Gutachtens, weil er nicht wisse, in welche Richtung dieses Gutachten denn erarbeitet werden sollte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Und ich finde, das ist erst mal etwas, was ausgeräumt werden sollte, dieser Widerspruch.

(Egbert Liskow, CDU: Die Forderungen haben wir doch gehört, die er gestellt hat.)

Von unserer Seite aus, meine Damen und Herren, würden wir sagen, dieses Zukunftszentrum, dieses Projekt Zukunftszentrum hat es verdient, weiter zu bestehen, zum Ersten, weil dort materielle Werte geschaffen wurden, weil einmalige Ausstellungsexponate in den Jahren des Bestehens aufgebaut wurden. Es wäre schade darum, wenn diese Exponate irgendwo in der Rumpelkammer stehen würden oder auf dem Flohmarkt verkauft werden würden.

(Egbert Liskow, CDU: Da muss er mal kooperativ werden.)

Und ich bin ganz anderer Auffassung als Sie, Frau Schlupp. Also das war als EXPO-Standort nicht nur gut gemeint, sondern es war aktuell, es passte zum EXPO-Thema. Und es ist auch heute noch aktuell. Das ist der zweite Grund, warum wir meinen, dass dieses Zukunftszentrum eine Zukunft haben müsste.

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist das Geld? Futsch!)

Es ist nämlich einmalig, es ist innovativ vom Ansatz her und es kann auch innovativ genutzt werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Innovativ im Geldabzocken.)

denn hier werden wissenschaftliche Forschung und populärwissenschaftliche Bildung für Nachhaltigkeit

musterhaft und beispielhaft erklärt. Dieses Zukunftszentrum könnte, wenn es denn genutzt werden würde, durchaus einen Beitrag für die Bildung, für Nachhaltigkeit beibringen und insofern müsste eigentlich auch das Bildungsministerium Interesse haben, dieses Projekt zu nutzen.

Und, meine Damen und Herren, wir haben die Hoffnung, dass das Agrar- und Umweltministerium gemeinsam mit dem Bildungsministerium nochmals Gespräche mit Professor Heydemann sucht und mit dem Vorstand der NICOL-Stiftung und eine Lösung findet, denn offensichtlich scheinen ja beide Seiten dasselbe Ziel zu haben, das Zukunftszentrum zu erhalten, nur der Weg dorthin wird offensichtlich – Frau Schlupp hat es ja hier geschildert – ganz unterschiedlich definiert. Aber ich denke, dort ließe sich auch bei gutem Willen von beiden Seiten ein gemeinsamer Weg finden. – Danke schön.

(Egbert Liskow, CDU: Von beiden Seiten. Das haben Sie richtig gesagt.)

Von beiden Seiten und das möchte ich auch betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Umweltbildung ist uns als SPD-Fraktion ein sehr intensives Anliegen. Wer einmal in Nieklitze war und Herrn Professor Heydemann selbst bei einem Rundgang erlebt hat, weiß, dass man es sehr interessant gestalten kann. Und das, was dort inhaltlich vorbereitet wurde, technisch gemacht wurde, ist, wenn man sich das zu Gemüte führt, eine interessante Sache.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, war uns das in den letzten Monaten als Arbeitskreis der SPD-Fraktion Anlass, immer wieder nachzufragen: Wie weit sind wir da? Was können wir machen? Wie können wir das, was dort vorbereitet, angedacht, bisher nicht ausreichend lebendig ist, auf sichere Füße stellen? Wir haben uns damit inhaltlich sehr befasst, das können Sie uns abnehmen, denn unser Ziel war es wirklich, dafür Zukunftsfähigkeit zu erreichen. Frau Ministerin Polzin hat für den Landwirtschaftsminister die Ausführungen gemacht und da führt auch kein Weg dran vorbei. Ich möchte das noch einmal ganz kurz und knapp zusammenfassen, Herr Roof, zu Ihrem Antrag.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist weder gesellschafts-, stiftungs- noch eigentumsrechtlich am ZMTW beziehungsweise der Betreibergesellschaft ÖPNZ des ZMTW beteiligt. Das heißt, unser Einfluss ist nicht direkt möglich.

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

Seit 2004 fördert das Land das ZMTW nicht mehr als institutionelle Einrichtung. Dass es Mittel aus der Arbeitsförderung, aus Arbeitsmarktprogrammen gegeben hat, hat die Ministerin ausgeführt. Seit 2004 erhält das ZMTW zum Ausgleich nachgewiesener Fehlbedarfe Mittel der Bingo-Lotterie, auch das ist ausgeführt worden. Die NOE hat wegen fehlender Versandungsnachweise und

fehlendem Jahresabschluss 2006 25.000 Euro zurückgehalten und wird die Mittel für 2007 nur in Abhängigkeit von Nachweisen und dem Vorliegen von geprüften Jahresabschlüssen auszahlen. Das heißt, Solidität wird dann mit drei Fragezeichen versehen. Gut wollen und gut machen – dazwischen klafft auch immer mal eine Lücke.

Professor Dr. Dr. Heydemann schilderte gegenüber der Landesregierung im Dezember 2007 für das Jahr 2007 einen Fehlbedarf von 200.000 Euro. Nach Nichtbegleichen durch das Land wurde eine mögliche Insolvenzanmeldung angekündigt. Die Ministerin hat darüber berichtet.

(Egbert Liskow, CDU: Das hat sie gemacht.)

Bisher ist keine Insolvenzanmeldung bekannt. Wie finanziert sich dieses Unternehmen gegenwärtig?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Kabinett hat am 15. April 2008 festgestellt, dass die Entwicklungsziele des ZMTW aus Sicht des Landes keine tragfähige Option darstellen. Eine Lösung der Problematik wäre nur im Einvernehmen mit der NICOL-Stiftung zu erreichen. In einem Gespräch des zuständigen Fachministers mit der Stiftung sollten die Vorstellungen des Landes dargestellt werden. Zudem sollte unter Mitwirkung des ZMTW ein Gutachten die Handlungsoption des Landes a) Weiterentwicklung des ZMTW zu einem populärwissenschaftlichen Umweltbildungszentrum und b) zur Fortführung des ZMTW-Projektes in der bisherigen Form und eventuell weitere Entwicklungsoptionen untersuchen und bewerten. Die Ministerin hat ausgeführt, was daraus geworden ist. Die Zusammenarbeit wurde kategorisch abgelehnt. Eine Förderung erfolgt daher nicht.

Der Antrag, Herr Roof, sehr geehrte Damen und Herren der FDP-Fraktion, ist aus unserer Sicht deshalb überflüssig. Eine institutionelle Förderung erfolgt nicht. Die Zukunft des Ökologieparks Nieklitz bestimmt das ZMTW selbst. Es tut uns leid, aber wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Michael Roof, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Sein oder Nichtsein“, das ist auch beim Zukunftszentrum Nieklitz im Landkreis Ludwigslust die entscheidende Frage. Und hier scheiden sich die Geister im Land. Finanziell betrachtet ist Nieklitz auf den ersten Blick ein Verlustgeschäft. Seit 1998 sollen etwa 7 Millionen Euro vom Land und Umweltstiftungen in den Zukunftspark geflossen sein. Das Land wird sich bei diesen Investitionen sicherlich etwas gedacht haben. Oder etwa nicht?

2007 wurde das Zukunftszentrum als ausgewählter Ort im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichnet. Die Errichtung des Modellprojekts Zukunftszentrum Biologie und Technik war eines von neun Projekten in unserem Land für die EXPO. Auch für die Internationale Gartenbauausstellung 2003 in Rostock war der Ökopark Nieklitz als Aushängeschild des Landes gut genug. Der Park wäre, so eine Feststellung des Bundes der Steuerzahler im Jahre 2003, beson-

ders für den Biologieunterricht geeignet. Problematisch ist in diesem Zusammenhang aber seine räumliche Lage im äußersten Westen des Landes. Deshalb ist der Park verhältnismäßig nur von wenigen Schulen nutzbar. Während im Jahr 2000 rund 2.500 Besucher gezählt wurden, sollen es 2001 5.000, 2002 10.000 und laut eines Berichts des NDR vom 15. April dieses Jahres nun sogar 30.000 Besucher gewesen sein. Die SVZ spricht hingegen von 12.000 Besuchern jährlich. Vom Parkchef versprochen wurden aber bis zu 200.000 Besucher jährlich.

Außer Acht gelassen werden darf dabei auch nicht, dass die Landesregierung eigentlich davon ausging, dass sich das Projekt nach der Fertigstellung selbst trägt. Medienberichten zufolge kann der Betrieb wohl nur noch durch die Arbeitsförderung der Arbeitsagentur aufrechterhalten werden. Gegenwärtig sollen 15 Ein-Euro-Beschäftigte, 6 Beschäftigte mit Eingliederungshilfe sowie eine ABM-Kraft in Nieklitz tätig sein. Allein für diese Arbeitsförderung soll ein siebenstelliger Betrag ausgegeben worden sein. Von der Landesregierung ist zu vernehmen, dass der Betreiber des Parks viele Forderungen vor allem finanzieller Natur erhebt, aber den sämtlichen hiermit verbundenen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Landesregierung steht nun aus Sicht der NPD-Fraktion in der Pflicht, eine Entscheidung zu treffen, ob sie das Zukunftszentrum Nieklitz weiter unterstützen will oder nicht weiter unterstützen will. Und diese Entscheidung müssen Sie endlich treffen. Wir unterstützen den Antrag der FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was die Finanzministerin hier vorgetragen hat – und es ist vielleicht doppelt positiv, weil sie es als Finanzministerin vorgetragen hat –, beantwortet das, was wir mit unserem Antrag im Parlament erreichen wollten. Wir wollten eine klare Aussage dazu haben, ob das Land weiterhin unter den dort vorliegenden Rahmenbedingungen Landesmittel zur Verfügung stellt und diese Landesmittel auch für Verlustausgleich angewendet und umgesetzt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Machen wir nicht.)

Die Finanzministerin hat dazu sehr klar und sehr deutlich ausgeführt. An dieser Stelle kann man nur sehr deutlich sagen, dass wir als Liberale es begrüßen. Und, Frau Finanzministerin, da zählen wir auf Sie, dass Sie bei dieser Aussage dann auch bleiben und wirklich die Dinge, die von Landesmitteln pauschal angefordert werden, in dieser Konsequenz, wie Sie sie heute vorgetragen haben, durchstehen und dabei nicht einknicken. Richtig ist auch, Frau Kollegin Schildt – nun ist sie weg –, dass, wenn dort projektbezogene Förderungen beantragt werden, sei es über die Agenturen, sei es über die Argen oder sei es projektbezogen beim Land, dann jedes Unternehmen das Recht hat, diese projektbezogenen Mittel auch zu bekommen. Das vielleicht an dieser Stelle noch einmal ganz klar und deutlich: Wenn die Betreiber, wenn die Stiftung saubere Projekte einreichen, dann sollen sie auch Fördermittelzugang haben zu den sauberen Projekten, die sie dort umsetzen.

Zwei Dinge, die ich sehr kritisch anmerken möchte: Das eine ist, wenn am 21.05. der Wirtschaftsausschuss informiert wird, dass ein Gutachten erstellt wird, und im Juli das Kabinett für sich beschließt, dieses Gutachten nicht in Auftrag zu geben, dann ist mein Verständnis, dass ich als Mitglied des Wirtschaftsausschusses zumindest darüber informiert werde, wenn Aussagen aus dem Ausschuss nicht eingehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Ganz genau.)

Und das Zweite, was wir an dieser Stelle auch sehr deutlich ansprechen wollen, ist – Frau Schlupp, es war, glaube ich, von Ihnen – die fehlende touristische Verknüpfung: Das war eines Ihrer ersten Argumente. Es ist ganz klar und ganz deutlich zu erkennen, die Probleme, die sowohl die Finanzministerin als auch Sie angesprochen haben, sind die Probleme, die 2000 zu einer falschen Entscheidung geführt haben, die Probleme, dass es eine falsche Struktur ist, dass es in der falschen Region ist und dass es mit falschen Voraussagen geplant worden ist. Das war 2000 genauso richtig wie heute.

(Egbert Liskow, CDU:
Das haben wir immer gesagt.)

Das heißt, zusammenfassend stellen wir Liberalen mit Bedauern fest: Es ist nicht alles verbrannt worden an Geld, aber 6,9 Millionen Euro hätten wir an einer anderen Stelle für ein ähnliches Projekt mit ähnlichen Zielen sicherlich besser einsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Zusammenfassend will ich für unsere Fraktion sagen: Mit dem Bericht der Finanzministerin erklären wir und erkennen wir, dass unser Antrag damit erledigt ist und möchten ihn ...

Wie ist das jetzt formgerecht?

(Egbert Liskow, CDU: Zurückziehen!)

Muss ich ihn für erledigt erklären oder was muss jetzt passieren? Helfen Sie mir mal bitte!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Sie müssen ihn für erledigt erklären und ich lasse dann darüber abstimmen.

(Barbara Borhardt, DIE LINKE:
Einfach nur zurückziehen.)

Michael Roof, FDP: Nein, nicht zurückziehen, das ist ein Unterschied, für erledigt erklären wegen des Berichts.

(Barbara Borhardt, DIE LINKE:
Ach so, ach so!)

Weil genau der Bericht das gebracht hat, was wir hier erreichen wollten, erklären wir unseren Antrag für erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1968. Die Fraktion der FDP möchte diesen Antrag für erledigt erklären. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, diesen Antrag für erledigt zu erklären, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimment-

haltungen? – Damit ist mit den Stimmen der Fraktion der FDP, der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, zwei Zustimmungen bei der Fraktion DIE LINKE und einer Gegenstimme der Fraktion der NPD der Antrag für erledigt erklärt.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird fortgesetzt um 13.30 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 12.42 Uhr

Wiederbeginn: 13.30 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Sekunden auch noch weitere Abgeordnete hier erscheinen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Für eine solide Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – Der GKV ein gesundes und nachhaltiges Fundament geben, Drucksache 5/1963.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Für eine solide Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – Der GKV ein gesundes und nachhaltiges Fundament geben – Drucksache 5/1963 –**

Das Wort zur Begründung für die Fraktion der NPD hat der Abgeordnete Herr Köster. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht vorhandene SPD-Fraktion! Nicht vorhandene CDU-Fraktion! „Krankenhäuser rufen den Notstand aus“,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Schwester Agnes hat Geldsorgen“, „Akuter Mangel an Hausärzten“ und so weiter und so fort. Wer die Nachrichten über unser Gesundheitssystem verfolgt, dem muss angst und bange um die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung werden. Von den etablierten Parteien hingegen hört man immer wieder, es würde alles zum Guten gewendet. Langfristige Lösungsansätze sucht man allerdings vergebens. Ist es nicht ein Treppwitz in der Geschichte der BRD, dass die Herrschenden einerseits über die Finanzsituation und angeblich notwendige Einsparungen im Gesundheitswesen schwadronieren, andererseits aber im Gesundheitswesen beispielsweise durch die Verbrauchssteuer verdienen wollen?

Ihre Politik, meine Damen und Herren, auch wenn Sie nicht da sind, ist nicht schlüssig und auch nicht am Gemeinwohl interessiert. Ihre Politik ist vielmehr zu einer Politik für Lobbyinteressen verkommen. „Dem Deutschen Volke“ heißt es an unserem Reichstag. Jede Handlung der Politik hat demzufolge unserem Volke zu dienen. Der Spruch am Reichstag hat endlich Wirklichkeit zu werden. Die NPD-Fraktion verlangt nicht nur die Beteiligung des Volkes an wesentlichen Entscheidungen, wir halten es darüber hinaus für zwingend, dass die Politik nicht zum Gruppenspiel verkommt.

Wir Nationalisten werfen Ihnen vor, Vertreter der Blockfraktionen, dass Sie unser Volk zunehmend entmündigen und stattdessen Handlanger von Interessensverbänden

sind, und dieses vor allem und gerade auch im Gesundheitswesen. Zwei Drittel bis drei Viertel der Medikamentenzulassungen in Deutschland sind laut einem Artikel im „Stern“ vom 26. März 2007 nach Ansicht von Professor Peter Sawicki, Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, verzichtbar. Und wie der Artikel weiter ausführt, kommt es in Deutschland bei neuen Arzneimitteln nicht darauf an, ob sie besser sind als bisherige, entscheidend ist lediglich, ob sie zugelassen werden. Viele Medikamente gelten für Fachleute als Pseudoinnovation, die möglichst weiter viel Geld aus dem Gesundheitssystem für die Pharmaindustrie sichern sollen. Hier wird das Problem deutlich. Es zählt in vielen Bereichen des Gesundheitssystems nicht das, was für den Kranken gut ist, sondern lediglich die Gewinnmarge.

Ich vertiefe diesen Punkt noch einmal: Warum bleibt die politische Kaste untätig? Ich mache Ihnen dieses noch einmal anhand der Pharmaindustrie deutlich. In dem Buch „Auf dem Rücken der Patienten“ erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach die Arbeit der Pharmabranche wie folgt, Zitat: „Der Einfluss der Pharmabranche ist groß, weil die Lobbyarbeit sehr professionell organisiert ist.“ Und er führt weiter aus: „Die Lobbyisten der Pharmaindustrie sind in der Regel hoch professionell, sehr gut bezahlt und nicht selten, und das ist wichtig zu wissen, Aussteiger aus dem Bereich der Politik.“ Zitatende. Im gleichen Buch führt Professor Dr. Peter Schönhofer aus: „Die Praktiken des Pharmamarketings führen zu einer Bedrohung der Versorgungsqualität im deutschen Gesundheitswesen. Die Strategie“, so Schönhofer, „lasse sich auf drei Schlagwörter reduzieren: Scheininnovation, Korruption und Bestechung.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Möchten Sie noch einen Beleg dafür hören, warum in der BRD das Gesundheitswesen in den letzten 35 Jahren praktisch gegen die Wand gefahren wurde? Dann hören Sie einmal zu! Das Magazin „Frontal 21“ stellte dem damaligen Gesundheitsminister Herrn Seehofer im Jahre 2003 zu der Arzneimittelliste die Frage, Zitat: „Heißt das denn, dass die Lobby wirklich so stark war dann – die Pharma-Lobby gegen die Politik – und Sie quasi dann da zurückziehen mussten?“ Und Herr Seehofer antwortete, Zitat: „Ja, das ist so. Seit 30 Jahren bis zur Stunde, dass sinnvolle strukturelle Veränderungen auch im Sinne von mehr sozialer Marktwirtschaft im deutschen Gesundheitswesen nicht möglich sind wegen des Widerstandes der Lobby-Verbände.“ Zitatende. Hier liegt also das Kernproblem der herrschenden Politik. Sie geben ohne Gewissensbisse zu, dass Sie im Grunde keinerlei wirkliche Entscheidungsgewalt haben beziehungsweise sich nicht trauen, politische Entscheidungen zu treffen. Wie erbärmlich!

Wir Nationalisten haben mit diesem Gemisch aus Vetterwirtschaft und Korruption nichts zu tun und können Ihnen deshalb heute an dieser Stelle einen Lösungsansatz vorstellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da bin ich aber mal gespannt.)

wodurch eine spürbare Entlastung der gesetzlichen Krankenkasse erreicht wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na dann mal los!)

Und dass die Entlastung möglich ist, wenn man sich traut und es will, zeigt das Ergebnis einer Studie des Fritz Beske Instituts für Gesundheits-System-Forschung, die ergab, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse auf das Niveau der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sinken könnte, wenn die Aufgaben der Krankenkassen auf die Gesundheitsversorgung beschränkt würden und versicherungsfremde Aufgaben die Kassen nicht mehr belasten würden. Der Staat hat den Kassen zur Entlastung anderer Sozialversicherungssysteme und des Staates Aufgaben übertragen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ein alter Hut, so ein alter Hut!)

deren Volumen mittlerweile 45,5 Milliarden Euro umfassen. Dieses entspricht etwa einem Drittel der Ausgaben der Krankenkassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und
wie viel Prozentpunkte des Beitrages
sind das, wie viel Prozentpunkte?)

Professor Beske vom gleichnamigen Institut fordert in diesem Zusammenhang zu Recht, dass von der GKV nur jene Leistungen erbracht werden, die zum definierten Aufgabenbereich der GKV gehören. Und die Aufgabe der GKV besteht darin, vollen Versicherungsschutz im Krankheitsfall gleichwertig von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und unabhängig von der finanziellen Leistungskraft des einzelnen Versicherten zu gewährleisten. Deshalb gibt es nach Ansicht von Professor Beske als erste Handlungsmöglichkeit, die Subventionierung anderer Sozialsysteme und des Staates durch die GKV aufzuheben und darüber hinaus jene Leistungen, die von der GKV von Dritten in Anspruch genommen werden, kostendeckend zu bezahlen, sozusagen: Wer bestellt, bezahlt. Dieses kann dadurch gelöst werden, dass der Staat, der sich Sozialstaat nennt, diese Kosten vollständig übernimmt.

Das Institut, dessen Weltnetzseite ich zur Vertiefung des Themas Ihnen nur dringend empfehlen kann, hat festgestellt, dass alleine die Gesetzgebung der Jahre 1989 bis 2004 der GKV 10,25 Milliarden Euro plausibel finanzielle Belastung im Jahre 2008 gebracht hat. Diese Belastung von rund 10,3 Milliarden Euro jährlich bestreiten die gesetzlichen Krankenversicherten natürlich auch in den kommenden Jahren aus ihren Sozialversicherungsbeitragsgeldern. Durch die Gesetzgebung 2004, der tollen Gesundheitsreform, weist das Institut eine zusätzliche jährliche Belastung von 500 Millionen Euro für das Jahr 2009 nach. Zusammengefasst haben die Reförmchen der letzten Jahre der GKV eine jährliche Finanzbelastung von 11 Milliarden Euro beschert. Aber auch die versicherungsfremden Leistungen nach dem SGB V schlagen sich mit jährlich mehr als 4 Milliarden Euro bei der GKV nieder.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche denn?)

Dazu komme ich noch.

Und nicht zuletzt die Belastungen der GKV durch Beitragsfreiheit und reduzierten Beitrag, die nach Auffassung der NPD-Fraktion durch die Allgemeinheit getragen werden müssen, betragen in diesem Jahr 29,1 Milliarden Euro.

Der Irrsinn in der Gesundheitspolitik der etablierten Parteien wird auch in der Besteuerung der Medikamente mit dem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent erkennbar. Das Gleiche gilt natürlich für medizinische Hilfsmittel. Bei

einer Verminderung auf den reduzierten Mehrwertsteuersatz, was dem internationalen Standard zudem entspräche, ergäbe sich eine Entlastung für die gesetzlichen Krankenkassen von fast 4 Milliarden Euro. Wie bedeutungslos sieht in diesem Zusammenhang der Bundeszuschuss in Höhe von 2,5 Millionen Euro aus? Es bestehen ferner noch Einsparungsmöglichkeiten im Bereich der Verwaltungskosten. Diesen kann begegnet werden, indem alle Kassen zu einer Volksgesundheitskasse vereinigt werden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, man kann am Gesundheitssystem einiges ändern, man kann vor allem die Versicherten von Kosten entlasten, die die Versicherten nicht zu tragen haben, weil wir doch angeblich in einem Solidarsystem leben. In diesem Solidarsystem hat die Solidargemeinschaft die Kosten zu übernehmen, die nicht der GKV zuzurechnen sind. Insofern können Sie nur unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Forderung der NPD nach einer dauerhaft sicheren Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht mehr als ein populistischer Allgemeinplatz. Diese platte Forderung beweist wenig Sachkenntnis.

(Gelächter bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da hat er recht.)

Zu groß sind nämlich die nicht absehbaren Belastungen für die GKV, welche sich schon allein aus dem medizinischen Fortschritt ergeben. Aber auch die Folgen der demografischen Entwicklung auf die Gesundheitsversorgung sind derzeit nur schwer abschätzbar.

(Udo Pastörs, NPD: Der
demokratischen Entwicklung, ja.)

Deshalb können Fragen zur Finanzierung der GKV nie einfach oder schlagartig, sondern immer nur im Prozess beantwortet werden.

Einige wichtige Grundsätze bleiben aber bei allen Diskussionen zu diesem Thema bestehen: Die Mitglieder der GKV sollten nur einen Beitrag in der Höhe zahlen, der ausschließlich für die Aufgabenerfüllung der GKV nötig ist. Leistungen an Dritte, welche nicht kostenfrei sind, sollten somit ausgeschlossen sein. Im Gegensatz zur Renten- und Pflegeversicherung oblag es bislang der Politik nicht, den Beitragssatz für die GKV festzulegen. Durch den Gesundheitsfonds ab kommendem Jahr ändert sich dieses bekanntermaßen. Weil die Politik bis dato für den Beitragssatz der GKV nicht verantwortlich war, übertrug sie der GKV Leistungen, die sozial-, familien- oder gesellschaftspolitisch begründet waren, ohne dass die Kosten für diese Leistungen abgedeckt waren. Die GKV wurde zugunsten anderer Sozialsysteme belas-

tet. Entsprechend hat sich die finanzielle Situation der GKV in der Vergangenheit weiter verschärft. Gefragt sind deshalb jetzt Konzepte und Ideen, die diese entscheidende Säule unseres Sozialversicherungssystems nicht nachhaltig einschränken.

Wenig hilfreich sind jedoch Forderungen, wie sie hier von der NPD vorgetragen werden. Mehr als zwei Sätze zur Begründung oder gar ein konkreter Lösungsansatz sind der Fensterfraktion zu dieser kompletten Materie nicht eingefallen.

(Stefan Köster, NPD: Das kannten Sie ja vorher gar nicht. Das haben Sie erst aufgeschrieben und lesen es jetzt ab. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einmal war es ein Beweis für einen interkulturellen Blindflug der FDP,

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Stefan Köster, NPD: Nicht mal lesen kann er!)

der NPD-Fraktion. Deshalb will ich an dieser Stelle kurz Position beziehen zu den hier im Antrag erwähnten versicherungsfremden Leistungen. Wer von versicherungsfremden Leistungen im Katalog der GKV spricht, der muss zusätzlich definieren, was Aufgabe beziehungsweise Ziel einer Krankenversicherung ist. Und wenn Sie den Professor Beske zitieren, dann sollten Sie sich auch andere Werke besorgen, denn dann würden Sie nämlich dieses daraus lesen können: Es ist das übergeordnete Gesundheitsziel, Versorgungssicherheit für, ich betone ausdrücklich, alle Patienten und Planungssicherheit für alle Leistungserbringer zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit versicherungsfremden Leistungen gehört es daher zur Aufgabe der GKV, dass Krankheit für niemanden zur Existenzfrage wird,

(Udo Pastörs, NPD: Allerdings.)

dass medizinische Leistungen auf dem neuesten Stand allen Bürgern

(Udo Pastörs, NPD: Das wird Ihnen aber nicht gelingen mit dem System.)

wohnort- und zeitnah zugute kommen,

(Michael Andrejewski, NPD: Wo denn? –
Udo Pastörs, NPD: Gehen Sie mal zum Arzt, da warten Sie stundenlang.)

dass Bürger die freie Wahl zwischen den Leistungserbringern haben und dass kein Mensch aufgrund irgendwelcher in seiner Persönlichkeit liegenden Eigenschaften ausgegrenzt werden darf.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Tja, ja, sorgen Sie mal dafür! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gerade den letzten Punkt will ich noch einmal besonders hervorheben, hat die NPD doch mit einer Vielzahl von ihren sozial- und gesundheitspolitischen Initiativen zum Ausdruck gebracht, wer allein Teil ihres Sozialstaates sein darf und wer nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und FDP –
Reinhard Dankert, SPD: Genau. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut, Herr Grabow!)

Deshalb steht ein großes Frage- und Ausrufezeichen hinter der Frage, was die NPD unter versicherungsfremden Leistungen versteht. Der Gesetzgeber versteht unter diesen Leistungen hingegen die Leistungen, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit den von mir skizzierten Gesundheitszielen stehen. Dazu zählen unter anderem Leistungen zur Schwangerschaft, medizinische Vorsorge und Reha, Krankengeld und Mutterschaftsgeld.

(Stefan Köster, NPD:
Dafür soll der Staat eintreten.)

Zu der letzteren Leistung hat die NPD erst kürzlich deutlich gemacht, wem sie diese Gelder ausschließlich zur Verfügung stellen will. Frauen mit Migrationshintergrund zählen ausdrücklich nicht dazu. Das ist ein Skandal, weil es ganz offen die rassistische Ideologie der NPD zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Doch lassen Sie mich noch einmal zur eigentlichen Sache zurückkommen. Im Jahr 2006 betrugen die Ausgaben der GKV laut Bundesgesundheitsministerium für versicherungsfremde Leistungen rund 3,6 Milliarden Euro. Um diese Leistungen zu finanzieren, muss der Bund alljährlich zusätzlich Mittel in die GKV heben. Nach dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2009 steigen diese Zuschüsse auf 4 Milliarden Euro und haben sich seit 2004 somit vervierfacht. Seit 1991 bis 2003 hat sich für die GKV eine Belastung von rund 17 Milliarden Euro angehäuft. Die Gesetzliche Krankenversicherung ist aber noch durch weitere Maßnahmen belastet worden, wie etwa die Neuregelung der Pflegezeiten. In der Summe ist die GKV seit 1991 bis einschließlich 2008 um rund 79 Milliarden Euro zusätzlich zu den eigentlichen Ausgaben belastet worden.

Soll sich die GKV nach dem Grundsatz eines jeden Sozialsystems aus sich heraus finanzieren, so muss sie von allen Leistungen befreit werden, die nicht zu ihren ursprünglichen Aufgaben gehören, und stattdessen andere Systeme subventionieren. Gefordert ist daher eine klare Entscheidung darüber, was Aufgaben der GKV sind und welche Aufgaben staatlich sein sollen. Es muss schärfer definiert werden, welche Leistungen einem gesundheits- oder etwa familienpolitischen Ziel dienen. Häufig kann eine entsprechende Trennung jedoch nicht erfolgen, weil Maßnahmen zur Gesundheitsförderung auch oftmals sozial- oder gesellschaftspolitische Vorteile in sich bergen.

Der vorliegende NPD-Antrag weist jedoch wie gehabt die falsche Richtung, weil die Lösungsansätze mitnichten dem Menschen- und dem Gesellschaftsbild entsprechen, nach dem unsere derzeitigen Sozialsysteme aufgebaut worden sind. Im Gegenteil, die NPD missbraucht die Komplexität unseres Gesundheitssystems, um ihre scheinbar einfachen und zugleich menschenverachtenden Ideologien publik zu machen.

(Stefan Köster, NPD: Oh Mann! Wissen Sie überhaupt, was Sie da vorlesen?)

Wir demokratischen Parteien lehnen diese Politik ab, und deshalb sagen wir Ihnen, wir entscheiden Nein zu Ihrem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Stefan Köster, NPD: Wir entscheiden,
Nein. Das ist gutes Deutsch. –
Michael Andrejewski, NPD: War das Deutsch?!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Mann, der keine eigenen Vorschläge hat.)

Stefan Köster, NPD: Mein Gott, man muss nicht immer das Rad neu erfinden, Herr Dr. Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ablesen kann jeder, das kann jeder.)

wenn es in Ordnung ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Erzählen Sie uns mal, wie es besser geht!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die „Welt“ meldete am 30. Oktober 2008, dass sich für 90 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten der Beitrag erhöht. Wir haben Ihnen heute aufgezeigt, wie sich zum Wohle der Versicherten der Beitrag verringern kann. Man muss es nur wollen.

(Michael Roof, FDP: Aller Versicherten, aller Versicherten?)

Und wir sind weiterhin der Meinung, dass alles, was nicht dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer darf denn Mitglied sein in Ihrer Volksversicherung, nur Deutsche? Erzählen Sie doch mal, Herr Köster! –
Michael Roof, FDP: Ja, erzählen Sie mal!
Na wer denn? Na wer denn?)

Wir leben in Deutschland. Insofern sind natürlich alle deutschen Staatsbürger Mitglied in einer Volksgesundheitskasse.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah, Ausgrenzung von Minderheiten! Das ist rassistisch! –
Zuruf von Michael Roof, FDP)

Wir haben Ihnen heute aufgezeigt, wie sich zum Wohle des deutschen Volkes

(Michael Andrejewski, NPD: Wir wollen uns um Deutsche kümmern.)

und der gesetzlich Krankenversicherten etwas ändern kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind ein richtiger Rassist und erzählen uns hier was über Krankenversicherung. Das glaube ich doch wohl nicht!)

Die Abdeckung der versicherungsfremden Leistungen ist eine primäre Aufgabe des Staates und somit des Gemeinwohles und der Allgemeinheit. Ein familienfreundliches Land, welches die Landesregierung und die sich demokratisch nennenden Parteien immer vorgeben, sein zu wollen, trägt dafür Sorge, dass alle Steuerzahler zur Schaffung dieses Familienlandes ihren Anteil leisten. Aber in dieser Republik der Bonzen ist das Gemeinwohl Nebensache. Die Oberschicht, zu der Sie, Vertreter der etablierten Parteienkaste, selbstredend gehören,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie aber auch.)

beteiligt sich verhältnismäßig unterdurchschnittlich an den Aufwendungen für ein gerechtes Land. Und das finden Sie auch noch sozial ausgewogen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja? Wo denn?)

Wir halten es für enorm wichtig, dass Mütter und Kinder auch weiterhin beitragsfrei krankenversichert sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nur deutsche, sagen Sie, deutsche. Seien Sie ehrlich, seien Sie doch mal ehrlich, Herr Köster! Sie wollen doch nur Deutsche da rein haben.)

Aber der Staat steht hier in der Pflicht und nicht nur die gesetzlich Krankenversicherten. Es müssen auch alle Sozialversicherungsabkommen mit Ländern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Offenbaren Sie doch mal Ihren Rassismus!)

die nach derzeitiger Rechtslage einen Leistungsanspruch für Ausländer inklusive ihrer über den Kreis der regulären Mitversicherten hinausgehenden Familienangehörigen haben

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah, siehste!)

und in den Heimatländern geltend machen können, aufgekündigt

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wunderbar! Da kommt er doch. Das ist doch das eigentliche Anliegen, Ausgrenzung.)

und im nationalen Interesse neu verhandelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch keine Sozialstaatlichkeit, was Sie hier bringen!)

Ferner sind natürlich bei eventuellen neuen Abkommen die Leistungen nicht von der GKV vorzunehmen, sondern vom Staat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Köster!)

Auch dieses ergäbe für die GKV Einsparungen in unbekannter Millionenhöhe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind ein echter Rassist.)

Ich will Ihnen nur mal nennen, dass es zurzeit Abkommen mit folgenden Ländern gibt: Bosnien-Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Israel, Kroatien, Marokko, Mazedonien, Polen, Schweiz, Slowenien, Türkei, Tunesien, Ungarn, Tschechien.

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr großzügig.)

Das sind alles Gelder,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, dem haben wir auch abgeholfen. Unsere Leute werden da auch behandelt.)

die Sie der Gesetzlichen Krankenversicherung entziehen. Doch die alles entscheidende Frage lautet: Wollen Sie überhaupt etwas grundlegend bei der Gesetzlichen Krankenversicherung ändern? Und das Vorlesen des Abgeordneten Grabow hat gezeigt – der nicht einmal auf meinen Redebeitrag eingehen konnte, weil man ihm vorher sein Redeschema gegeben hat –,

(Ralf Grabow, FDP: Also ich wollte nur sagen, ich habe die Broschüre richtig gelesen. Sie sollten mal die Broschüre richtig lesen!)

dass das System der Bonzen ein System von Lobbyinteressen

(Michael Andrejewski, NPD: Sie sind ein Vorleser, ganz toll! – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

ist und dass die Lobbyinteressenvertreter hier im demokratischen Block ihre Entscheidungsmelder gefunden haben.

(Zurufe von Ralf Grabow, FDP, Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich lese Ihnen mal ein paar Zahlen vor,

(Reinhard Dankert, SPD: Lass dich von denen nicht provozieren!)

angeblich sollen Sie ja noch bildungsfähig sein:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir das auch, Herr Köster.)

Versicherungsfremde Leistungen nach dem SGB V sind zum Beispiel Förderungen der Selbsthilfe.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir sind der Meinung, das hat der Staat zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Medizinische Vorsorgeleistungen, die ebenfalls der Staat zu übernehmen hat, kosten im Jahr zum Beispiel 136,3 Millionen Euro.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Medizinische Vorsorge und Rehabilitation für Mütter und Väter sind eine Staatsaufgabe. Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation, außer bei medizinischer Indikation, das sind alles Staatsaufgaben, wenn es überhaupt gewollt ist. Es sind Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft auch Staatsaufgaben, das Mutterschaftsgeld,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, na klar, Mensch!)

Haushaltshilfe, Krankengeld bei Betreuung eines kranken Kindes, bei Vorsorgeleistungen und medizinischer Vorsorge für Mütter, bei stationären Rehabilitationsleistungen und bei medizinischer Rehabilitation für Mütter und Väter sowie bei Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Langsam! Langsam!)

Das sind Staatsaufgaben und nicht Aufgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung. Es sind Staatsaufgaben die häusliche Krankenpflege

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

und darin hauswirtschaftliche Versorgung sowie

(Irene Müller, DIE LINKE: Pflegekasse.)

die Förderung von Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenbetreuung. Das sind alles Staatsaufgaben und Sie nehmen es den Gesetzlichen Krankenversicherungen aus der Tasche. Es ist ebenfalls die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern eine Staatsaufgabe und nicht allein von den gesetzlichen Krankenversicherten zu schultern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, war ja klar.
Mein Gott! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

was zum Beispiel 14 Milliarden Euro im Jahr kostet. Es ist die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten und Lebenspartnern, die 7 bis 9 Milliarden Euro kostet.

Sie sind Lobbyistenvertreter,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, und Sie sind ein Rassist, ganz einfach.)

Sie werden 2009 in den Kommunalparlamenten weniger werden und 2011 hier im Landtag weniger werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glauben Sie doch selber nicht! Sie sind doch dann gar nicht mehr da.)

weil die nationale Opposition Sie verdrängt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tschüss!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Stefan Köster, NPD: Ich beantrage
namentliche Abstimmung.)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1963. Es ist soeben gemäß Geschäftsordnung namentliche Abstimmung vonseiten der Fraktion der NPD beantragt worden.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Barbara Borchardt,
Sylvia Bretschneider, Dr. Armin Jäger,
Gino Leonhard, Detlef Müller und Karin Strenz
werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, was seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.57 Uhr

Wiederbeginn: 13.59 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben sich 58 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein stimmten 52 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1963 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Überschuldung privater Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern entgegenwirken, Drucksache 5/1954.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Überschuldung privater Haushalte in
Mecklenburg-Vorpommern entgegenwirken
– Drucksache 5/1954 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Müller. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Irene Müller, DIE LINKE: Verehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Mit diesem Antrag zur Verschuldung von Familien hier in Mecklenburg-Vorpommern, zur Verschuldung von Bürgern hier in Mecklenburg-Vorpommern hat unsere Fraktion zwei Dinge im Blickfeld: Einmal möchten wir wieder darauf aufmerksam machen und nachdrücklich darauf aufmerksam machen, wie die Lage der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern in vielen Teilen aussieht, und als Zweites, um nicht als die ewigen Meckerer und Schwarzmalers dazustehen, möchten wir noch einmal etliche Dinge, etliche Maßnahmen anbieten, die vielleicht getan werden könnten, organisiert werden könnten, um die Verschuldung insgesamt zurückzuführen beziehungsweise auch bei den Betroffenen nicht erst ankommen zu lassen.

Diese Antragsart und -weise ist Ihnen nicht neu, meine Damen und Herren. Bereits vor einem Jahr zum Beispiel hatten wir einen Antrag zu diesem Thema, zu diesem Problem unter der Drucksache 5/987. Warum wollen wir dieses Problem hier wieder darstellen? Es hat sich ganz einfach gezeigt, dass trotz vieler Maßnahmen der Anstieg der von Armut, von Einkommensarmut bedrohten Familien und damit von Schuldnern in Mecklenburg-Vorpommern nicht rückläufig ist. Es hat sich ganz einfach gezeigt, dass, genau wie vor einem Jahr von uns schon dargestellt wurde, die Entwicklung sich herausgestellt hat. Wir haben verschiedene Arten und Weisen wahrgenommen, um darauf aufmerksam zu machen. Wir haben zum Beispiel in der Diskussion des Doppelhaushaltes ganz klar gesagt, dass wir unsere Schuldnerberatungsstellen brauchen. Wir haben dementsprechende Anträge eingebracht gegen den Willen der SPD und der CDU.

Wir haben gesagt, dass genügend Schuldnerberatungsstellen da sein müssen, und wir haben auch gesagt, dass Erwerbseinkommen bitte schön auskömmlich sein müssen, da sie es in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern nicht sind, und dass demzufolge eine Erwerbstätigkeit nicht linear gleich bedeutet einen Abbau von Schuldnern. Ein Staatssekretär hat uns in einer Ausschusssitzung sehr bereid darüber informieren wollen, dass dieser lineare Zusammenhang besteht. Er besteht aber eben leider nicht. Der Ministerpräsident, auch in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender und als Ministerpräsident, hat immer wieder betont, dass er Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Land in der Bundesrepublik Deutschland machen möchte. Damit bedient er weiter ein Thema, was – ganz nebenbei gesagt – ein gedankliches Kind von Rot-Rot und es wirklich wert ist, weiterverfolgt zu werden. Das Problem in Mecklenburg-Vorpommern ist allerdings, das erreicht man nicht nur mit Wettbewerben und manchmal erreicht man es auch nicht mit gut gemeinten Maßnahmen, wenn sie nicht dementsprechend begleitet und in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Nicht umsonst hatten Herr Grabow und ich Kleine Anfragen zum Familienurlaub für bedürftige Familien gestellt. Wir haben, wenn wir es lesen wollten, gesehen, dass gerade diese Familienurlaubsmöglichkeiten erst mit etwas mehr als 12.000 Euro ausgeschöpft sind, also

87.000 Euro sozusagen übrig geblieben sind. Nun kann das beim besten Willen nicht daran liegen, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht genügend bedürftige Familien haben, und es kann auch nicht daran liegen, dass wir das Geld diesen Familien nicht zur Verfügung stellen wollen.

Eine weitere Frage von mir war zum Beispiel, was für Papiere hinterlegt werden müssen, um zu dieser Familienförderung zu kommen. Es war eine ganze Anzahl von Papieren. Vor allem war eine Sache hinterfragenswert, und zwar müssen die Familien sich familienfördernden Maßnahmen unterzogen haben, bildungsfördernd. Als ich anfragte, was als solches angesehen wird, bekam ich zwar zur Antwort: von einigen. Aber mehr wusste man nicht. Wie sollen es dann bitte die Beantragenden wissen, die, wenn wir davon ausgehen, dass es bedürftige Familien sind, noch einige andere Probleme haben, außer sich zu erkundigen, wo sie welche Lehrgänge besuchen müssen, um anerkannt zu werden als Familie, die gefördert wird?

Der Städte- und Gemeindegtag hatte uns schon bei der Anhörung zum KiföG darauf aufmerksam gemacht, dass die Förderungen so, wie sie von CDU und SPD geplant sind, Elternkosten und Mittagessen, an den wahren Problemen vorbeigehen, dass die Kita-Kosten trotzdem steigen werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Heute wissen wir vom Städte- und Gemeindegtag, dass die Kita-Kosten steigen und die von Ihnen angegebenen Maßnahmen zwar für die Betroffenen erst einmal, wenn sie den ganzen Antragswust hinter sich gelassen haben, greifen,

(Harry Glawe, CDU: Sie sollten jetzt mal zum Thema reden, das wäre auch nicht schlecht.)

aber für das Problem an sich, dass Kita-Kosten steigen, es einfach nicht notwendig und nicht in Ordnung ist. Wir sagen: Geld eingesetzt des lieben Friedens willen, aber an der falschen Stelle und an der Praxis vorbei.

Zum Thema, Herr Glawe, damit Sie es besser verstehen: Es geht um die Verschuldung von Familien und es geht um die Verschuldung von Menschen, die hier in diesem Land leben und die zum Beispiel an steigenden Kita-Kosten zu knabbern haben und demzufolge verschulden können. Es ist ein Jahr her, dass wir darüber gesprochen haben, wie gesagt. Es hat sich bewahrheitet, dass es mehr zu Schulden führt. Die Überschuldung im Land wächst immer mehr. Und wer dazu Konkretes wissen wollte, hat es schon im vorigen Jahr beziehungsweise Anfang dieses Jahres wissen können, als er sich den Bericht der Schuldnerberatung vom Jahr 2007 durchgelesen hat: steigende Zahl überschuldeter Familien. Warum? Weil Einkommensarmut heutzutage in unserem Land an der Tagesordnung ist. Ich erinnere an das Problem Aufstocker und dass es Dinge gibt, die wir zwar vom Land nicht beeinflussen können, wo wir aber Maßnahmen ansetzen können, um diesen Verschuldungen entgegenzuwirken.

Warum verschulden bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern immer mehr Menschen? Sie verschulden durch Arbeitslosigkeit, durch Einkommensarmut, sie verschulden durch Krankheit, durch Sucht, durch Tod eines Partners. Die Schuldnerberatung hat darauf aufmerksam gemacht, dass gerade das Verschulden durch Krankheit und Sucht im Land Mecklenburg-Vorpommern in der Zwischenzeit zugenommen hat, dass jedoch Arbeitslo-

sigkeit an erster Stelle steht für Schulden und Verschuldung, dann aber gleich Einkommensarmut, also das erzielte Einkommen pro Monat nicht ausreicht, um nicht trotzdem zu verschulden. Diese Dinge, denke ich, sind uns dementsprechend dargestellt worden und diesen sollten wir mit entsprechenden Maßnahmen entgegenwirken.

Nun komme ich zu den Maßnahmen, Herr Glawe. Hören Sie genau zu!

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Aber ich wiederhole es Ihnen auch, wenn Sie es brauchen.

Ich denke, eine wichtige Sache, die wir nach wie vor nicht zu Ende gearbeitet haben, alle nicht, die aber in der Diskussion ist, wäre, dieses noch einmal zu beraten, auf welche Art und Weise wir die finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatungen auf mehr Beine stellen können, als es jetzt sind. Es ist klar und deutlich gesagt worden, dass an der Arbeit von Schuldnerberatungsstellen mehrere profitieren. Das eine ist der Schuldner, richtig, aber – und das ist auch von Ihnen als CDU bestätigt worden – es gibt noch mehr.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Müller, Sie haben noch eine Minute.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Es gibt nämlich noch die Banken und Kaufhausketten. Warum arbeiten wir nicht weiter daran, einen Topf aufzumachen, einen nationalen Topf von zum Beispiel Banken und Kaufhäusern, der Menschen oder Einrichtungen, die Schulden ertragen müssen, finanziert, um Prävention in der Schuldnerberatung Praxis werden zu lassen? Das Bankenrettungskonzept zum Beispiel wäre ein legitimer Moment gewesen, um gerade über diese Dinge nachzudenken. Diese Möglichkeit ist verpasst, denn wenn man Banken retten will, muss man auch darüber nachdenken, wie Banken mehr und sicherer an das Geld kommen, was sie ausgegeben haben. Warum ist darüber nicht gleich mit geredet worden? Schule, Prävention in der Schule, um Schulden zu verringern, wäre eine nächste Maßnahme.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Bildung ist immer dazu da, dass Jung und Alt sich bilden sollen. Im finanziellen Umgang sollte das bei Jung ebenfalls sein.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Müller, kommen Sie langsam zum Schluss.

Irene Müller, DIE LINKE: Einige andere Maßnahmen wird Herr Koplín in seiner Rede noch sagen. Ich gehe erst einmal vom Pult und wünsche ganz deutlich und klipp und klar ...

(Harry Glawe, CDU: Zum Thema haben Sie noch nichts gesagt.)

Ich weiß, dass Sie meine Worte nicht verstehen.

Ich erwarte, dass wir gemeinsam weitere Maßnahmen erarbeiten, um Verschuldungen hier in Mecklenburg-Vorpommern verhindern zu helfen und zu beseitigen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst einmal lassen Sie mich feststellen, es ist richtig, dass die anerkannten gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen wichtige Partner sind, wenn es gilt, Armut zu bekämpfen. Laut Bundesregierung ist jeder vierte Bürger von Armut betroffen und/oder wird durch staatliche Hilfen davor bewahrt, in die Armut abzurutschen. Auch wenn man beileibe nicht sagen kann, dass jeder Arme sich automatisch verschuldet, Schuldnerberatung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur.

Träger der Schuldnerberatung sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Insolvenzverordnungs Ausführungsgesetz hat die Schuldnerberatung mit dem Verfahren zur Verbraucherinsolvenz verknüpft. Die Beratungsstellen werden seitdem gemeinsam vom Land sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. Beide Partner tragen 45 Prozent der Kosten, den Rest bringt der Träger auf. In jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis wird in der Regel für je 25.000 Einwohner ein Berater in Vollzeit gefördert. Von den Flächenländern stellt Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein die meisten Landesmittel zur Verfügung. Das sind 95 Cent je Einwohner, der Bundesdurchschnitt liegt bei 38 Cent je Einwohner. Damit steht die Landesförderung auf einem hohen Niveau.

Auch deswegen sehe ich für den Ausbau anerkannter Schuldnerberatungsstellen aus Landesmitteln derzeit keinen Bedarf. Dies lässt sich auch aus dem Prüfbericht über die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen vom Mai dieses Jahres herauslesen. Die Verbraucherinsolvenzverfahren sind in Mecklenburg-Vorpommern von 2006 auf 2007 um ein Viertel zurückgegangen. Dieser Trend hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres fortgesetzt.

Auf der Jahresfachtagung der Schuldnerberatungsstellen, die zu Beginn dieser Woche stattgefunden hat und an der ich und der Abgeordnete Herr Grabow teilgenommen haben, wurde deutlich, dass die Schuldnerberatungsstellen in unserem Land sehr hohe Qualität leisten. Ein Referent aus Rheinland-Pfalz, der hier bundesweite Vergleiche hat, hat das bestätigt. Und ich glaube, wir müssen an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort vor Ort an sozialen Brennpunkten ihre Arbeit leisten, Dank zollen. Gleichzeitig hat aber auch der Jahresbericht gezeigt, dass die Qualität in den Schuldnerberatungsstellen, obwohl sie hoch ist, immer noch sehr verschieden ist, und die Jahresfachtagung hat sich auch zur Aufgabe gemacht, diese Unterschiedlichkeiten herauszuarbeiten. Ich glaube, darin liegt als Erstes die Aufgabe, dass wir mit den vorhandenen Strukturen, die sehr gut sind, jetzt gemeinsam schauen, wie wir die Qualität überall auf ein sehr hohes Niveau, wie es dieses in Teilen auch schon gibt, hochfahren können.

Zu den geeigneten Maßnahmen, Verschuldung zu verhindern, zählt auch die Prävention. In diesem Zusammenhang suchen Schuldnerberater Schulen und andere

Einrichtungen auf, um Informationen zum richtigen Umgang mit Geld weiterzugeben. Außerdem unterstützt die Landesregierung seit Jahren ein Präventionsprojekt, das auf die Familien und die Schularbeit zielt. In diesem Jahr wurden hierfür 47.000 Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben den Verbraucherschutz aber auch dadurch gestärkt, dass wir gesetzlich geregelt haben, dass in Mecklenburg-Vorpommern gewerbliche Schuldnerberatungsstellen weder gefördert noch anerkannt werden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE spricht Maßnahmen zur Sicherung von Familieneinkommen an, die ein Abrutschen in die Armut verhindern. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Rentenberechnung für gebrochene Erwerbsbiografien verbessert wird. Damit könnte verhindert werden, dass zukünftige Rentnerinnen und Rentner in unserem Land, die nach der Wende oft von Arbeitslosigkeit betroffen waren, nicht in Altersarmut abrutschen.

Wie gesagt, Armut führt nicht automatisch zur Ver- oder Überschuldung, dennoch sollte, wenn wir über Armut sprechen, unser besonderes Augenmerk auf den Kindern liegen. Dieser Landtag hat Ende Januar auf Antrag von SPD und CDU beschlossen, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzt, kinderspezifische Regelsätze für die Grundsicherung zu schaffen. Zudem soll die vollständige Abdeckung der entwicklungsbedingten Kosten erwogen werden. Dazu zählen Schulausstattung und kostenloses Mittagessen an Schulen.

Frau Müller, ich möchte auf Ihre Kritikpunkte eingehen: Familienurlaub, Kita-Kosten, Mittagessen.

Die Umstellung, Familienurlaub zu fördern, vor dem Hintergrund, dass sich aber auch die Eltern an elternkompetenzstärkenden Maßnahmen, Angeboten beteiligen sollten, ist erst angelaufen. Ich finde, wenn man neue Programme setzt, neue Ideen, Familien zu unterstützen, und das ist dieses Programm, dann sollte man nicht kurz, nachdem sie angelaufen sind, schon Resümee ziehen und es einfach schon wieder niederreden, nur um einen Grund zur Kritik an der Landesregierung zu haben. Das stelle ich mir unter familienfreundlichem Mecklenburg-Vorpommern nicht vor.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Zum Thema Kita-Kosten. Wen hat denn wirklich überrascht, dass nach vielen Jahren steigender Kita-Kosten der Städte- und Gemeindetag jetzt zu dieser Erkenntnis kommt? Es war abzusehen, dass mit der damaligen Umstellung im Kindertagesförderungsgesetz, der Umstellung der Finanzierung auf echte Kosten, die die Träger haben, dass dadurch natürlich die Kita-Kosten steigen. Wer etwas anderes geglaubt hat, der kannte sich offensichtlich in der Kita-Landschaft nicht aus. Und das ist richtig und auch gut, dass die Kita-Kosten gestiegen sind, denn es zeigt ja, dass es dadurch für Träger erst möglich war, egal, ob kommunale oder freie Träger, in Kitas zu investieren. Das ist passiert in den vergangenen Jahren und darauf können auch alle stolz sein, wie wir jetzt mit den steigenden Kita-Kosten durch Investitionen, durch mehr Personal – was jetzt endlich da ist, was jetzt nämlich den gesetzlichen Schlüssel einhält, was damals nicht war, es wurde bloß nicht offen kommuniziert, das sind Qualitätsstandards – umgehen, und wir müssen jetzt zusehen, wie wir diese erhöhten Kosten von Qualitätsstandards und auch zunehmender Auslas-

tung mit der neuen Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes begleiten und wieder auffangen. Aber es ist kein schlechtes Zeichen, wenn Kitas besser werden und wenn sie gut ausgelastet sind. Das ist ein Zeichen von familienfreundlicher Politik der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Zum Stichwort Mittagessen. Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal eine Kita besucht haben. Ich war vor Kurzem in einer Kita im sozialen Brennpunkt in Rostock. Dort gehen 50 Prozent der Kinder aus Hartz-IV-Familien in die Kita. Dort wurde das neue kostenlose oder kostenreduzierte Mittagessen für diese Familien sehr gelobt. Ich bin schon der Meinung, dass wir damit einen Meilenstein bezüglich Kinderarmut und Teilhabe von Kindern aus armen Familien gesetzt haben. Und ich finde, wir können darüber reden, wie es praktischer wird, wie es besser wird, aber das schlechtzureden, das ist auch kein Zeichen von Familienfreundlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie sehen also, der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE zielt auf Maßnahmen ab, die bereits von der Landesregierung ergriffen wurden und auch praktiziert werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Überschuldung privater Haushalte ist ein Problem, das sich in seiner Dimension wohl nur derjenige vorstellen kann, der sich in einer solchen Situation befunden hat beziehungsweise befindet. Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, haben also ein Thema gewählt, mit dem sich Politik fortlaufend beschäftigen muss. Dass allerdings Ihr Antrag dabei hilfreich ist, stelle ich doch sehr infrage und möchte dies nachfolgend allein durch die Abarbeitung der von Ihnen im Antrag vorgetragenen Aussagen beweisen.

Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der Verschuldung privater Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern entgegenzuwirken. Niemand wird bestreiten, dass bei einer so komplexen und in ihren Ursachen auch so individuellen Problematik nur ein fein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel wirken kann. Allein konkrete Maßnahmen sucht man im Antrag der Fraktion DIE LINKE vergeblich. Sie fordert zwar die finanzielle Sicherung und den personellen Ausbau der Schuldner- und Insolvenzberatung, verkennt dabei aber, dass der weitaus überwiegende Teil der Arbeit dieser Beratungsstellen darin besteht, überschuldete Haushalte zu betreuen, das heißt, eine Überschuldungssituation ist bereits eingetreten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben.)

Um einer Verschuldung entgegenzuwirken, wie von Ihnen gefordert, sind Maßnahmen vor der Inanspruchnahme einer solchen Beratung erforderlich. Und vielleicht denkt die ehemalige PDS auch noch einmal an die Zeit zurück, als das von ihr geführte Ministerium die Landesförderung über eine Änderung des Einwohnerschlüssels zurückfahren wollte. So lange ist das noch gar nicht her.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Dann fordern Sie Maßnahmen auf Bundesebene zur Sicherung armutsfester Familieneinkommen. Um dieser Forderung nachkommen zu können, müsste genau definiert sein, was Sie unter einem armutsfesten Familieneinkommen verstehen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich habe deshalb versucht, wie ich es gerne tue, im Internet etwas zu finden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Genau.)

Und unter diesem Suchbegriff findet man seitenweise Anträge. Allerdings habe ich keinen Beitrag der LINKEN finden können, der dazu Näheres erklärt,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

nicht auf den verschiedenen Länderseiten, nicht bei der Bundes-LINKEN, nicht bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder Tacheles. Und Sie fordern die Stärkung des Verbraucherschutzes. Was bitte darf es denn da sein?

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Eine verbesserte Kreditberatung? Eine bessere Ausbildung für Kreditberater? Schärfere Regeln bei Konsumentenkrediten? Eine generelle Restschuldversicherung zu günstigen Konditionen? Eine schärfere Aufsicht? In Abwandlung eines bekannten Spruches fällt mir dazu nur ein: Nichts Konkretes find' man nicht.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aber es geht so weiter. In der Begründung wurden einige Ursachen für Überschuldung aufgezählt und dann nichts.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Angeführt wird beispielsweise der Verlust des Arbeitsplatzes. Was aber soll passieren? Möchten Sie Veränderungen im SGB III, zum Beispiel Verlängerung der Bezugszeiten für Arbeitslosengeld? Wenn ja, wie lange? Oder vielleicht abgestuft?

(Regine Lück, DIE LINKE: Klar! Natürlich!)

Stärkeren Kündigungsschutz? Aussagen dazu gibt es in Ihrem Antrag nicht.

Als weiteren Grund für eine Überschuldung führen Sie Scheidung an. Möchten Sie eine Veränderung des Scheidungsrechts? Und wenn ja, zu wessen Gunsten? Wenn Kinder mit betroffen sind, könnte eine Änderung der Düsseldorfer Tabelle für höheren Kindesunterhalt sorgen und/oder durch eine Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes könnte das Bezugsalter der Kinder heraufgesetzt werden. In Ihrem Antrag findet sich nichts.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ihre Art von Lächerlichmachen ist aber nicht fair.)

Das Gleiche gilt für die von Ihnen herausgestellten Ursachen Erkrankung, Sucht oder Unfall. Was schwebt Ihnen denn da vor? Veränderungen im SGB V, SGB VI, SGB VII oder SGB XII? Eine für alle verpflichtende Unfall- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung? Denkbar ist vieles, allein gefunden habe ich bei Ihnen nichts.

Nun könnten Sie mir ja entgegenhalten, Sie wollen den Umgang mit privatem Haushaltseinkommen in den Unterricht integrieren.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist doch aber richtig.)

Das mag punktuell helfen, aber das Problem ist, ich habe es bereits angesprochen, so vielschichtig, dass es den Rahmen jeden Unterrichts sprengen würde,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

denn es umfasst neben dem Überblicken von Einnahmen und Ausgaben diverse Rechtsprobleme wie Vertragsrecht, Beihilferecht, Steuerabgaben- und Beitragsrecht. Und seien wir doch mal ehrlich: Wer möchte sich in der Schule beispielsweise durch einen sechsseitigen Steuerbescheid mit diversen Rechtsverweisen und -sätzen, die über eine viertel Seite lang sind, hindurchquälen, ohne dass es dabei um mehr als den Lerneffekt geht?

Im Übrigen kann auch ein Kindergeldantrag ähnlich kompliziert sein. Ich durfte kürzlich selbst eine Neubeauftragung vornehmen, die zuzüglich des Fragebogens für über 18-jährige Kinder und zuzüglich des Fragebogens bei Aufenthalt eines Elternteils im Ausland und der beizubringenden Nachweise 20 Seiten umfasste.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Zudem wurden Angaben abgefragt, die eine stringente Aufbewahrungs- und Ablageordnung erfordern. Darauf kann man Kinder und Jugendliche nicht wirklich vorbereiten. Das Wirtschaften mit dem eigenen Einkommen, einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Rechtshandlungen, zumindest kenne ich das so, lernt man bei den Eltern. Schule kann diesen Prozess begleiten, aber nicht ersetzen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aber wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, konkrete und handhabbare Vorstellungen haben, wie Schule dies alles leisten könnte, habe ich das zumindest Ihrem Antrag wiederum nicht entnehmen können. Von daher ist der Antrag oberflächlich. Er enthält nicht eine konkrete Maßnahme und ist daher nur abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Schaufensterantrag!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Schnur. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir uns auf die Rede vorbereitet haben, war mir nicht ansatzweise bewusst, was man alles zum Thema Schulden verpacken kann: Mindestlohn, Hartz-IV-Kritik. Also die LINKE hat es wirklich geschafft, dort eine Menge zu verpacken. Das muss man einmal sagen, nun gut.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Alles Gründe für Schulden.)

Der Jahresbericht zur Schuldnerberatung hat zumindest deutlich gemacht, dass es zu viele Familien in Mecklenburg-Vorpommern gibt, die in der Schuldenfalle stecken. Die Ursachen für die private Verschuldung sind jedoch – und das ist hier relativ wenig zum Zuge gekommen – vielfältiger, als man von vornherein glauben mag, und sie liegen nicht allein an Hartz IV und anderen Gesetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Aber auch.)

Das würde zur Konsequenz haben, dass es vor Einführung der Gesetze gar keine Schuldner gegeben hätte, aber auch das war nicht der Fall. Viele Probleme liegen im privaten Bereich und die können von uns und der Politik generell von außen nicht beeinflusst werden. Hier ist jeder Einzelne für sich gefragt, auch das muss man mal sagen dürfen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das ist die Frage, wie kompetent er ist und ob er es überhaupt gelernt hat, mit seinem Einkommen umzugehen. Eltern haben dabei eine viel wichtigere Vorbildfunktion als der Staat. Sie müssen ihren Kindern beibringen, dass vor jeder Ausgabe auch eine Einnahme stehen muss.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das weiß ja nicht mal der Staat.)

Frau Müller, dieser Zwischenruf ist eigentlich wirklich glorreich, wenn Sie das sagen als DIE LINKE, die uns 7 Milliarden Euro an Schulden eingebrockt hat.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Was?!)

Sie müssen sich einmal Ihre acht Jahre zusammenrechnen, Sie müssen einfach mal Ihre acht Jahre addieren.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Was haben wir gemacht?!)

Ich weiß, addieren und subtrahieren ist bei der LINKEN nicht so einfach.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Nun gut. In der Familie muss der verantwortungsvolle Umgang mit Geld erlernt werden. Die Schule kann diesen Prozess im Übrigen nicht begleiten. Allein, wenn man sich einmal vorstellt, was DIE LINKE, ich habe mir das mal angeguckt, an Forderungen an die Schule gestellt hat, da könnte man fast vom Schulkombinat sprechen, das sich dann zukünftig bildet.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und die Effizienz eines solchen Kombinates, das hat sich in der Geschichte nun mal gezeigt, das kann man relativ leicht sagen: Effizienz null, viel Anspruch, aber Effizienz, wie gesagt, null.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Der Staat kann dagegen wenig regeln, wenn er nicht bevormunden will. Und das, was der Staat machen kann, das ist, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu gestalten und für gute Aus- und Weiterbildung zu sorgen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch da haben Sie von der LINKEN in den letzten acht Jahren, zumindest Ihre Regierung, versagt.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Diese Rahmenbedingungen wurden aber in Mecklenburg-Vorpommern ganz offensichtlich nicht geschaffen, denn wie sonst ist es zu erklären, dass wir nach wie vor hohe Arbeits- und damit verbundene Perspektivlosigkeit im Land haben. Die Erwerbslosigkeit ist doch auch ursächlich für die Überschuldung vieler Privathaushalte. Der Antrag von der LINKEN dokumentiert somit nach unserer Auffassung sehr eindrucksvoll das Scheitern der rot-roten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

(Heinz Müller, SPD: Was?! –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Der Schuldnerbericht sagt auch eines ganz klar: Die Probleme sind eben nicht neu, sie sind hausgemacht. Seit über zehn Jahren steigen die Fallzahlen kontinuierlich, seit über zehn Jahren sind die Beratungsstellen überlastet und kämpfen um jeden Euro.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Und daran ist Rot-Rot schuld?!)

Warum also fordert DIE LINKE hier nun Maßnahmen von der Landesregierung, wenn sie selbst über viele, viele Jahre die Chance zur Senkung der Arbeitslosigkeit,

(Irene Müller, DIE LINKE: Haben Sie
nicht gerade gesagt, wir können nicht
addieren und subtrahieren, oder was?)

zur Verbesserung der schulischen Bildung und zur Stärkung der Schuldner- und Insolvenzberatung gehabt hätte. Das Kind ist bereits in den Brunnen gefallen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der LINKEN, weil Sie versagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie wollen hier die Wirkung beseitigen, sind aber selbst die Ursache. Jetzt ein Entgegenwirken des Staates zu fordern, ist daher mehr als zynisch.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Sie stehen ja so was von daneben.)

Ihr Antrag ist deshalb grundsätzlich abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Martina Tegtmeier, SPD: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Also diese Diskussion ist wirklich erstaunlich. Und Ihre Schlussfolgerung, Herr Schnur, die war mehr als erstaunlich, die letzte, die Sie hier getan haben.

(Heinz Müller, SPD: Vorsichtig formuliert.)

Wirklich ganz vorsichtig formuliert.

(Toralf Schnur, FDP: Benennen Sie das
doch mal konkret, Frau Tegtmeier.)

Ja, das werde ich noch tun, Herr Schnur. Das werde ich noch tun.

(Irene Müller, DIE LINKE: Erst mal
das Papier sortieren und schön ablesen.)

Ich beginne aber mit einem Artikel aus der „Ostsee-Zeitung“ vom 5. November, dieses Jahres wohl gemerkt, also weit nachdem der Bericht, der ständig zitiert wird, erschienen ist. Da stand in der „Ostsee-Zeitung“: „Wie aus dem Schuldner-Atlas der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hervorgeht, weist MV hinter Brandenburg die größten Verbesserungen auf.“ Hier geht es um die Schuldnerquote. „Mit einer Quote von 10,85 Prozent steht das Land bundesweit auf Rang 8.“

In einem anderen Artikel war zu lesen, die Überschuldung in Ostdeutschland nahm deutlich stärker ab als im Westen. „Die durchschnittliche Schuldenhöhe fällt in Westdeutschland deutlich höher aus, als im Osten. Viele betroffene Haushalte aus den alten Ländern bewegten

sich deutlich länger im Schuldenkarussell als die Haushalte aus den neuen Ländern“.

(Toralf Schnur, FDP: Was hat denn der einzelne
Schuldner davon? – Udo Pastörs, NPD:
Wir sind auch schon länger im BRD-Karussell.)

„Die Privathaushalte von Greifswald gehören so laut Creditreform beim Abbau von Schulden sogar bundesweit zur Spitzengruppe.“ Aber ich will natürlich auch nicht verhehlen, diese Zitate standen unter der großen Überschrift „Neue Schuldenwelle droht“.

Was bedeutet Überschuldung konkret? Von Überschuldung spricht man ja erst, wenn eine Situation eingetroffen ist, die es den Betroffenen nicht mehr möglich macht, in absehbarem Zeitraum von ihrer Verschuldung herunterzukommen. Sie haben sich verschuldet und können mit ihrem Einkommen auch in absehbarer Zeit sich nicht mehr aus dieser Situation befreien.

Die Ursachen der Überschuldung werden übrigens von Schuldnerberatern, Schuldnerberatungsstellen und den Gläubigern nicht ganz gleich betrachtet. Aber was bei allen Statistiken eigentlich absolut gleich ist, wenn auch die Prozentzahl differiert, ist, dass die häufigste Ursache von Überschuldung die Arbeitslosigkeit ist, Arbeitslosigkeit, und zwar bundesweit. Einkommensarmut befördert das in Ostdeutschland natürlich noch besonders. Wenn ich mir unsere durchschnittlichen Einkommen hier angucke und dann Herrn Schnur höre, wer diese Situation verschuldet, muss ich mich doch wirklich sehr wundern. Ich denke schon, dass Einkommenshöhe durchaus mit ein Grund dafür ist, dass die Überschuldung in Ostdeutschland besonders hoch ist.

(Hans Kreher, FDP: Keiner hat das abgestritten.
Das hat keiner abgestritten. – Toralf Schnur, FDP:
Haben wir doch nicht abgestritten.)

Die Situation zu angestrebten Mindestlöhnen haben wir schon mehrfach erörtert.

(Toralf Schnur, FDP: Es gibt auch andere.)

Das brauchen wir heute nicht auch noch mal zu tun. Wenn ich über armutsfeste Familieneinkommen spreche, spreche ich in erster Linie von Mindestlöhnen, aber auch, ich spreche da die Fraktion DIE LINKE an, über Einkommen immer SGB-bezogen, natürlich auch von Regelsätzen. Sie wissen alle, dass wir gerade eine leichte Erhöhung bei den normalen Regelsätzen hätten. Was ich vollkommen unzureichend finde, ist, dass wir im Bereich der Kinderregelsätze offensichtlich noch keinen Schritt weitergekommen sind. Das ist so, das kann man nur beklagen.

Aber neben dem Aspekt armutsfreier Familieneinkommen hat Ihr Antrag noch zwei weitere Hauptpunkte. Einmal dreht sich das um die Schuldnerberatung. Da kann ich direkt an unsere Ministerin anknüpfen. Die Einschätzung, die sie hier getroffen hat, teile ich, und zwar aus folgendem Grund. Den Ursprung dessen finden Sie auch in Ihrem zitierten Bericht. Da stand nämlich schon drin, dass in der 41. Sitzung des Landtages am 24. Juni 2004 der Kollege Glawe, aber auch der Kollege Heydorn die Problematik der Verbraucherinsolvenzberatungsstellen durchleuchten und schauen wollten, ob man da Verbesserungsvorschläge machen muss.

Wir haben in der Tat in dem Arbeitskreis Soziales der SPD-Fraktion uns der Thematik angenommen, haben uns das hoch und runter angeschaut und diskutiert und konnten letztendlich dem Sozialministerium keine Ver-

säumnisse an der Stelle vorwerfen. Wir haben, das will ich Ihnen auch nicht verschweigen, insgesamt bei der Ausfinanzierung der Beratungsstellen durchaus Verbesserungsvorschläge, die wir zu gegebener Zeit auf den Tisch legen werden, aber eine Aufstockung oder Ausweitung der Schuldnerberatungsstellen kann ich in diesem Moment hier auch nicht erkennen.

Sie haben einen dritten Schwerpunkt, und zwar den Verbraucherschutz, in Ihrem Antrag angesprochen. Da haben wir noch eine etwas andere Situation. Genau vor dem Hintergrund unserer Überschuldungsproblematik hier im Land und auch vor dem Hintergrund der Diskussion, dass sich immer mehr Jugendliche verschulden durch Handyrechnungen und so weiter, wurde im letzten Jahr ein Antrag von SPD und CDU auf Drucksache 5/587 hier in diesem Haus beschlossen, der den Inhalt hatte, die Verbraucherinteressen zu stärken und zu schützen. Zum einen ist da explizit die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Wirtschaft und der Verbraucher, der Schutz von Interessen der Verbraucher angesprochen, aber auch der umfassende Konsumentenschutz, Stärkung der Stellung der Verbraucher als aktive Teilnehmer am Marktgeschehen und, und, und. Das sehe ich als Unterstützung, praktisch Empfehlung der Sozialministerin, diesen Antrag als überflüssig zu erklären.

Dass wir teilweise Ihre Intentionen nicht abarbeiten können, das habe ich eben schon ausgeführt, auf der anderen Seite sind aber zum großen Teil Entwicklungen drin, die auch noch nicht evaluiert wurden.

Wir werden gerade die Evaluation der Entwicklung, die sich aus dem beschlossenen Antrag aus dem letzten Jahr ergeben hat, auf die Tagesordnung setzen und denken mal, dass die Ergebnisse, die dort präsentiert werden können – ich hoffe das –, unsere Entscheidung hier an dieser Stelle noch mal bekräftigen werden.

Ich komme jetzt noch mal auf die eingangs erwähnte Pressemitteilung zurück. Es ist auch nicht ganz ausgeschlossen, dass gerade hier geeignete Maßnahmen der Landesregierung ergriffen wurden im Sinne der Antragstellerin, die der Überschuldung privater Haushalte tatsächlich bereits entgegenwirken. Diese Pressemitteilungen lassen dies ja eigentlich vermuten, genauso wie der Beitrag, den die Sozialministerin vorhin abgegeben hat. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern soll das Gesundheitsland Nummer eins werden, soll das Familienland Nummer eins werden und so weiter und so fort. So hören wir es immer wieder von der Landesregierung. Doch Sie dürfen die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung spricht in ihrem Jahresbericht 2007 von rund 172.000 überschuldeten Haushalten. Das sind 20,5 Prozent der Haushalte. Sicherlich tragen die Schuldner auch ihre persönliche Schuld an ihrer finanziellen Situation, aber werden die Bürger nicht seit Jahren in natürlich selbstloser Eintracht von der Werbebranche und etablierter Politik angestachelt, die Binnenkonjunktur wieder durch Konsum anzukurbeln?

Womit sollen die Mecklenburger und Pommern denn konsumieren? Erwarten Sie wirklich, dass die Bürger hierfür weitere Schulden anhäufen? Denn vor allem Ratenzahlungen verführen zum Leben auf Pump. So sind in mehr als zwölf Prozent der Haushalte die Ausgaben höher als die gewöhnlichen Einnahmen.

(Reinhard Dankert, SPD:
Lieber Hirsebrei im HDJ!)

Im Privatverschuldungsindex der Bundesländer für das Jahr 2007 belegt Mecklenburg-Vorpommern den 13. Platz. Unsere Landeshauptstadt Schwerin liegt auf Platz 432 von 439 Landkreisen und kreisfreien Städten. Insgesamt beträgt der Schuldenberg der überschuldeten privaten Haushalte in unserem Land schätzungsweise 4 Milliarden Euro.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wissen wir doch alles.)

Der SchuldnerAtlas der Creditreform, der hier schon vorgetragen worden ist, sieht für dieses Jahr eine Kehrtwende vor, aber 58 Prozent der Ratsuchenden in den Entschuldungsstellen haben weniger als 332 Euro im Monat Haushaltsgeld zur Verfügung. Mehr als 56 Prozent der Neuaufnahmen in der Schuldnerberatung beziehen Arbeitslosengeld. Besonders betroffen sind die Kleinsten in unserem Volk, die Kinder. Etwa 85.000 Kinder sind von einer großen Armut betroffen. Diese Kinder lernen von klein auf Armut am eigenen Leib kennen. Zur Wahrheit der Situation in Mecklenburg-Vorpommern gehört auch, dass nirgendwo in der BRD mehr Menschen auf staatliche Zuschüsse für die Unterkunft angewiesen sind als in Mecklenburg-Vorpommern. 30.600 Haushalte mussten Wohngeld beziehen, darunter allein 15.600 Rentnerhaushalte. Somit erst einmal kurzgefasst die Situation in unserem Land. Diese muss man wissen und begreifen, um Handlungsnotwendigkeiten zu erkennen.

Zur Lösung der vorgenannten Probleme soll nun die Landesregierung aufgefordert werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um der Verschuldung privater Haushalte in M-V im Interesse der betroffenen Familien und des Landes entgegenzuwirken. Was bieten die LINKEN denn als Lösungsmöglichkeiten an? Genannt werden unter anderem die finanzielle Sicherung und der personelle Ausbau der Beratungsstellen, die schulische Bildung sowie bundespolitische Einkommensmaßnahmen. Wie aber, Vertreter der LINKEN, wollen Sie einer der Hauptursachen, dem übersteigerten Konsum, entgegenreten? Schließlich handelt es sich hierbei um eine Hauptursache der Überschuldung.

Die Marxisten im Demokratiegewand sind ganz deutlich im Kapitalismus angekommen und fühlen sich dort richtig wohl. Der Antrag der selbsternannten demokratischen Sozialisten ist sehr ungenau und allgemein gehalten. Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Koplín. Bitte, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Köster, jetzt haben Sie aber noch alle Mühe aufwenden müssen, um ideologisch da die Kurve zu kriegen und diesen Antrag abzulehnen.

(Stefan Köster, NPD: Zeigen
Sie uns mal Ihre Diplome!)

Ich möchte zunächst gern auf Frau Tegtmeier eingehen. Frau Tegtmeier, schönen Dank dafür, mit welcher Ernsthaftigkeit Sie sich diesem Antrag gewidmet haben. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, nee, vielleicht doch nicht, aber ich will es Ihnen schon sagen: Den Antrag werden wir nicht für überflüssig erklären.

(Egbert Liskow, CDU: Warum nicht?)

Das will ich gern beweisen und erklären, aber ich möchte auf einen Aspekt noch mal eingehen, den Frau Tegtmeier angesprochen hat, und zwar zu Creditreform und dieser Trendwende. Da möchte ich gern mit einem Märchen aufräumen,

(Stefan Köster, NPD: Sie erzählen ja laufend Märchen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das darin besteht – Herr Köster hat darauf auch Bezug genommen, Sie sind da auch auf den Leim gegangen –: Wenn Creditreform ein Absinken des Schuldenstandes ausweist, dann hat das nichts mit der Verschuldungssituation insgesamt zu tun,

(Udo Pastörs, NPD: Sie erzählen den Leuten Märchen über Ihre Biografie.)

sondern damit, dass bei Creditreform lediglich die Bankkredite erfasst sind. Wenn die Bankkredite absinken, heißt das noch nicht, dass die Verschuldungssituation im Land absinkt, denn die Konsumkredite sind noch nicht erfasst einschließlich solcher Dinge wie Handyschulden für Klingeltöne und so weiter und so fort. Da gilt es, genau hinzusehen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Zweitens möchte ich eingehen auf Herrn Schnur.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, bitte.)

Sie haben voller Verwunderung gesagt, was man alles unter diesen Aspekt packen kann,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, das ist erstaunlich.)

in der Tat, klar, weil die Verschuldungssituation ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Und da möchte ich schon darauf eingehen. Verschuldung hat es auch in der Antike schon gegeben,

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Leute, die bankrott waren, die mit dem Geld nicht klar kamen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Bloß keine LINKE, so ein Mist aber auch.)

Das ist jetzt keine neue Erfindung. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und insofern ist es auch unzulässig, das zu vermengen mit der Verschuldungssituation unseres Landes.

Im Übrigen ist es in der Tat so, als wir aus der Regierung ausgeschieden sind 2006, war die Verschuldungssituation bei 7 Milliarden Euro. Auch wir haben damals Neuschulden aufnehmen müssen unter ganz speziellen Rahmenbedingungen.

(Toralf Schnur, FDP: 10 Komma noch was. 10,3!)

Danke für die Korrektur.

Aber auf eins will ich hinweisen, auf eins will ich hinweisen. Mein Hinweis geht in die Richtung: Man muss sich mal genau anschauen, in welchem Jahr sind welche Schul-

den aufgenommen worden und in welcher Höhe. Dann ergibt das so ein Diagramm. Dieses Diagramm finde ich sehr aufschlussreich. Die höchste Neuverschuldung, die es in diesem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 je gegeben hat, fällt in die Regierungszeit von CDU und FDP, in das Jahr 1994 – Wahlgeschenke lassen grüßen –, mit 2,1 Milliarden Euro,

(Toralf Schnur, FDP: 1994?!)

umgerechnet schon in Euro.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ja nun der größte Quatsch gewesen.)

Nein, nein, das sind die Zahlen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das müssen Sie gerade sagen!)

Das sind die Zahlen und sie sind unbestritten.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Das sind die Zahlen und sie sind unbestritten.

Ich möchte eingehen auf Frau Schlupp. Sie haben angemahnt ein konkretes Maßnahmenbündel und haben darauf schon hingewiesen, dass es nicht eine Lösung gibt für das Problem. Und das ist völlig korrekt so. Ich will auch auf Aspekte dieses Maßnahmenbündels eingehen. Aber wenn Sie so süffisant sagen, Sie haben auf unserer Internetseite nicht gefunden, dass wir Armut definieren,

(Beate Schlupp, CDU: Armutsfeste Einkommen! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dann ist das entweder schlecht recherchiert oder nur auszugsweise recherchiert, denn der Armutsbegriff kommt natürlich bei uns auf der Internetseite vor. Wir setzen uns mit dem Thema auseinander, aber wir nehmen selbstverständlich nicht für uns in Anspruch, den Begriff „Armut“ zu definieren.

(Beate Schlupp, CDU: Festes Familieneinkommen, nicht Armut!)

Der ist europaweit definiert, der ist auch durch die Bundesregierung und den Armuts- und Reichtumsbericht definiert. Das Definitionsrecht haben wir an dieser Stelle überhaupt nicht.

(Beate Schlupp, CDU: Feste Familieneinkommen, was ist das?)

Armutsfestes Familieneinkommen hängt ganz eindeutig mit der Armutsdefinition zusammen. Schauen Sie sich den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an, dann werden Sie ...

(Toralf Schnur, FDP: Erklären Sie es uns doch mal! – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Nein, das würde ich gerne machen, aber meine Redezeit reicht dazu nicht. Ich will nämlich noch auf Dinge eingehen, die mir wirklich wichtig sind: dieser Präventionsgedanke, den Frau Müller vorhin angetippt hat.

Aber abschließend im vierten Eingang auf einen Redebeitrag der Ministerin. Frau Ministerin, Sie haben die Schuldnerberatungsstellen gewürdigt und das ist völlig korrekt so. Das wollen wir auch gern machen und darauf hinweisen, dass die Schuldnerberatungsstellen in diesem Land eine sehr gute Arbeit leisten. Und wenn die Schuldnerberatungsstellen selber anerkennen für sich und sagen, die Qualität ist bei uns noch differenziert aus-

geprägt, einige sehr gut und einige nicht so gut, dann ist das ein Punkt, den man konstatieren darf.

Die Daten und Fakten, die Sie genannt haben, sprechen auch für sich. Aber das war für uns nicht der Punkt. Der Punkt war für uns – und vielleicht haben Sie da Frau Müller bewusst oder unbewusst missverstanden –, der Punkt war für uns die Überschuldung privater Haushalte und nicht allein die Situation der Schuldnerberatungsstellen. Wenn man sich die Überschuldungssituation der privaten Haushalte anguckt, dann sieht man, die Schuldensumme aller Neufälle – das ist ein interessanter Aspekt, wie ist die anfallende Neuverschuldung quantifiziert – belief sie sich im Jahr 2000, also die Schuldenfälle, die in den Beratungsstellen aufgelaufen sind, auf 82 Millionen Euro und im Jahr 2007 auf 116 Millionen Euro. Die Zahlen erwähne ich, um deutlich zu machen, welche Brisanz, auch volkswirtschaftliche Brisanz hinter diesen Zahlen steht und was da für eine Dimension zu erkennen ist.

Nun zu dem Maßnahmebündel: Wir müssen uns auseinandersetzen mit der Frage geringfügiger Beschäftigung. Gerade Sie seitens der CDU sagen, die Arbeitslosenzahlen sinken. Und die statistischen Zahlen sprechen auch dafür. Aber man muss sich angucken, welche Arbeitsplätze denn geschaffen werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn Sie darauf verweisen, dass ausgewiesene Arbeitsplätze im Land Mecklenburg-Vorpommern 725.000 sind, dann haben wir auch zu konstatieren, dass es im letzten Jahr alleine 100.000 Arbeitsplätze gab mit geringfügiger Beschäftigung. Also sich auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, wir haben Arbeitsplätze geschaffen, es geht voran, das ist ein bisschen dünn. Denn so viele Menschen, die neue Arbeit gefunden haben, können von dieser Arbeit nicht leben. Und nicht wenige Rentnerinnen und Rentner nehmen aus ihren Rentenbeiträgen Geld, also aus ihrer Rente, und geben es ihren Kindern und Enkelkindern, damit die über die Runden kommen. Das spielt alles in diese Frage mit rein und wir müssen uns aussprechen gegen diese prekäre Beschäftigung,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Toralf Schnur, FDP:
Das steht ja nicht in Ihrem Antrag.)

gegen Arbeit, die dennoch zur Armut führt.

(Toralf Schnur, FDP: Dazu muss
man es aber reinschreiben.)

Deswegen rede ich ja. Ich will Ihnen gern diesen Antrag interpretieren.

Zweiter Punkt ist das Arbeitseinkommen schlechthin für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das ist in unserem Land ziemlich kritikwürdig. Das durchschnittliche Arbeitseinkommen beträgt 20.773 Euro im Jahr. Das liegt 6.300 Euro unter dem Bundesdurchschnitt und ist darüber hinaus noch rückläufig. Wir hatten im Jahr 2000 78,3 Prozent zu 100 Prozent Bundesdurchschnitt. Also wir haben in Mecklenburg-Vorpommern schon weniger Einkommen zu verzeichnen gehabt, aber diese 78,3 Prozent sind noch mal abgesenkt worden

(Egbert Liskow, CDU: Machen!)

und betrogen im letzten Jahr 76,7 Prozent. Das ist ein Punkt, der hier hineingehört. Und wenn wir über die Überschuldungssituation sprechen, wie wir der entgegenwirken wollen, dann müssen wir über Mindestlohn reden. Frau Tegtmeier hat darauf Bezug genommen, völlig zu Recht.

Letzter Punkt: Prävention. Frau Schlupp, Sie haben recht, wenn Sie sagen, wie soll man das in den Unterricht einbauen. Das ist ein hoch komplexes Thema. Ich komme jetzt zum Schluss. Es ist ein hochkomplexes, schwieriges Thema. Hier, Frau Ministerin, ist ein ganz wichtiger Punkt für die Schuldnerberatungsstellen, Kindern und Jugendlichen den Umgang mit Geld klarzumachen und sie starkzumachen gegen die Manipulation und das Heraufbeschwören von Kaufsucht. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1954. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1954 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der Fraktion der FDP sowie Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Kostenübernahme für künstliche Befruchtung wieder herstellen, Drucksache 5/1969.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Kostenübernahme für künstliche
Befruchtung wieder herstellen
– Drucksache 5/1969 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kaum eine Landtagssitzung vergeht, ohne dass über Initiativen für mehr Kinderfreundlichkeit gesprochen wird.

(Heinz Müller, SPD: Das ist auch gut so.)

Die FDP-Fraktion hat in vielfältiger Weise ihre Vorschläge hierzu eingebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir haben einen Kindergipfel gefordert, wir sprachen uns für einen Zuschuss zur Antibabypille für sozial schwache Frauen aus, wir haben uns für eine zweite Schuluntersuchung starkgemacht und wir diskutierten über die dringend erforderlichen Reformen im KiföG mit Ihnen zusammen. Die Debatten im Landtag haben uns gezeigt, dass wir mit unseren Anträgen stets richtig lagen und auch eine breite Öffentlichkeit erreicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Vincent Kokert, CDU: Selbstlob ist immer gut.)

Die Beispiele Antibabypille, Schuluntersuchung, KiföG-Novellierung beweisen das.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Sie können noch mal lachen. Das war nämlich wirklich so.

Unser heutiger Antrag ist somit im Zusammenhang zu sehen mit den eben genannten Initiativen der FDP. Wir wollen das Thema Kinderfreundlichkeit möglichst breit diskutieren. Nach unserer Auffassung heißt Kinderfreundlichkeit auch, dass diejenigen Familien geholfen wird, die ungewollt kinderlos sind. In unserer Antragsbegründung haben wir dargelegt, welche Breitenwirkung dieses Problem hat. Jeder dritte Kinderlose in Deutschland, der früher gerne Kinder gehabt hätte, nannte als Grund für die ungewollte Kinderlosigkeit, dass es zu keiner Schwangerschaft gekommen sei.

Insgesamt sind in Deutschland rund 1,4 Millionen Frauen und Männer zwischen 25 und 59 von ungewollter Kinderlosigkeit aus medizinischen Gründen betroffen. Oft führt dieser unerfüllte Kinderwunsch zu schweren Beeinträchtigungen bei den betroffenen Paaren. Ungewollt kinderlos zu sein, wird meist als schwerer Mangel in einer persönlichen Lebensplanung angesehen, der oftmals einen erheblichen psychischen und physischen Leidensdruck zur Folge hat.

Eine künstliche Befruchtung ist für viele ungewollt Kinderlose deshalb die letzte Hoffnung. Aber seit der Gesundheitsreform im Jahr 2004 ist die Chance, noch Kinder zu bekommen, mit einer finanziellen Hürde versehen. Gesetzlich Versicherte müssen die Hälfte der Kosten selbst bezahlen. Je Behandlungszyklus sind das durchschnittlich 2.000 Euro. Dies hat in der Folge zu einem dramatischen Rückgang sowohl der Behandlungszyklen als auch der Kinder geführt, die durch eine künstliche Befruchtung gezeugt worden sind. Wir haben durchschnittlich jährlich 10.000 Kinder weniger, die auf diese Weise den Weg ins Leben gezeigt bekommen, und dadurch einen deutlichen Rückgang um die Hälfte.

Das deutet darauf hin, dass die Beteiligung an den Kosten dazu geführt hat, dass viele aus finanziellen Gründen diesen letzten Strohalm nicht ergreifen können. Aufgrund moderner Familienpolitik muss es aber möglich sein, gerade hier die Mittel sehr effektiv einzusetzen, damit mehr Kinder geboren werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deutschland ist darüber hinaus in einer demografischen Falle, die es erfordert, alle Maßnahmen zu fördern, um auf die bevorstehende Vergreisung und den damit einhergehenden Druck auf die Steuer- und Sozialsysteme einzugehen. Familienpolitik beginnt eben nicht nur bei der Frage von Erziehungsgeld, Kinderkrippe und Kindergarten. Familienpolitik muss bereits dort ansetzen, wo es um die Frage geht, ob ein Kind zur Welt kommen darf.

Dieser integrierte Ansatz ist auch durch die Gesundheitsreform 2004 teilweise zerstört worden. Wir plädieren deshalb dafür, diese Fehlentscheidung zu korrigieren und die Kosten wieder zu übernehmen. Denn die Erfüllung des Kinderwunsches darf nicht vom Portemonnaie abhängig sein. Die mit der Reform aus dem Jahr 2004 angestrebte Konsolidierung der Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung ist anzuzweifeln. Im Gegenteil, langfristig vergrößert sich die Finanzierungslücke dadurch sogar noch.

Durch die teilweise Ausgliederung künstlicher Befruchtung aus den Leistungen der GKV würde dem Zugang neuer Beitragszahler eine Hürde gesetzt. Dagegen bewirkt die neue Regelung lediglich eine Kostendämpfung im Promillebereich der GKV. Lesen Sie bitte dazu die entsprechenden Studien (Berliner Institut). Bitte unterstützen Sie unseren Antrag. Begrüßen Sie den

Beschluss des Bundesrates zu diesem Thema, damit der alte Rechtszustand wiederhergestellt werden kann. Mecklenburg-Vorpommern hat sich seinerzeit im Bundesrat enthalten und sollte deshalb nochmals deutlich für dieses Projekt eintreten. – Ich bedanke mich und werbe für die Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat um das Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Kinder sind das größte Glück im Leben. Das ist meine politische Überzeugung und auch meine ganz persönliche Erfahrung. Deshalb ist es mir ein großes politisches Anliegen, Kinder zu unterstützen, Familien zu unterstützen.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Mecklenburg-Vorpommern versteht sich als Kinderland. Wir haben verstanden, wie wichtig Kinder sind. Wir haben auch verstanden, dass man Mühe, Zeit und Geld aufwenden muss, um Kinder gesund und möglichst sorglos aufwachsen zu lassen. Aus diesem Grund novellieren wir das Kindertagesstättenförderungsgesetz, aus diesem Grund unterstützen wir Familien, wo immer es geht. In dieses Paket gehören aber auch Maßnahmen gegen ungewollte Kinderlosigkeit, denn Familienpolitik beginnt nicht erst bei der Frage von Mutterschutz, Elterngeld und Kitas, sondern Familienpolitik muss bereits dort ansetzen, wo es um die Frage geht, ob ein Kind zur Welt kommen darf.

Kinder sind das größte Glück im Leben. Dieses Glück wird vielen Frauen und Männern durch ungewollte Kinderlosigkeit verwehrt. Medizinische Maßnahmen für sogenannte künstliche Befruchtung sind hoffnungsvolle und erfolgreiche Möglichkeiten, den Kinderwunsch zu erfüllen. Diese Möglichkeiten sind für viele Frauen und Männer bedauerlicherweise erheblich erschwert worden.

Bis Ende 2003 haben die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für medizinische Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft in voller Höhe übernommen. Per Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen ist diese Regelung dann eingeschränkt worden. Diesem Gesetz haben im Bundesrat auch Landesregierungen mit FDP-Beteiligung zugestimmt. Die damalige Landesregierung hatte sich enthalten. Medizinische Maßnahmen werden seitdem nur noch bezahlt, wenn die betroffenen Frauen zwischen 25 und 40 Jahre alt sind. Die Kosten werden nur noch für drei Versuche, mit medizinischer Hilfe Schwangerschaften herbeizuführen, erstattet und sie werden eben nur noch zur Hälfte erstattet, was erhebliche Kosten für die beteiligten jungen Frauen und Männer bedeutet. Die Neuregelung hat deshalb bundesweit zu einem Rückgang der Versuche geführt, mit medizinischer Hilfe schwanger zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, um es hier klar zu sagen, ich halte diese Neuregelung für einen großen Fehler. Aus gesundheitspolitischen Gründen, aus familienpolitischen Gründen, aus frauenpolitischen Gründen, aus finanzpolitischen Gründen und auch aus moralischen Gründen ist es meines Erachtens nicht der richtige Weg, die Möglichkeiten, durch künstliche Befruchtung Kinder in die Welt zu setzen, finanziell einzuschränken.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Moralisch, weil Leben möglich sein muss, egal wie viel Geld man selbst hat.

Finanzpolitisch, weil Herr Grabow zu Recht angesprochen hat, dass es eine demografische Falle gibt. Wir geben unendlich viel Geld aus für Maßnahmen, junge Menschen dafür zu begeistern, Kinder in die Welt zu setzen. Gerade hier beschränken wir junge Paare, wenn sie doch schon den Kinderwunsch haben. 10.000 Kinder, die uns fehlen, das ist auch, denke ich, finanzpolitisch keine gute Lösung.

Frauenpolitische Gründe: Frauen leiden unter ungewollter Kinderlosigkeit, obwohl oftmals die Ursache nicht bei ihnen liegt, sehr stark und auch die Einschränkung auf das Alter, dass es nur noch Versuche bis 40 Jahre gibt, diese Einschränkung, die muss wirklich hinterfragt werden.

Aus familienpolitischen Gründen: Wie bereits gesagt, wir debattieren ständig bei allen Reden darüber, wie können wir Familien unterstützen, und hier werden junge Paare behindert, Kinder in die Welt zu setzen.

Und auch gesundheitspolitisch kann ich es nicht nachvollziehen, warum, wenn Menschen auf ihrer Gesundheit herumtrampeln, alle möglichen und zu Recht alle möglichen Gesundheitsmaßnahmen bekommen, wieder ihre Gesundheit zu stärken, es aber jungen Menschen, die es nicht verursacht haben, ungewollt kinderlos zu sein, erschwert wird, ihren Kinderwunsch zu erfüllen, und warum sie keine medizinischen Behandlungen mit Kostenerstattung bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Juli hat nun der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, die Änderungen bei der Kostenerstattung zurückzunehmen. Der alte Rechtszustand, wie er bis Ende 2003 galt, sollte wiederhergestellt werden. In der Folge hat das Bundesgesundheitsministerium deutlich gemacht, dass es diesem Vorstoß kaum Chancen auf Umsetzung einräumt. Die Begründung ist rein ordnungspolitisch. Bei der künstlichen Befruchtung handele es sich um eine versicherungsfremde Leistung, die nicht aus der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden sollte.

An diesem Punkt, sehr geehrte Abgeordnete der FDP, muss ich sagen, dass gerade diese Position immer wieder von der FDP unterstrichen wird, dass man nicht versicherungsfremde Leistungen in die GKV stecken soll. Und, Herr Grabow, Sie haben es heute auch bei einem anderen Redebeitrag wieder unterstützt. Mich persönlich überzeugt diese Begründung nicht, aber wenn diese trägt, gibt es meines Erachtens auch andere Möglichkeiten – die Finanzierung aus Steuermitteln, familienpolitisch begründet. Dann muss also das Bundesfamilienministerium einspringen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich halte es unverändert für wichtig, dass das Thema auf Bundesebene in der Diskussion bleibt. Deshalb habe ich bereits

gleich zu Beginn meiner Amtszeit mit der Fachabteilung mögliche Lösungswege diskutiert und bin im Gespräch mit meinen Länderkolleginnen und -kollegen. Deshalb wäre der Antrag nicht zwingend notwendig gewesen, aber ich freue mich natürlich, wenn auch die FDP die Arbeit der Landesregierung unterstützt.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Wenn Sie, verehrte Abgeordnete, den Antrag heute in den Sozialausschuss überweisen, kann auch darüber intensiv diskutiert werden, was das Land Mecklenburg-Vorpommern tun kann, um den Menschen zu helfen, die unter ihrer Kinderlosigkeit leiden. Ich werde Sie gerne dabei unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rüks von der CDU.

Günter Rüks, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der kostenlosen Pille zur Schwangerschaftsverhinderung nun ein weiterer Antrag der FDP zur kostenlosen künstlichen Befruchtung, also für eine Schwangerschaft.

Bei dem Antrag der FDP „Kostenübernahme für künstliche Befruchtung wieder herstellen“ handelt es sich jedoch wie gesagt um ein Bundesthema, mit dem sich bereits der Bundesrat befasst hat. Diesen Beschluss des Bundesrates vom 4. Juli 2008 muss der Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht jetzt, viele Monate später, noch einmal begrüßen. Das halte ich für überflüssig und es hat keinerlei Einfluss auf das weitere Verfahren, auf die Gesetzgebung. Es handelt sich hier nämlich um Bundesgesetzgebung, an der der Landtag nicht beteiligt ist. Auch kann die Landesregierung nicht aufgefordert werden, sich auf Bundesebene für eine schnelle Umsetzung dieses Bundesratsbeschlusses einzusetzen. Herr des Verfahrens ist der Deutsche Bundestag. Die Landesregierung kann sich lediglich über den Bundesrat beteiligen und mit Mehrheit in der Länderkammer Beschlüsse herbeiführen. Dies ist jedoch bereits geschehen, wie Sie, liebe Kollegen von der FDP, ja selbst feststellten.

Vielmehr weckt der Antrag wieder den Anschein, dass die FDP in Mecklenburg-Vorpommern in letzter Minute auf einen bereits fahrenden Zug noch aufspringen möchte, der ohnehin schon längst abgefahren ist. Ebenfalls halte ich den Punkt 3 des Antrages für nicht zielführend. Beratungen und Gesprächsangebote werden wohl nur äußerst selten ungewollt kinderlosen Paaren zu einem Kind verhelfen. Ich denke, dass das Problem wohl eher auf einer anderen Ebene liegt, die mit Beratungen doch nur sehr eingeschränkt zu beeinflussen ist.

Nichtsdestotrotz werden wir der Überweisung Ihres Antrages in den Sozialausschuss zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rüks.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Rühls, vielleicht ein Wort. Also es ist ja schön, etwas mehr Aktivität würde ich mir schon von den Koalitionsparteien wünschen und etwas weniger Gottvertrauen ist manchmal auch ganz gut, wenn man so die Wege sieht, die ein zustimmender Antrag im Bundesrat nimmt.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Insofern darf ich noch mal sagen, dieser Beschluss, der am 4. Juli auf Antrag der Länder Saarland, Sachsen und Thüringen beschlossen wurde, dass eben die GKV die Kosten für die Maßnahmen der künstlichen Befruchtung künftighin wieder vollständig übernehmen soll, hat schon seinen Sinn. Und ich denke, der macht auch Sinn, wenn man hier die Landesregierung ein Stück weit unterstützt bei diesem Bemühen.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Die Einschränkungen durch das Gesetz sind doch auch nach Auffassung meiner Fraktion zurückzunehmen. Die Entschließung von den Ländern, die gefasst wurde, entspricht zahlreichen Initiativen meiner Partei. Ich erinnere nur an den Gesetzentwurf der Fraktion der Linkspartei im Bundestag, nach welchem unverheiratete Paare die gleichen Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung zur künstlichen Befruchtung erhalten sollten wie verheiratete Paare. Dieser wurde am 7. März 2008 im Bundestag leider abgelehnt, aber leider eben auch mit den Stimmen von CDU, Herr Rühls, CSU und SPD, sodass ich denke, es ist immer gut, wenn man dann noch mal mit nachfolgenden Aktivitäten sich hier in die Debatte einbringt.

Es wurde schon gesagt, dass das zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene GMG, dem damals, so wurde es hier auch schon ausgeführt, die rot-rote Landesregierung im Bundesrat nicht zugestimmt hatte, umfangreiche Änderungen brachte. Die Reproduktionsmedizin ist eben nur ein Teil dieser Veränderungen, die seit 2004 gelten. Ich denke nur, dass wir mit diesem GMG laufend eine Aushebelung der paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung erleben. Denken Sie nur daran, ab 2005 sind allein die Versicherten für die Finanzierung des Krankengeldes und des Zahnersatzes zuständig. Das sind 0,9 Prozent an Versicherungsbeiträgen. Das alles möchte ich doch in diesem Zusammenhang nennen. Ich könnte auch die Praxisgebühr erwähnen oder eben auch den Wegfall des Leistungsanspruchs für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, aber auch für Brillen und Kontaktlinsen für Erwachsene. Entbindungsgeld, Fahrkostenerstattung bei ambulanter Behandlung und das Sterbegeld sind 2005 ebenfalls gestrichen worden, so also auch die hier bereits thematisierte künstliche Befruchtung, alles unter dem Aspekt der Ausgabenminderung.

Und konkret zur künstlichen Befruchtung heißt es eben, dass Altersgrenzen für die Kostenübernahme eingeführt werden. Für Frauen ab dem 25. beziehungsweise bis zum 40. Lebensjahr ist also die künstliche Befruchtung teilsfinanziert und für Männer ebenfalls bis zum 50. Lebensjahr. Die Kostenübernahme der Maßnahmen wurde auf Ehepaare beschränkt und auf drei Maßnahmen pro Behandlungsfall. Es wurde der Katalog für die künstliche Befruchtung doch wesentlich eingegrenzt, schließlich auch dadurch, dass die Kostenübernahme durch die Krankenkassen auf 50 Prozent reduziert wurde.

Verdeutlichen wir uns nun, dass eine Maßnahme zwischen 3.000 bis 5.000 Euro kostet. Dabei sind noch nicht die Medikamentenkosten eingeschlossen. Dann weiß man auch, dass mindestens zwei Versuche erforderlich

sind, um eben hier diese Behandlungen erfolgreich zu tätigen. Dann ist auch ganz klar, wenn man sich diese Kosten vergegenwärtigt, warum die Zahlen für diese reproduktionsmedizinischen Maßnahmen so rückläufig sind.

Der Berufsverband der Reproduktionsmediziner schätzte Ende des Jahres 2006 in einem Schreiben an den zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages ein, und ich zitiere: „Wir haben in den reproduktionsmedizinischen Praxen seit dem 1. Januar 2004 einen 50 bis 60prozentigen Rückgang der Künstlichen Befruchtung zu vermelden. Dieser Trend hat sich in 2005 fortgesetzt und wird sich auch in 2006 weiter fortsetzen.“

Lassen Sie mich hierzu ergänzend Angaben der Techniker Krankenkasse zitieren. Die Techniker Krankenkasse hat mitgeteilt, dass sich die Zahl der künstlichen Befruchtungen als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen von, man höre, 104.542 im Jahr 2003 auf 35.352 – also ein Drittel – im Jahr 2004 und dann im Jahr 2005 auf 32.099 Behandlungen reduziert hat.

Bedenkt man, dass sich rund 74 Prozent aller ungewollt kinderlosen Frauen und Männer in Deutschland Kinder wünschen, ist die jetzige Entscheidung des Bundesrates zu begrüßen, aber eben auch nachträglich zu unterstützen. Wir unterstützen diesen Antrag im Bundesrat ebenso wie den hier von der FDP vorgelegten aus familienpolitischen Gründen, ja, wir unterstützen ihn aus Kinderfreundlichkeit im Sinne von Menschlichkeit.

Die Aufhebung der Begrenzung der Zahl der Maßnahmen, der Altersgrenzen für die Versicherten und ihrer 50-prozentigen Selbstbeteiligung, die in der Entschließung des Bundesrats hervorgehoben sind, reichen unseres Erachtens jedoch nicht aus. Hinsichtlich der Maßnahmen der Reproduktionsmedizin sollten nicht eheliche Partnerschaften der ehelichen Gemeinschaft gleichgestellt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 28. Februar 2007 betont, dass es dem Gesetzgeber verfassungsrechtlich nicht verwehrt ist, auch nicht ehelichen Partnern den Weg einer Finanzierung der künstlichen Befruchtung durch die gesetzliche Krankenversicherung zu eröffnen. Damit würde eine sowohl rechts- als auch familienpolitisch nicht zu verantwortende Benachteiligung von unverheirateten Paaren mit Kinderwunsch beseitigt werden.

Aus genannten Gründen stimmt meine Fraktion dem vorliegenden Antrag der FDP zu. Wir sind selbstverständlich auch damit einverstanden, dass der Antrag in den Ausschuss überwiesen wird. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 15 Prozent aller Paare in Deutschland sind ungewollt kinderlos. Damit betrifft diese Problematik circa 1,4 Millionen Deutsche.

Alle, die wir Kinder haben, wissen, dass Kinder unser Leben bereichern. Vor diesem Hintergrund sollten wir besonders Verständnis für die Paare aufbringen, die ungewollt kinderlos sind. Gerade Frauen empfinden

ihre ungewollte Kinderlosigkeit oft als Mangel. Bei Männern wird das meist gar nicht thematisiert. Besonders betroffen macht die Situation von Familien, die ungeheuerere Wege gehen, um einen Kinderwunsch zu realisieren. Die künstliche Befruchtung ist für diese Paare oft die einzige Hoffnung. Die Paare nehmen hierfür für uns unvorstellbare Belastungen auf sich. In den Jahren 2003 wurden rund 105.000, 2004 rund 60.000 und 2005 rund 56.000 Behandlungen zur künstlichen Befruchtung durchgeführt.

Nach der Änderung von Paragraph 27a SGB V, also der Einschränkung der Kostenübernahme bei der künstlichen Befruchtung, haben sich die Behandlungen zur künstlichen Befruchtung somit fast halbiert. Aber nicht nur die Anzahl der Behandlungen ist gesunken, auch die Zahl der künstlich gezeugten Kinder ist zurückgegangen. Sind im Jahre 2003 noch etwa 16.000 künstlich gezeugte Kinder zur Welt gekommen, waren es in 2004 nur noch rund 10.000. Eine Vielzahl der Paare wird die 50-prozentige Beteiligung an den gesamten Kosten nicht aufbringen können, denn diese umfassen nicht ein paar Hundert Euro, sondern gehen in der Regel in die Tausende.

Angesichts der steigenden Lebenserwartung ist auch zu fragen, ob die Altersbegrenzung – die obere Altersgrenze bei Frauen liegt bei 40, das hat Frau Dr. Linke schon gesagt – zu vertreten ist. Aufgrund guter Ernährung und der Vielfalt an sportlichen Betätigungsmöglichkeiten stehen Frauen körperlich so gut da, dass sie ohne Weiteres Kinder auch noch später bekommen können. Im Übrigen, denke ich, sollten wir es den Ärzten überlassen, einzuschätzen, ob eine Frau mit 40 noch ohne weitere Probleme Mutter werden kann.

Sicher sind diese Rückgänge der künstlichen Befruchtung gut für das Gesundheitsbudget und reduzieren die Ausgaben. Das war ja wohl auch der Grund zur Rechtsänderung. Aber darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Diskussion nur unter dem Finanzaspekt geführt werden? Ist diese Entscheidung nicht unter dem Aspekt, was ist gut für die Gesellschaft, zu führen? Die Situation der Paare, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, aber auch die demografische Entwicklung sollten uns Anlass sein, genauer hinzuschauen. Durch ungewollte Kinderlosigkeit entsteht oftmals bei Frauen, aber auch bei Männern ein psychischer und physischer Leidensdruck.

Ich denke, wir sollten deshalb im Interesse dieser Paare einen Weg finden, dass sie mit Hilfe der künstlichen Befruchtung die Möglichkeit erhalten, ihren Kinderwunsch doch noch zu realisieren. Im Übrigen war allerdings auch bei der ehemaligen Regelung immer Voraussetzung, dass eine – darauf möchte ich mal hinweisen – hinreichende Aussicht auf Erfolg besteht, um diese künstliche Befruchtung genehmigt zu bekommen. Aussicht auf Erfolg war in der Regel dann nicht mehr gegeben, wenn die Maßnahme viermal ohne Erfolg durchgeführt wurde.

Ich denke aber, in diesem Zusammenhang ist vor allen Dingen auch das Problem der Mitfinanzierung oder 50-prozentigen Finanzierung das Hauptproblem. Allerdings darf die Fortpflanzungsmedizin nicht zur Rettung für die kinderlose Gesellschaft werden. Neben den positiven Folgen für die Erfüllung des Kindeswunsches und des Wachstums der Bevölkerung dürfen meines Erachtens auch die Risiken der Behandlung nicht außer Acht gelassen werden, wie Nebenwirkungen der verwendeten Substanzen, Eileiterschwangerschaften, Frühgeburten und Mehrlingsgeburten.

Betrachtet werden muss jedoch auch die demografische Entwicklung in Deutschland. Wir steuern auf eine überalterte Gesellschaft zu. Der Fachkräftemangel zwingt bereits viele Unternehmen, Maßnahmen zu entwickeln, um dem entgegenzuwirken. Frauen verschieben zunehmend das Kinderkriegen auf spätere Zeiten, da sie erst einmal im Beruf Fuß gefasst haben wollen. Es ist unbestritten, dass Arbeitnehmerinnen mit Kindern es ungleich schwerer haben, Erwerbs- und Privatleben zu vereinbaren. Hier ist der Staat gefragt, die Rahmenbedingungen zu ändern, um die Entscheidung für Kinder leichter zu machen. Das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung sind hier schon richtige Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind nur einige Aspekte, die in dieser Diskussion berücksichtigt werden sollten. Mir geht es darum, auf die vielen Facetten hinzuweisen, einen weiteren Blick auf das Problem zu bekommen und so vielleicht auch andere Lösungen zu finden. Künstliche Befruchtung ist nicht nur unter dem Aspekt Finanzen zu betrachten. Es ist auch nicht nur ein Problem der betroffenen Paare, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Somit sollte auch noch mal darüber nachgedacht werden, ob nicht ressortübergreifende Finanzierungslösungen gefunden werden. Ich denke da zum Beispiel auch an das Engagement des Familienministeriums und von Frau Ministerin von der Leyen.

Bei der Bearbeitung des Themas ist mir auch so durch den Kopf gegangen, wir gewähren Familien, die sehr gerne Kinder haben möchten, unter Umständen diesen Kinderwunsch nicht, obwohl wir genau wissen, dass in diesen Familien Kinder wohlbehütet aufwachsen würden. Wir geben jährlich sehr viel Geld für Jugendhilfe aus, aber in den Familien könnten wir uns doch ganz sicher sein, dass die Kinder wirklich willkommen sind und auch wohlbehütet aufwachsen würden.

Das alles, diese verschiedenen Facetten, sollten im Sozialausschuss meines Erachtens noch mal erörtert werden. Die Überweisung ist ja auch schon beantragt worden. Parallel dazu – und das sage ich hier ausdrücklich – werde ich mich noch mal im Rahmen der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz und der dazugehörigen Arbeitsgruppen dafür einsetzen, dass wir das Thema auf die Tagesordnung setzen mit dem Ziel, dass gemeinsam Lösungen vor allen Dingen hinsichtlich der Finanzierung des Problems gefunden werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vergreisung in unserem Land ist allseits bekannt und die politische Kaste hat sich zumindest mit dieser Entwicklung abgefunden. Viele Frauen und Männer versagen sich der Familiengründung und somit auch dem Schenken neuen Lebens. Ihnen gegenüber stehen viele Paare, die ungewollt kinderlos sind. Mehr als eine Million Paare in der BRD sind Schätzungen zufolge von Unfruchtbarkeit betroffen. Nicht wenige von ihnen besinnen sich erst in einem Alter auf ihren Kinderwunsch, in dem die Fruchtbarkeit unabhängig von gesundheitlichen Schwierigkeiten allgemein schon stark abgenommen hat. Für viele Paare ist es in diesem Alter dann zu spät und sie versuchen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, dennoch ihren Lebenswunsch zu erfüllen.

Unfruchtbarkeit hat aber auch viele andere Ursachen. Doch gerade künstliche Befruchtungen sind in der BRD ein kostenintensives Unterfangen und somit sind von den massiven Leistungskürzungen im Gesundheitswesen auch Paare mit ungewollter Kinderlosigkeit betroffen. Etwa 2.000 Euro Eigenbeteiligung je Befruchtungszyklus müssen gesetzlich Krankenversicherte, müssen die Paare aufbringen.

Unabhängig davon, dass eine künstliche Befruchtung einen Eingriff in die Natur bedeutet, ist es für viele Paare die letzte Hoffnung für die Erfüllung ihres Kinderwunsches. Aufgrund der schon angesprochenen Vergreisung unserer Heimat muss es doch für den Staat eine Herzensangelegenheit sein, den eigenen Kinderwunsch der Paare erfüllen zu können, auch wenn die Erfolgsaussichten nicht besonders hoch sind. Nur 40 Prozent der Befruchtungen führen zu einer Schwangerschaft, nur 10 bis 15 Prozent zur Geburt eines Kindes. Auch ist das Risiko von Fehlbildungen bei einer künstlichen Befruchtung gegenüber einer natürlichen Empfängnis nach Erkenntnissen deutscher Ärzte und Wissenschaftler deutlich erhöht.

Durch die Gesundheitsreform wurde die künstliche Befruchtung zu einem Luxusgut für Besserverdienende, da die Kassen nur noch maximal die Hälfte für drei Befruchtungszyklen tragen. Die künstliche Befruchtung ist aber aufgrund der Vergreisung unseres Volkes gegenwärtig eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und muss demzufolge zumindest vorläufig aus Steuermitteln getragen werden. Wir stimmen dem Antrag zu und stimmen auch der Überweisung in den Ausschuss zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Herr Köster, jetzt haben Sie, finde ich, ein Eigentor geschossen,

(Stefan Köster, NPD: Warum?)

weil vorhin im Antrag haben Sie – GKV hatten wir da –, und da haben wir darüber geredet, dass gerade ...

(Stefan Köster, NPD: Aber Steuermittel, habe ich gesagt. – Udo Pastörs, NPD: Steuermittel!)

Das ist nicht mein Antrag. Ich habe gesagt, wir sollten die GKV dazu wieder belästigen. Dann hätten Sie auch das sagen sollen. Also das war ein Eigentor.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Herr Rühls, Sie sollten Nachhilfeunterricht nehmen, denn diese Sache ist nicht nur liberal. Es gibt ein Buch. Leider ist er heute schon benannt worden, Herr Beske, war mal Staatssekretär im Sozialministerium in Schleswig-Holstein, hat viele gute Schriften herausgebracht, unter anderem auch zu diesem Thema. Das kann man nachlesen auf Seite 71.

Wir haben den Antrag mit Absicht auch erweitert auf das, was wir im eigenen Land tun. Insofern finde ich das gut, was Frau Ministerin und auch Frau Seemann gesagt haben, wir können auch noch einmal überlegen, was wir tun können. Ich will ein Beispiel nennen. In Rostock ist gerade eine Beratungsstelle für Adoption an die Caritas gegeben worden. Wir wissen, dass wir in diesem Land sehr schwach darin aufgestellt sind. Auch das kann ein Weg sein, kinderlosen Eltern zu helfen.

Ich sage mal, das ist auch eine Möglichkeit, die wir im Ausschuss erläutern können, wo wir im Ausschuss Wege finden können. Mir ging es darum immer nicht so recht – und das haben wir hier an dieser Stelle sehr oft –, natürlich kann ich immer Anträge auf der Bundesebene stellen, richtig, aber ich möchte auch immer ein Stückchen wissen, was können wir im eigenen Land tun.

Insofern finde ich das gut, wenn wir im Ausschuss darüber diskutieren können, auch eigene Wege zu finden, wie wir dieses Thema unterstützen können, und insofern finde ich es gut, dass wir den Antrag dann im Sozialausschuss auch beraten können. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1969 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Keine Steuergelder für Großkonzerne, Drucksache 5/1964.

Antrag der Fraktion der NPD:
Keine Steuergelder für Großkonzerne
– Drucksache 5/1964 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Herr Pastörs, Sie haben das Wort.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz massiver Unterstützung des Bankensektors in den USA und Milliarden Liquiditätshilfen für die Wirtschaft überträgt sich die Krise aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten auf nahezu alle Länder der Welt. Angst macht sich breit, nicht nur bei den Großen dieser Welt, sondern auch bei den Arbeitern und Angestellten, die noch Arbeit haben, Angst auch bei vielen Unternehmern des Mittelstandes hier in unserem Land, die jetzt schon spüren, dass sie die vor der Tür stehende Rezession nicht überleben könnten. Ihre noch vor Monaten ach so hoch gelobte Konjunktur, meine Herrschaften auf der Regierungsbank, geht bergab.

Der FAZ-Konjunkturindex sank allein schon im September um deutliche 1,5 Prozent, das bedeutet, mehr als 3,5 Prozent weniger als der Septemberwert im vergangenen Jahr. Herr Seidel, ich glaube, es ist nicht übertrieben, davon auszugehen, dass wir es nicht mit einer Rezession, sondern mit einer Depression zu tun haben werden könnten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das wird die neuen Länder einmal mehr besonders hart treffen.

Seit zwei Jahren warten die Menschen auf Ihr groß angekündigtes Beschäftigungskonzept. Nichts dergleichen ist bei Ihnen vorhanden. Sie sind dem alten Trott bis heute auf ausgetretenen Pfaden gefolgt und werden nun auf dem linken Fuß erwischt, Herr Wirtschaftsminister. Wir alle wissen, dass die Hurrmeldungen aus Ihrem Minis-

terium Schnee von gestern sind. Was die Arbeitslosenzahlen angeht, so sind das keine ehrlichen Zahlen gewesen. Das wissen Sie genauso gut wie wir alle hier. Nach wie vor verlassen Tausende unser Land, weil Sie hier nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten geschaffen haben.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Peter Stein, CDU)

Noch 2007 sind über 39.000 Menschen vor Ihrer Politik davongelaufen. Nach wie vor beziehen Zigtausend staatliche Unterstützung, weil sie von ihrem Lohn hier nicht leben können. Das ist die Situation hier und heute. Das ist die Realität am Vorabend einer der größten Wirtschaftskrisen, die die Welt nach 1945 erleben wird.

Hören Sie auf, meine Herrschaften, zu lügen, zu schweigen. Tatsache ist, 60 Prozent, die in Mecklenburg-Vorpommern noch Beschäftigung haben, arbeiten bereits für weniger als 75 Prozent des bundesdeutschen Durchschnittslohns, Herr Minister. Nun hört man, dass in der jetzigen Krise Lohnerhöhungen Gift für die Konjunktur seien. Nicht Lohnanpassungen sind Gift für die Konjunktur, sondern die Finanzbetrügereien in den Großbanken sind das zersetzende Gift, meine Herrschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Im gleichen Atemzuge fordern dieselben Leute jedoch milliardenschwere Unterstützung für das hundertprozentige Tochterunternehmen General Motors Opel in Rüsselsheim und Erfurt. Wie wir alle wissen, steht General Motors kurz vor der Pleite und es ist nicht auszuschließen, dass dann deutsche Steuergelder in Milliardenhöhe verloren gehen. Wir von der NPD sind gegen die Unterstützung von ausländischen Konzernen aus Staatsmitteln und wir stellen speziell im Fall Opel die Fragen:

1. Was ist mit den Forderungen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar, die Opel Deutschland für erbrachte Entwicklungsleistungen an General Motors hat, Herr Minister?
2. Was beabsichtigt die Bundesregierung konkret an Unterstützungshilfen für die deutsche Autozulieferindustrie auf den Weg zu bringen?

(Egbert Liskow, CDU: Wir sind im Landtag. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Denn schon jetzt gewährt der Kreditversicherer Euler Hermes den Zulieferern von General Motors wegen Insolvenzgerüchten keinen Schutz mehr.

Keine Unterstützung für ausländische Konzerne in Deutschland! Das ist unsere Position. Für Opel bedeutet dies, dass wir das Herauslösen aus dem General Motors Konzern verlangen und somit eine Abkopplung des Unternehmens vom kranken Mutterkonzern in Amerika. Dies ist unserer Meinung nach überhaupt erst die Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze in Deutschland in diesem Falle abgesichert werden könnten. Das muss schnell gehen, denn die Muttergesellschaft hat schon längst begonnen, Mittel weltweit aus ihren ausländischen Tochtergesellschaften nach Amerika abzuziehen.

Ich erinnere hier nur noch an das Schicksal des amerikanischen Autozulieferers Oxford vor wenigen Jahren, der in den USA bankrottging und sein deutsches Tochterunternehmen mit in den Abgrund hineinriss. Aber auch die hier von Ihnen mit Fördergeldern unterstützten Großprojekte geraten zunehmend in Schieflage, Herr Minister. Ihnen werden neben Dassow, dem SnowFunPark und dem Holzwerk in Wismar in Zukunft noch mehr Förder-

pakete um die Ohren fliegen. Anwärter hierfür gibt es ja einige, wie uns allen bekannt sein dürfte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hallo,
Sie sind hier nicht in weiß ich was!)

Sogar die Werften in unserem Lande melden bereits Probleme. Nicht weniger als 1,5 Milliarden Euro Fördermittel flossen in diesen Bereich und wehe, wenn dieses Fundament der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu bröckeln beginnt.

Meine Herrschaften, es ist schon erstaunlich, wie brav die Bundesländer das Diktat des 500-Milliarden-Euro-Paketes der Bundesregierung zur Alimentierung von Großbanken an den Länderparlamenten vorbei mit abgesegnet haben. Und es ist schockierend, wie geräuschlos mit Zustimmung der Länder den mittelständischen Unternehmen immer mehr Abgaben aufgebürdet werden. Nehmen wir das neue Erbschaftsteuergesetz, Herr Minister. Hier hat eine hoch komplizierte Lohnsummenregelung zum Nachteil der mittelständischen Unternehmen Eingang gefunden. Ebenso haben wir das Durchwinken der Mauterhöhung für Lkws zu beklagen. Bis zu 5.000 Unternehmen mit 40.000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich werden daran zugrunde gehen, so die Standesvertretung der Spediteure BGL. Das Schlimmste ist, dass allen Ministern bekannt ist, dass den Transportunternehmen das Wasser bis zum Halse steht und der Herr Selering, unser Ministerpräsident, dennoch der Erhöhung eiskalt zustimmte. Dies sind nur zwei Beispiele von mittelstandsfeindlichen Maßnahmen, die nach den globalen Finanzbetrügereien zum Nachteil unserer heimischen Wirtschaft auf den Weg gebracht wurden.

Meine Damen und Herren, wir Nationaldemokraten fordern:

1. ein Sofortprogramm des Landes zur Stärkung der Kapitaldecke für kleine und mittlere Unternehmen
2. großzügige Steuerstundungen für Not leidende Handwerksbetriebe, die aufgrund hoher Außenstände Liquiditätsprobleme haben
3. eine Aufklärungskampagne über die Fördermöglichkeiten für kleine und mittelständische Betriebe durch das Wirtschaftsministerium, um diesen überhaupt erst wieder die Möglichkeit einer Kreditinanspruchnahme zu ermöglichen
4. die von uns immer wieder geforderte Einführung eines Mindestlohns von 8,80 brutto plus Inflationsausgleich, meine Herrschaften
5. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, endlich die Zahlungen an die EU rapide zurückzufahren, um die frei werdenden Mittel zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe einzusetzen

Und noch eins: Es ist für uns von der NPD unverständlich, wenn der Chef des Ifo-Instituts Herr Professor Dr. Werner Sinn versucht, den Begriff der Judenverfolgung als Abwehrschild gegen berechtigte Managerkritik zu instrumentalisieren, oder wenn der Herr Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, den Ruf des Volkes nach staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen verantwortungslose Politgrößen und kriminelle Manager dadurch zu unterdrücken versucht, dass er von Pogromstimmung spricht. Im Übrigen wurden die beiden Herren für diesen Versuch ja auch erwartungsgemäß vom Zentralrat der Juden gemäßregelt und darauf hingewiesen, dass es hier Exklusivrechte gibt und diese Begriffe selbst

von Philosemiten nur politisch korrekt verwendet werden dürfen.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal am Fall Opel exemplarisch die Position meiner Fraktion darlegen. Durch die Globalisierung der Märkte ist Opel Deutschland bereits komplett in den weltweit agierenden Konzern General Motors integriert, sodass eine Sanierung der Werke in Deutschland mit Geldern aus dem Staatshaushalt nicht mehr möglich ist. Wir betrachten daher eine restriktive, harte Haltung gegenüber Begehrlichkeiten von internationalen Großkonzernen für grundsätzlich geboten. Der Gang in die Insolvenz solcher weltumspannenden Großkonzerne ist der billigere Weg, da die Verluste bei jenen hängen bleiben, die am Markt agiert haben und in guten Zeiten Milliardengewinne eingesteckt haben.

Ein damit einhergehender Machtverlust sogenannter Global Player ist unserer Meinung nach ein positiver Nebeneffekt. Er bietet darüber hinaus auch die Chance, durch neue Investitionen ohne große Altlasten unter der Führung eines deutschen oder europäischen Autobauers dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze an unseren Standorten zu erhalten. Die Multis wollten Kapitalismus pur und sie haben ihn bekommen. Daraus folgt ganz klar, dass sie auch selbstverantwortlich für ihr Handeln geradestehen müssen, meine Damen und Herren. Was wir brauchen, ist eine Renationalisierung und Regionalisierung der Volkswirtschaften weltweit. Wir brauchen die Entflechtung der Märkte.

Ich komme zum Schluss. Der Chef der Hapag Lloyd brachte es in der vergangenen Woche prägnant auf den Punkt, als er sagte, sein Bestreben sei es, Hapag Lloyd betriebswirtschaftlich „reinrassig deutsch“ zu halten, also ausländischen Einfluss nicht zuzulassen – ein mutiges Wort, gelassen ausgesprochen. Danke für Ihre klaren Worte, Herr Kühne.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der NPD, zu dem ich hier sprechen möchte, ist überschrieben mit „Keine Steuergelder für Großkonzerne“. Darin wird der Landtag aufgefordert zu beschließen, dass wir die Landesregierung auffordern, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass von bundesweiten Konjunkturprogrammen weitgehend national agierende arbeitsplatzschaffende mittelständische Unternehmen profitieren. Das ist der Antrag.

Herr Pastörs, es wäre gut gewesen, Sie hätten ein bisschen mehr zum Thema gesprochen, statt Ihre nationalistischen Vorurteile zu pflegen und Ihre nationale Propaganda hier zu verbreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Machen Sie mal Ihre linke Propaganda!)

Und zum Zweiten, Herr Pastörs, wenn man schon zu so einem Antrag spricht, dann gehört dazu, dass man richtig recherchiert.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, Sie meinen die Enthaltung im Bundesrat.)

Sie wissen es, die Landesregierung hat der Mauterhöhung nicht zugestimmt.

(Udo Pastörs, NPD: Entschuldigen Sie, das war keine Absicht.)

Meine Damen und Herren, für die regionale Entwicklung und die Wirtschaftskraft einer Region hat die Exportbasis eine große Bedeutung.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das ist wissenschaftlich, theoretisch und auch praktisch belegt.

(Stefan Köster, NPD:
Das hat ja Herr Koplín gezeigt.)

Volkswirtschaftlich muss man da zwei Seiten einer Medaille betrachten.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt die große Volkswirtschaftlerin aus dem Finanzausschuss.)

Zum einen ist das, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, um den Abfluss der Nachfrage zu bremsen und Importe zu ersetzen, und andererseits muss die Angebotssituation verbessert werden, um die regionale Exportbasis zu verbreitern. Wächst die Exportbasis, strömt mehr Einkommen in die Region. Dies wiederum kann lokale Investitionen sichern, kann lokale Beschäftigung auslösen oder Wachstumsimpulse, es sei denn, es ist lukrativer, das Geld durch Spekulation zu vermehren, wie es in den letzten Jahren passiert ist.

Das sind die ökonomischen Zusammenhänge, die die Herren von der NPD offensichtlich nicht verstehen wollen. Sie setzen – und das ist ja nichts Neues – lieber auf eine primitive Ablehnung volkswirtschaftlicher, wissenschaftlicher Grundlagen. Dies wird selbstverständlich von den demokratischen Fraktionen abgelehnt, denn wir brauchen auch in Mecklenburg-Vorpommern exportorientierte Unternehmen. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Und es gibt sie auch in unserem Lande branchenübergreifend, wie wir wissen, vom Schiffbau über Lebensmittelproduktion bis hin zur Abfallentsorgung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Dass diese nicht nur im nationalen Rahmen agieren, darauf sollten wir alle miteinander stolz sein.

(Raimund Borrmann, NPD: Super! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Im Übrigen gehören zu den Akteuren auf dem globalisierten Wirtschaftsmarkt nicht nur international agierende Konzerne, sondern auch kleine handwerkliche Unternehmen.

Am letzten Wochenende hörte ich zufällig im Radio einen Bericht über ein kleines Handwerksunternehmen aus unserem Land, das eine internationale Ausschreibung für eine Fassadenverkleidung gewonnen hatte. Da ging es darum, dass die Fassade für ein Stadion in Südafrika verkleidet wird,

(Udo Pastörs, NPD: Davon können wir dann leben.)

weil dort nämlich 2010 die Fußballweltmeisterschaft stattfindet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich frage: Warum sollte man so ein Unternehmen von einem Konjunkturprogramm ausschließen, wenn es denn dazu berechtigt wäre?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Das ist doch kein internationaler Konzern.)

Es ist eine Binsenweisheit, meine Damen und Herren, dass die Strukturschwäche in Mecklenburg-Vorpommern etwas mit dem Fehlen großer Unternehmen zu tun hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Von Produktion.)

Dass sie weitgehend fehlen, ist Fakt. Über die Ursachen dieser wirtschaftlichen Situation kann man geteilter Meinung sein.

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Aber, meine Damen und Herren, nach wie vor bildet die maritime Industrie, hier insbesondere der Schiffbau, das industrielle Rückgrat Mecklenburg-Vorpommerns. Und ausgerechnet ...

(Michael Andrejewski, NPD: Kombinate!)

Oder Konzerne.

Und ausgerechnet diese ist quasi meisterhaft global vernetzt und agiert auch weitgehend global.

(Udo Pastörs, NPD: Hohe Abhängigkeit, Exportabhängigkeit, fast 100 Prozent!)

Dazu gehören aber auch die vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer und Dienstleister für diese Branche.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir leben im Paradies.)

Mehr als 25.000 Menschen sind in Mecklenburg-Vorpommern in der maritimen Wirtschaft beschäftigt

(Raimund Borrman, NPD: Noch!)

und davon mehr als 5.000 direkt in den Werften. Damit es so bleibt, Herr Borrman, sollten Konjunkturprogramme, wenn sie denn benötigt werden, auch für diese Unternehmen greifen. Und offensichtlich werden sie benötigt, wie gestern auf der maritimen Konferenz zu hören war,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

um die Arbeitsplätze nämlich dort zu sichern. Solchen Unternehmen wie den Werften jegliche staatliche Unterstützung von vornherein zu versagen, wenn sie diese denn benötigen, mit der Begründung – mit der Begründung, muss man sich mal überlegen –, sie würden nicht genug national agieren, ist völlig kontraproduktiv für die gesamte Entwicklung des Landes.

(Raimund Borrman, NPD: Da sind wir schon mal mit auf die Nase gefallen.)

Und da denke ich gar nicht zuerst an die direkten Zuschüsse, sondern beispielsweise auch an Bürgschaften, wie sie im Zusammenhang mit der Schiffsfinanzierung notwendig sind.

(Raimund Borrman, NPD: Bremer Vulkan, sage ich nur.)

Wenn ich mir den NPD-Antrag und die Begründung anschau, fällt mir vor allem eins auf: Die NPD will scheinbar den Mittelstand unterstützen, sich gegen die Großkonzerne stellen, blendet aber am Ende in Wirklichkeit die kleinen Unternehmen vollkommen aus. Dabei tönt sie ständig, für die Kleinen da zu sein, was sich auch in diesem Falle wieder einmal als das übliche Gedöns entpuppt.

(Stefan Köster, NPD: Mein Gott, sind Sie eine Kapitalistin!)

Im Übrigen sind viele kleine und mittelständische Unternehmen direkt mit den großen Unternehmen verbunden. Und das, Herr Köster, können Sie überhaupt gar nicht beurteilen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie pflegen enge Geschäftsbeziehungen ...

(Stefan Köster, NPD: Haben Sie einen Job bei Siemens? Dann fragen Sie doch mal bei Schelsky nach!)

Passen Sie auf, was Sie sagen, Herr Köster!

(Michael Andrejewski, NPD: Sonst kommt die Stasi vorbei. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie sind nicht nur als Schläger verurteilt, es kann auch dazu kommen, dass man wegen Verleumdung verurteilt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie pflegen enge Geschäftsbeziehungen, sind Zulieferer oder Dienstleister wie zum Beispiel die vielen Automobilzulieferer in diesem Land,

(Michael Andrejewski, NPD: Haben Sie noch ein paar Schlagworte übrig?)

die Gießereien, insbesondere im Landkreis Uecker-Randow, und auch die Zulieferer für den Bau von Windkraftanlagen. Sie alle beliefern international agierende Unternehmen oder exportieren direkt, haben dabei Arbeitsplätze geschaffen und gehören zum Mittelstand in unserem Lande.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das alles auszublenden, von der Unterstützung durch ein Konjunkturprogramm auszuschließen, ist völlig realitätsfern. Konjunkturlösungen dürfen aus unserer Sicht nicht auf bestimmte Regionen, Branchen oder Betriebsgrößen beschränkt werden. Aber an ihre Gewährung müssen konkrete Bedingungen geknüpft werden, beispielsweise an ein nachhaltiges Unternehmenskonzept, an Investitionszusagen, an die Sicherung von Beschäftigung oder an Tariflöhne. Dem entspricht das von der Bundesregierung aufgelegte Konjunkturprogramm nach unserer Auffassung in keiner Weise. Im Einzelfall wird es sogar kontraproduktiv sein, wie zum Beispiel die befristete Befreiung von der Zahlung der Kfz-Steuer. Unserer Auffassung nach sollte die Bundesregierung das Programm besser so stricken, dass es den ökologischen Umbau der Gesellschaft befördert. Ein Baustein dabei ist das angekündigte Gebäudesanierungsprogramm.

Schließen, meine Damen und Herren, möchte ich meine Ausführungen mit der Überschrift eines ZDF-Kommen-

tars zum Konjunkturprogramm. Dort hieß es: „Konjunkturprogramm: Kostet wenig, schadet wenig, bringt wenig!“ Auf den vorliegenden NPD-Antrag bezogen heißt das: Sagt wenig, nutzt wenig, bringt gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Schwebs, es fällt mir schwer, sachlich

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das können Sie doch gar nicht!
Sie können doch gar nicht sachlich!)

auf Dummheiten eingehen zu müssen, die eine Kommunistin hier betriebswirtschaftlich unbegründet vorträgt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie können doch gar nicht sachlich, Herr Pastörs! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wenn Sie davon reden, dass in Südafrika ein kleiner Handwerksbetrieb die Fassade des Stadions verschönern soll, dann ist das wunderbar, dann freuen wir uns, aber das kann doch nicht Grundlage einer nationalen Wirtschaft sein. Wir haben nichts dagegen, wenn kleine und mittlere Betriebe aus Deutschland im Export erfolgreich sind. Wo wir explizit etwas dagegen haben, das ist ein Heuschreckenkapitalismus, der in unglaublichem Ausmaß die Volkswirtschaften aussaugt und sich anschließend dann aus den Ländern verabschiedet. Das ist der Kern meiner Aussage gewesen.

(Reinhard Dankert, SPD: Na, dann ist es ja gut!)

Wenn Sie schon aus rein ideologischen Gründen und auch fachlichen Gründen sich nicht in der Lage sehen, auf meinen Antrag vernünftig einzugehen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Steht doch nichts drin.)

dann gestatten Sie mir, dass ich hier vortrage. Gelegenheit hätten Sie nämlich hier wirklich gehabt zu erklären, warum Sie nicht in der Lage sind und die Regierung nicht in der Lage ist, den Tausenden von kleinen Handwerksbetrieben unbürokratische Hilfestellung zu geben, wenn diese, obwohl wirtschaftlich kerngesund, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern keine Kredite mehr bekommen, weil nach Basel II die Banken ganz einfach restriktiv kein Geld mehr ausreichen. Der Finanzschirm belohnt die Gier unersättlicher Bankmanager, während die treu und ehrlich Schaffenden im Regen stehen. Das ist die Wahrheit.

Meine Herrschaften, maßgebliche Kreise der politischen Kaste leben nämlich in einer Symbiose mit der international organisierten Finanzmafia.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

Sie hier auf Landesebene spielen Theater, ohne selbst Einfluss nehmen zu können, gegen gutes Salär, versteht sich, bis auf die Zuwendung aus Fördertöpfen und dem Landeshaushalt. Im Haushalt haben Sie bereits jetzt zulasten der Menschen im Lande in einem Ausmaß Schulden aufgetürmt, dass jährlich 400 Millionen nicht reichen, um allein die Zinsen zu bezahlen. Ich möchte

Sie auch daran erinnern, dass der Finanzschirm der Bundesregierung, den Sie so sehr hier gefeiert haben von der LINKEN, bereits mit 133 Millionen unseren Haushalt belastet.

(Egbert Liskow, CDU: Könnte! Könnte! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es ist eine Illusion anzunehmen, dass der Staat aus Steuermitteln die Sanierung privatwirtschaftlicher Großkonzerne übernehmen könne.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Für Sie ist Solidarität wohl nur eine Einbahnstraße.)

Das ist auch nicht seine Aufgabe. Seine Aufgabe ist es vielmehr sicherzustellen, dass die Akteure im Markt sich an Recht und Gesetz halten und dass bei Fehlentwicklungen gesetzlich nachgesteuert wird, meine Herrschaften.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Völker sind nämlich nicht auf der Welt, um ewiges Wachstum sicherzustellen, sondern die wirtschaftliche Tätigkeit hat dazu zu dienen, dass die Völker auch weiterleben und Bestand haben können. Die Völker sind in der globalisierten Welt in eine Situation hineingeraten, wo es fraglich ist, auf welchem Niveau sie in den nächsten fünf oder zehn Jahren überhaupt noch agieren oder existieren können. Unserem Bundesland stehen auch harte Zeiten bevor. Schon Anfang nächsten Jahres werden die Konkursfälle dramatisch ansteigen. Ob die Zulieferer der Autoindustrie oder die Werften – die Zeiten stehen auf Sturm. Wo man hinschaut, trübt sich die Stimmung ein.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ach!)

Arbeitslosenzahlen von 15, 16, 18, vielleicht 20 Prozent, Herr Minister, sind nicht auszuschließen. Und dann, mein lieber Herr Seidel, können Sie sich dieser nach Arbeit suchenden Menschen nicht mehr durch Export nach Dänemark, Schweden, Bayern oder wo die sonst Arbeit finden sollen, entledigen, um Ihre Statistik zu frisieren. Nein, Ihre grandiose Globalisierung und Verflechtung ist Garant dafür, dass man sie dort ebenfalls nicht mehr in Arbeit bringen kann.

Seien Sie versichert, dass nicht nur wir mit Spannung darauf warten, wie Ihr Kapitalismus, den Sie Demokratie nennen, und wie Sie mit diesem Problem in den nächsten Jahren fertig werden wollen. Wir haben Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Anhängerschaft ist jung, wir können warten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ist das jetzt eine Drohung, oder was?!)

Sie, Herr Holter, und Sie, Herr SELLERING, Sie haben nur noch wenig Zeit. Sie wird immer knapper und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1964. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1964 bei Zustimmung der NPD-Fraktion, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Landesförderung verstärkt für Existenz sichernde Beschäftigung einsetzen, Drucksache 5/1955.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Landesförderung verstärkt für Existenz
sichernde Beschäftigung einsetzen
– Drucksache 5/1955 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den zurückliegenden Jahren boten das Sozialgesetzbuch III Arbeitsförderung und das ASP, also das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm des Landes, wie auch sein Vorgänger, das AQMV, vielfältige und durchaus gewollte Möglichkeiten der Förderung von Personal im Bereich von Kultur, Umweltschutz und Sozialem. Beispiele dafür sind die Strukturanpassungsmaßnahmen, kurz SAM, und deren Vorgänger, die Lohnkostenzuschussmaßnahmen. Beispiele dafür sind die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in den vergangenen Jahren auch mehrjährig durch dieselbe Person besetzt werden konnten. Nicht zuletzt waren ein Beispiel für solche Personalförderung im Rahmen des ASP die Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte, kurz GAP.

In diesen Fördermaßnahmen waren im Jahresdurchschnitt mehrere 10.000 vormals Arbeitssuchende sozialversicherungspflichtig beschäftigt, um soziale, kulturelle und Umweltschutzarbeit zu leisten. Inzwischen gibt es keine einzige SAM-Stelle mehr im Land und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind auf circa 2.200 Stellen zurückgegangen, die zudem kurzläufig angelegt werden, das heißt, unter einem Jahr Dauer, und die überwiegend als Anleiterstellen für die mehr als 20.000 Arbeitsgelegenheiten gedacht sind. Statt 20.000 ein- oder mehrjähriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter haben wir mehr als 20.000 nicht sozialversicherungspflichtige Ein-Euro-Jobber für jeweils drei Monate. Das ist die eine Feststellung, die wir leider treffen müssen. Eine andere ist, dass die finanzielle Situation der Kommunen kaum Spielraum für die Wahrnehmung sogenannter freiwilliger Aufgaben lässt.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber immer öfter werde ich in Kultureinrichtungen und Kulturvereinen mit der Tatsache konfrontiert, dass die Personalausstattung im Vergleich zu den zu realisierenden Aufgaben absolut unzureichend ist. Auch während der Landtour unserer Fraktion vor wenigen Wochen mussten wir konstatieren, dass diese Entwicklung anhält. So wie es im Uwe-Johnson-Haus in Klütz und Wolfgang-Koepfen-Haus in Greifswald jeweils lediglich eine Teilzeitstelle gibt, bestenfalls zeitweise unterstützt durch eine wechselnde Person auf sogenannter Hartz-IV-Basis, erleben wir es in sozialkulturellen Einrichtungen, Museen oder Bibliotheken vielerorts. Es gibt wichtige Kulturvereine ohne jegliches bezahltes Personal. Ortschronistinnen und Ortschronisten arbeiten inzwischen in aller Regel nur noch ehrenamtlich.

Während im vergangenen Jahrzehnt noch um eine institutionelle Förderung gestritten wurde, damit mittelfristig Perspektiven für Einrichtungen oder Vereine entwickelt werden und Personal eingestellt werden konnte, geht es nunmehr darum, über Projekte kurzfristig den Betrieb aufrechtzuerhalten und mit Perspektiven, die

allenfalls ein Jahr dauern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen. Was liegt scheinbar näher, als bei finanziellen Engpässen in der Förderung zu prekärer Beschäftigung zu greifen? Arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker gibt es genug, die mit der Hoffnung auf einen Einstieg in den Kulturbereich einen Ein-Euro-Job übernehmen.

In aller Regel sind Kulturprojekte wie auch soziale oder welche im Umweltschutz Projekte, die sich nicht allein finanzieren und refinanzieren können und auf Förderung unbedingt angewiesen sind. Allein auf ehrenamtliches Engagement können auch diese Vereine und Projekte sich nicht stützen und dort, wo keine Förderung fließt, können auch keine Stellen geschaffen werden. Die Arbeit ist ständig gefährdet, mittel- oder gar langfristige Planungen sind kaum möglich. Darüber hinaus besteht die Gefahr einer Entprofessionalisierung im Kulturbereich. Es kann eben nicht jede und nicht jeder alles.

Das heißt, reguläre und nicht prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind notwendig, Herr Ministerpräsident, beziehungsweise sehr geehrte Ministerinnen und Minister und Abgeordnete, um auch im kulturellen Bereich, im sozialen und beim Umweltschutz das Leben in Mecklenburg-Vorpommern lebenswerter zu machen.

Obwohl sich die CDU bisher immer gegen ABM und gegen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausgesprochen hat, hat irgendwie Frau Merkel jemand ins Ohr geflüstert, dass das Kommunal-Kombi-Programm des Bundes eine tolle Sache sein müsse. Mit diesem sollen vor allem in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, das heißt, gefördert werden, und zwar für bis zu drei Jahre. Kommunen sollen mit dem Programm die Möglichkeit erhalten, genau dort zusätzlich geförderte Arbeitsplätze einzurichten, wo sie Bedarf sehen. Die kommunale Infrastruktur soll für eine längere Dauer nachhaltig gestärkt werden, ohne dass die Kommunen die Kosten dafür allein tragen sollen. Der Bund stellt dafür 1,7 Milliarden Euro sowie zusätzliche Bundes-ESF-Mittel für die Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge sowie für einen Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro Monat für über 50-jährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung. Auch das Land hat sich bereit erklärt, aus Bundes-ESF-Mitteln, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, also keinem reinen Landesgeld im engeren Sinne, 150 Euro pro Stelle für die ersten 2.000 Stellen zu fördern.

Damit komme ich nun zu einer weiteren und, wie ich finde, zu einer problematischen Feststellung, die sich nämlich auf die Inanspruchnahme dieses Programms bezieht. Mit Stand vom 1. November sind von einstmal 5.000 für das Land in Aussicht gestellten möglichen Stellen für das Jahr 2008 gerade einmal 459 – ich wiederhole die Zahl gerne noch einmal: 459 Stellen, also nicht einmal ein Zehntel – bewilligt. Und auch der Blick auf die bis dahin beantragten Stellen bringt keinen Trost, denn es sind bis zum 01.11. nur 633 Stellen aus unserem Land beantragt worden. Die Begründung dafür ist vielschichtig, aber einer der Hauptgründe liegt wohl im zu erbringenden Eigenanteil, wieder einmal. Und dieses Problem korrespondiert dann auch mit dem eingangs Gesagten, nämlich mit der finanziellen Situation von Vereinen und Kommunen.

Damit bin ich also wieder beim ersten Punkt unseres Antrags angelangt und fordere Sie namens meiner Frak-

tion auf, die Landesförderung wie im Antrag beschrieben zu erhöhen. Der zweite Punkt ergibt sich eigentlich folgerichtig aus dem ersten Punkt und dem Handeln der Bundesregierung in Form des Bundesprogramms.

Die Bundesregierung hat offensichtlich erkannt und eingestanden, dass die kommunale Infrastruktur in Bezug auf im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten durch eine Personalkostenförderung unterstützt und gestärkt werden muss. Wir bestätigen dies und fordern eine Verstärkung und die weitere Ausgestaltung des Programms zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, in dem insbesondere Langzeitarbeitslose und Nichtleistungsbezieherinnen und -bezieher eine Beschäftigungsperspektive finden. Denn, meine Damen und Herren, darüber dürfte kein Zweifel bestehen, Arbeit ist genug da, sie muss nur finanziert werden. Und wie sagten Sie so schön in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, alle werden gebraucht, ob Bauer, Krankenschwester oder Hartz-IV-Empfänger. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, stimmen Sie unserem Antrag zu, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Koplín.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE kann nach meiner Bewertung keine Zustimmung erhalten. Das wird Sie vielleicht nicht wundern, wenn ich das so sage. Aber ich will dazu das Folgende in der Begründung ausführen.

Zunächst einmal ist es ja so, dass die Landesregierung sich entschieden hat, die Kommunen unseres Landes bei der Inanspruchnahme des Bundesprogramms Kommunal-Kombi mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von bis zu 10,8 Millionen Euro zu unterstützen, die im Übrigen ursprünglich gar nicht vorgesehen waren, vom Programm selbst her, das muss man, finde ich, an dieser Stelle auch noch mal sagen.

Das Programm schafft sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Bereich öffentlicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten, die auf drei Jahre – Sie sagten es – befristet sind. Langzeitarbeitslose können durch diese Beschäftigung in den Bezug von Arbeitslosengeld I gelangen und ihre Vermittlungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöhen. Ob mit diesem Programm tatsächlich die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt gelingen wird, das allerdings ist auch zunächst abzuwarten.

Für die Schaffung von bis zu 2.000 Stellen im Rahmen dieses Programms stellt das Land 150 Euro pro Person und Monat zusätzlich zur Förderung des Bundes zur Verfügung. Wenn man sich jetzt die unterschiedlichen Personenkreise anschaut, können bis zu 950 Euro pro gefördertem Beschäftigungsverhältnis aus Bundes- und Landesmitteln finanziert werden. Wir reden hier übrigens über 30 Stunden. Das, finde ich, muss auch an dieser Stelle dazugesagt werden. Und damit bewegen wir uns in vergleichbaren Größenordnungen mit anderen Bundes-

ländern. So stellen zum Beispiel Brandenburg ebenfalls 150 Euro, Sachsen, Sachsen-Anhalt jeweils 220 Euro monatlich pro Arbeitsplatz bereit. In Thüringen gibt es keine Landeskofinanzierung.

Eine Forderung der Kommunen nach höherer Landesförderung hört man sehr schnell und sehr oft. Eine Erhöhung um weitere 350 Euro für Beschäftigungsverhältnisse, wie Sie sie fordern – Sie beziehen das ja auf die Bereiche Kultur, Sport, Umweltschutz, Jugend- und Sozialarbeit –, würde nicht nur praktisch 80 Prozent aller gestellten Anträge erfassen, es würde auch faktisch eine Vollfinanzierung dieser Beschäftigungsverhältnisse bedeuten.

Eine Ausfinanzierung der Stellen ohne einen Eigenanteil des jeweiligen Trägers oder Arbeitgebers halte ich aber für generell nicht zielführend und im Übrigen auch in finanzieller Hinsicht für unrealistisch.

Unbestritten ist, dass mit Blick auf ein tarifliches beziehungsweise ortsübliches Entgelt trotz einer wöchentlichen Arbeitszeit von nur 30 Stunden ein durchaus deutlicher Eigenanteil von den Kommunen beziehungsweise Arbeitgebern im Einvernehmen mit der Kommune zu erbringen ist. Das ist sicherlich auch in vielen Fällen nur mit Mühe möglich. Diese Bemühungen sind jedoch vom Zuwendungsgeber (vom Bund in dem Fall) auch ausdrücklich gewollt, weil es sich hier um ein Angebot an die Kommunen handelt, eigene beschäftigungswirksame Projekte durch den Einsatz ergänzender Mittel umzusetzen.

Meine Damen und Herren, es ist auch zu erkennen, dass die Kommunen beziehungsweise andere öffentliche oder gemeinnützige Arbeitgeber durchaus in der Lage sind, diese Finanzierung zu erbringen. Zahlen wurden genannt, die kann man jetzt von zwei Seiten sehen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Die meisten nicht.)

Es sind insgesamt 606 Arbeitsplätze, für die eine Kofinanzierungszusage des Landes gegenüber dem Bund erteilt wurde. Gegenwärtig sind 438 Stellen bewilligt. Sie wissen das ja auch,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass viele Kommunen zunächst einmal Entscheidungen in ihren Parlamenten, ihrer Volksvertretung, diesbezüglich getroffen haben. Wir stellen jedenfalls fest, dass diese Zahlen zunehmend weiter ansteigen.

Aber auch in den Fällen, in denen eine Gemeinde verschuldet ist und die Genehmigung der Kommunalaufsicht für die Darstellung ihres Eigenanteils benötigt, kann eine solche Genehmigung im Interesse der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose Menschen erteilt werden. Das haben wir so mit dem Innenministerium des Landes abgestimmt.

Sicherlich ist festzustellen, ich sagte es, dass der kommunale Entscheidungsprozess einige Zeit in Anspruch genommen hat. Schließlich will ich sagen, dass ich das, was von der Fraktion DIE LINKE hier an zusätzlicher Förderung begehrt wird, gegenwärtig für so nicht finanzierbar halte. Wenn man mal die 2.000 Stellen, das ist ja eine einfache Rechnung, zugrunde legt und den von Ihnen erhöhten Kofinanzierungsanteil mitberechnet, dann wären dies am Ende 25,2 Millionen Euro, die Sie mal eben so hier fordern.

Meine Damen und Herren – und ich richte mich ganz konkret an die Fraktion DIE LINKE –, ich muss Sie wirklich fragen: Was hat denn nun, wenn Sie mal ganz ehr-

lich sind, die zugegebenermaßen erhebliche Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors in den vergangenen zwei Legislaturperioden wirklich unter dem Strich gebracht?

(Regine Lück, DIE LINKE: Langzeitarbeitslosen Arbeit. – Michael Roof, FDP: Sehr richtig.)

Sie hat zumindest nicht verhindert, ich will das nur ganz vorsichtig feststellen, dass mehr als 100.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen sind. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob sie das in manchen Fällen sogar noch befördert hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach, das rechnen Sie jetzt auf? Das ist ja interessant.)

Insofern glaube ich eben nicht und bin mir auch ziemlich sicher, dass ein solcher Weg zielführend wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Wir sind mit unserer umfassenden Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Strukturentwicklungspolitik konsequent allerdings – da haben Sie recht – auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet. Unsere Ziele sind die Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, die Stärkung der Wirtschaft sowie die Schaffung von mehr und auch zugegebenermaßen wissensbasierten Arbeitsplätzen, die wir auf dem ersten Arbeitsmarkt brauchen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt oder die Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt sind zunächst einmal – und das ist mir wichtig – klassische Aufgaben der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften oder der optionierten Kommune. Wir haben uns für diesen Weg im Übrigen auch deshalb entschieden, weil der finanzielle Spielraum, den wir haben, zunehmend enger wird.

Mit Investitionen in Ausbildung, Qualifizierung, lebenslanges Lernen, Forschung und Entwicklung setzen wir, so meine ich, an den richtigen Stellen an, wo wir unser Ziel, nämlich nachhaltige Arbeitsmarktpolitik, zu erreichen auch in der Lage sind. Gut ausgebildete Fach- und Nachwuchskräfte, Forschung und Entwicklung in enger Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, Innovation in Unternehmen und eben die zügige Umsetzung neuer wissenschaftlicher Ergebnisse in marktfähige Produkte, das, glaube ich, sind die richtigen Themen für das Land, die wir auch weiter unterstützen wollen.

Ich will Ihnen auch als ein Beispiel unter vielen nennen in der Schulbildung das Projekt „Lernort Labor – Wissenschaft erleben und begreifen“ 2009 bis 2011 des Forschungsverbunds Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Rostock. Mit diesem Projekt werden Schülerinnen und Schüler für naturwissenschaftliche Arbeitsmethoden und ihre Anwendung in der Praxis besonders interessiert. Ich halte das für wirklich sehr notwendig, wenn man sich manchmal anschaut, wohin die Wünsche junger Menschen gehen im Hinblick auf ihre zukünftige Tätigkeit. Oder ich nenne den Bereich der Qualifizierung von Arbeitnehmern für künftige Herausforderungen in ihrem Unternehmen. Ich hatte das Thema aber bereits gestern genannt, insofern will ich mich hier kurzfassen. Sie erinnern vielleicht Arbeitnehmerschulungen bei Wadan Yards (140 Arbeitnehmer) oder das Projekt Mitarbeiterschulung bei der Montagebau-Neptun Rostock GmbH. Hier geht es um CNC-Technik, Fachenglisch und Schweißtechnik.

Die vorrangige Ausrichtung unseres Programms „Arbeit durch Bildung und Innovation“ auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr und bessere Arbeitsplätze heißt aber nicht – und das will ich dann auch noch mal, obwohl ich es mehrfach betont habe, deutlich unterstreichen –, dass die Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und die soziale Integration keine Rolle mehr spielen. Solange wir im Land mit zugegebenermaßen nach wie vor großen sozialen Problemen konfrontiert sind, solange können und wollen wir uns auch nicht aus diesem Feld zurückziehen.

Wir konzentrieren uns allerdings auf solche Bereiche und solche Zielgruppen, die von den Arbeitsagenturen und den Arbeitsgemeinschaften nicht ausreichend abgedeckt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Integrationsprojekte zur Unterstützung von Arbeitslosen mit besonders langer Arbeitslosigkeit, die den Kontakt zum Erwerbsleben verloren haben. Primäres Ziel ist es hier nicht, die sofortige Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, sondern die gesellschaftliche Eingliederung, die natürlich mittelbar dann auch zu einer Integration in Arbeit führen soll. In diesem Zusammenhang ist auch vorgesehen, ein landesweites Integrationsprojekt in 2009 zu realisieren, das durch die sechs OASEn umgesetzt werden soll, also die Organisationen für Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung.

Weiterhin fördern wir auch Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose, jedoch nur in besonderen Fällen. Hier will ich nennen die Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Fachkräften über 50 Jahren, insbesondere in den Berufen der Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler. Es ist sicherlich auch ein Sonderfall, wo wir die Förderung bestreiten des dritten Jahres einer Umschulung in Gesundheitsfachberufen, also der Alterspflege, wo es eine spezielle Situation gibt im Hinblick auf die Unterstützung seitens der Bundesagentur.

Eine darüber hinaus gehende, breitflächige Finanzierung öffentlicher Beschäftigung unter Außerachtlassung der Subsidiarität zu dem Tätigkeitsfeld der Arbeitsagenturen und der Arbeitsgemeinschaften ist dagegen nach meiner Auffassung – nicht nur ordnungspolitisch, aber auch deshalb – der falsche Weg. Sie bringt eben keine nachhaltigen Erfolge für die von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen. Und sie würde sogar das Erreichte, insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt, eventuell dann noch aufs Spiel setzen. Insofern ist es mir auch wichtig, dass man genau hinschaut, wie Arbeitsplätze im Rahmen des Projektes Kommunal-Kombi eingesetzt werden. Ich bitte Sie, dem Antrag der Fraktion der LINKEN nicht zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE! Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gab es einen ähnlichen Antrag, was die Höhe des Zuschusses des Kommunal-Kombis betrifft, schon mal hier in diesem Haus und ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Das war im Januar.)

Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden, Regine.

(Regine Lück, DIE LINKE: Im Januar.)

Im Januar, ja, hatte ich doch richtig in Erinnerung.

Auch damals schon ist dieser Antrag von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Deswegen will ich jetzt dem Ergebnis kurz vorgreifen. Es wird Sie sicherlich nicht wundern, wenn wir dem auch heute nicht zustimmen werden. Herr Holter bricht mir hier fast zusammen, aber ich pusche Sie bei Gelegenheit, dann geht es Ihnen wieder besser.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Aber ich will vielleicht noch ganz kurz auf die Rede vom Kollegen Koplín eingehen. Ich kann mich noch, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, an die Debatte damals erinnern – ich hätte jetzt nicht gewusst, dass es im Januar war –, wo vonseiten der Fraktion DIE LINKE grundsätzliche Kritik an dem Programm des Kommunal-Kombis geäußert wurde. Jetzt will ich nicht so weit gehen und sagen, im Nachhinein „begrüßen“ Sie dann ja vielleicht sogar den Umstand, dass es nicht im entsprechenden Maße angenommen worden ist. Das will ich Ihnen nicht unterstellen, dafür kenne ich Sie auch zu gut.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aber vielleicht kann man sich ja darauf verständigen, dass wir gemeinsam tatsächlich den Umstand, dass es nicht in dem Maße in Anspruch genommen wird, unabhängig davon, welche Gründe vorliegen, bedauern.

Der Kollege Koplín hat als einen der Gründe aus Ihrer Sicht und maßgeblichen Gründe dafür, dass es nicht in dem erforderlichen Umfang, wie es hier angeboten wird, in Anspruch genommen wird, genannt, dass die Kosten für die jeweiligen Träger, ob es die Kommunen sind oder die, die dann für die Kommunen als Aufgabenträger das übernehmen, zu hoch wären.

Nun ist die Kostenbelastung dann ja tatsächlich da. Man soll sich da nicht täuschen, Herr Minister Seidel hat es vorgestellt. 30 Stunden sind vorgesehen, eine ortsübliche Vergütung. Rechnen Sie es hoch, Sie kommen ungefähr – ich sage mal, 7,50 Euro Bruttostundenlohn, das ist nicht allzu viel – auf eine monatliche Belastung zwischen 1.200 und 1.300 Euro. Dann rechnen Sie das ab, was vom Bund, vom Land gezahlt wird. Dann wissen Sie, was kofinanziert wird. Gerade für manchen Träger ist das tatsächlich schwierig. Das ist unbenommen.

Aber man muss sich auch darüber klar werden, dass es ja eigentlich Aufgaben sind, die von den Kommunen vor Ort selber auch wahrgenommen werden sollten. Deswegen muss man auch von den Kommunen verlangen, dass sie sich in einem gewissen Umfang finanziell tatsächlich an dieser Aufgabe beteiligen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Siehe Rostock.)

Ich denke, dazu komme ich gleich noch (zu Rostock). Ich denke, das ist etwas, was man auch als Verantwortung von kommunaler Arbeitsmarktpolitik durchaus verlangen kann. Es kann nicht sein, dass sich Kommunen hinstellen und sagen, wir haben ein Problem gerade in dem angesprochenen soziokulturellen Bereich – das sehe ich genauso, das hat auch seine Ursachen, dazu möchte ich gleich noch einen Satz sagen – und jetzt bitte, Land, löse diese Probleme.

(Ute Schildt, SPD: Genau.)

Das kann nicht der Sinn der Sache sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Irene Müller, DIE LINKE: Also verzichten wir ganz auf dieses Programm.)

Was man tatsächlich dann noch sagen muss, ist, man muss auch schauen, wo die Ursachen für die Probleme sind. Das ist natürlich dem Umstand geschuldet, dass aufgrund der Haushaltssituation viele Kommunen heutzutage gerade in diesen Bereichen, so, wie Sie das vielleicht gerne machen würden, gar nicht mehr tätig sein können. Da sollte man dann aber fairerweise etwas an der Finanzausstattung der Kommunen im Allgemeinen ändern und nicht hier über dieses Programm tatsächlich nur an einzelnen Stellschrauben drehen.

Jetzt ist eben das Beispiel Rostock angesprochen worden. Ich weiß jetzt nicht, ob ich es von mir aus getan hätte, denn das ist vom Grundsatz her – glaube ich – wirklich ein sehr gutes Beispiel, wie man mit diesem Programm nicht umgehen sollte. Nun habe ich das in Rostock selber erlebt. Wie Sie wissen, komme ich aus der Stadt, bin dort auch in der Gemeindevertretung.

(Michael Roof, FDP: Gemeindevertretung?)

Das erste, was dort gesagt worden ist von dem zuständigen Dezernenten – Frau Lück kennt ihn auch persönlich, ich kenne ihn ja auch ganz gut –: Das Programm wollen wir nicht. Da kann ich mich noch genau dran erinnern, dass ich mit Wolfgang Nitzsche, dem zuständigen Sozialdezernenten, darüber gesprochen habe und der gesagt hat: Das Programm wollen wir nicht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ehemaligen.)

Ehemaligen.

Warum? Das hat er mir dann im Grunde nicht erklären können.

Als nächstes kam das Argument: Wir können uns das nicht leisten, wir sind verschuldet. Das ist natürlich ein Argument, was für viele Kommunen, für viele Kreise gilt. Aber auch da konnte man ihn darauf hinweisen, was da natürlich gesagt worden ist. Gerade für die überschuldeten Kommunen – Herr Minister Seidel hat es eben angesprochen – ist durch das Innenministerium klargestellt worden, dass auch sie Anspruch auf dieses Programm haben und auch davon Geld in Anspruch nehmen können,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, dann müssen Sie es woanders wegnehmen.)

sodass diese Frage keine Rolle spielte. Trotzdem ist mit diesem Argument in dieser Kommune – ich weiß das auch aus anderen Kommunen – lange Zeit argumentiert worden, so lange, bis die Bürgerschaft in Rostock einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, dass man sich als Stadt Rostock an diesem Programm beteiligen soll. Und wenn man es dann nicht selber tun kann oder selber tun möchte, dann doch bitte gemeinsam mit Vereinen und Trägern, die es vor Ort machen wollen.

Es gab übrigens vorher schon in der Stadt Vereine und Träger, die auf die einzelnen Gemeindevertreter zugekommen sind und gesagt haben, wir möchten gerne daran teilnehmen. Wir würden dann auch den Eigenanteil, der durch die Kommune aufzubringen ist, selber aufbringen, solange sich das in einem erträglichen Rahmen bewegt.

Dass das dann so lange gedauert hat, dass bis heute nur die relativ geringe Anzahl von Arbeitsplätzen, die dort

geschaffen worden sind, tatsächlich geschaffen werden konnten, ist bedauerlich. Da kann ich nur hoffen, und das halte ich in dem Zusammenhang für wesentlich wichtiger, anstatt vielleicht noch 50, 100 oder 150 Euro draufzulegen vonseiten des Landes, wo Sie alle genau wissen, wenn wir hier 150 oder 350 Euro drauflegen, dann wird das genau in dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik – jetzt bin ich mal so drastisch – irgendwo wieder abgezweigt werden müssen. Denn auch hier findet nicht die wunderbare Vermehrung des Geldes statt. Dann sollte man tatsächlich vor Ort diese Möglichkeiten ausnutzen, mit Trägern – ich habe das damals im Januar schon gesagt – die Möglichkeiten nutzen, wie man das gemeinsam ansetzen kann.

Deswegen hier an dieser Stelle noch einmal die Bitte an das Innenministerium, weil es ja offensichtlich bei einigen Kommunen/Kreisen immer noch nicht angekommen ist – Herr Minister ist leider nicht da –, noch mal darauf hinzuwirken, dass tatsächlich die Möglichkeiten in Anspruch genommen werden trotz Haushaltsverschuldung und sonstigen finanziellen Schlechtleistungen in den Kommunen.

Eine andere Sache ist – und das muss man dann tatsächlich auch an diesem Ort tun, aber das wird nicht heute der Fall sein –: Vor allem im Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsgesetz wird man tatsächlich mal darüber nachdenken müssen, in welchem Umfang man die Kommunen so finanziell ausstattet, dass sie die Arbeiten, die sie vielleicht früher noch machen konnten in diesen Bereichen, dann vielleicht in einem gewissen Umfang auch wieder durchreichen können. So weit, meine Damen und Herren, zum Kommunal-Kombi.

Ihr Antrag hat noch einen zweiten Punkt. Da geht es um die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und dort sollen auf Dauer existenzsichernde Arbeitsplätze gefördert werden und hierfür dem Landtag ein Konzept vorgelegt werden.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Sie wissen, dass in einem nicht unerheblichen Umfang in meiner Fraktion, auch bei mir selber, durchaus eine gewisse Sympathie für den Gedanken des öffentlichen Beschäftigungssektors besteht. Wir haben uns lange auch im Wirtschaftsausschuss darüber unterhalten. Wir haben uns die verschiedenen Modelle in anderen Bundesländern angeguckt, in Sachsen-Anhalt zum Beispiel, auch die Modellprojekte, die es hier im Land gibt. Sie wissen auch, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen den Koalitionsfraktionen gibt. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist, glaube ich, zwischen unterschiedlichen Fraktionen, unterschiedlichen Parteien völlig normal.

Es hat mich in dem Zusammenhang erfreut – wenn das vielleicht auch nicht der richtige Ausdruck ist, ich habe es mit Interesse gelesen, vielleicht passt das besser –, dass der frühere Kollege oder Landtagsabgeordnete, heutige Bundestagskollege Rehberg, gerade jetzt in dieser Woche in einem Anzeigenblatt sich dahin gehend geäußert hat, dass er für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Rahmen eines Konzeptes Bürgerarbeit wäre. Diejenigen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, wissen, dass das tatsächlich in diese Richtung (öffentlicher Beschäftigungssektor) geht. Das ist zu begrüßen. Es ist offensichtlich auch so, dass es jetzt innerhalb unserer Koalitionspartner da einen, ich will es mal ganz ...

(Michael Roof, FDP: Sinneswandel.)

Nein, Sinneswandel will ich nicht sagen.

Herr Roof, man muss auch fairerweise sagen, das ist ein Prozess. Ich weiß nicht, wie er ausgeht. Er dauert sehr lange und da gibt es gute Gründe in die eine und die andere Richtung. Das ist, glaube ich, auch nicht der Punkt, das innerhalb einer Landtagsdebatte einfach mal so abzuwatschen. Nein, es gibt offensichtlich zumindest eine Diskussion auch darüber, egal, wie die dann ausgehen wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie wissen, dass diese Diskussion aber auf keinen Fall jetzt innerhalb der CDU-Fraktion in Ihrem Sinne oder vielleicht auch in meinem Sinne abgeschlossen ist. Das war Ihnen auch bei Antragstellung bekannt. Deswegen wird es Sie nicht verwundern, wenn auch dieser Teil des Antrages heute von unserer Fraktion – auch in Respekt vor unserem Koalitionspartner – keine Zustimmung finden wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roof. Herr Roof, Sie haben das Wort.

Michael Roof, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, der aus zwei Bereichen besteht, das nehme ich, glaube ich, nicht zur Überraschung vieler vorweg, wird von der FDP-Fraktion keine Zustimmung bekommen. Ich will es auch ganz kurz erläutern.

Wir haben über den Kommunal-Kombi hier mehrfach geredet. Wir haben auch bei der ersten Entscheidung des Parlaments, einen Landesanteil mit einzusteuern, unsere kritische Würdigung gebracht und haben gesagt, das scheint uns nicht der richtige Weg zu sein, aus einem Kombi noch einen Kombi-Kombi zu machen und die Gemeinden und die Kommunen da noch ein Stück weit mehr aus ihrer Eigenverantwortung herauszunehmen. Diese Auffassung hat sich auch nur unwesentlich geändert.

Wir sehen eine differenzierte Problemlage, das haben wir damals auch schon gesagt, dass die Problematik in dem geschilderten Bereich im ländlichen Raum deutlich stärker ist als in den kreisfreien Städten, dass wir im ländlichen Raum deutlich mehr an Aufholbedarf haben, was die Unterstützung im Bereich Kultur, Sport, Umweltschutz, Jugend- und Sozialarbeit angeht. Aber wir sehen eben nicht die Lösung darin, zu dem Kommunal-Kombi eben noch Landesmittel hinzuzugeben und jetzt auch noch weitere Landesmittel. Der Minister hat eine Summe von 25,2 Millionen Euro zusätzlichem Aufwand genannt. Das erscheint uns doch von Ihnen, liebe Kollegen von den LINKEN, eine sehr kühne Forderung zu sein. Die Frage bleibt offen: Wo wollen Sie diese 25,2 Millionen Euro hernehmen?

Der zweite Bereich zum öffentlichen Beschäftigungssektor, dass wir auch dem nicht zustimmen, wird Sie sicher nicht überraschen. Ich habe da mal einen Gegenvorschlag zu diesem, was Sie hier als Punkt zwei formuliert haben. Herr Kollege Holter, Sie sind ja acht Jahre lang Arbeitsminister gewesen. Laden Sie uns Liberale doch einfach mal ein, machen Sie einen Rückblick der achtjährigen Tätigkeit als Arbeitsminister und der Programme, die Sie gehabt haben, das, was an Geld dort eingeflossen

ist. Was ist an nachhaltigen Effekten für Beschäftigung da herausgekommen? Was haben wir wirklich für das Land Mecklenburg-Vorpommern geleistet? Was ist auch aus Ihrer Sicht womöglich an der Stelle falsch gelaufen? Was kann man anders machen? Was sollte man richtig machen? Aber, wenn jemand damit zu tun gehabt hat, dann sind Sie es gewesen.

Deshalb meine Bitte: Wir haben in Österreich, in Wien, einiges darüber gehört, dass die vom zweiten Beschäftigungsmarkt auch einige Aspekte in ihrer wirtschaftspolitischen Überlegung mit drin haben. Tun Sie uns den Gefallen! Sie sind der Mann mit Erfahrung hier im Haus. Kommen Sie mal bitte aus der Ecke raus!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aus welcher Ecke denn? Aus welcher Ecke denn?)

Bringen Sie uns mal Ihre Erkenntnisse mit rüber, wie ist es zu der Zeit gelaufen, als Sie es gemacht haben, und bringen Sie uns ein überzeugendes Argument, dass das, was Sie dort getan haben, damals richtig gewesen ist und dass es heute womöglich auch eine Antwort auf die Probleme auf dem Beschäftigungsmarkt ist. Wenn Sie uns davon überzeugen, sind wir gerne an Ihrer Seite. Im Augenblick sieht das eher anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Laden Sie mich ein!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rüks von der CDU.

Günter Rüks, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein in den vergangenen zwei Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern um rund 30 Prozent gesunken. Die aktuellen Statistiken weisen eine Arbeitslosigkeit aus, wie sie das Land zuletzt zu Beginn der 90er-Jahre gesehen hat.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber nicht in der Langzeitarbeitslosigkeit.)

Trotzdem ist es für die Fraktion der LINKEN wieder einmal an der Zeit, die Forderung nach öffentlich geförderter Beschäftigung aufzumachen, was Sie mit vorgelegtem Antrag ja auch tun. Allerdings haben Sie den Antrag vorsorglich noch um eine Forderung erweitert. Sie möchten, dass die Landesregierung sich künftig stärker finanziell bei der Inanspruchnahme des Kommunal-Kombi-Programms engagiert, da sie das nach Ihrer Auffassung zumindest bislang offensichtlich nicht genügend tut.

Nun will ich Ihnen ja recht geben, dass wir aller Voraussicht nach die aktuell gute Situation auf dem Arbeitsmarkt vielleicht im kommenden Jahr nicht hundertprozentig werden halten können. Dies wird aus den bekannten Gründen schwierig und wird ja auch so von den Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten prognostiziert.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Welche Maßnahmen notwendig sind, um vonseiten der Politik dem entgegenzuwirken, konnten wir gerade auf Bundesebene mit der Verabschiedung des Rettungs- und Konjunkturpakets für Mittelstand und Verbraucher sehen. Öffentlich geförderte Beschäftigung auszubauen war jedoch nicht Bestandteil eines dieser Pakete.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und das ist auch gut so, denn das wäre ein gänzlich ungeeignetes Mittel, um einer wie auch immer gearteten

Krise zu begegnen. Wenn es eines Nachweises bedürfte, wäre ein Blick auf die Arbeitsmarktstatistiken in Ihrer Regierungszeit in Mecklenburg-Vorpommern doch hilfreich. Öffentliche Beschäftigungsprogramme haben in den vergangenen Jahren keine nachhaltigen Effekte zur Belebung des Arbeitsmarktes gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roof, FDP: Richtig. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Stattdessen wurden dort viele Millionen an Steuergeldern eingesetzt beziehungsweise – hart ausgedrückt – mehr oder weniger versenkt.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben sich die Koalitionsfraktionen zu Beginn der Legislatur darauf verständigt, eine Konzentration auf den ersten – für mich einzigen – Arbeitsmarkt zu legen. Dazu gehört auch das sogenannte Kommunal-Kombi-Programm,

(Irene Müller, DIE LINKE: Da hätte das Erwerbslosenparlament gutgetan.)

das der Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsplätzen dient –

(Reinhard Dankert, SPD: Das war ABM auch.)

die Betonung liegt auf zusätzlich sozialversicherungsrechtlich –,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

die zudem im öffentlichen Interesse liegen müssen und keine Wettbewerbsbeeinträchtigung für die am Markt agierenden Unternehmen haben dürfen.

(Reinhard Dankert, SPD: Und das ist die Definition von ABM. Das wissen Sie auch.)

Das Programm richtet sich vor allem an Arbeitslose, die länger als 24 Monate ohne Arbeit sind und mindestens ein Jahr lang Arbeitslosengeld II bezogen haben. Für diesen Personenkreis gibt der Bund dann einen Zuschuss von bis zu 800 Euro im Monat. Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das Projekt mit 10,8 Millionen insgesamt. Das bedeutet pro Arbeitsplatz und Monat bis zu 150 Euro. Den Rest trägt der Arbeitgeber, in diesem Fall also die Kommune oder der Verein. Es kann für einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt unter anderem vor dem Hintergrund sinnvoll sein, dass bei Inanspruchnahme bekanntermaßen gleichzeitig die Kosten der Unterkunft gespart werden können.

So hat beispielsweise der Landkreis Nordvorpommern sich bereit erklärt, den Finanzierungsanteil von 75 Euro pro gefördertem Arbeitsplatz sicherzustellen und somit die Inanspruchnahme noch interessanter zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo auch ein Wille und politische Einsicht vorhanden sind, das Kommunal-Kombi-Programm durchaus greift.

Das empfehle ich Ihnen, liebe Kollegen der LINKEN, Ihrer neuen Oberbürgermeisterin in Schwerin mitzuteilen. Denn weder sie noch ihr Vorgänger Dr. Friedersdorff haben es bislang vermocht, die unrühmliche Stellung der Landeshauptstadt bei Inanspruchnahme dieses Programms zu überwinden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das korrigiert sie gerade, Herr Rüks. Das korrigiert sie gerade.)

Deswegen habe ich, verehrter Kollege Holter, ja auch den Vorgänger mit einbezogen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, eben.)

Ich vermute, dass Ihr vorgelegter Antrag daran leider nicht allzu viel ändern wird. Unter anderem deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fünfzehn förderfähige Kreise und kreisfreie Städte, wir haben es gehört, der Bund zahlt 800 Euro, das Land legt noch einmal 150 Euro drauf – man müsste meinen, das sei ein attraktives Angebot. Da stellt sich doch die Frage, warum bei diesem Angebot relativ wenig Nachfrage festzustellen ist. Woran liegt das?

Das zu beantworten bin ich natürlich nicht in der Lage, aber Vermutungen darf man ja anstellen. Es mag daran liegen, dass sehr viele Gemeinden und Städte ganz einfach das Geld nicht mehr haben, um hier diese restlichen Zahlen, die da noch sicherzustellen sind, zu leisten. Es mag auch daran liegen, dass ganz viele überhaupt gar nicht genau wissen, wie das funktioniert. Deswegen schlagen wir vor, dass zunächst einmal, wenn man so eine Forderung aufstellt, dass man von 150 auf 350 Euro aufsatteln will, man sich Gedanken macht oder nachfragt, ist denn überhaupt Nachfrage da, ist das überhaupt notwendig. Denn mit den Zahlen, die wir vorliegen haben, so um die 450 Anfragen beziehungsweise auch schon in Arbeit befindliche Menschen, auf der Basis ist das doch keine Riesennachfrage. Da müsste man doch erst mal nachfragen, warum ist hier die Nachfrage nicht da, und dann kann man vielleicht ableiten und sagen, ja, ein Grund ist, wenn wir 200, 300, 400 Euro drauflegen, dann kommt das Ganze in Schwung und dann ist das Ganze auch sinnvoll.

(Regine Lück, DIE LINKE: Denken Sie, wir haben nicht recherchiert?)

Ja, dann sagen Sie doch, wenn Sie recherchiert haben, dann sagen Sie uns doch: Wie viel Bedarf ist effektiv da? Was kommt, wenn effektiv diese 350 Euro draufgelegt werden? Da haben wir nichts gehört. Für uns von der NPD ist die Position klar. Wir halten die jetzige Regelung für ausreichend, zunächst ausreichend, um hierdurch auch größere Konkurrenzsituationen zu den Normalbeschäftigten nicht anzuhetzen, denn wenn Sie draufsatteln, dann kommen Sie in einen Bereich, der sehr attraktiv ist für die Gemeinden, eventuell Leute zu entlassen, um sie zu ersetzen durch dieses Programm, was dann natürlich Kosten spart.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das geht doch gar nicht. Gucken Sie doch mal rein!)

Das geht sehr, sehr gut, weil sie ganz genau wissen, dass es hervorragende Möglichkeiten gibt bei den Gemeinden und bei den Städten,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

unbemerkt Personalverschiebungen dadurch stattfinden zu lassen, dass sie verschleiert werden. Und dann schleichen sich feste Beschäftigte aus und dann schleichen

sich subventionierte ein, und das wollen wir von der NPD nicht. Wir brauchen natürlich den Kommunal-Kombi, aber wir brauchen auch den Mindestlohn.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass der Mindestlohn kommt. Der Herr Rooff hat mir voriges Jahr gesagt, er wird zu 100 Prozent nicht kommen. Wir sind da heute schon ein Stück weiter. Aber das ist ja nicht Gegenstand Ihres Antrages und deswegen öffentlicher Beschäftigungssektor.

Wissen Sie, ich habe mir mal die Arbeit gemacht und habe mal geschaut, Herr Holter, als Sie Arbeitsminister waren, was Sie denn da so auf den Weg gebracht haben. Das, was der Herr Rooff vorhin gesagt hat, was Sie hier machen sollen, das habe ich dann schon mal getan, und ich bin sicher, ich bin noch nicht komplett und erschöpfend hinter all die Programme gestiegen, die Sie da öffentlicher Beschäftigungssektor genannt haben,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist doch für Sie viel zu hoch.)

oder es hat sich dergleichen dorthinter versteckt. Sie haben eine katastrophale Bilanz hingelegt, was das angeht. Sie haben nämlich über 100.000 Arbeitsplätze verloren während Ihrer Zeit. Sie haben 34 Prozent mehr Sozialhilfeempfänger produziert – trotz Ihrer Programme – und die Verschuldung ist um nicht weniger als 60 Prozent gestiegen.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, ...

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende.

Das war nicht unisono nur hier in Mecklenburg-Vorpommern so, das war in Sachsen-Anhalt noch katastrophaler, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von Berlin will ich hier erst gar nicht reden. Wir werden selbstverständlich diesen Antrag ablehnen, weil er heuchlerisch und populistisch ist und im Kern nicht dazu führt, dass die grassierende Arbeitslosigkeit verschwindet. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Timm, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag meiner Fraktion reflektiert, was wir schon im Januar dieses Jahres bei der Diskussion zum Bundesprogramm Kommunal-Kombi vermutet haben: Die Anerkennung der Notwendigkeit öffentlich geförderter Beschäftigung geschah sehr halberzig, wie um zu sagen, okay, wir machen mal ein Angebot und wenn ihr es nicht annehmt, dann habt ihr selber schuld.

Genau das hat Kollege Glawe ja auch auf der Tagung des 11. Erwerbslosenparlamentes am 7. November gesagt. Und auch Kollege Jäger stößt mit seiner Pressemitteilung in genau das gleiche Horn. Sie geben keine Antwort auf die Frage, wie wir das Problem, nämlich der Langzeitarbeitslosen, in unserem Land klären wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Darum geht es.)

Und genau das ist der Knackpunkt auch beim Kommunal-Kombi. Das müssen Sie erst mal alle verinnerlichen. Meinen Sie, Kommunen und Vereine sitzen quasi auf ihren Geldsäcken und wollen nichts ausgeben? Das ist nicht das Problem. Mecklenburg-Vorpommern hätte – und der Minister hat es gesagt – 10.385 Arbeitsplätze

fördern können. Das Land wollte nur 2.000 Stellen Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der Realität gibt es aber die 459 geförderten Arbeitsplätze. Nicht einmal da ist korrekt recherchiert worden. Und warum? Ist es vielleicht so, dass es in den Kommunen keinen Bedarf für zusätzliche Arbeitskräfte im kulturellen, sportlichen, im Jugend- und Sozialbereich oder im Umweltschutz gibt?

Mein Kollege Torsten Koplín hat hier bereits dargestellt, wie dringend in den genannten Bereichen Hilfe nötig ist. Und ich will hinzufügen: Neben dem Abbau der aktiven und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmarktinstrumente durch den Bund laufen zum Jahresende endgültig alle über das ASP-Landesprogramm geförderten Projekte aus. Also das Echo werden wir erst 2009 erleben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darunter sind Beratungsstellen des Arbeitslosenverbandes, Frauenprojekte, Kulturprojekte mit Kindern und für Kinder, Projekte, die sich mit der Integration von Menschen mit Behinderungen befassen oder sich um die Integration von Migrantinnen und Migranten kümmern. Die Nutzung des Kommunal-Kombis könnte helfen, die Arbeit fortzusetzen, und das für einen Zeitraum von drei Jahren. Ohne Aufstockung des Landeszuschusses bleibt das aber eine Illusion.

Kollege Dankert, das Programm hat sich herumgesprochen, weil Sie das in Ihrer Pressemitteilung auch so dargestellt haben. Aber die Ausfinanzierung der Stellen ist weder durch die Kommunen noch durch Vereine und Verbände zu leisten. Und bei dieser Aussage bleibe ich. Das ist die wesentliche Ursache für die geringe Nutzung des Programms.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Abzulesen ist das sowohl an der geringen Zahl der beantragten Stellen als auch an der beantragten Lohnsumme. Und in dieser Hinsicht ist es noch schlimmer gekommen, als wir nämlich im Januar gedacht haben. Sie würden es wissen, wenn Sie sich mal mit dem Problem befasst hätten. Kaum ein Beschäftigter kommt über einen Nettoverdienst von 500 bis 600 Euro hinaus. Das heißt also, und das sind Tatsachen, Herr Minister, wenn Sie sich die jetzigen Arbeitnehmer im Kommunal-Kombi angucken, für die meisten Stellen können nicht einmal die 500 Euro Bundesförderung in Anspruch genommen werden. Der Bund trägt ja nur 50 Prozent bei. Und deshalb ist Ihre Diskussion, Herr Pastörs und Herr Rühls, eben nicht korrekt. Sie haben sich nicht mit den Ansprüchen des Programms auseinandergesetzt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: So ist es.)

weil das nämlich nicht so finanziert wird, wie Sie das hier dargestellt haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wer keine Ahnung hat, soll hier nicht reden.)

So ist es.

Ihre Rechnung, Kollege Jäger, geht nicht auf,

(Zurufe von Ralf Grabow, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

denn die Kommunen werden bei einem so geringen Nettolohn eben nicht bei den Kosten der Unterkunft entlastet. Es gibt da eine ganz einfache Formel und die lautet: Je niedriger der Lohn auch im Kommunal-Kombi-Programm und je größer die Bedarfsgemeinschaft, desto

geringer ist die Chance auf eine Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft. Das ist ja wohl logisch.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das belegen die sogenannten Aufstocker bei uns im Land. Die Ursache dafür, dass die Kommunen nicht entlastet werden, liegt – und das wissen Sie – neben dem geringen Nettoeinkommen vor allem auch im System der horizontalen Anrechnung, nämlich der Einkommen der Bedarfsgemeinschaften. Wenn Sie also, und damit meine ich jetzt die Presseerklärung von Herrn Jäger, die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft entlasten wollen, dann müssen Sie entweder höhere Löhne zahlen oder am besten das System der Einkommensanrechnung bei den Bedarfsgemeinschaften auf eine vertikale Anrechnung umstellen. Andernfalls können Sie lange auf die Entlastung warten.

Summa summarum: Das Programm ist bisher bundesweit ein Flop, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb möchte ich noch mal sagen, für Mecklenburg-Vorpommern sind 495 Stellen bewilligt und 633 beantragt und von den 2.000 Stellen, die das Land bezuschussen will, sind wir doch noch meilenweit entfernt. Und deshalb müssen wir das hier thematisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt die Forderung nach Erhöhung des Bundesanteils an der Finanzierung der Stellen zu erneuern, hätte nur Sinn, wenn es wenigstens eine in Ansätzen vorhandene Bereitschaft auch der Landesregierung dafür gäbe.

Wir fordern, dass Sie ernst machen mit der Zahl von 2.000 Kommunal-Kombi-Stellen im Land. Um diese schnellstmöglich zu erreichen, muss der Landeszuschuss deutlich erhöht werden. Und deshalb bleiben wir bei unserer Forderung von 500 Euro, denn dann gibt es nämlich auch nur die 500 Euro vom Bund, das müssen Sie verstehen. Erst dann können Sie annäherungsweise den Beweis erbringen, dass die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit für Sie nicht gleichbedeutend ist mit der Akzeptanz von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung.

Ich möchte auch noch mal zum Ausdruck bringen, das Bundesprogramm Kommunal-Kombi reicht für die Sicherung der sozialen Infrastruktur, für all das, was unsere Städte und Dörfer zu einem sozialen Gemeinwesen macht, nicht aus. Dafür brauchen wir nämlich den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, dauerhaft finanziert und dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechend. Die intensive Beschäftigung mit der Problematik würde Ihnen also guttun und Ihnen wahrscheinlich auch Einsichten bringen, dessen bin ich mir sicher. Trauen Sie es sich, fangen Sie also endlich an!

Ich will noch mal auf die Diskussion eingehen, Kollege Schulte. Sie können ja mit Ihrer Senatorin in der Stadt Rostock anfangen. Die haben Sie ja und die können Sie davon überzeugen, Kommunal-Kombi zu diesen jetzigen Bedingungen zu machen,

(Reinhard Dankert, SPD: Dann ist das Geld weg.)

wenn es nicht geändert wird.

Bei allen Sympathien für ÖBS, das reicht uns eben nicht aus. Wir meinen, es müssen Taten folgen, das heißt also Regierungshandeln. Was anderes bringt uns nichts. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1955. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1955 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Schaffung einer Nationalen Küstenwache, Drucksache 5/1970.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Schaffung einer Nationalen Küstenwache
– Drucksache 5/1970 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Schaffung einer Nationalen Küstenwache“, so ist der Titel des hier vorliegenden Antrages meiner Fraktion. Wir Liberalen sehen ein Problem darin, dass in der Bundesrepublik 30 verschiedene Ämter aus fünf Bundesministerien und aus fünf Bundesländern beim Thema Sicherheit an unserer mecklenburg-vorpommerschen Ostseeküste aktiv sind. Wir sollten dort schnellstmöglich in Abstimmung mit unseren Nachbarbundesländern und der EU zu einer Zusammenführung und somit zu einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung kommen. Der jetzige Zustand ist eben nicht nur aus unserer Sicht mehr als unhaltbar.

Seit 2003 existiert in Cuxhaven das Havariekommando sowie das Maritime Sicherheitszentrum, kurz MSZ. Dieses wurde 2007 eingerichtet. Das Zentrum ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer, zu denen wir als Mecklenburg-Vorpommern bekanntermaßen auch gehören. Das dort stationierte gemeinsame Lagezentrum See umfasst alle Behörden und versucht, eine gemeinsame Koordination auf den Weg zu bringen.

Das Maritime Sicherheitszentrum umfasst dabei folgende Behörden: die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung im Maritimen Sicherheitszentrum, die Bundeszollverwaltung, die Bundespolizei, die Wasserschutzpolizei sowie die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Dies sind fünf Bundesbehörden, die doch eigentlich die gleiche Aufgabe haben, nämlich den Schutz der Küstengewässer im Falle einer Havarie, eines Terroranschlags oder sei es einfach die Überwachung der Küste. Kompetenzüberschneidungen ergeben sich zum Beispiel im Bereich der Fischereiaufsicht. Neben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sind auch hier die Bundespolizei, die Bundeszollverwaltung und auch noch die Wasserschutzpolizei zuständig. Warum das so ist, das verstehe, wer will.

Nach der Havarie der „Pallas“ im Jahr 1998 in der Deutschen Bucht wurde eine Expertenkommission gebildet. Diese legte im Jahr 2000 ihren Bericht vor, ganz klar ihre Empfehlung in die Richtung, dass Deutschland gut beraten wäre, eine Nationale Küstenwache zu schaffen. Doch bis heute ist leider in diesem Themenfeld nichts weiter passiert. Stattdessen wurden über ein hoch kompliziertes Verwaltungsverfahren Verwaltungsverträge für ein organisiertes Maritimes Sicherheitszentrum eingerichtet.

Die Kritik an dem Sicherheitszentrum ist bis heute nicht abgerissen. Nicht nur vonseiten der Politik, sondern vielmehr auch vonseiten des Bundesrechnungshofes, von Umweltschutzorganisationen und anderen Verbänden kam immer mehr Kritik. Der Bundesrechnungshof hat zu Recht angemerkt, dass mit der Einführung des Maritimen Sicherheitszentrums es keine wirkliche Zusammenführung von Aufgaben gegeben hat. Vielmehr werkelt man lieber nebenher immer weiter so.

Wir fordern nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das hat meine Fraktion im Bundestag bereits im März 2008 getan,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Auch Landtag.)

dass es endlich zu einer Bündelung der Kräfte kommt und eine echte Nationale Küstenwache geschaffen wird!

Als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sollten wir an solch einer erwünschten Entwicklung sehr interessiert sein. Unser Land muss dann auch Kompetenzen abgeben. Das wird manchem hier wehtun, aber für eine sinnvolle Lösung sollte dies uns wert sein. Und wir Liberalen stehen mit dieser Forderung ja nicht allein. Ich will die Kolleginnen und Kollegen der SPD und CDU daran erinnern, auch an das Papier Ihrer Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2004, dass selbst Ihre Bundestagsfraktion

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was heißt denn selbst? Was heißt denn selbst?)

der Schaffung einer Nationalen Küstenwache grundsätzlich nicht mehr im Wege stehen würde. Nur der Bundesverkehrsminister – auch SPD-Mitglied – sieht dies leider anders. Leider wurde dieses Thema aus Gründen, die ich hier heute nicht zu kommentieren habe, aus dem Aufgabenkatalog der Föderalismuskommission II gestrichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schade.)

Mecklenburg-Vorpommern muss allein schon aus Gründen des Selbstinteresses den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, dass sie sich zeitnah mit diesem Thema beschäftigt. Dazu müssen auch Gespräche mit den anderen Küstenländern geführt werden, da sie nur mit einer Stimme wirklich gemeinsam agieren können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist das große Problem.)

Und da sehen wir es als Aufgabe des neuen Verkehrsministers und auch des Innenministers, der leider heute hier nicht anwesend ist, die Gespräche mit den anderen Küstenländern zu suchen, insbesondere mit Niedersachsen, welches sich bisher gegen die Schaffung einer Nationalen Küstenwache ausspricht, bevor die Länder- und Bundeskompetenzen nicht klar geregelt sind.

Ich will den Minister Schlotmann und den Minister Caffier bitten, sich neben anderen Projekten, die wir ebenso als wichtig erachten, der Schaffung einer Nationalen Küstenwache als einem weiteren Schwerpunkt in ihrem Arbeitsprogramm anzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Mit unserer Unterstützung können Sie dabei jedenfalls rechnen.

Uns Liberalen ist es in diesem Rahmen noch wichtig zu sagen, es gibt bei der Überlegung zur Schaffung einer Küstenwache auch die Idee, die Bundeswehr mit einzubinden. Ich möchte noch einmal eindringlich auf die Trennung von äußerer und innerer Verteidigung hinwei-

sen. Die neu zu schaffende Küstenwache soll geografisch für die Seehäfen, die Hoheitsgewässer, die 12-Seemeilen-Anschlusszone sowie für die ausschließliche Wirtschaftszone zuständig sein. Und davon ist die Bundeswehr generell nicht betroffen, das will ich noch mal klarstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Nach Auffassung der FDP sollte die Küstenwache darüber hinaus unter anderem für den gesamten Bereich der Erforschung und Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs zuständig sein sowie die Abwehr von externen Gefahren für den Seeverkehr und die Umwelt und die Aufgaben der Bundespolizei See der Fischereiaufsicht und der Zollkontrolle zur See übernehmen.

Die Küstenwache soll weiterhin die Einhaltung und Überwachung nationaler und internationaler Gesetze zum Beispiel der Hafentaatenkontrolle sicherstellen. Auch polizeiliche Aufgaben wie die strom- und wasserschiffahrtspolizeilichen Aufgaben des Wasser- und Schifffahrtsamtes, die allgemeine Gefahrenabwehr auf See und die Abwehr von schwerstrafbarem sowie terroristischer Gefahren muss die neue Küstenwache übernehmen. Die Möglichkeit der Amtshilfe bliebe aber davon völlig unberührt.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Die Schaffung der Nationalen Küstenwache ist in zwei Schritten zu realisieren, erstens die Bündelung aller Bundeszuständigkeiten und zweitens die Übertragung der entsprechenden Landeskompetenzen auf den Bund durch eine entsprechende Grundgesetzänderung. Ich bitte Sie aus diesem Grund, unserem Antrag zuzustimmen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten – in Vertretung des Innenministers Herrn Caffier – die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Kuder. Frau Kuder, Sie haben das Wort.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der FDP beantragt, die Landesregierung aufzufordern, bei der Bundesregierung dafür zu werben, dass eine Nationale Küstenwache geschaffen wird. In Ihrer Begründung lese ich leider nur Behauptungen: Ein Kompetenzgerangel zwischen Bund und Küstenländern soll es geben, eine Nationale Küstenwache könnte zu einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung führen. Deswegen sollten wir das auch gleich umsetzen. Unzureichende föderale Kompetenzverteilungen soll es auch geben. Wo sind Ihre Analysen?

Sie wollen Kompetenzen von Bund und Ländern auf der Ostsee beim Bund bündeln.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Wenn Sie so mutig Landeskompetenzen abgeben wollen, warum beziehen Sie die Bundesmarine nicht gleich mit ein?

(Michael Roof, FDP: Das hat er gesagt.)

Das ist inkonsequent, meine Damen und Herren, und lässt viele Fragen offen. Und ich glaube, Sie schauen manchmal zu viel Fernsehen. Die schöne Küstenwachewelt, die im Fernsehen geschauspielert wird, gibt es in Wirklichkeit nicht, und wird es auch nie geben.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist aber billig, was Sie da vortragen.)

Es ist alles ein bisschen komplexer, wenn man genauer hinschaut.

(Michael Roof, FDP: O Mann, o Mann!)

Meine Damen und Herren, seit dem „Pallas“-Unglück auf der Nordsee vor zehn Jahren ist ein fruchtbarer Prozess in Gang gesetzt worden, der zu einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden geführt hat. Zwei Meilensteine auf diesem Weg, den im Übrigen die Regierungen des Bundes und der Küstenländer einvernehmlich gegangen sind, sind die Bildung des Havariekommandos und des Maritimen Sicherheitszentrums.

Kernstück ist das Gemeinsame Maritime Lagezentrum, das zu Beginn des Jahres 2007 seinen Betrieb aufgenommen hat. In diesem arbeiten die beteiligten Behörden des Bundes, das Havariekommando und die Wasserschutzpolizeistelle der fünf Küstenländer unter Beibehaltung der jeweiligen Zuständigkeiten quasi als Netzwerk zusammen. Von hier aus werden die in Nord- und Ostsee eingesetzten polizeilichen Küstenstreifenboote und andere Einsatzmittel durch einen gemeinsamen Rund-um-die-Uhr-Lagedienst und orientiert an einem behördenübergreifenden gemeinsamen maritimen Lagebild koordiniert. Die Erhaltung und Förderung unterschiedlicher Perspektiven und deren Einbringen in ein gemeinsames Netzwerk ermöglichen es, Probleme zu erkennen und rechtzeitig zu bearbeiten. Die Zusammenarbeit in Cuxhaven, meine Damen und Herren, klappt hervorragend.

Meine Damen und Herren, die Schaffung einer Nationalen Küstenwache unter Leitung des Bundes würde eine Grundgesetzänderung erforderlich machen,

(Michael Roof, FDP:
Das hat Herr Leonhard gesagt.)

ohne dass ein deutlich sichtbarer Sicherheitsgewinn eintreten würde.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Mit einem derartigen Modell würde das Land alle Zuständigkeiten zur Gefahrenforschung und -abwehr an der Küste an den Bund verlieren. Die Aufgaben der allgemeinen und besonderen Gefahrenabwehr im Küstenmeer nehmen nach Artikel 30 Grundgesetz grundsätzlich die Länder wahr. Mit der Einrichtung einer Nationalen Küstenwache würde der Bund für die Gefahrenabwehr zuständig sein. Wollen Sie das in der Endkonsequenz wirklich?

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein Wolfgang Kubicki will es jedenfalls nicht. In seinem Redebeitrag vom 12. November 2008 zum zehnten Jahrestag des „Pallas“-Unglücks positionierte sich Ihr Parteifreund dezidiert gegen die Forderung nach einer einheitlichen Küstenwache.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Er konzidiert, ich zitiere, „dass in der Folge dieses Unglücks die notwendigen Konsequenzen gezogen worden sind und wir inzwischen seit 2005 über ein einheit-

liches Havariekommando, das Maritime Sicherheitszentrum in Cuxhaven, verfügen.“ Und Kubicki führt weiter aus: „Wer vor diesem Hintergrund trotzdem noch nach einer weitergehenden Kompetenzbündelung ruft, wer nach einer einheitlichen Küstenwache nach amerikanischem Vorbild ruft, dem widerspreche ich an dieser Stelle nachdrücklich. Eine Aufgabenwahrnehmung à la Coast Guard in den USA ist für die Bundesrepublik aber keinesfalls eine bessere Lösung – im Gegenteil. Sie gefährdet unser föderales System.“ Ende des Zitats.

Diesen Äußerungen Ihres Parteifreunds ist nicht zu widersprechen. Ich sehe derzeit jedenfalls keinen Anlass, die verfassungsmäßige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern für den Bereich des Küstenmeeres infrage zu stellen und Zuständigkeiten der Polizei, die neben dem Kulturbereich die Kernkompetenz im föderalen System abbildet, ohne zwingende Notwendigkeit auf eine Bundesbehörde zu übertragen. Behördenübergreifendes Verwaltungshandeln wird im Allgemeinen durch Koordinierung und nicht durch Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten gelöst. Komplexe Situationen, die die Zuständigkeit mehrerer Behörden berühren, kommen überall vor und sind kein Exklusivtatbestand für die See.

Die Kompetenzverteilung im maritimen Bereich ist nur ein Spiegelbild der bestehenden Aufgabenvielfalt, die in jeder modernen Verwaltung durch jeweils spezialisierte Behörden wahrgenommen wird. Hier unterscheidet sich der Seebereich nicht grundsätzlich von der Aufgabenwahrnehmung an Land, wo noch niemand die Zusammenlegung aller Ministerien und Behörden zu einer einzigen Verwaltungseinheit gefordert hat. Die Küstenländer haben mit der Einrichtung einer gemeinsamen Leitstelle der Wasserschutzpolizei in Cuxhaven bereits eine sehr gute Basis für die Koordinierung ihrer Ressourcen geschaffen. Dieser Weg soll weiter beschritten werden.

Hierzu befinden sich die Regierungschefs der norddeutschen Länder unter Einbeziehung der zuständigen Fachressorts in einem intensiven gemeinsamen Prüfungs- und Abstimmungsprozess. In diesem Verfahren wird allerdings der sorgfältigen Prüfung geeigneter Lösungsmöglichkeiten der Vorrang vor Patentrezepten und Schnellschüssen gegeben.

Für die besondere Situation einer Katastrophe oder komplexen Schadenslage ist eine einheitliche Führungsverantwortung durch das Havariekommando bereits geschaffen worden. Durch die Verzahnung zwischen dem gemeinsamen Lagezentrum See mit dem Bestandteil Wasserschutzpolizeileitstelle und dem Havariekommando sind ein enger Informationsverbund sowie ein lückenloser Übergang vom Alltagsgeschäft zum Notfallmanagement sichergestellt. Im Rahmen der Terrorismusabwehr sind durchaus Szenarien denkbar, die den Einsatz der Deutschen Marine erforderlich machen könnten. Aber Sie wissen alle, wie schwer man sich in Berlin mit der Lösung dieses Problems tut. Ein Regelungs- oder Organisationsdefizit beziehungsweise in Ihren Worten ein Kompetenzgerangel, das nur durch eine Nationale Küstenwache zu beseitigen wäre, ist nach alledem nicht erkennbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sofern Sie bereits jetzt eine Nationale Küstenwache für erforderlich halten, müssen Sie die Defizite der heutigen Organisation für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bund und Ländern sowie die Vor- und Nachteile einer Nationalen Küstenwache in der Alltagsor-

ganisation und in Sonderlagen konkret darstellen. Dazu habe ich von Ihnen bisher nichts vernommen. Wo ist Ihre Analyse zu den jeweiligen Aufgaben und deren Schnittstellen? Sie liegt nicht vor und ist von Befürwortern einer Nationalen Küstenwache noch nicht erarbeitet worden. Behauptungen helfen hier nicht weiter.

Sagen Sie mir doch bitte, warum Sie keine fachlichen Zusammenhänge zwischen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf dem Festland sowie der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Küstenmeer sehen und deshalb keine Zuständigkeit aus einer Hand, nämlich der Landespolizei wünschen! Und das Tourismus- und Küstenland Mecklenburg-Vorpommern ohne eigene wasserschutzpolizeiliche Kräfte im Küstenmeer? Das kann und mag ich mir nicht vorstellen.

Noch ein Wort zu Europa: Die Europäische Kommission sieht in der Organisation der Deutschen Küstenwache als Netzwerk im Maritimen Sicherheitszentrum ein gelungenes Beispiel integrativer Meerespolitik und verwirklichter Subsidiarität. Dieser Befund ist auch für die Bewertung von Initiativen wie der Europäischen Küstenwache von Bedeutung. Entsprechende Vorschläge im Blaubuch Meerespolitik bestätigen den deutschen Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den eben geschilderten Gründen plädiere ich für eine Ablehnung des Antrages der Fraktion der FDP. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Timm von der SPD.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Kollege Leonhard! Wenn Sie in eine mecklenburg-vorpommersche Hafenstadt gucken – meinetwegen Rostock oder Rostock-Warnemünde –, dann sehen Sie da am Kai ein grün-weißes Behördenschiff mit der Aufschrift „Küstenwache“ liegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Nun könnte man die Vermutung haben, dass Sie das nicht gesehen haben. Ich gehe aber davon aus, dass Sie wissen, was mit dieser Bezeichnung „Küstenwache“ gemeint ist.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Ihr Antrag unterstellt allerdings, es gebe sie nicht. Sie könnten sagen, da, wo „Küstenwache“ draufsteht, ist nicht Küstenwache drin. Aber das sagen Sie nicht. Insofern kann ich auch meiner Vorrednerin Frau Ministerin Kuder nur recht geben: Solange eine Analyse über die Defizite der bisherigen Struktur nicht vorliegt, sollten wir über Lösungen in Ihrem Sinne, die mit einer Bitte an die Bundesregierung gerichtet sind, erst einmal zurückhaltend sein. Ich will Ihnen sagen, warum.

In Ihrem Antrag sprechen Sie ein bisschen missverständlich, würde ich jetzt mal sagen, von innerer und äußerer Verteidigung. Ich weiß nicht, was Sie damit meinen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich auch nicht.)

Die Polizei ist zuständig für Gefahrenabwehr und für Strafverfolgung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Das Wort „innere“ Verteidigung ist auch ein bisschen missverständlich im Blick auf den Feind, den man dann definieren müsste, Herr Leonhard, den ich aber nicht kenne, jedenfalls nicht bei der Polizei. Deswegen will ich darauf hinweisen, dass unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern relativ fortschrittlich die Diskussion über die Zusammenführung von polizeilichen Aufgaben beim Bund im Rahmen der Diskussionen der Föderalismuskommission I geführt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So war das, richtig.)

Und zwar ging es gemeinsam mit Schleswig-Holstein gerade darum, bestimmte Spezialaufgaben der Länderpolizeien – und dazu zählt der Küstenschutz – beim Bund zusammenzuführen. Das wurde nicht gewollt. Ich weiß jetzt nicht, wie die FDP des Landes Mecklenburg-Vorpommern damals darüber gedacht hat, aber im Ergebnis jedenfalls ist dies nicht gelungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Völlig richtig.)

Es gibt eine Spezialaufgabe, die beim Bund zusammengeführt wurde. Das ist, wie wir ja schon gestern diskutiert haben, die Terrorabwehr beim Bundeskriminalamt. Und welche Schwierigkeiten es bereitet, die Instrumente zu definieren, die für diese Terrorabwehr beim BKA erforderlich sein sollen, haben wir gestern und auch in den letzten Tagen erlebt. Insofern bin ich davon überzeugt, dass man hier eine neue Grundgesetzdebatte über die möglicherweise veränderte Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern bei den polizeilichen Zuständigkeiten derzeit völlig ergebnislos führen würde. Das bringt uns nichts. Aber trotzdem, meine ich, lohnt es sich, mal hinzuschauen, wie die Aufgabenzuordnung auf den verschiedenen Behördenfahrzeugen in den Häfen, die man beobachten kann, derzeit aussieht.

Schauen Sie, in einem Hafen kann Ihnen Folgendes passieren: Da liegt an einem Kai ein Schiff der Wasserschutzpolizei Mecklenburg-Vorpommerns – blau-weiß. Daneben liegt ein Schiff der Fischereiaufsicht des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, baugleich zum Teil – auch blau-weiß. Dann liegt da ein Schiff der Feuerwehr – Zuständigkeit Kommune, daneben ein Schiff der Bundespolizei mit der Aufschrift „Küstenwache“ – grün-weiß. Dann kann da noch ein Schiff des Bundes liegen – auch grün-weiß – mit der Aufschrift „Fischereiaufsicht des Bundes“. Daneben könnte noch ein Schiff des Bundes liegen mit der Aufschrift „Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie“, für Zoll und Bundeswehr und vieles mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch richtig.)

Das Problem, das ich sehe, ist nicht, dass die Aufgaben etwa alle die gleichen wären, wie Sie sagen, als würden alle Schiffe die gleichen Aufgaben wahrnehmen. Die Schiffe nehmen alle verschiedene Aufgaben des Bundes, der Länder und der Kommunen wahr und jede Ebene – Bund, Länder und Kommunen – hat dafür eigene Schiffe. Ob das nötig ist, dass man für jede Aufgabe ein Schiff hat, oder nicht für verschiedene Aufgaben ein und dasselbe Schiff benutzen kann, das ist eine entscheidende Frage.

(Michael Roof, FDP: Eben.)

Das ist aber keine Frage nach den grundgesetzlichen Veränderungen, die wir brauchen würden, sondern danach, wie wir die vorhandenen Ressourcen effektiver einsetzen.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Ein Beispiel: Man könnte ja mal darüber nachdenken, ob nicht – andere Bundesländer, in diesem Fall Schleswig-Holstein, praktizieren das bereits – auf einem Schiff zwei Aufgaben wahrgenommen werden können, nämlich wasserschutzpolizeiliche und fischereiaufsichtliche. Diese Schiffe fahren raus, kontrollieren die Fischereiboote, kontrollieren meinetwegen Sportboote und viele mehr. Und ob da nun zwei Schiffe rausfahren oder ein Schiff rausfährt, ist rechtlich unerheblich. Für den Haushalt ist es nicht ganz egal, ob man diese Schiffe in verschiedenen Reedereien bereedert, könnte man mit dem zivilen Wortschatz sagen, oder das sozusagen zusammenfasst.

Im Blick auf die Arbeit des Havariekommandos in Cuxhaven, wozu Frau Ministerin Kuder auch schon einiges gesagt hat, will ich noch Folgendes sagen: Auch da ist es nicht so, Herr Leonhard, dass da etwa Aufgaben zusammengefasst werden sollten, sondern da ist es so, dass in einem Havariefall unter einer einheitlichen Führung die verschiedenen Aufgabenträger einheitlich geführt werden. Das ist der entscheidende Vorteil des Havariekommandos in Cuxhaven und mir ist nicht zu Ohren gekommen, dass bislang seit 2003 an der Stelle irgendwelche Defizite aufgetreten sind, die es vorher gab, siehe „Pallas“.

Und der zweite Teil, Maritimes Lagezentrum in Cuxhaven, ist bislang auch nach meinem Kenntnisstand nicht als defizitär aufgefallen. Insofern würde ich sagen, dass der im Einsatzfall und im Blick auf die Lagebilder Cuxhaven seit 2003 ein erheblicher Fortschritt ist gegenüber der Zeit davor, und ich würde jetzt auch nicht darüber diskutieren, ob man die Aufgabenzuordnung der verschiedenen Behörden, die in Cuxhaven zusammengefasst sind, neu ordnen soll.

Eine Anregung allerdings – und das, meine ich, wäre eine Überlegung wert, allerdings nicht auf der Basis Ihres Antrages, Herr Leonhard, sondern damit könnte sich der Innenausschuss tatsächlich mal befassen – wäre die Frage, ob nicht wir in Mecklenburg-Vorpommern jenseits der Frage, was Bund und Kommunen machen, darüber nachdenken sollten, die verschiedenen, zugegebenermaßen im Haushaltssinne teuren Ressourcen, die wir an der See haben – die gleichen haben wir auch in der Luft mit den Hubschraubern –, effektiver nutzen können, indem wir verschiedene Aufgaben auf denselben Schiffen wahrnehmen lassen. Das wird billiger und da lässt sich vielleicht auch mal mit einem Blick über die Grenze zum Nachbarland Schleswig-Holstein dieses oder jenes an Analyse bekommen. Dafür könnte ich mich erwärmen. Ihren Antrag allerdings müssen wir ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Timm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Měšťan von der Fraktion DIE LINKE.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem die „taz“ am 13. November unter der Überschrift „Aus dem Fall ‚Pallas‘ lernen, heißt schützen lernen“ über die Diskussion im Kieler Landtag berichtet hatte, mochte ich zunächst einfach nicht glauben, was dort berichtet wurde. Gleichzeitig aber empfand ich so etwas wie großes Mitleid mit unseren sechs Kollegen und der einen Kollegin der FDP-Fraktion unseres

Landtags. Die Diskussion in Schleswig-Holstein und vor allem die Positionierung der dortigen FDP hat den vorliegenden Antrag eigentlich zur Makulatur werden lassen.

Meine Damen und Herren, der uns vorliegende Antrag trägt das Datum 5. November 2008. Eine Woche später wird aus Sicht Schleswig-Holsteins die Sinnhaftigkeit des Anliegens des Antrags bezweifelt, und zwar nicht durch irgendwen, sondern durch den Fraktionschef Kubicki.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Da kann man nur sagen, Herr Leonhard, ziehen Sie den Antrag besser zurück, telefonieren Sie mit Wolfgang Kubicki und klären Sie auf kurzem Wege die unzureichende föderale Abstimmung der Küsten-FDP. Anderenfalls – und da bin ich in der Nähe meiner Vorredner – blamiert sich nicht allein die FDP und das liegt dann nicht mehr im Interesse von Mecklenburg-Vorpommern. Und da Sie in der Begründung Ihres Antrags unzureichende föderale Kompetenzverteilungen thematisieren, empfehle ich, zu dem Treffen mit Kubicki auch Ihre Fachkollegen aus Sachsen-Anhalt einzuladen. Diese behaupten nämlich in einem Landtagsantrag vom Juni dieses Jahres das Gegenteil.

Meine Damen und Herren, auch für den Küstenschutz gilt selbstverständlich, dass nichts so gut ist, als dass es nicht noch zu verbessern wäre. Wenn von See- und Küstenschutz und den Interessen der betroffenen Küstenländer die Rede ist, wie in dem vorliegenden Antrag, dann gehört aus meiner Sicht schon einiges dazu, das im Jahr 2003 von Bund und Ländern in Cuxhaven eingerichtete Havariekommando und das Maritime Sicherheitszentrum mit keiner Silbe im Antrag zu berücksichtigen. Da nützt es auch nichts, wenn Sie anschließend hier dazu sprechen.

Das Havariekommando als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer hat am 1. Januar 2003 seinen Dienst aufgenommen. Es gewährleistet ein gemeinsames Unfallmanagement auf Nord- und Ostsee. Es bündelt die Verantwortung für die Planung, Vorbereitung, Übung und Durchführung von Maßnahmen zur Verletztenversorgung und ich kann noch hinzufügen, ohne dass das vollständig ist, Maßnahmen zur Schadstoffunfallbekämpfung, zur Brandbekämpfung, zur Hilfeleistung bei komplexen Schadenslagen auf See.

Meine Damen und Herren, das alles ist bekannt und wurde seinerzeit bei uns im Innenausschuss auch intensiv beraten.

Es spricht aber auch nichts dagegen, meine Damen und Herren, dass man nach fünf Jahren Bilanz zieht, denn auch die Sicherheitslage auf See kann im Grunde niemals abschließend beraten werden. Prinzipiell gilt es, die Frage zu beantworten, ob Havariekommando und Maritimes Sicherheits- und Lagezentrum abgestimmt und effektiv arbeiten und reagieren können, ob hier Optimierungen möglich und nötig sind oder aber, wie es der FDP-Antrag suggeriert, ob das deutsche Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern zu einem Sicherheitsrisiko für die Küstenländer geworden ist, das allein durch das Aufstellen einer Nationalen Küstenwache beherrschbar wäre.

Zur Klärung trägt der Antrag selbst nichts bei. Meine Fraktion wird jedenfalls die Landesregierung nicht auffordern, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und für eine – das sage ich ausdrücklich als Zitat von Kubicki – neue „Superbehörde“ zu werben. Ich werbe vielmehr

dafür – und da nähere ich mich etwas den Ausführungen meines Vorredners Herrn Dr. Timm –, den Innenminister zu bitten, im Innenausschuss nach fünf Jahren eine Art Bilanz zu ziehen, gegebenenfalls Probleme aufzuzeigen und auf dieser Grundlage politischen Handlungsbedarf zu definieren. Dieser Weg scheint mir sachlich hilfreicher, förmlich angemessener und dem Anliegen dienlicher, soweit das Anliegen über Profilierung in der Öffentlichkeit hinausgeht. Und genau hier bestehen beim vorliegenden Antrag erhebliche Zweifel, den meine Fraktion deshalb ablehnt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Měšťan.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Holznagel von der CDU.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Forderung nach einer Nationalen Küstenwache ist nicht neu. Sie ist in diesem Landtag nicht neu, sie ist insbesondere für meine Fraktion nicht neu, sie ist auf der Bundesebene nicht neu und sie ist in unseren Nachbarländern auch nicht neu. Sie ist vor allen Dingen aber auch nicht so einfach und nicht so einfach umzusetzen, wie dies mit dem vorliegenden Antrag suggeriert wird.

Es handelt sich dabei um ein Thema von vielen Maßnahmevorschlägen, die seit der Havarie der „Pallas“ vor zehn Jahren vor der Küste von Amrum zur Erhöhung der Schiffssicherheit diskutiert werden. Der Vorschlag einer Nationalen Küstenwache ist nur im Komplex mit dem Thema maritime Sicherheit zu sehen. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat das Thema maritime Sicherheit seit mehr als acht Jahren zu einem seiner Schwerpunktthemen insbesondere in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemacht. Das Thema war Gegenstand zahlreicher Debatten und Beschlüsse in diesem Haus. Wir waren und sind anerkanntermaßen auf parlamentarischer Ebene der Motor für dieses Thema im gesamten Ostseeraum und darüber hinaus. Wir haben es im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorangetrieben, über die Ostseeparlamentarierkonferenz hinaus und unmittelbar im Rahmen der Ausübung des Beobachterstatus der Landtagspräsidentin bei der HELCOM-Konferenz auf der europäischen Ebene.

Dabei hat uns die Erkenntnis umgetrieben, dass ein großer Tankerunfall vor unseren Küsten die Gefahr in sich birgt, dass die Tourismuswirtschaft in diesem Bereich für Jahre zum Erliegen kommt oder kommen könnte. Von daher konnte es kaum etwas Wichtigeres geben, als sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, dass Maßnahmen ergriffen werden, die dieses Risiko so weit wie möglich minimieren. Es gilt, Umwelt, Ostseeereinheit und Küsten zu bewahren. Viele Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass die Ostsee trotz ständig steigenden Verkehrsaufkommens sicherer geworden ist. Dabei geht es um Maßnahmen auf internationaler Ebene, auf der europäischen Ebene und auf der nationalen Ebene.

Lassen Sie mich vielleicht einige davon schlaglichtartig aufzählen, um die gesamte Dimension der Entwicklung zu verdeutlichen. Zu den Maßnahmen auf der Ebene der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) gehören die Verschärfung von Sicherheitsstandards und Bauvorschriften für Öltanker, die Einführung bordeigener Notfallpläne bei Meeresverschmutzungen durch schädliche flüssige Stoffe, die Neufassung des Kapitels 5

des SOLAS-Übereinkommens, mit dem die Welthandelsflotte verpflichtet wurde, sich nach einem genauen Einphasungsplan mit Schiffsidentifizierungstranspondern, AIS und Schiffsdatenschreibern auszurüsten, die IMO-Entschließung zur Beschleunigung der Ausphasung von Einhüllentankern – der letzte Einhüllentanker wird 2015 hoffentlich verschwinden –, die Ausweisung der Ostsee als besonders empfindliches Meeresgebiet. Im Zuge dessen sind weitere Maßnahmen geplant. Die betreffen die Verkehrsüberwachung, ferner neue Routensysteme, zum Beispiel in der südlichen Ostsee, den Einsatz von Begleitschleppern, um Grundberührungen zu vermeiden, verbesserte Lotsendienste, insbesondere in gefährdeten Meerengen, und die Benennung von Gebieten, die vom Schiffsverkehr zu meiden sind.

Zu den Maßnahmen auf europäischer Ebene gehören unter anderem das sogenannte „Erika“-Paket – darauf haben wir schon Bezug genommen –, zum anderen verschiedene Richtlinien und Verordnungen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr und zur Vermeidung von Umweltverschmutzungen durch Schiffe sowie zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen.

Unter den getroffenen Maßnahmen haben wir die Einführung eines maritimen Verkehrssicherungssystems mit Verkehrszentralen an den wichtigsten Schifffahrtsstraßen, eine Vereinbarung mit privaten Unternehmen zur Vorhaltung von Hubschrauberkapazitäten zum raschen Einsatz von Notfällen, das Konzept der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, eine küstenweite funktechnische Abdeckung des gesamten deutschen Bereichs der Nord- und Ostseeküste mit AIS, Landesempfangsstationen und entsprechender AIS-Infrastruktur aufzubauen, die Weiterentwicklung des Seelotsenwesens und viele andere Dinge. Natürlich gehört dazu eben auch die Einrichtung eines Havariekommandos mit allem, was schon ausgeführt wurde.

Ich denke, meine Damen und Herren, es ist also in den vergangenen Jahren eine ganze Menge zur Verbesserung der maritimen Sicherheit geschehen. Nur eine Nationale Küstenwache gibt es noch nicht. Dabei geht es im Kern um die unterschiedlichen Bundes- und Länderzuständigkeiten in diesem Bereich.

Diese Zuständigkeiten, meine Damen und Herren von der FDP, sind im Grundgesetz geregelt, wie Sie es schon richtig gesagt haben. Wenn wir diese ändern wollen, dann müssen wir das Grundgesetz ändern. Und das geht mit Sicherheit nicht so leicht, dass die Landesregierung sich mal fix auf der Bundesebene für eine Nationale Küstenwache einsetzt. Dazu muss in der ganzen Republik auf Bundes- und Länderebene der Wille dafür da sein, das Grundgesetz zu ändern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und dann müssen auch die Bundesländer, die nicht an der Küste liegen, und der Bund davon überzeugt sein, dass eine solche Änderung vorgenommen werden soll und dass sie so wichtig ist.

Meine Damen und Herren von der FDP, es ist ja nicht so, als wenn wir nicht auch dieses schon versucht hätten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist der Punkt. – Gino Leonhard, FDP: Aha!)

Im Rahmen der vergangenen Föderalismusreform waren wir, der Landtag Mecklenburg-Vorpommern und der Landtag Schleswig-Holstein, sogar bereit – und dies war

im Rahmen der damaligen Diskussion schon ein außergewöhnlicher Vorgang –, Länderkompetenzen an den Bund abzugeben,

(Gino Leonhard, FDP: Guck an!)

um genau zu dieser Konzentration der Zuständigkeiten in diesem Bereich zu kommen.

(Michael Roof, FDP: Also ist sie doch sinnvoll!)

Dazu haben wir über die Parlamentspräsidentenkonferenz die Einführung einer Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz des Bundes vorgeschlagen zum Zweck der Bündelung der Aufgaben der maritimen Dienste im Bereich des Küstenmeeres, zur Verbesserung der maritimen Sicherheit sowie zur Schaffung einer europatauglichen nationalen Verwaltungsstruktur im Bereich der hoheitlichen Aufgaben auf See.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Konkret ging es um die Änderung des Artikels 74 Absatz 1 Nummer 21, des Artikels 87 und des Artikels 89 Absatz 2 des Grundgesetzes. Die entsprechenden Formulierungsvorschläge, meine Damen und Herren der FDP, kann ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen, damit Sie damit bei Ihren Länderkollegen nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und vor allem auch in Bayern zur Unterstützung Ihres Anliegens für die Unterstützung einer entsprechenden Grundgesetzänderung werben können.

Diese Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes fußten auf entsprechenden Beschlüssen der Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hatte sich dazu im Rahmen einer Entschließung bei der Verabschiedung des Gesetzentwurfes zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements auf der Nord- und Ostsee positioniert.

Meine Damen und Herren, im Rahmen seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung maritime Sicherheit im Ostseeraum hatte es der Landtag Mecklenburg-Vorpommern als notwendig angesehen, eine einheitliche und mit umfassenden und weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Küstenwache einzurichten

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

sowie ein daraus hervorgehendes Havariekommando mit einer gegenüber allen auf See zuständigen Behörden weisungsbefugten Führung einzusetzen, dessen Verantwortung und Entscheidung in einer Hand liegt. Dazu war auch eine entsprechende Grundgesetzänderung als notwendig angesehen worden und das haben wir bereits im Landtag debattiert. Die Einrichtung des Havariekommandos auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen dem Bund und den Küstenländern war vom Landtag nur als ein Zwischenschritt auf dem Weg zur notwendigen weiteren Kompetenzbündelung der hoheitlichen maritimen Dienste angesehen worden. Der Landtag war hier schon wesentlich weiter als heute.

Der Landtag hatte daher einen Beschluss vom 25. Juni 2002 – Sie können es nachlesen – zur Verabschiedung der entsprechenden Bund-Länder-Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den fünf Küstenländern zur Errichtung eines Havariekommandos für die Nord- und Ostsee gefordert. Dass weitergearbeitet werden muss, gehörte zu dieser Forderung, um eine grundlegende Neustrukturierung des maritimen Sicherheitskonzeptes der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.

Eine gemeinschaftliche Wahrnehmung von Bundes- und Länderaufgaben auf See muss das Ziel sein, aber es geht nur durch eine Änderung der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung. Und da liegt der Hase auch heute noch oder besonders heute im Pfeffer.

(Gino Leonhard, FDP, und
Michael Roof, FDP: Wasser!)

Nach Auffassung des Landtages war die Optimierung der Kooperation vieler Einrichtungen auf der Grundlage der gegenwärtigen grundgesetzlichen Kompetenzverteilung an ihre Grenzen gelangt. Vielleicht lag diese Einsicht auch daran, dass damals die Havarie noch in guter Erinnerung war. Zur weiteren Verbesserung der Sicherheit war die Schaffung einer modern ausgerüsteten, in Nord- und Ostsee operationsfähigen und ständig präsenten echten Küstenwache als erforderlich angesehen worden, die bei Zwischenfällen gegenüber fremden Schiffen sofort eingreifen kann und von diesen auch respektiert wird.

Der Landtag hatte anerkannt, dass mit der Gründung des Havariekommandos die bisherige Situation zwar verbessert war, aber auch hervorgehoben, dass eine europäische Küstenwache oder eine gemeinsame Küstenwache für die Ostsee selbst als Fernziel nicht realisierbar sein kann, solange nicht der erste Schritt – eine leistungsfähige deutsche Küstenwache – eingerichtet ist.

(Michael Roof, FDP: So ist es.)

Die Landtagspräsidentenkonferenz hat diese Vorschläge der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in einem grundlegenden Positionspapier aufgegriffen. Eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes fand jedoch nicht die notwendige Unterstützung und Mehrheit. Daher wurde dies von der Liste gestrichen. So ist es gewesen.

Auch weil die Havarien vielleicht in dieser Hinsicht nicht ausgewertet und analysiert wurden, daran liegt es nämlich im Besonderen, ist die Einsicht gerade bei den Ländern, die nicht zu den Ostseerainern gehören, wohl etwas schwierig gewesen. Von daher konnte es nur noch darum gehen, die Zusammenarbeit der verschiedenen Zuständigkeitsbereiche auf der Grundlage der vorgegebenen Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes weiter zu optimieren. Herr Dr. Timm hatte das ausgeführt.

Daran ist mit den oben genannten Maßnahmen gearbeitet worden, weitere Bündelungen scheinen – sicherlich theoretisch, aber ich hoffe, auch praktisch – ohne die Änderung der Zuständigkeitsregelung des Grundgesetzes gegebenenfalls noch auf der Ebene des Bundes möglich zu sein. Darauf hatte ich im Rahmen der maritimen Sicherheitskolloquien der Molinari-Stiftung gegenüber den zuständigen Bundestagsabgeordneten, den Vertretern der Bundesministerien und der Bundeswehr schon ausdrücklich hingewiesen. Es handelt sich dabei allerdings um Fragen der Organisationsverteilung innerhalb der Bundesregierung, die schon seit Jahren diskutiert werden. Sicherlich ist das auch Anlass, hier noch genau darüber nachzudenken, wie die einzelnen Kompetenzen der Schiffe, die vor Ort das Geschehen regeln, gebündelt oder verbessert werden können. Ich sage hier nur ein Wort: Wir brauchen in der Hinsicht ein Seesicherheitsgesetz, das auch dieses regelt.

Meine Damen und Herren, darüber hinausgehende Bündelungen scheinen in Anbetracht der Chance, zu einer entsprechenden Grundgesetzänderung zu kommen, sehr schwierig und auf absehbare Zeit nicht möglich. Da reicht

es auch nicht, wenn die FDP im März dieses Jahres einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht hat, der im Übrigen bis heute ja noch nicht beraten wurde.

(Gino Leonhard, FDP: Die
Anhörung hat stattgefunden.)

Aber es wurde noch nicht zu Ende beraten.

(Gino Leonhard, FDP: Immer noch nicht.)

Meine Damen und Herren, eine lockere Formulierung dahin gehend, die Landesregierung möge sich doch mal dafür einsetzen, ist der Komplexität und der Dimension der Thematik nicht angemessen. Deshalb müssen wir heute Ihren formulierten Antrag ablehnen. Wir sehen aber die Notwendigkeit, dass wir uns des Themas in dem Sinne, wie wir es schon vor sechs Jahren behandelt haben, sicherlich erneut annehmen sollten. Der schleswig-holsteinische Landtag hat dies in der vergangenen Woche auf einer sehr sachgerechten Grundlage in die Wege geleitet. Dort wurde ein Beschluss gefasst, mit dem die Landesregierung zunächst einmal die Entwicklung der vergangenen Jahre aufbereitet, damit man sich dann des Themas auf einer fundierten Grundlage annehmen kann. Einer solchen Vorgehensweise könnten wir uns sicher sehr gerne anschließen.

Das Thema ist wichtig, ohne Frage, wir müssen es aber so behandeln, dass wir die Komplexität der Thematik angemessen berücksichtigen, die bisherigen Entwicklungen in den Bemühungen, zu einer verstärkten Bündelung der Kompetenzen und Abläufe zu kommen, richtig einschätzen, um dann auf dieser Grundlage sachgerechte Vorgehensweisen formulieren und einfordern zu können. Von daher lehnen wir heute Ihren Antrag ab,

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

kündigen Ihnen aber gleichzeitig an, dass wir uns des Themas auf einer ausgereiften und der Problematik angemessenen Grundlage in absehbarer Zeit annehmen werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Vizepräsidentin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beleuchten wir den Küstenschutz doch mal von einer anderen Seite.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Spätestens seit dem 11. September 2001 ist eine globale Gewaltspirale in Gang gekommen, die sich bislang in Terroranschlägen wie den in London oder Madrid manifestierte. Doch auch Deutschland ist gefährdet.

Für Washington waren die Attentate oder die Attacken von 2001 ein willkommenes Anlass, um seine Ansprüche auf die Weltherrschaft noch unverhohlener zu formulieren. Und es bleibt ja nicht dabei, wie wir alle wissen. Kriegerische Angriffe, Drohgebärden gegenüber sogenannten Schurkenstaaten und Wühlarbeit sind nach wie vor die typischen Kennzeichen der US-Politik. Mit dabei an vorderster Front sind die deutschen Soldaten. In Wahrheit dienen all diese Einsätze der Unterstützung von US-Operationen und der Durchsetzung von wirtschaftlichen und finanzpolitischen Zielen der USA.

Wir begrüßen daher den Antrag der FDP-Fraktion, weisen aber darauf hin, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet werden müssen. Nur so kann die Gefahr von Terroranschlägen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Durch die Kriegseinsätze der Bundeswehr werden außerdem Milliarden und Abermilliarden von Steuergeldern verschlungen. Ein Abzug deutscher Soldaten aus dem Ausland würde jene Mittel frei werden lassen, die für die Finanzierung eines solchen Küstenschutzes notwendig wären. Denken Sie mal darüber nach! Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Vizepräsidentin Renate Holznapel
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht will ich hier in unsere Runde sagen, mir wäre es viel lieber, wenn die NPD diesem Antrag nicht zustimmen würde.

(Stefan Köster, NPD: Doch!)

Und in Richtung Marine will ich mal eins sagen: Der eine oder andere weiß aus meiner kurzen Vita, dass ich auch mal Marineangehöriger gewesen bin und auch im Auslandseinsatz war. Ich habe großen Respekt vor den Marinesoldatinnen und -soldaten, die jetzt gerade zur Piratenabwehr an das Horn von Afrika geschickt werden. Das will ich hier in dieser Runde auch mal feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Und, liebe Frau Vizepräsidentin, liebe Kollegin, wenn die Tatsache, diesen Antrag hier einzubringen, dazu gedient hat, dass die Erkenntnis reifte bei der CDU, einen gleichlautenden Antrag wie in Schleswig-Holstein hier demnächst einzubringen, dann haben wir schon mal ganz schön was gewonnen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Lassen Sie mich noch eins sagen zu meinem geschätzten Kollegen Kubicki. Es läuft so ein bisschen wie ein Film hier ab. Also ich – ich, Leonhard – bin gewählt als Mandatsträger hier in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Und dieser Antrag, der behandelt die Situation im Land Mecklenburg-Vorpommern und dafür ist es aus meiner Sicht unerheblich, was Herr Kubicki meint, was in Schleswig-Holstein richtig ist oder nicht.

(Michael Roof, FDP: Jawohl.)

Meine Fraktion hat einen Antrag für uns und an die Landesregierung hier in Mecklenburg-Vorpommern gerichtet, um das noch mal klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und, Frau Justizministerin, aller Ehren wert, aber ich gehe mal davon aus, dass Ihnen die Rede aus dem Innenministerium vorbereitet worden ist. Als Innenpolitiker schaue ich ab und zu mal auch Fernsehen und hin und wieder auch mal die „Küstenwache“. Stellen Sie sich das vor!

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)

Und, sehr verehrter Kollege Timm, Sie wissen, dass ich auch mal eine Zeit lang auf Hiddensee gelebt habe, immer mit einem halben Bein noch auf Hiddensee bin. Als gelernter Schiffsmechaniker weiß ich, wie Schiffe aussehen, und ich weiß auch, welche Farben Schiffe haben. Stellen Sie sich das vor!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich denke mal, aus Ihrer ehemaligen Tätigkeit als Innenminister müssten gerade auch Sie wissen, was gerade den Fischern vor unserer Küste immer wieder widerfährt. Es kann durchaus mal passieren, dass am Tag vier oder fünf Schiffe – unterschiedliche Schiffe! – die Fischereikutter kontrollieren, immer unterschiedliche Behörden, die dann aufs Schiff kommen, um entsprechende Forderungen auch sich ansehen zu können.

Also ich denke, dass Sie feststellen, die Idee ist zwar gut, aber es kommt mal wieder vom falschen Antragsteller. Das nehmen wir zur Kenntnis. Und ich kann hier nur noch mal dafür plädieren, stimmen Sie unserem Antrag zu, denn die CDU-Bundestagsfraktion hat diesen Antrag in der gleichen Form formuliert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine FDP-Bundestagsfraktion steht zu diesem Thema. Denken Sie bitte noch mal darüber nach. Der Fall „Pallas“ hat eben gerade eine unabhängige Expertenkommission zu der Erkenntnis reifen lassen, dass eine Nationale Küstenwache in Deutschland gebildet werden soll. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Leonhard.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1970. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1970 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht angemessen behandeln, Drucksache 5/1965.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Flucht und Vertreibung der Deutschen
im Unterricht angemessen behandeln
– Drucksache 5/1965 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtags! Bürger des Landes! In vielen Schulbüchern kommen wichtige historische Ereignisse unseres deutschen Volkes nur in zwei dürren Zeilen daher. Zitat: „Aus den deutschen Ostgebieten flohen rund 14 Millionen Menschen vor der Russischen Armee oder wurden vertrieben.“ Zitatende. Wir meinen, das muss sich ändern. Am Ende des letzten Weltkrieges hatten die Krieg führenden Gegner des Dritten Reiches und seiner Verbündeten alle Möglichkeiten, ihre Prinzipien gegen

die Besiegten umzusetzen – und sie setzten sie um. 12 bis 14 Millionen Deutsche mussten gegen ihren Willen ihre Heimat verlassen, eine Heimat, die sie seit mehr als 700 Jahren besiedelt, urbar gemacht, kultiviert und zur Blüte gebracht hatten. Im Protokoll der Potsdamer Konferenz war die Rede davon, dass die Aussiedlung der Deutschen geregelt und vor allen Dingen human durchgeführt werde. Das Wort „Vertreibung“ findet sich nicht in den Dokumenten.

Frage: Kann man einen Menschen gegen seinen Willen aus seiner Heimat aussiedeln und dabei menschlich bleiben, denn human heißt doch menschlich? Frage: Konnten die Sieger über Deutschland 12 bis 14 Millionen Deutsche menschlich aus ihrer Heimat aussiedeln und menschlich in einer neuen Heimat ansiedeln, denn Menschlichkeit war doch das höchste Gut, das die Anti-Hitler-Koalition dem in ihren Augen einzigartig bösesten Staat aller Zeiten entgegengesetzen wollte?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Der es auch war.)

12 bis 14 Millionen Deutsche gegen ihren Willen auf immer die Heimat zu verwehren, das ist die größte Umsiedlung eines Volkes in der Weltgeschichte, einzigartig. Und diese einzigartige humane Großtat – Vollendung und Krönung der Befreiung vom Nationalsozialismus Adolf Hitlers – findet sich in Geschichtsbüchern auf zwei Zeilen mit dürren Worten. Ist das die Art Deutschlands, seine Schuld für diese Leistung der Aussiedlung abzutragen? Wo bleibt der Hymnus der ewigen Dankbarkeit an die Befreier für diese mehr als zweimal sechs Millionen Menschlichkeiten? Das ist ein Skandal.

Hören wir, welche menschlichen Gesten wir in jener Zeit begegnen. Zitat: „Es war abends 9.30 Uhr. Gerade wollte ich mich mit anderen zum Schlafen niederlegen, da ertönte das Kommando eines Offiziers: ‚Raus! In Reih und Glied antreten! Alles dalassen!‘ Auch Kinderwagen durften nicht mitgenommen werden. Wir taten alles, stellten uns in Reih und Glied auf. ‚An die Wand stellen – Männer rechts, Frauen links, Hände hoch! Alle werden erschossen.‘ Eine Frau, die zwei Kinder in den Armen hielt, wurde angeschrien, weil sie die Hände nicht hochgehoben hatte. Man legte auf uns an. Wir glaubten, unser Ende sei gekommen. Man visitierte uns, beraubte jene, die noch etwas besaßen, nahm ihnen Schmuckstücke, Uhren, Füllfederhalter weg. Der Offizier erschien mir wie der leibhaftige Satan. Er herrschte uns an, in der Frühe sollten wir unser Dorf verlassen, sonst würden wir tatsächlich erschossen.“

Nein, nein Bürger, Sie hören nicht einen SS-Offizier oder einen Mann der Gestapo, der vor Juden steht und seiner Bestialität freien Lauf ließ. Es ist die „einfühlsame menschliche Art“ eines polnischen Offiziers, die deutschen Bewohner zur Umsiedlung zu bewegen und sie vor der Reise noch etwas zu erleichtern. Dabei hatten Frau Gertrud Plopp und ihre deutschen Landsleute aus der Neumark Brandenburgs noch Glück: Sie blieben am Leben.

Am 8. Mai jeden Jahres feiern Sozialisten, Linke, Antifaschisten und Freunde der Alliierten, besonders der Sowjetunion, den Tag der Befreiung. Stellen wir uns doch einmal einen dieser Festredner in der Tradition jener Deutschen in der Neumark stehend vor, die mit Blumen in der Hand die Angriffspitzen der ruhmreichen Sowjetarmee winkend und lachend empfangen, erleichtert, das verhasste faschistische Regime hinter sich zu lassen und befreit in die lichte Zukunft zu schauen.

Die erste Stadt in Ostbrandenburg, in der die Rote Armee ihre Visitenkarte hinterließ, war Woldenberg. Das 98. Panzerregiment erreichte mit drei weiteren Regimentern im Morgengrauen des 29. Januar 1945 Woldenbergs Straßen und Plätze. Zum Teil völlig betrunkene Rotarmisten feuerten auf alles, was sich bewegte, zerfetzten Menschen und Tiere, ballerten mit ihren Maschinenpistolen in die Fenster, schlugen Wohnungen kurz und klein, holten sich alles, was ihnen wertvoll schien, aus den Häusern heraus, um es im nächsten Moment auf die Straßen zu schleudern und wütend darauf herumzutramplen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das wundert Sie?!)

Dann loderten erste Flammen auf. Überall hantierten Soldaten mit Kanistern, übergossen Wände, Bürgersteige, Türen mit Benzin. Die entstehende Feuerwalze griff binnen weniger Minuten auf die gesamte Stadt über. Woldenberg hatte der Sowjetarmee keinerlei Widerstand geleistet und doch ging dieses märkische Kleinod in einem glühenden Inferno für immer zugrunde. Befreiung und Aussiedlung schritten Hand in Hand, ganz „menschlich“.

Das Fanal von Woldenberg fand anderenorts seine Fortsetzung. In der Stadt Bombst hatten nach der Befreiung deutsche Flüchtlinge in mit Stroh gedeckten Scheunen provisorische Unterkunft gefunden. Als russische Soldaten nachts einen Streifzug durch die Scheunen unternahmen, zeigte sich keine der Frauen bereit, ihnen gefügig zu sein, was die Wut der Befreier entfesselte. Sie begannen, auf die Scheunen zu schießen, setzten eine nach der anderen in Brand. Weithin vernehmbare Todesschreie veranlassten nicht einen sowjetischen Offizier, dem Treiben ein Ende zu bereiten. Bald war der Tod der Herrscher von Bombst. So wurde der 70-jährige Bednarik per Genickschuss von einem Rotarmisten getötet, als er seine Tochter vor Vergewaltigung schützen wollte. Dann stürzte sich der Russe auf die 16-jährige Enkelin. Sie erblindete nach der brutalen Vergewaltigung. Auch die Wöchnerin Frau Gall wurde Opfer dieser Triebe. Eine Frau Deile hatte über diese Verbrechen zu äußern gewagt, die Amerikaner werden nicht zulassen, dass ihr uns so gemein behandelt. Die empörten Befreier traten ihr solange in den Unterleib, bis letzte Zuckungen ankündigten, dass sie tot war. Ebenso wurde Frau Steinke auf diese Weise ermordet, als sie die Sowjetarmee eine „Räuberbande“ nannte.

Am Abend des 30. Januar 1945 betraten Rotarmisten das 500 Einwohner zählende Dorf Griesel. Niemand hat es verteidigt, kein einziger Schuss war gefallen. In einem Blutausch fielen die Befreier über die Dorfbevölkerung her, brachten zahlreiche Menschen um. Kein Deutscher hatte Widerstand geleistet. Das hielt Sowjetsoldaten nicht davon ab, das Dorf in Schutt und Asche zu legen. Auf wen feuerten sie eigentlich? Kein Bewohner war ihnen feindselig gegenübergetreten. Die friedlosen Brandschatzer zündeten schließlich zwei große Straßenscheunen an, in denen sich Flüchtlinge aufhielten. Dabei achteten sie darauf, dass sich niemand ins Freie retten konnte und die Menschen bei lebendigem Leibe verbrennen mussten. Diese Befreier verließen das Dorf erst wieder, als es untergegangen war. Von 642.000 Bewohnern Ostbrandenburgs wurden im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung 250.000 Deutsche ermordet. Das entspricht einem Anteil von 38,9 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung, 38,9 Prozent – eine humanistische Meisterleistung, die ihresgleichen sucht. Wer nicht beim Einfall der Sowjethorden getötet wurde, wen man nicht ins KZ Schwibus verfrachtet und von dort in die Sowjetunion zu jahrelanger todbringender Zwangsarbeit verschleppt

hatte, wer nicht durch die Vergewaltigungs- und Plünderungorgien verzweifelt freiwillig aus dem Leben schied, der wurde nun mit aller gebotenen „Menschlichkeit“ von den neuen Herren des Landes – den Polen – vertrieben.

Der Kommandeur der 2. Polnischen Armeebrigade General Stankowski richtete am 24. Juni 1945 einen Appell mit folgendem Wortlaut an seine Soldaten:

(Reinhard Dankert, SPD: Nazinachfolger.)

„Wir müssen unsere Aufgabe so hart und entschlossen ausführen, daß das germanische Ungeziefer sich nicht in seinen Häusern versteckt, sondern von selbst vor uns flieht, wenn es sein Land erreicht hat, Gott für das Glück dankt, den eigenen Kopf gerettet zu haben. Vergessen wir nicht, dass die Deutschen immer Deutsche bleiben werden. Warum sollen meine ostdeutschen Landsleute aus Preußen, Danzig, Posen, Pommern, Schlesien und unserer Heimat Neumark Ungeziefer sein?“

Viele Ostdeutsche erfuhren bei den von den Sowjets eingesetzten Statthaltern in Mitteldeutschland eine groteske Aufnahme. Rudi Kukes Mutter bat bei dem deutschen Landrat von Seelow um Unterkunft für ihre Familie und erhielt zur Antwort: In meinen Augen sind Sie nichts anderes als Kriegsverbrecher und die Ausweisung ist nur die gerechte Strafe für Ihre Vergehen.

Bereits vor der Konferenz in Potsdam wurden Hunderttausende Deutsche aus ihrer Heimat mit aller Brutalität davongejagt, um vollendete Tatsachen zu schaffen: menschenleere Gebiete, bereit für eine Landnahme anderer Völkerschaften. Die endlosen Märsche der Vertriebenen waren Todesmärsche, auf denen Deutsche Wind und Wetter ausgesetzt waren, von marodierenden Plünderern ausgeraubt, ohne Nahrung und infolge der Strapazen zu Zehntausenden ihr Leben verlierend, und das nach Ende des Krieges, mitten im Frieden der Befreier, als es keine Kampfhandlungen mehr gab, keinen deutschen Staat, der ihre Rechte hätte schützen können oder für sie hätte eintreten können. Sie waren Schutzbefohlene der Sieger geworden, die sie wie Tiere behandelten, Tiere, denen keine Würde, kein Kriegsrecht und kein Völkerrecht zustanden. Das, denke ich, sollte im Unterricht behandelt werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Borrmann, Sie haben in Ihrem Vortrag – ich habe nicht mitgezählt – aber mindestens 15-mal das Wort „Menschlichkeit“ verwendet, darüber hinaus das Wort „human“, und Sie enden zum Schluss mit dem Wort „Völkerrecht“. Die NPD hat das Völkerrecht entdeckt. In Sachsen bereits verurteilt sie Sanktionen gegen den Iran als Bruch des Völkerrechts. Die Drohungen gegenüber Israel durch den Iran und die Weigerung des Irans, sein Atomprogramm offenzulegen,

(Michael Andrejewski, NPD: Warum sollte er? –
Udo Pastörs, NPD: Legt Israel auch sein
Atomprogramm offen?)

beunruhigen die Nationalen, wie Sie sich nennen, dagegen nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Völkerrecht gilt bei der NPD offenbar

(Udo Pastörs, NPD: Ist unteilbar,
ist unteilbar, Herr Kreher.)

bis heute nicht gegen Juden.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir haben
Jugoslawien nicht bombardiert oder wie?)

Voigt's Stellvertreter Sascha Roßmüller bat Irans Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad gar um Spenden für seine finanziell arg gebeutelte Partei.

(Udo Pastörs, NPD: Ist doch kein Sakrileg.)

Das allerdings wäre nach geltendem Recht verboten. Roßmüller indes ficht das nicht an, also auch gegen das Recht.

(Udo Pastörs, NPD: Sprechen Sie
doch mal zum Antrag, Herr Kreher!)

Es gibt immer Wege, wenn man will, sagte er und er hoffe,

(Udo Pastörs, NPD: Den kennt Ihre Partei
ja sehr gut. Graf Lambsdorff sage ich nur.)

dass Ahmadinedschad für ein neues Deutschland zur Verfügung stehen wird.

(Michael Andrejewski, NPD: Über
Spendenskandale wissen Sie genug.)

Ahmadinedschad hat Israel in der Vergangenheit mehrfach mit der Vernichtung gedroht

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist erlogen.)

und den Holocaust geleugnet.

(Stefan Köster, NPD: Sie glauben ja
noch immer die Lügenmärchen. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das also ist das Völkerrecht der NPD.

(Udo Pastörs, NPD: Welchen Holocaust
meinen Sie? An den Vertriebenen oder?)

Die NPD prangert den Luftangriff Dresdens als Verstoß gegen das Völkerrecht an.

(Stefan Köster, NPD: Richtig.)

Wenn Völkerrecht aber für alle gilt,

(Udo Pastörs, NPD: Das tut es.)

warum ruft die NPD zum Beispiel nicht auch für einen Trauermarsch für die Opfer von Coventry auf?

(Stefan Köster, NPD:
Weil das nicht vergleichbar ist.)

Oder, was noch früher war, von Rotterdam? Oder, was noch früher war, von Guernica? In all den Städten sind Menschen sinnlose Opfer des Krieges geworden,

(Udo Pastörs, NPD: Für die Asymmetrie
fühlen Sie sich doch verantwortlich.)

der von den Nationalsozialisten beziehungsweise in Spanien von den spanischen Franco-Faschisten angezettelt worden ist

(Michael Andrejewski, NPD: Ach wirklich?)
 und der durch nationalsozialistische Propaganda
 (Udo Pastörs, NPD: Kommen Sie doch mal
 zu den Punischen Kriegen! Da finden
 Sie auch noch einen Deutschen.)
 in seiner Brutalität aus völkerrechtlicher Sicht kaum zu
 überbieten war.
 (Michael Andrejewski, NPD: Oh doch, das ging.)
 NPD-Chef Voigt fordert außerdem die Rückgabe der
 ehemals deutschen Gebiete in Osteuropa.
 (Udo Pastörs, NPD: Ja, das fordere ich auch, alle.)
 „Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien,“
 (Udo Pastörs, NPD: Völkerrechtlich
 rein deutsches Gebiet.)
 „ob das Königsberg ist, ob das Danzig ist,“
 (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)
 „ob das Breslau ist,“ – so das Zitat – „das sind alles deut-
 sche Städte für uns, (...)“
 (Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie mal
 Roman Herzog, wie der das sieht!)
 „auf die wir natürlich Anspruch erheben“, so der NPD-
 Chef.
 Meine Damen und Herren, die deutschen Ostgrenzen
 nach dem tragischen Krieg sind allerdings völkerrecht-
 lich festgelegt.
 (Michael Andrejewski, NPD:
 Wenn man das so nennen will.)
 Die Bundesrepublik hat im Rahmen der Wiederverein-
 gung alle Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostge-
 biete aufgegeben.
 (Udo Pastörs, NPD: Sie ist nicht
 Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.)
 Sie hat es aufgegeben, weil wir aus den Erfahrungen des
 Krieges gelernt haben
 (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)
 und nicht ewig gegenseitig aufrechnen wollten nach die-
 sen schlimmen Erfahrungen, die wir alle in uns haben,
 von denen wir alle gehört haben. Für mich war das Nach-
 kriegserlebnis, mich hat das berührt. Aber gerade viele,
 die mir das damals erzählt haben, diese Geschichte, das
 Schlimme, was sie erlebt haben,
 (Udo Pastörs, NPD: Stellen Sie sie objektiv dar,
 dann haben wir eine objektive Grundlage. –
 Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)
 gerade die sind, Herr Borrmann, heute oft diejenigen, die
 inzwischen aufgrund dieser Erlebnisse gerade sagen, wir
 müssen mit diesen anderen Ländern
 (Stefan Köster, NPD: Oh, oh!)
 und wir wollen mit diesen Menschen, die dort heute
 leben, friedlich miteinander leben.
 (Udo Pastörs, NPD: Wir sagen nichts anderes.)
 Aus diesem Grunde ist dies Völkerrecht.
 (Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und wenn wir friedlich miteinander leben wollen, müssen
 wir dieses Völkerrecht achten.
 (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
 der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
 Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)
 Und deshalb,
 (Udo Pastörs, NPD: Die
 anderen aber auch, Herr Kreher. –
 Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)
 wenn Sie vom Völkerrecht reden
 (Stefan Köster, NPD: Sagen Sie
 das auch Ihren Amifreunden?)
 und dann immer wieder anderen Heuchelei vorwerfen,
 was das Völkerrecht, die allgemeinen Menschenrechte
 und die demokratischen Ideale betrifft: Selbstverständ-
 lich unterlässt es die NPD dabei tunlichst, wenn sie
 immer wieder anderen Völkerrecht vorwirft, zu definieren
 und sich zu bekennen zu diesem Völkerrecht, zu diesem
 allgemeinen Völkerrecht für alle Menschen, wo sie auch
 immer leben. Dieses Bekenntnis dazu habe ich von Ihnen
 nie für alle Menschen gehört,
 (Udo Pastörs, NPD: Doch,
 sage ich Ihnen, ist unteilbar.)
 immer nur für einen Teil, für eine Herrenrasse.
 (Udo Pastörs, NPD: Das ist unteilbar,
 aber auch für unsere.)
 Das habe ich von Ihnen gehört, nichts anders.
 (Udo Pastörs, NPD: Das Völkerrecht gilt auch für
 andere und gilt auch für uns, selbstverständlich.)
 Die NPD will Flucht und Vertreibung anprangern.
 (Udo Pastörs, NPD: Zu Recht.)
 Damit meint sie wohl nur, die Flucht und Vertreibung von
 Deutschen aus den ehemaligen Gebieten des Deutschen
 Reiches,
 (Udo Pastörs, NPD: Nein, auch von Serben,
 auch von Serben mithilfe der NATO.)
 eine Diskussion, die es im Übrigen nur gibt,
 (Udo Pastörs, NPD: Reden Sie mal
 von aktuellen Verletzungen, wo wir
 auch mit drinstecken, oder Sie.)
 weil – hören Sie bitte zu – die Nationalsozialisten mit
 Beginn ihres Angriffskrieges in Polen nicht nur Menschen
 vertrieben, sondern systematisch vernichtet haben. Völ-
 kerrecht, das war den Nazis fremd. Es war ihnen außer-
 dem fremd, als sie den totalen Krieg ausriefen. Nachdem
 die Nationalsozialisten durch Vertreibung und Völk-
 ermord sowie durch millionenfachen Mord an Juden und
 allen Menschen,
 (Udo Pastörs, NPD: Allen Menschen.)
 die nach der Ideologie der Nazis kein Recht auf Leben
 hatten, der Krieg schon entschieden war,
 (Udo Pastörs, NPD: Wo haben Sie das denn
 gelesen? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)
 sollte sich nun der Krieg gegen die eigene Bevölkerung
 richten.
 (Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Der totale Krieg war die Inszenierung des totalen Untergangs.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Völkerrecht, so scheint es nach der Definition der NPD, ist das darwinistische Recht eines Herrenvolkes,

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der Mythos eines Herrenvolkes, das sich vermeintlich gedemütigt sieht. Mit diesem verquastem Geschichtsverständnis jammern Sie mit bösem Schmollmund.

Meine Damen und Herren, keinem von uns können Sie vorwerfen, dass das, was in der Nachkriegszeit und am Ende des Krieges geschehen ist, uns nicht berührt,

(Raimund Borrmann, NPD: Tja.)

dass wir das nicht auch in der Öffentlichkeit darlegen. Wenn Sie verfolgt hätten, was in der Vergangenheit gerade gesagt wurde in verschiedenen Sendungen, dann hätten Sie gesehen, dass wir das nicht unangemessen darstellen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sondern dass wir das immer im Zusammenhang mit den gesamten geschichtlichen Ereignissen darstellen. Das ist auch richtig. Das sollten wir tun, aber immer in diesem großen Zusammenhang, der nicht Ursache und Wirkung vergisst.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Das Völkerrecht ist eine überstaatliche Rechtsordnung,

(Michael Andrejewski, NPD:
Die permanent gebrochen wird.)

durch die die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage von Gleichrangigkeit geregelt wird.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Wichtigste positiv rechtliche Rechtswelle des Völkerrechts ist die Charta der Vereinten Nationen

(Reinhard Dankert, SPD: Erst mal ist
es Ihr Antrag, der hier eingebracht ist.)

und das in ihr niedergelegte allgemeine Gewaltverbot, das als Völkergewohnheitsrecht

(Michael Andrejewski, NPD:
Das wird ja auch so beachtet.)

auch über die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen hinaus verbindlich ist.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist ja ein Mafiaverein.)

Diese wurde unter dem Eindruck des Angriffskrieges der Nationalsozialisten am 26. Juni 1945 durch die 50 Gründungsmitglieder unterzeichnet.

(Michael Andrejewski, NPD: Darunter Stalin.)

Heute sind die Menschen, die den durch die Nationalsozialisten verursachten Krieg noch miterlebt haben, durch intensive Aufarbeitung der Kriegsgeschehnisse schon viel weiter als Sie.

(Udo Pastörs, NPD: Ach!)

Trotz der Kriegsgräuere und trotz der Irrungen und Wirrungen auf allen Seiten leben die Menschen nun heute friedlich nebeneinander.

(Udo Pastörs, NPD: Wie weit wir sind,
das sehen wir in Iran, Afghanistan
und demnächst in Pakistan.)

Sie leben friedlich nebeneinander. Und das wollen wir auch weiter tun. Die Zeiten zunehmend gegenseitigen Respekts vor den unterschiedlichen kulturellen Leistungen in diesen Ländern,

(Udo Pastörs, NPD: Zeigen Sie
Respekt vor den eigenen Opfern!
Zeigen Sie Ihren Respekt vor den Opfern!)

auch das wollen wir behalten. Wir haben gelernt, nicht gegeneinander aufzurechnen und die Leiden der Menschen auf einer Seite durch das Leid der Menschen auf der anderen Seite zu relativieren. Davon sind Sie noch weit entfernt und kämpfen immer wieder verbissen irgendwelche Scheingefechte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das sind keine Scheingefechte. –
Michael Andrejewski, NPD: Wo leben Sie denn?)

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag will wirklich nicht Völkerrecht. Sie wollen auch nicht Menschlichkeit, jedenfalls nicht in dem Sinne, was wir unter Menschlichkeit hier verstehen.

(Stefan Köster, NPD: Wir wollen Wahrheit. –
Irene Müller, DIE LINKE: Welch große Worte! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die können Sie gar
nicht vertragen. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Oh! Ausgerechnet Sie!)

Meine Damen und Herren, ja, Wahrheit, diese Wahrheit ist eben nicht so einseitig darzustellen, wie Sie das heute versucht haben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Wahrheit ist wirklich,

(Udo Pastörs, NPD: Was ist Wahrheit?)

dass wir mit diesen gesamten Völkern zusammen über unsere gegenseitigen Dinge nachdenken müssen. Es ist nicht so, wie Sie sagen, dass wir dieses Völkerrecht heute hier untereinander nicht achten wollen.

(Stefan Köster, NPD: Was für
ein Unsinn, den Sie da erzählen.)

Meine Damen und Herren von der Fensterfront, wenn Sie über Begriffe wie „Toleranz“ und „Demokratie“ richtig nachdenken, das heißt auch keine Toleranz gegenüber Intoleranz,

(Michael Andrejewski, NPD: Tja, das
geht ja schlecht. – Udo Pastörs, NPD:
Gegen sie vorgehen.)

keine Toleranz gegenüber Unmenschlichkeit, dann werden Sie auch das Völkerrecht verstehen. Im Namen dieses Völkerrechts können wir alle, wie wir hier sitzen,

(Gelächter bei Abgeordneten der
Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD:
Ha, ha, die großen Hüter des Völkerrechts!)

Ihren Antrag nicht unterstützen. Meine Damen und Herren, wir werden Ihren Antrag gemeinsam ablehnen. – Danke schön.

(lang anhaltender Beifall
bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Herr Andrejewski, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihren Zwischenruf, in dem Sie eine Organisation diskriminiert haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich meinte die UNO. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Da hat er doch recht. – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, Herr Köster, Ihren Zwischenruf weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Stefan Köster, NPD: Den mit der Wahrheit? – Michael Andrejewski, NPD: Wahrheit ist unparlamentarisch, das ist wohl wahr.)

Herr Borrmann, Sie haben jetzt das Wort.

(Reinhard Dankert, SPD: Damit Ihre Fraktion wieder andächtig schweigt, sagen mal endlich was! – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtags! Die Geschichtsbücher schweigen sich über das Schicksal von 12 bis 14 Millionen Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges weitgehend aus. Aber wir haben die Macht, dies zu ändern und einzutauchen in die Menschlichkeit jener, die unserem Volk jenes unverdiente Glück beschieden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch gar nicht wahr, Herr Borrmann. Erzählen Sie den Leuten hier nicht so einen Quatsch!)

um dereinst zurückzugeben von dem, was uns zuteil ward.

(Reinhard Dankert, SPD: Wenn Sie das DDR-Geschichtsbuch meinen, da gebe ich Ihnen recht. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Herr Vizepräsident Kreher, Ihre Einlassung zur Gegenwart und zu dem friedlichen Miteinander hat mich sehr nachdenklich gemacht. Aber ich verstehe immer noch nicht Churchill vom 12. Dezember 1944. Da sagte er nämlich Folgendes:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist tot. Sie wissen genau, dass er tot ist.)

„Die Umsiedlung von mehreren Millionen Deutschen müßte vom Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch unendliche Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebenso wenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.“

Sehen Sie, und das verstehe ich nicht. Wenn Churchill ein Demokrat ist und das die Grundlage ist, auf der die Befreier unsere Rechtsordnung geschaffen haben, wie soll ich das dann verstehen? Es muss reiner Tisch gemacht werden. Zusammenleben gibt es nicht. Die Völkerschaften müssen voneinander getrennt werden.

(Stefan Köster, NPD: Das ist denen ihre Menschlichkeit.)

Das ist mir zu hoch.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und interessant ist auch, was der Ministerpräsident der polnischen Exilregierung gesagt hat in London. Arciszewski erklärte im Dezember 1944:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

„Hier möchte ich erklären, daß wir keine großen Expansionsideen haben. Wir versuchen lediglich, die Einheit und Unversehrtheit des polnischen Staates zu bewahren. Wir haben unsere Forderungen gegen Deutschland gestellt. Wir haben die Eingliederung Ostpreußens, Oberschlesiens und von Teilen Pommerns in Polen verlangt. Wir begrüßen die positive Haltung der Alliierten einschließlich Sowjetrußlands, daß es uns in dieser Angelegenheit seine Hilfe versprochen hat, aber wir wollen unsere Grenze im Westen nicht so weit ausdehnen, daß sie acht bis zehn Millionen Deutsche umschließt. Wir wollen weder Breslau noch Stettin. Wir fordern nur unsere ethnischen und historisch polnischen Gebiete, die unter deutscher Herrschaft stehen.“

Dieser Ministerpräsident wurde nicht gehört. Es ist dann eine andere Regierung eingesetzt worden von Sowjetrußland und die Grenzen sind bis an die Oder-Neiße-Linie verlegt worden. Das dazu. Es wurden diese Gebiete polonisiert und es war für viele Familien unfassbar, unter anderem auch in dem kleinen Dorf, in dem meine Großmutter lebte.

(Reinhard Dankert, SPD:
An welcher Grenze hat der Krieg
eigentlich angefangen, Herr Borrmann?)

Es war so: Die Sowjettruppen trafen etwa am 30./31. Januar ein und es gab in diesem Dorf auch keine großen Plünderungen oder Vergewaltigungen. Nach kurzer Zeit trafen dort auch polnische Einheiten ein und die Auseinandersetzungen – und das war eigentlich das Interessante für mich – zwischen Polen und Russen waren intensiver als zwischen Deutschen und Russen. Es war dann so, dass die Polen oft zu spontanen Plünderungen griffen, den Leuten die Lebensmittel wegnahmen, so erzählte mir meine Großmutter, und die Russen kamen dann jeweils oder die Sowjetsoldaten kamen dann jeweils, um die Deutschen zu beschützen und ihnen die Lebensmittel zurückzugeben.

Und das Interessante war für mich auch weiterhin, dass die Beziehungen zwischen den Deutschen und den Sowjetsoldaten oder den Russen, ich weiß nicht, welche Völkerschaften noch dazugehörten, so intensiv wurden, dass ein Offizier meiner Großmutter anbot, sie mit dem gesamten Hausrat, den sie hatte, einschließlich eines Motorrades und allem, was dazugehörte, nach Mitteldeutschland umzusiedeln in die Gegend von Guben, Westguben. Es war sogar ein LKW vorhanden. Sie hat das abgelehnt, weil sie gesagt hat, das kann ich mir nicht vorstellen. Es ist eine Familie gewesen, in der Kommunisten, Sozialdemokraten, teilweise auch Nationalso-

zialisten waren, und unsere Familie vertrat eben auch sozialdemokratische Traditionen. Sie sagte, sie kann sich nicht vorstellen, dass eine Arbeiter- und Bauernregierung Arbeiter und Bauern vertreibt, dass sie umgesiedelt werden, das ist einfach nicht möglich. Sie hat deshalb diesen Vorschlag abgelehnt und ist dann am 30. November aus ihrem Haus ausgewiesen worden und musste über Kilometer in ein Lager nach Krossen marschieren. Von dort wurde sie nach Mecklenburg-Vorpommern gebracht.

Diese Vorgänge haben mich in meiner ganzen Kindheit so bewegt und immer wieder nachdenklich werden lassen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, reden wir doch mal über die Vorgänge von 1939!)

Sie haben dazu geführt, dass ich letztendlich aus diesen Geschichten heraus meine Zweifel hatte, ob das,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat alles nicht stattgefunden.)

was uns immer über Arbeiter- und Bauernregierung und soziale Gerechtigkeit und Überlegenheit des Sozialismus, des sozialistischen Weltsystems gesagt wurde, richtig ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Und jetzt bewältigen Sie Ihre Vergangenheit in der NPD.)

Diese Überlegungen haben dazu geführt, dass sich meine Weltanschauung gewandelt hat und dass ich letztendlich davon Abstand genommen habe. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und was will er uns damit sagen? Ist das eine therapeutische Stunde hier oder was?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1965. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1965 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Arbeitsplätze durch Klimaschutz und Energiewende, Drucksache 5/1956. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2010 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Arbeitsplätze durch Klimaschutz
und Energiewende
– Drucksache 5/1956 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2010 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Griese von der Fraktion DIE LINKE. Für die erste Rede in diesem Landtag wünschen wir alles Gute.

Wolfgang Griese, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte mir in der Mehrzahl noch unbekannt neue Kolleginnen und Kollegen! Ich bin tief betroffen von dem, was ich eben hier an akusalem Geschichtsunterricht habe konsumieren müssen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Es gibt nicht nur Kausalität.)

Meine Herren, ich will nur einen Satz sagen: Für mich endet Toleranz mit dem Tolerieren der Intoleranz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Durch alle.)

Und Sie sind zutiefst intolerant.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zum Thema: Mecklenburg-Vorpommern – Tourismusland Nummer eins, Gesundheitsland Nummer eins, familienfreundliches Land, im PISA-Ranking sich verbessernde Schulbildung. Warum nicht auch Spitze beim Klimaschutz und bei erneuerbaren Energien, bei der Produktion der dafür nötigen Anlagen und Ausrüstungen mit hohem Exportanteil?

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag verknüpft meine Fraktion zwei Themen: die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Klimaschutz. Klimaschutz erfordert natürlich viel mehr als nur eine Energiewende, aber die Energiewirtschaft ist unbestritten der Bereich, der am meisten dazu beitragen kann oder eben auch nicht, wenn wir nicht rechtzeitig reagieren.

Wir meinen heute nicht den klimapolitischen und wirtschaftlichen Unsinn mit dem geplanten Steinkohlekraftwerk Lubmin. Heute geht es um die Chancen, die sich aus Klimaschutz und Energiewende, aus dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze ergeben. Während die Notwendigkeit von Energiewende hin zu erneuerbaren Quellen, Steigerung der Effizienz und Energiesparen aus Sicht von Klima und Umweltschutz weitgehend unumstritten ist, gibt es deutliche Kontroversen darüber, in welchem Tempo und mit welchen Maßnahmen das Umsteuern erfolgen muss. Die Gründe für diese Kontroversen sind vielfältig, ein wichtiger ist dabei ohne Zweifel die Sorge, dass viele Arbeitsplätze auch verloren gehen könnten. Die Sorge ist berechtigt. In einem solchen komplexen Umwandlungsprozess wird es Wirtschaftsbereiche geben, die keine Zukunft haben und – ich füge hinzu – im Interesse der Sicherung unserer aller Lebensgrundlagen auch nicht haben sollen und dürfen.

Aber dieser Umwandlungsprozess bringt riesige Chancen für zukunftsfähiges Forschen, Wirtschaften, Arbeiten und Leben. Wir haben jetzt die Wahl: Entweder machen wir so weiter wie bisher, verschließen die Augen vor den Gefahren und riskieren unabwendbaren Schaden für Mensch und Umwelt, oder wir beginnen endlich mit einer konzertierten Aktion, die Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung umfasst und somit neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Eine solche konzertierte Aktion ist das Ziel unseres Antrages.

Die Landesregierung war im September 2007 vom Landtag beauftragt worden, ein Konzept „Energiewende 2020“ zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen. In der Landtagssitzung im Oktober haben die Vertreter der Koalitionsfraktionen mehrfach gesagt, dass das im November erfolgen wird. Der November, unser momentaner Monat, ist ja noch nicht vorbei, vielleicht kommt es ja noch.

(Rudolf Borchert, SPD: Ein paar Tage haben wir noch.)

Bisher haben wir lediglich die energiepolitischen Leitlinien der Landesregierung, die als Überschriften nicht

abzulehnen sind. Der große Wurf sind sie noch nicht. Wir sind gespannt darauf, was Sie uns vorlegen, Herr Minister.

Sehr geehrte Damen und Herren, Umweltminister Gabriel nannte es eine „ökologische Industriepolitik“, einen „New Deal“ für Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigungspolitik“. Wir stimmen nicht in allen Fragen mit ihm überein, aber dieses Ansinnen unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb sage ich hier, dass bei allen Vorstellungen, die die Landesregierung über die Zukunft des Landes geäußert hat, zuletzt Herr Ministerpräsident Sellering in seiner Regierungserklärung und, wie ich vorgestern auch vernehmen konnte, in einem Rundfunkinterview, das verknüpfende Element, die Vision fehlt. Gesundheitsland Nummer eins, Tourismusland Nummer eins, familienfreundliches Land – das alles bleiben Schlagworte, solange sie nicht umfassend betrachtet und mit Klimaschutz und erneuerbaren Energien verknüpft werden.

Natürlich weiß jeder, dass hier eine große Zahl von Arbeitsplätzen ist und enorme weitere Potenziale liegen. Langsam entstehen auch Netzwerke und Verbände, die die Frage, wie Lebensmittel bei uns erzeugt werden, als Marketingschwerpunkte und Standortvorteile für ein Gesundheits-, Tourismus- und Familienland begreifen.

Mit der Energiefrage sieht das aber noch nicht so aus. Erneuerbare Energien sind auf dem Vormarsch, ohne Zweifel, und das wird auch nicht aufzuhalten sein, aber es geht zu langsam. Bisher wird nicht betrachtet, dass auch Strom- und Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen ein Standortvorteil ist, der ökologisch bewusste Touristen stärker ins Land zieht, der den Menschen bei uns nützt, der die regionale Wirtschaft stärkt. Die Landesregierung stellt selbst fest, dass dezentrale Energieversorgungsstrukturen typisch bei erneuerbaren Energien sind. Sie einzubinden in regionale Wertschöpfungsketten, schützt nicht nur das Klima, das schafft auch Arbeitsplätze. Nur auf diese Weise ist das Monopol der großen Energieversorger zu knacken und die Unabhängigkeit zu erreichen, auch bei der Preisgestaltung. Kommunen, die energieautark werden wollen, müssen unterstützt werden, und die, die auf die Idee noch nicht gekommen sind, brauchen die entsprechende Anregung.

Die Inseln Usedom und Rügen werben damit, dass sie zu den sonnenreichsten Orten Deutschlands gehören. Warum werben sie nicht damit, dass sie diese vielen Sonnenstrahlen zur Strom- und Wärmeerzeugung nutzen?

(Zuruf von Matthias Lietz, CDU)

Die Antwort ist einfach: weil sie es viel zu wenig tun. Die öffentlichen Gebäude schreien aber nicht nur auf Rügen und Usedom nach energetischer Sanierung, nach der Nutzung der Dachflächen für Solaranlagen, der Ausrüstung mit Wärmepumpen. Das ist überall im Lande so. Die Förderung durch das Land für solche Vorhaben ist viel zu gering. Stocken Sie die Mittel dafür auf! Das wäre nicht nur positiv für den Klimaschutz, sondern eine wichtige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das regionale Handwerk.

Ich weiß, dass unsere Universitäten und Hochschulen sowie andere wissenschaftliche Einrichtungen Forschungsprojekte, Studien in der Grundlagenforschung oder auch im konkreten Auftrag ausführen. Gemessen daran, dass die erneuerbaren Energien aufgrund der

natürlichen Voraussetzungen und der erreichten Nutzungsergebnisse zweifellos zu den Stärken unseres Landes gehören, ist das aber noch deutlich ausbaufähig. Warum schaffen wir nicht eine Fakultät zum Beispiel an der Hochschule in Wismar oder an der Universität Rostock, die diese Kompetenzen bündelt? Das könnte auch für Studienplatzsucher zu einem neuen Anreiz werden, sich für Mecklenburg-Vorpommern zu entscheiden.

Außerdem ist abzusehen, dass es auf diesem Gebiet einen zunehmenden Fachkräftebedarf geben wird. Dem muss sich auch die Berufsausbildung stärker als bisher stellen. Es dauert zu lange, bis neue Berufsbilder entwickelt und anerkannt werden. Die Landesregierung ist ja in ständigem Kontakt mit den IHK und den Berufsbildungsträgern. Auch wenn Sie das nicht bestimmen können, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Wunsch der Landesregierung spurlos an den verantwortlichen Stellen vorübergehen würde. Und nebenbei bemerkt, gute Fachkräfte in zukunftsfähigen Branchen müssen auch gut bezahlt werden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Standortoffensive Klimaschutz sagen: Neben der Bündelung vorhandener und der Schaffung neuer Kompetenzen in der Energie- und Klimaforschung sowie bei der Ausbildung der nötigen Fachkräfte brauchen wir bei der Ansiedlungspolitik, insbesondere bei der Förderung durch das Land, eine Konzentration auf Schwerpunkte. Sie werden sagen, das haben wir bereits. Wenn das so ist, spielen erneuerbare Energien und Klimaschutz keine ausreichende Rolle. Ob Sie es wollen oder nicht, wir kommen nicht umhin, für jede Investition einen Klimacheck vorzunehmen. Sie sollten sich endlich davon verabschieden, dass es mit Kleinklein geht oder dass der Markt alles richten wird. Dass er das nicht tut beziehungsweise uns alle in den Abgrund stürzen kann, wenn wir ihm nicht Zügel anlegen, erleben wir gerade hautnah.

Zum Schluss möchte ich noch auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission verweisen, die laut „FAZ“ vom 12. November, also recht aktuell, die Mitgliedsstaaten dringend auffordert, die Abhängigkeit von Öl-, Gas- und Kohlenimporten durch ehrgeizige Projekte bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger zu verringern. Lassen Sie uns auch in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam verstärkt daran arbeiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Griese.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, dass Umweltschutztechnologien und insbesondere erneuerbare Energien ein Jobmotor für die Wirtschaft insgesamt sind. Ich darf Ihnen verraten, die Opposition weiß das natürlich, Sie sind es auch für Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, eben.)

Und, Herr Griese, ich weiß, Sie sind noch nicht so lange dabei hier, aber so viel Lob von der Opposition eben gerade gehört,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haut einen um!)

das ist bestimmt nicht gelitten in der Fraktion, da müssen Sie mit Kritik rechnen.

(Unruhe und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na, na, na,
Herr Seidel, Sie kennen uns immer noch nicht!)

Also das Urlaubsland, das Kinderland, das Familienland, das Gesundheitsland – das sind wichtige Zielstellungen, in der Tat. Nun sage ich aber auch, Sie werden nicht ernsthaft glauben, dass wir uns heute und hier von der Opposition auffordern lassen, Umweltschutz und erneuerbaren Energien entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden und eine Potenzialanalyse für die erneuerbaren Energien herzustellen. Da beleidigen Sie sich ja selbst.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist sehr schade.)

Wenn der Professor Methling hier wäre,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dann hätte er jetzt kräftig dagegengewettert, was Sie gerade gesagt haben. Das würde nämlich heißen, dass Sie sich bisher nicht über die Potenziale erneuerbarer Energien klar gewesen sind.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Und das weiß ich, dass das nicht stimmt, weil wir natürlich nur aufsetzen auf das, was bisher schon gelaufen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

In dem Fall, da kann ich das mal wirklich so sagen, insofern tut es mir leid, bedarf es einer solchen Aufforderung wirklich nicht.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Eben doch.)

Meine Damen und Herren, es gibt mehr als 2.500 Beschäftigte im Bereich der Anlagenherstellung zur Nutzung erneuerbarer Energien. Bei uns im Lande allein in der Windenergiebranche – um nur einiges herauszugreifen – haben wir 40 Unternehmen mit rund 2.000 Beschäftigten, die Fotovoltaikhersteller, viele Biomassenutzer. Wir wissen, wir haben schon viel mehr damit zu tun, dass wir die Bürgerinitiativen im Griff behalten – ich weiß nicht, ob ich das so sagen darf –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Besänftigen.)

zumindest besänftigen, genau, um das Potenzial zu erschließen, was in der Tat im Lande gegeben ist.

Ich lege großen Wert darauf, dass sich Unternehmen ansiedeln, dass ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht, dass Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in diesem Bereich bei uns zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze führen. Es ist ganz klar, da will ich Ihnen gern recht geben, dass innovative Umweltschutztechnologien eine Chance für unser Land darstellen und auf dem Weltmarkt sehr gefragt sind. Das ist völlig richtig.

Es haben sich auch bisher – ich habe es angedeutet – eine Reihe von Unternehmen der Branche angesiedelt. Ich will Sie nur erinnern an Nordex, an EEW Special Pipe

Constructions, das sind die, die die großen Türme bauen, oder eben CENTROSOLAR in Wismar oder ml&s Greifswald, circa 300 Mitarbeiter. Wir haben auch in den peripheren Einrichtungen viele, viele Arbeitskräfte, zum Beispiel bei der Windkraftindustrie, ich erinnere Sie an Torgelow, die Gießerei würde nie so gut laufen, oder andere Unternehmen, selbst das DMR, das ich vorgestern noch mal kurz besuchen konnte.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
Irene Müller, DIE LINKE,
und Ralf Grabow, FDP)

Dort lebt man inzwischen auch leider Gottes nicht mehr so sehr von Schiffsmotoren, wie wir das noch kennen, sondern von Getrieben, die bei Windkraftanlagen eine große Rolle spielen. Also es profitieren zahlreiche ansässige Unternehmen von einer sich dynamisch entwickelnden Industrie bei uns im Lande. Das betrifft sowohl die Endproduzenten als auch die Zulieferer.

Meine Damen und Herren, es ist ein ganz wesentlicher Punkt bei der Standortentscheidung auf Fachkräfte zurückzuführen und deswegen will ich Ihnen sagen, dass das Programm „Arbeit durch Bildung und Innovation“ genau in diese Richtung zielt, eben diese Fachkräfte zu sichern, eine hohe Wertschöpfung durch attraktive dauerhafte und existenzsichernde Arbeitsplätze bei uns im Lande zu schaffen, Arbeitsplätze, die im Bereich des Umweltschutzes tätig sind. Wir haben hier sehr junge Technologien, die einer ständigen Optimierung bedürfen, langfristig auch Ressourcen zu schützen. Das sind alles nur Gedanken, die in diesem Bereich von Bedeutung sind.

Das ArBI, wie wir es kurz nennen, beinhaltet aber nur einen Teil der Technologie- und Innovationsförderung des Landes. Seine Instrumente werden ergänzt durch alles das, was wir über ESF tun, was wir aber auch über den EFRE-Strukturfonds tun. Auch hier ist der deutliche Schwerpunkt gesetzt im Bereich der Umweltechnologien, der erneuerbaren Energien, wo wir dann sagen, wir wollen, dass Forschung und Wirtschaft im Lande enger aneinanderrücken. Wir haben ein Problem, das muss man ganz klar benennen: Wir haben relativ viele kleine mittelständische Unternehmen – das durchschnittliche Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ist bei 20 Beschäftigten – und naturgemäß ist es so, dass dort relativ wenig Forschung und Entwicklung stattfindet. Die ist aber notwendig, weil man sich auch im Bereich der erneuerbaren Energien vom globalisierten Wettbewerb nicht abkoppeln kann. Hier muss ständig geforscht werden und deswegen wollen wir die Forschungseinrichtungen hier mit einbinden. Das tun wir über die sogenannte Verbundforschung. Ich hoffe, dass Sie davon bereits gehört haben.

Ich will betonen, dass durch die Zusammenführung der Zuständigkeiten im Bereich der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung wir gute Voraussetzungen haben, hier mit einer erfolgreichen Förderpolitik auch zu arbeiten. Allerdings sollte eine nachhaltige Wirtschaftsförderung sich nicht nur, das will ich schon sagen, an ökologischen und sozialen Aspekten orientieren, sondern eben auch an wirtschaftlichen.

(Michael Rooff, FDP: Marktwirtschaftlichen.)

Das ist eine richtige Präzisierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

In vielen Bereichen der Aus- und Weiterbildung bestimmen die konkreten Bedürfnisse der Wirtschaft die Angebotsschwerpunkte. Das zu betonen und nachzuweisen, ist auch immer Landesinteresse. Insofern, will ich sagen, hilft mir Ihr Antrag wirklich nicht weiter.

Die Konzentration der Fördermittelvergabe durch die Landesregierung ausschließlich – wie Sie es fordern – auf die in Ihrem Antrag genannten Bereiche ist meiner Meinung nach so nicht sinnvoll. Das würde gleichzeitig ja auch eine Abwertung anderer Bereiche bedeuten. Klimaschutz und erneuerbare Energien sind zugegebenermaßen ein ganz wichtiger Schwerpunkt zum Beispiel in der GA. Wir haben daneben übrigens bei EFRE noch mal extra 25 Millionen für Klimaschutz zur Verfügung. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen. Ich denke, wir werden in diesem Jahr noch bis an die 8 oder 10, knapp 10 Millionen kommen in der Förderung in diesem Bereich. Da müssen wir schon aufpassen, dass das für die gesamte Förderperiode überhaupt noch reicht. Aber wir haben hier Schwerpunkte gesetzt und insofern, glaube ich, folgen wir durchaus der Intention Ihres Antrages.

Ich will an dieser Stelle auch ganz besonders auf die Chancen des Handwerks hinweisen, das von verschiedenen Klimaschutzmaßnahmen besonders profitieren kann. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks stehen mit ihrer Technik, mit ihrer Erfahrung, mit ihren Möglichkeiten, die sie bieten, in der Beratung zum Beispiel, den Menschen im Lande zur Verfügung, aber auch natürlich darüber hinaus, um Klimaschutzbestrebungen zu unterstützen.

Es gibt durchaus eine verstärkte Nachfrage nach energiesparenden Verfahren, die eben auch wieder – und da schließt sich dann die Kette – zum weiteren Arbeitsplatzaufbau führt. Oft sind es Maßnahmen wie zum Beispiel Wärmedämmung, wo das Handwerk tätig ist oder eben auch die Instandhaltung moderner Heizungsanlagen, die Nutzung hier auch gerade von Energieträgern, die bei uns im Lande eine große Rolle spielen. Ich habe gerade in Neubrandenburg eine Anlage mit in Betrieb genommen, die Pellets aus Wismar verwendet. Schöne Geschichte.

(Vincent Kokert, CDU: Ganz schön toll.)

Da kann man sehen, wie Wertschöpfung am Ende im Lande passieren kann.

Meine Damen und Herren, was ich nun allerdings überhaupt nicht verstehe, da bitte ich Sie, noch mal in sich zu gehen, wenn Sie zum Schluss Ihres Antrages davon sprechen, dass Sie die vollzeitschulische Ausbildung in diesem Bereich ganz besonders konzentrieren wollen.

(Vincent Kokert, CDU: Das versteht überhaupt keiner mehr.)

Das begreife ich wirklich nicht und ich glaube, das wollten Sie auch gar nicht,

(Reinhard Dankert, SPD: Nein.)

sondern das ist förmlich auch falsch, muss man sagen. Wir wollen gerade, dass da, wo das duale Ausbildungssystem funktionieren kann,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dass es da nun mittlerweile auch wirklich genutzt wird.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Wir haben Jahre hinter uns, wo das nicht so ging aufgrund der nicht vorhandenen Ausbildungsplätze. Aber im Bereich des Klimaschutzes, im Bereich der Anlagentechnik, all das, was hier eine Rolle spielt,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

gibt es zum Beispiel das Berufsbild Umwelttechniker. Es ist also viel wichtiger, dass wir hier die dualen Ausbildungsmöglichkeiten ins Feld führen. Insofern geht diese Forderung absolut ins Leere. Es tut mir leid, der Antrag ist für uns nicht hilfreich. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Timm von der Fraktion der SPD.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Verehrter Herr Griese, heute ist Ihre erste Landtagsrede gewesen, aber ich habe den Eindruck, dass Ihre Fraktion in jeder Landtagssitzung jetzt einen Antrag einbringt zum Thema Energiepolitik.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist doch gut so.)

Herr Holter hat hier in den letzten Sitzungen dazu gesprochen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich rede auch noch mal.)

Sie reden heute auch noch mal?

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Mit Augenzwinkern, Herr Holter.

Sie wollen darauf aufmerksam machen, dass das Konzept „Energiland 2020“ noch nicht vorliegt. Das ist auch Aufgabe der Opposition möglicherweise,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

aber wir haben uns im Landtag darauf verständigt im letzten Jahr,

(Michael Roof, FDP: Aber das steht im Internet.)

als wir über „Energiland 2020“ debattiert haben und den damaligen Antrag beschlossen haben, dass dies die Basis sein soll für die Weiterarbeit.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, bis Juli sollte es vorliegen.)

Es sollte bis Juli vorliegen, es liegt noch nicht vor. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung, Herr Minister Seidel, weiß, warum es nicht vorliegt. Ich weiß es nicht,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach so? –
Irene Müller, DIE LINKE: Aha, aha!
Damit geben Sie sich zufrieden?)

aber die Arbeit wird gemacht und das Ergebnis wird auch zu sehen sein demnächst.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Da kommen wir gleich noch drauf. Was im Internet zu sehen ist, da können wir gleich drüber diskutieren.

Also, meine verehrten Damen und Herren, wir als Koalitionsfraktionen werden die Debatte fortführen, aber nicht

auf der Basis Ihres Antrages, verehrte Herren Griese und Holter,

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann muss Herr Seidel ja doch wissen, was wir beantragt haben.)

sondern auf der Basis des Landtagsbeschlusses vom letzten Jahr nämlich,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Konzept „EnergieLand 2020“, das demnächst sicherlich kommt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aha! – Rudolf Borchert, SPD: So machen wir das.)

Meine Damen und Herren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wie sagte Herr Roof? Mit den Gaben unter dem Weihnachtsbaum. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

im Internet und auch sonst in der Öffentlichkeit lesen wir etwas von den Leitlinien zur Energiepolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und was darin steht, zeigt ja die Richtung an, in die „EnergieLand 2020“ marschieren wird. Und mir scheint es so zu sein, dass einiges von dem, was in den Leitlinien steht, Herr Holter, bei Ihrer Fraktion abgeschrieben worden ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Bei uns?!)

Entschuldigung, von Ihrer Fraktion abgeschrieben ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Bitte, schreiben Sie ab! Sehr gut!)

Sie kennen ja die Leitlinien wahrscheinlich auch. Da heißt es, dass der Aufbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen auf der Basis erneuerbarer Energien vorangetrieben werden soll und dabei soll es um Effekte gehen, unter anderem um die wirtschaftliche Stabilisierung in den Regionen, um mehr Beschäftigung und um Versorgungssicherheit in der Energieversorgung. All das lese ich mehr oder weniger wörtlich auch in Ihrem Antrag.

Selbstverständlich können diese Leitlinien noch keine spezifizierte Auskunft über die Strategie „EnergieLand 2020“ sein, Herr Roof,

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

aber wie gesagt, wenn die Richtung so bleibt, ist es die richtige.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, warten wir es mal ab.)

Ich will auf Folgendes hinweisen. Anfang November wurde der „Leitstern 2008“ vergeben, ein Preis im Bundesländervergleich erneuerbare Energien in mehreren Disziplinen. Gewonnen hat diesen Preis unser Nachbarland Brandenburg in der Disziplin „Bestes Bundesland für erneuerbare Energien“.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nächstes Jahr müssen wir da gewinnen.)

Insgesamt, meine Damen und Herren, schnitten die neuen Bundesländer im Durchschnitt besser ab als die alten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Bei der PISA-Studie war das auch so. Das zeigt, dass wir offensichtlich in den neuen Bundesländern inzwi-

schen mindestens den Anschluss gewonnen haben, teilweise auch – das war ja mal Ihr Wort, ich will es hier nicht erneuern, Herr Holter – überholt haben. Können Sie sich erinnern?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war nicht mein Wort.)

Die Anstrengungen, die wir machen müssen, sind noch nicht ganz genügend, denn unser Bundesland ist in diesem Vergleich im Mittelfeld geblieben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehen Sie.)

Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, besonders bei Wind, sind wir vorne.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Bei der Umsetzung von Ansiedlungsstrategien im Unternehmensbereich erneuerbare Energien sind wir hinten, 16. von 16. Bei der Beschäftigungszahl von Windenergie sind wir Zweiter, bei der Beschäftigtenzahl im Bereich erneuerbarer Wärme wiederum 16. von 16.

Ein Blick in den Bundesländervergleich erschließt die Möglichkeiten, die wir in den nächsten Jahren nutzen können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aha, deshalb wollte Herr Seidel unseren Antrag nicht.)

Und das ist so gewollt. Ein Wettbewerb ist ja gerade dazu da, sich an den besseren, an den vorderen Plätzen zu orientieren.

Wir haben Potenziale, Herr Minister Seidel hat ja einige hier auch schon aufgeführt. Ich will darauf hinweisen, dass wir Technologieunternehmen haben im Bereich Brennstoffzellentechnik – Herr Borchert hat ja da auch einiges schon auf den Weg gebracht, mit den Unternehmen zusammen –, Wasserstofftechnologien, Verstromung aus Erdwärme, Bioenergietechnologien. All das sind Bereiche, die in den nächsten Jahren in der Wirtschaft durchaus wachsen werden. Und das, meine ich, müssen wir in diesem Land auch politisch, das heißt, auch finanzpolitisch unterstützen in der Anwendung von EU- und Bundesprogrammen. Auch dazu hat Herr Minister Seidel schon einiges gesagt. Auf die Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftssegment erneuerbare Energietechnologie ist ja bereits eingegangen worden durch die Landesregierung.

Meine Damen und Herren, insofern erwarten wir den Bericht der Landesregierung. Wir warten ihn ab, denn wir sind auch Auftraggeber dieses Berichtes gewesen,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Bis dahin ist Winter.)

und werden dann auf dieser Basis, auch mit Ihnen in der Opposition, sehr engagiert und zukunftsorientiert die Debatte weiterführen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Timm.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roof.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Jetzt kommt eine feurige Rede.)

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde bei uns in der Fraktion erst mal mit Verwunderung aufgenommen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach doch? Der? –
Irene Müller, DIE LINKE: Sie wundern sich ja so vor sich hin immerfort.)

und wurde dann so aufgenommen, dass es womöglich eine Ergänzung ist der Dinge, die wir uns mal vorgenommen hatten, nämlich im November über das „Energie-land 2020“ zu sprechen. Da das aber offensichtlich nicht der Fall ist, wir haben eben gehört, Rohentwürfe stehen im Internet, aus dem Wirtschaftsministerium kommt dann irgendwann auch das, was uns im November zugesagt worden ist, aus dem Grund haben wir dann – und, Herr Kollege Holter, da habe ich in meiner Fraktion kämpfen müssen – Ihren Antrag nicht komplett ablehnen wollen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie haben für uns gekämpft?!)

weil über die Punkte 2, 3 und 4,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Gino Leonhard, FDP)

über die Punkte 2, 3, 4 brauchen wir, glaube ich, an dieser Stelle nicht ernsthaft zu reden. Es lohnt nicht, über 2, 3 und 4 zu reden. Deshalb haben wir auch einen Antrag gestellt, die Punkte 2, 3 und 4 aus dem Antrag zu streichen.

Aber der Punkt 1 – und da, Herr Minister Seidel, möchte ich Ihnen doch vehement widersprechen –, der Punkt 1, über den sollten wir sehr wohl sprechen. Und als Präsident des Wirtschaftsverbandes des Handwerks möchte ich Sie erinnern an den Obermeistertag des Handwerks hier in Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Programm „Haus sanieren – profitieren“ vorgestellt wurde. Sie werden es mit Sicherheit kennen. Das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern setzt riesengroße Hoffnungen auf den energetischen Umbau, auf Arbeiten in diesem Bereich, um Arbeitsplätze zu sichern, um neue Arbeitsplätze zu entwickeln und um auch ganz neue Technologien einzubauen.

Und ich will Ihnen ein paar Zahlen sagen. Seit Beginn des Gebäudesanierungsprogramms 2001 sind 150.000 Anträge eingegangen, in einem Wert von 9,5 Milliarden Euro. Die KfW-Bankengruppe hat 43.500 Genehmigungen für solche Projekte in Gang gesetzt. Hier ist etwas in Gang gesetzt, was wir gar nicht ernst genug nehmen können. Das ist ein Riesenpotenzial zur Schaffung, zum Erhalt von modernen Arbeitsplätzen im Handwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und einen zweiten Bereich möchte ich an dieser Stelle nennen. Es entsteht, wie sagt man auf Neudeutsch so schön, eine Win-win-Situation. Wir erhalten Arbeitsplätze und die Menschen im Hause bekommen sanierte, energetisch vernünftige Gebäude, in denen sie keine hohen Energiekosten bezahlen, in denen sie gesund leben können. Also auch dort sind die Betroffenen – diejenigen, die in den Wohnräumen sich befinden, die dort leben wollen – Profiteur dieser Aktion und dieser Maßnahmen. Und aus dem Grund – und nur aus dem Grund, lieber Kollege Holter – ist der Bereich, den Sie im ersten Absatz ange-

sprochen haben, nämlich eine Potenzial- und Entwicklungsanalyse. Und das erwartet das Handwerk. Welche Möglichkeiten können wir gemeinsam mit der Politik entwickeln, um diese Potenziale hier auszunutzen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Da geht es um Bauwesen, um Gebäudeschutz, um Isolierung. Ich möchte Sie allen Ernstes wirklich hier auffordern, sich noch mal genau zu überlegen, ob Sie diesen Antrag mit dieser Argumentation im Sinne des Handwerks hier einfach so pauschal in die Tonne treten können.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Gino Leonhard, FDP:
Richtig. – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das machen wir niemals.)

Haben Sie zumindest die Kraft und nehmen den Punkt 1. Der Punkt 1 ist etwas, was wir mit Sicherheit gemeinsam hier umsetzen sollten im Interesse der Arbeitsplätze hier in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kokert von der Fraktion der CDU.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nein, das sind nicht alles meine Redemanuskripte, keine Sorge.

Als Erstes möchte ich natürlich dem Kollegen Roof zu seiner Auffassung gratulieren, die er hier gerade vorne am Mikrofon kundgetan hat. Herr Kollege Roof, gerade bei Ihnen wundere ich mich doch wirklich, wo Sie sonst immer der Gralshüter der sozialen Marktwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sein wollen, dass Sie hier solche einseitigen energiepolitischen Spiele der LINKEN teilen wollen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Irene Müller, DIE LINKE: Was?)

Das, Herr Roof, versteht in den Koalitionsfraktionen jedenfalls niemand.

(Hans Kreher, FDP: Der hat ja keine Ahnung.)

Und ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen, die will ich Ihnen nicht schuldig bleiben.

(Michael Roof, FDP: Na los!)

Die Bundesregierung hat vor gar nicht allzu langer Zeit, Herr Kollege Roof,

(Hans Kreher, FDP: Was unsere
Auffassung ist, wissen wir besser.)

noch mal nachgelegt. Es sind noch mal weitere 3 Milliarden bewilligt worden für genau die Maßnahmen, die Sie hier ansprechen. Da geht es insbesondere um die Gebäudesanierung. Und das, denke ich, Herr Kollege Roof, ist ein guter Schritt.

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

Und zur LINKEN –

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Herr Kollege Holter, ich nehme an, Sie werden ja auf meine Rede dann noch mal erwidern –

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das überlegen wir noch.)

will ich sagen, man kann sicherlich vieles über die Regierungszeit von Rot-Rot hier kundtun, aber ich denke, eins, Herr Kollege Holter, kann man Herrn Professor Methling nicht vorwerfen, dass er genau auf diesem Gebiet nicht genug getan hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, ich habe ihn sogar gelobt. – Gino Leonhard, FDP: Na!)

Wir haben uns in der vorangegangenen Legislaturperiode

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

mal sehr intensiv über die Projekte hier ausgetauscht. Ich denke, wenn er heute hier wäre, Herr Kollege Holter, dann hätte er Ihnen auch ein Stück weit die Ohren lang gezogen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Glocke der Vizepräsidentin)

weil ich mehrere Projekte hier in diesem Land kenne, die er sehr intensiv unterstützt hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Meine
Ohren lassen Sie mal in Ruhe!)

Sie wissen ja, das hat auch der Minister Seidel hier noch mal angeführt, wir sind beim Thema regenerative Energien im Land Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Da muss man sich manchmal fragen, wenn Sie sowieso schon einen Bereich haben, der sich sehr dynamisch entwickelt, ob Sie da auch noch Geld hinterherwerfen wollen. Das geht wieder an Ihre Adresse, Herr Kollege Roof.

(Michael Roof, FDP: Deswegen
wollen wir eine Analyse machen.)

Da sind Sie ja sonst immer derjenige, der darauf hinweist und sagt: Schmeißt nicht so viel Steuergelder hinterher. Genau dieser Bereich entwickelt sich so gut in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

dass ich Ihnen ganz klar sagen muss, es gibt überhaupt keine Notwendigkeit, dort weitere Schützenhilfe zu leisten.

(Michael Roof, FDP: Woher haben Sie das?)

Das weiß ich aus eigener Erfahrung, Herr Kollege Roof. Vielleicht ist Ihnen nicht entgangen, dass ich auch Geschäftsführer eines Unternehmens bin, was sich insbesondere mit diesem Bereich beschäftigt.

(Michael Roof, FDP: Na, dann
haben wir einen Experten.)

Deswegen kann ich Ihnen auch sagen, dass man manchmal auch ein Stück weit überlegen muss, wenn es gerade um Biomassennutzung und auch um Biogasnutzung in diesem Land geht. Wir haben Kraftwerke hier im Land, die auch mit Fördergeldern gebaut wurden. Die fahren mittlerweile ihre Biomasse aus 200 Kilometern Entfer-

nung in dieses Land. Und dann muss man immer mal die Frage beantworten, ist das alles noch sinnvoll.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Michael Roof, FDP:
Genau so. Genau so. – Gino Leonhard, FDP:
Das ist richtig.)

Wir haben sicherlich Bereiche, da gibt es noch Potenziale, da gebe ich Ihnen vollkommen recht.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und wenn man darüber spricht, dass man regenerative Energien in Deutschland ausbauen will und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, dann muss man natürlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern in diesem Land auch sagen, dass sie das kräftig mitbezahlen, denn unterm Strich bleibt auch für die einheimische Wirtschaft nur der gesunde Energiemix in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Alles andere ist absolut alternativlos. Und da haben Sie ja gehört, dass wir gerade bei regenerativen Energien in diesem Land schon Spitzenplätze einnehmen. Deshalb muss man immer die Frage nach dem Sinn stellen, lohnt es sich überhaupt, noch weitere Biomassekraftwerke, Biogasanlagen und so weiter in Mecklenburg-Vorpommern zu errichten, weil sie auch zunehmend, und auch das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, Probleme mit den Netzbetreibern bekommen, denn die Netze in Mecklenburg-Vorpommern sind lange nicht mehr so leistungsfähig, dass sie jede neue Biogasanlage, jedes neue Biomassekraftwerk hier noch vertragen können.

(Rudolf Borchert, SPD: Deswegen müssen
wir die Netze ausbauen und modernisieren.)

Was besonders interessant ist, und diese Zahl musste ich mir raussuchen, die hatte ich auch nicht im Kopf: Gerade die regenerativen Energien – und das ist eine Zahl, die kommt von der Bundesregierung – haben im Jahr 2006, aktuellere Zahlen gibt es noch nicht, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu einer Mehrbelastung bei den Strompreisen von 3,2 Milliarden Euro geführt. Und DIE LINKE muss sich das natürlich auch von ihren Wählerinnen und Wählern fragen lassen, ob wir denn weiter diesen Kurs gehen wollen, den der Kollege Methling hier eingeschlagen hat, den wir ja zu einem gewissen Punkt als CDU auch immer unterstützt haben.

(Reinhard Dankert, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber wenn es dann, und das sage ich ganz deutlich, um ein Kohlekraftwerk in Demmin, in Lubmin geht,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

dann muss man natürlich auch die Aussage ganz klar hinterfragen. Wenn ich weitere regenerative Energien in diesem Land will, dann muss ich dafür sorgen, dass wir Erzeugungsanlagen in diesem Land haben, die auch noch sehr günstig den Strom produzieren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Dann können wir erst über weitere regenerative Anlagen in diesem Land reden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also müssten Sie bei Ihrem Antrag auch ganz klar fordern:

(Rudolf Borchert, SPD: Was ist denn das für ein Verständnis von Marktwirtschaft?)

Bauen Sie ein Kohlekraftwerk in Lubmin. Denn nur das sorgt dafür, dass wir zukünftig hier im Land vernünftige und bezahlbare Energiepreise weiterhin haben.

Und weil Herr Kollege Roof, und seine Fraktion hier einen Änderungsantrag gestellt haben, will ich noch einmal ein paar Punkte herausnehmen aus dem Punkt 1. Da wird ja zum Beispiel von einer Verkehrswende gesprochen. Ich persönlich kann mir darunter überhaupt nichts vorstellen. Ich persönlich weiß nicht, womit Sie den Wirtschaftsminister beauftragen wollen,

(Rudolf Borchert, SPD: Fahrrad fahren.)

eine – und Sie schreiben hier so schön – „Ökologische Verkehrswende“ in diesem Land herbeizuführen. Was meinen Sie konkret damit? Autos?

(Ralf Grabow, FDP, und
Michael Roof, FDP: Elektroautos.)

Oder meinen Sie noch den weiteren Ausbau des ÖPNV? Auch da sind wir in Deutschland Spitze. Gucken Sie mal in unser Nachbarland Brandenburg, wie es da im ÖPNV aussieht.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Oder vielleicht wollen Sie ja, dass die Autos wie in den 50er Jahren wieder auf Holzgas umgestellt werden. Aber dann, Herr Kollege Holter, schlage ich Ihnen vor, fangen Sie doch am besten gleich bei Ihrem eigenen Dienstwagen an, denn das wäre wahrscheinlich sinnvoll.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich habe gar keinen Dienstwagen. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Er hat gar keinen Dienstwagen.)

Ja, vielleicht im Augenblick, weil Sie auf dem Platz von Herrn Professor Methling sitzen.

Zum Thema Verkehrswende: Darunter kann ich mir nichts vorstellen. Da weiß ich auch nicht, was das Wirtschaftsministerium untersuchen soll.

Zum Thema Gebäudeschutz habe ich schon Stellung genommen. Dort sind 3 Milliarden von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt worden. Da sage ich Ihnen ganz klar: Dieses Geld soll erst mal ausgeschöpft werden und dann kann man immer darüber reden, ob man noch mal was nachlegt.

Sie fokussieren auf die Ansiedlung von mehr Unternehmen, die sich mit regenerativer Energie beschäftigen. Der Minister Seidel hat diverse Projekte genannt und hat auch mehrere Firmen benannt hier im Land. Auch da bleibe ich bei meiner Auffassung: Diese Branche entwickelt sich von ganz alleine und gerade in den letzten zwei bis drei Jahren auch sehr dynamisch. Da brauchen Sie die Landesregierung nicht noch weiter zum Jagen zu tragen.

Eins will ich zum Schluss auch ganz deutlich sagen, weil Sie ja ab und zu mal der CDU vorwerfen, wir wären in der Energiepolitik so ein kleines Schmuttelkind, was nur Kohlekraftwerke in diesem Land möchte.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie wollen ja Atomkraftwerke.)

Was mir ganz wichtig ist, das moderne EEG, was wir derzeit in der Europäischen Union haben, das hat sich eine ehemalige Bundesumweltministerin ausgedacht,

die heute Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ist, nämlich Angela Merkel.

(Michael Roof, FDP:
Aus Mecklenburg-Vorpommern.)

Aus Mecklenburg-Vorpommern, Herr Kollege Roof, das haben Sie gut erkannt.

Deshalb greift der Vorwurf natürlich nicht, dass wir beim Thema regenerative Energien irgendwie Dinosaurier sind oder aus der Steinzeit.

Ich denke auch, wenn es darum geht, in den Katalog der vollzeitschulischen Ausbildung neue Berufsbilder aufzunehmen – darauf hat der Minister hingewiesen –, haben wir da im Augenblick ganz andere Probleme. Wir haben nämlich die Probleme, dass wir sehr wenig geeignete zukünftige Auszubildende finden. Also müssen wir viel mehr an der dualen Ausbildung arbeiten und das nicht in die vollzeitschulische Ausbildung geben. Das wäre absolut kontraproduktiv. Aber mit der neuen Schulgesetznovelle haben wir, denke ich und hoffe ich, auch zukünftig mehr geeignete Abschlüsse von Realschülern und Regionalschülern, die sich dort als Auszubildende bewerben.

Unterm Strich bleibt mir nur zu sagen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wollen wir nicht.)

dass ich in keinem Punkt diesem Antrag zustimmen kann, und das auch ein Stück weit zu Ihrem Selbstschutz.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich habe ja Ihren Kollegen Methling, der sich da sehr engagiert hat, schon angesprochen. Damit würden Sie ihm ein Stück weit unrecht tun. Sie würden auch der jetzigen Regierung unrecht tun.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Macht er sich noch Sorgen? Ist ja niedlich!)

Im Übrigen, wenn es um das Energieland 2020 geht, liegt mir dieser Entwurf vor und der ist auch nicht so schwer zu finden. Der ist im Internet zu bekommen, Herr Kollege Roof, da kann man sich das angucken. Da sind die unter Punkt 1 beschriebenen Geschichten, die dort berichtet werden sollen, alle schon enthalten. Ich denke, wenn der Ihnen vorliegt, werden Sie auch mit mir übereinstimmen, dass dieser Antrag nicht notwendig ist. Deshalb werden wir sowohl den von der LINKEN gestellten Antrag als auch den Änderungsantrag ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes! DIE LINKE hat ein Problem aufgeworfen, das auch wir Nationalen schon mit Vehemenz angesprochen haben.

Erstens, den energetischen und sozialen Kollaps der westlichen Welt – energetisch, weil in absehbarer Zeit Industrie- und Konsumniveau mit den klassischen Energiequellen nicht mehr gehalten werden können, sozial, weil durch die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate und die Zahl der Produktivbeschäftigten sinkt und damit auch die finanzielle Lage die unteren Bevölkerungsschichten in die Armut treibt.

Zweitens. Wir stehen in den nächsten 10 bis 20 Jahren vor einer Krise, deren Ausgang noch offen ist und die einen Untergang dieses Gesellschaftsmodells nicht ausschließt.

Drittens. Uns ist schleierhaft, wie DIE LINKE diesen Kollaps mit der von ihr hier gewählten politischen Strategie verhindern kann. Wie sollen mit einer Potenzial- und Entwicklungsanalyse die Beschäftigungseffekte beim ökologischen Umbau erzielt werden, wenn das Land keine Wirtschaftsunternehmen betreibt und die Wirtschaft nicht planwirtschaftlich steuert?

Viertens. DIE LINKE versucht es zunächst einmal mit Werbung zur Unternehmensansiedlung, feiner Marketing-offensive genannt. Doch womit will die Landesregierung werben, wenn die Jugend auch mit der Prämiapolitik des Holter-Ministeriums in Scharen das Land verlassen hat? Technologische Veränderungen benötigen denkende und kreative Köpfe und gerade die sind knapp.

Fünftens. Eine zweite Modephrase ist die Vernetzung, die in fast allen Reformvorschlägen von Systemparteien immer wieder als wohlfeiles Wunder angepriesen wird. Nur: Um etwas zu vernetzen, zu einer höheren Dimension zu verknüpfen, bedarf es starker Tauer, deren Existenz wir bezweifeln. Isolierte Programme sind lediglich Flickschusterei.

Sechstens. Dazu passt auch, die Berufsorientierung so zu beeinflussen, dass die im Antrag genannten Bereiche den künftigen Auszubildenden in die Augen springen, natürlich in einer vollzeitschulischen Ausbildung. Schön gesagt. Bis auf wenige dieser Bereiche sind die genannten Themen Luftschlösser. Ein Beispiel: Unter der SPD-PDS-Landesregierung wurden Bahnhöfe der Bahnlinie Wismar-Rostock so zurückgebaut, dass Güterzugverkehr nicht mehr möglich ist und Personenzüge häufig deshalb Verspätung haben, weil keine Ausweichstellen vorhanden sind. Von der Schiene auf die Straße – sieht so ökologische Verkehrswende aus?

Siebtens. Als Nationaldemokraten sehen wir aber radikaler auf diese Krise als die heutige LINKE, die sich von einer Fundamentalkritik, wie sie noch Marx und Engels im 19. Jahrhundert wahrnahmen, verabschiedet hat. Sie versucht, innerhalb des Systems und mit den Regeln des Systems etwas aufrechtzuerhalten, was uns erst durch seine entartete Entwicklung in diese Krise geführt hat: den ungehemmten Ressourcenverbrauch in Korrespondenz mit einer ökonomischen Gesellschaftsordnung, in der die Profitabilität in immer kürzeren Zyklen und mit immer zweifelhafterer Finanzakrobatik erzielt werden soll. Gerade hier zeigt sich im System: Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Borrmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn dieser Antrag ein Lob ist, dann ist er ein Lob für die Umweltpolitik des damaligen Umweltministers Professor Dr. Wolfgang Methling, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben diesen Antrag gestellt, weil uns die Sorge umtreibt, dass das, was an Umweltpolitik und Energiepolitik der vergangenen Jahre auf den Weg gebracht wird, systematisch verspielt wird.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Uns ging es heute gar nicht darum, das Konzept der Landesregierung zum Energieland 2020 einzufordern. Das, glaube ich, muss man nicht einfordern. Da können Sie hier als Koalitionsfraktionen darauf warten, dass es nun kommt, oder selbst im Internet danach schauen. Ich weiß nur eins: Es war angekündigt für Juni 2008.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Es war dann vor der Sommerpause verabredet, es soll im September kommen. Heute haben wir November. Dann können wir doch wohl gemeinsam warten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Es wird Weihnachten. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Es wird ein Weihnachtsgeschenk.)

Ich garantiere Ihnen – Herr Roof ist jetzt nicht da –, unter dem Weihnachtsbaum wird dieses Energieland-2020-Konzept nicht liegen, zumindest nicht das, welches die Landesregierung auf den Weg bringen will. Dazu sind die Konflikte und die Meinungsunterschiede zwischen den Koalitionsfraktionen viel zu groß.

Damit das dann gelingen kann, habe ich einen kleinen Tipp. In Hessen ist ja gerade einer frei geworden. Herrmann Scheer ist ja nicht mehr im Schattenkabinett. Vielleicht laden Sie ihn nach Mecklenburg-Vorpommern ein. Er wird Ihnen sicherlich eine gute Unterstützung geben, um dieses Energielandkonzept 2020 dann zu erarbeiten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Reinhard Dankert, SPD: Das ist der Berater von Frau Gramkow.)

Natürlich, Herr Seidel, gibt es eine Potenzialanalyse. Das war doch auch nur didaktisch gemeint, um Ihnen eine Brücke zu bauen. Wir wollen aber, Herr Kokert, auch ausgehen von den 3 Milliarden, die jetzt draufgelegt wurden, und genau in dem Sinne, wie Herr Roof uns verstanden hat, jetzt die Entwicklungspotenziale bestimmen. Was bieten denn eigentlich diese Programme für Mecklenburg-Vorpommern, für Handwerk und kleine und mittelständische Unternehmen? Das, glaube ich, ist entscheidend.

Wenn wir nach meiner Auffassung über folgende Frage reden, ist ein solcher Antrag vernünftig oder unvernünftig, hilft er der Landesregierung oder hilft er der Landesregierung nicht – ich erwarte ja nun nicht, dass die Regierung sagt, die Opposition hilft der Landesregierung, das wäre ja ein verkehrtes Rollenspiel –, ist aber eins klar: Dieser Antrag ist gut, dieser Antrag ist sehr gut, weil er vernünftig ist, weil er der Entwicklung des Landes dient. Und das können Sie hier nicht mir nichts, dir nichts vom Tisch wischen oder – wie Sie hier zum Ausdruck gebracht haben – in die Tonne drücken.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das geht schon gar nicht, denn unsere Verantwortung ist es, die Leitlinien für die Entwicklung des Landes zu bestimmen. Und als hier die Ergänzung kam ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Warten Sie mal ab, Herr Liskow!

Hier kam die Ergänzung auf wirtschaftlich: nein, marktwirtschaftlich. Es ist zwar eine Tautologie, weil wir ja in der Marktwirtschaft leben, aber wir reden darüber, wer das Primat hat. Ich bin der Meinung, die Politik sollte das Primat haben und mit ihren Leitlinien, mit dem zu erwartenden Energielandkonzept, tatsächlich diese Prämissen vorgeben. Das, was Sie zurzeit machen, ist erstens ein Verspielen der bisherigen Umweltpolitik und Energiepolitik und zweitens folgen Sie dem Primat der Ökonomie und nicht dem Primat der Politik,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

nämlich Umweltpolitik und Klimaschutz, wo Sie all die Punkte, die wir hier aufgeworfen haben, in den Mittelpunkt stellen müssen. Wenn das alles so gut wäre, Herr Liskow, würden wir über das Steinkohlekraftwerk gar nicht diskutieren,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja.)

weil allein mit dem Steinkohlekraftwerk die Statistik so auf den Kopf gestellt wird und alles das, was Herr Kokert gesagt hat am Beispiel regenerativer Energien, dann überhaupt nicht mehr wahr sein würde. Also das gehört zur Wahrheit nun auch dazu.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und zweitens will ich Ihnen sagen, dass natürlich wir hier viel über Klimaschutz, ökologische Verkehrswende und all diese Fragen reden können. Ich möchte aber ganz gerne und wir als Fraktion möchten ganz gerne, dass das zum Allgemeingut der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird und dass wir deswegen das ganze Land tatsächlich zu einem Kompetenzzentrum für Klimaschutz und erneuerbare Energien entwickeln. Das, was mit der Altgebäudesanierung zusammenhängt, auch mit den erwähnten Milliarden, die zur Verfügung gestellt werden, ist noch lange nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Deswegen brauchen wir hier genau diesen Ansatz, dass wir eine Priorität setzen beim Klimaschutz und bei der Politik für mehr erneuerbare Energien.

Herr Minister Seidel, ich habe erwartet, dass Sie heute einen Ihrer Punkte – da haben Sie mich enttäuscht – nennen, die Sie am Dienstag genannt haben in der Wirtschaftsausschusssitzung, dass Sie beim Klimaschutz den Schwerpunkt auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung setzen, denn das würde ich gemeinsam mit Ihnen sogar unterschreiben, weil das vernünftig ist.

(Zuruf von Minister Jürgen Seidel)

Ja, das muss man immer wiederholen. Es müssen ja alle hören. Deswegen bin ich der Meinung, es geht um Arbeitsplätze und Wertschöpfung, aber, meine Damen und Herren, das reicht nicht. Ich will nicht auf die vorhergehende Debatte bei den existenzsichernden Beschäftigungsprogrammen eingehen. Ich bin der Meinung, wir müssen Arbeitsplätze, Wertschöpfung ergänzen mit gemeinwohlorientierten Konzepten für sinnstiftende und existenzsichernde Arbeit für all diejenigen, die in diesem Bereich der Arbeitsplätze (erster Arbeitsmarkt) und Wertschöpfung keinen Platz finden. Dann, glaube ich, wird ein ganzheitliches Konzept für mehr Arbeit und Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern daraus.

Wenn wir uns anschauen, wie denn die Statistik aussieht, dann ist es richtig, dass die Arbeitslosenstatistik zurückgegangen ist. Aber wir wissen auch, dass Leiharbeit zugenommen hat, Teilzeitarbeit zugenommen hat, befristete Jobs zugenommen haben, Minijobs zugenommen haben, dass also viel mehr Menschen in prekärer Beschäftigung arbeiten, als es noch vor vielen, vielen Jahren der Fall war.

Und wenn wir über Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang sprechen, setzen wir auf Dezentralität, Regionalität, Wertschöpfung und durch diese Kleinteiligkeit auch mehr Arbeitsplätze in den Regionen, um tatsächlich dort vor Ort über regionale Wirtschaftskreisläufe mehr Arbeit zu generieren, aber auch eine demokratische Kontrolle zu garantieren. Denn das, was wir zurzeit im Energiesektor haben, entzieht sich gerade dieser demokratischen Kontrolle. Wir brauchen mehr demokratische Kontrolle, Herr Kokert, um auch die Energiepreise letztendlich für den Verbraucher bestimmen zu können. Das ist unser Konzept und das genau steckt hinter unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Selbstverständlich brauchen wir heute einen Energiemix. Aber der Energiemix kann nicht auf Dauer beibehalten werden. Deswegen ist es doch nur gut, wenn wir zumindest erklären – und ich hoffe, dass das in dem Konzept „Energieland 2020“ dann als perspektivisches Ziel steht –, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern von der Verbrennung fossiler Energieträger tatsächlich befreit und dass Atomenergie, Atomspaltung auf keinen Fall in Mecklenburg-Vorpommern wieder einen Platz finden wird.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das muss zu einem Energiekonzept für Mecklenburg-Vorpommern für die Zukunft tatsächlich dazugehören.

Wir wollen in der Tat, dass die Nutzung alternativer und die Gewinnung regenerativer Energieformen den Vorrang erhalten und ganz systematisch alte, traditionelle Formen auslaufen. Wenn es um die ökologische Verkehrswende geht, dann müssen wir uns tatsächlich darüber unterhalten, ob das, was an Rückbau und Abbestellung von Zügen und im Rückbau bei Gleisen und bei Bahnleistungen erfolgt ist, richtig ist. Nein, auch hier sollten wir eine Kehrtwende einlegen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist richtig.)

wieder mehr auf die Schiene (Personen und Güter). Das schafft Arbeitsplätze und ist ein ganz konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das, glaube ich, ist ein Weg, den wir tatsächlich gemeinsam gehen sollten.

Deswegen, meine Damen und Herren, weil wir heute viel von Lob gesprochen haben, ja, loben wir den kranken Fraktionsvorsitzenden der LINKEN für seine bisherige Politik und leisten Sie einen Beitrag für seine Genesung, indem Sie diesem Antrag, der übrigens mit seiner Zustimmung hier eingebracht wurde, zustimmen, weil er vernünftig ist fürs Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Er mag links geschrieben sein, aber er leistet einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2010 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2010 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, einer Gegenstimme aus der Fraktion der CDU und Gegenstimmen aus der Fraktion der NPD angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1956 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Helmut Holter, DIE LINKE, und
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist aber schade.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1956 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der NPD und einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Antigermanismus bekämpfen, auf Drucksache 5/1961.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Antigermanismus bekämpfen
– Drucksache 5/1961 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschenhass ist ein Problem, dem Sie sich nicht stellen wollen, weil Sie sich als politisch Verantwortliche in einer Fremdenliebe gefallen, die das eigene Selbst verachtet. Das Problem aller europäischen Völker im 21. Jahrhundert aber ist ein Problem der Überfremdung. Das Problem aller europäischen Völker ist die Zerstörung der Identität.

Es ist ein Unsinn, Herr Jäger, wenn Sie in Ihrer Informationsbroschüre „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ behaupten, die NPD fürchte sich vor Vielfalt und Komplexität.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch!)

Sie schließen von sich auf andere, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da sind Sie panisch.
Da sind Sie in der eingeschränkten Intelligenz
panisch! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie, Ihre Fraktion und Ihre Partei zerstören Vielfalt und Komplexität. Wer Multikulti will, wer die Eigenart der Völker und Nationen zugunsten eines manipulierbaren Einheitsmenschen abschaffen will, der zerstört Vielfalt, Herr Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die NPD will Vielfalt der Völker erhalten. Sie wollen die Menschen hier nach Deutschland locken, als billige Arbeitskräfte missbrauchen und schließlich noch zwangsassimilieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch
Quatsch! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Assimilation aber ist Völkermord. Das sagt einer, der es wissen muss, der Herr Erdogan. Allerdings braucht sich der türkische Ministerpräsident keine Sorgen zu machen, denn sein Volk wird sich nach Lage der Dinge nicht assimilieren.

Wenn wir Politiker wie Herrn Jäger haben, dann werden wir die Deutschen bald zwangsassimiliert sehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zwangsassimiliert!)

Sie werden es noch nicht bemerkt haben, denn die Wirklichkeit kommt nicht bis ins Schloss, aber Europa wird gerade islamisiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ein anderes Hassziel.)

Deutschland liegt in Europa

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nicht von dieser Welt.)

und wir in Mecklenburg-Vorpommern sind ein Teil dieser Entwicklung.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das sind doch Ihre Kumpels. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir haben das in unserer Begründung geschrieben. Gerade weil unser Land noch nicht so massiv von dem Problem der Überfremdung betroffen ist, ist es Zeit zu handeln.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie verfahren ja immer bei den Blockparteien so: Sie tun nichts, außer vielleicht Folklore gegen Rechts, und wenn die Probleme dann überhand nehmen, drehen Sie sich um die eigene Achse. Die Politik hat aber die Aufgabe, Bedingungen zu schaffen, die erst gar nicht zum Chaos führen. Die Einwanderung und insbesondere die Islamisierung führen zu einer Bedrohung des deutschen Volkes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Deswegen brauchen
wir Demokratie und Toleranz in diesem Land.)

Was hier stattfindet, das ist nach der Definition der entsprechenden internationalen Konvention von 1948 Völkermord,

(Heinz Müller, SPD: Von was?! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fremdwörter!
Lass noch mal hören: Wie war das?)

den man auch im Frieden begehen kann. Völkermord bedeutet demnach solche Handlungen, die – und ich zitiere jetzt wörtlich – „in der Absicht“ begangen werden, „eine nationale, rassische, religiöse ... Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie fühlen sich als Opfer?! Sie fühlen sich als Opfer?!)

Da müssten Sie sich eigentlich distanzieren, Herr Körner, denn Rassen gibt es nach Ihrem Verständnis ja nicht.

Von Völkermord wird in der Konvention gesprochen, wenn „schwere körperliche und seelische Schäden“ an Mitgliedern einer Gruppe verursacht werden. Gemeint ist damit auch folgende Handlung: vorsätzliche Auferlegung von „Lebensbedingungen“ für die Gruppe, „die geeignet sind,“ ihre „körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“.

(Reinhard Dankert, SPD: Welche Schäden führen Sie denn den Kindern in HDJ-Lagern zu? – Helmut Holter, DIE LINKE: So, wie in Konzentrationslagern.)

Die Völkerzerstörung durch Überfremdung heute bedeutet die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der damalige britische Premierminister Winston Churchill erklärte Anfang September 1939: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.“

(Raimund Borrmann, NPD: So ist es.)

Es ist allerdings ein Witz der Weltgeschichte, dass auch die Zerstörung Englands selbst Ergebnis dieser Politik ist, die die Völker verachtet,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worüber reden wir eigentlich gerade?)

„Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme“. Das ist das Arbeitsprogramm des türkischen Ministerpräsidenten. Und so heißen dann auch die Moscheen hier in Deutschland.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sehr beliebt ist bei den neuen Landnehmern der Name Fatih-Moschee. Dieser Mehmet Fatih gefällt Ihnen offensichtlich. Jedenfalls habe ich von den Blockparteien noch nie Protest gehört.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Im Mai 1453 ließ der Fatih mit seinen moslemischen Söldnern eine christliche Stadt plündern. Die Männer wurden totgeschlagen und die Frauen vergewaltigt. Es dürfte wohl kein Zufall sein, dass Moscheen gerade so in Deutschland benannt werden. Solche pompösen Goteshäuser sind die Brutstätten für einen aufkeimenden Deutschenhass,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

denn ein stolzer Türke verachtet Menschen wie Sie, Herr Körner, Menschen, die ihre eigene Tradition mit Füßen treten.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Kinderschänder!)

In England ist tatsächlicher Rassismus, und zwar gegen Weiße, an der Tagesordnung. Wenn sich hier bei uns ein Pakistani selbst die Dönerbude anzündet, dann ist das für Herrn Caffier ja schon Fremdenfeindlichkeit. In England sehen wir, wie dramatisch sich die Verhältnisse verändern.

(Michael Andrejewski, NPD: Habe ich gehört, ja. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

In den letzten fünf Jahren haben sich die Fälle der Diskriminierung weißer Briten durch Zuwanderung verdoppelt. Nach Angaben der „Daily Mail“ im August 2008 ist inzwischen jeder dritte Brite davon überzeugt, schlechter behandelt zu werden als Einwanderer. Die Einwanderer bestimmen die Regeln.

(Raimund Borrmann, NPD: So ist es.)

Frauen darf nicht mehr öffentlich die Hand gegeben werden, Hunde sind als unreine Tiere in öffentlichen Parks nicht erlaubt.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Tannenbäume diskriminieren angeblich die Moslems. In bestimmte Gebiete dürfen weiße Engländer gar nicht mehr rein. Selbst die britische Labour-Partei hat im März 2008 das erste Mal eingestanden, dass es No-go-Areas gibt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sind wir hier in einem deutschen Landtag oder was?! – Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

in denen Briten verfolgt werden und jetzt nichts mehr zu suchen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu welchem Antrag sprechen Sie denn?! – Dr. Armin Jäger, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Mitten in England herrscht die Scharia.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja! Da sind sie Unterhaus oder Oberhaus?)

Im April 2008 wurde ein Mann nach einem Seitensprung mitten auf den Straßen von Sheffield hingerichtet. Die Täter sahen das Ganze als religiöse Pflicht an. Bis zu 20 Moslems traten ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Müller, ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

Tino Müller, NPD: ... und stachen auf den am Boden liegenden Mann ein, bis dieser tot war.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die Sache. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist das für Sie?! Worum geht's? – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Nach einer BBC-Studie wünscht inzwischen jeder zweite Brite, dass die Emigranten aus fremden Kulturkreisen England verlassen sollen.

(Udo Pastörs, NPD: Engländer sind auch Germanen, gnädige Frau! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Vor 20, 30 Jahren, als auch in England nationale Parteien vor diesen Dingen gewarnt haben, da haben sich die gleichen Politiker wie Sie, Herr Nieszery, hier zurückgelehnt

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

und das als Fantasterei und als Fremdenfeindlichkeit dif-famiert.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Jetzt jammern sie, die Briten sind fremd im eigenen Land geworden. Gerade weil wir die Komplexität erkennen, fordern wir Sie auf zu handeln! Jetzt ist noch Zeit.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die Hamburger auch.)

Nicht anders ist es in unserem Nachbarland Schweden.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Angelika Peters, SPD)

Zwei Drittel der Schweden zweifeln heute daran, dass der Islam mit der schwedischen Kultur vereinbar ist. Im schwedischen Parlament gibt es aber noch keine Diskussion über Multikulti, Islam und Ausländerkriminalität.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Die leben das einfach.)

Und in der Praxis werden Frauen, die Röcke tragen, von Einwanderern mit Steinen beschmissen und als Nutten bezeichnet.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Junge, Jungel)

Ist es das, was Sie meinen, wenn Sie von der Bereicherung durch Einwanderer sprechen?

(Heinz Müller, SPD: Es ist nur schwer erträglich, was Sie hier reden. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr schwer erträglich.)

Jeder vierte junge Moslem ist in Deutschland zur Gewalt gegen Andersgläubige bereit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja. –
Angelika Peters, SPD: Sie bedienen nur Klischees. – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Stammtischklischees! –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Nichtgläubige werden noch mehr zu befürchten haben.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Diese Zahlen sind übrigens vom Bundesinnenministerium. Die Gewalt wird sich gegen Deutsche richten. Es ist bereits jetzt bundesdeutsche Gegenwart, dass öffentliche Bäder von Araber-Banden terrorisiert werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wo, in Mecklenburg? – Zuruf von
Michael Andrejewski, NPD)

Ja, glauben Sie denn, dass diese Gruppen um Mecklenburg-Vorpommern einen Bogen machen werden?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind die schon da oder nicht? Sind die schon da, Herr Müller? –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

In Duisburg-Marksloh, einem Stadtteil in Westdeutschland, der ethnisch schon gesäubert worden ist, wurde letztes Jahr ein nicht sesshafter Deutscher beraubt und vertrieben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein was?!)

Die Begründung der Ausländerbanden, er sei ein Scheiß-deutscher und habe in unserer Stadt, also in einer Stadt der Türken, nichts zu tun. Wir wollen nicht warten, bis Marksloh auch in Rostock ist.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal eine geschichtliche Dimension beleuchten.

(Angelika Peters, SPD: Oh Gott!
Tun Sie's nicht, Herr Müller! –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Sie von den Systemparteien wollen ja immer so gerne aus der Geschichte lernen, denn es gibt Wechselwirkungen zwischen Tätern und Opfern.

(Reinhard Dankert, SPD: Ah ja! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das haben Sie aber nicht begriffen, oder?! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

In Spanien und Portugal haben die dortigen Einheimischen sich bereits gegen Ausländerbanden gewehrt und da kann das Pendel dann auch ganz schnell zurückschlagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Wir kennen das in Deutschland.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wissen Sie, was Sie jetzt gesagt haben?)

Sie haben ja den 9. November auf Ihre Weise in der letzten Zeit zelebriert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, jetzt kommt es!)

Sie blenden nur aus, dass diese Sachen auch eine Vorgeschichte hatten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

und die beginnt im Jahr 1933, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja, ja.)

Da kam es gegen Deutschland – und das ist eine Bewertung der jüdischen Gemeinde in Berlin im April 1933, ich zitiere wörtlich, „zu ein Gräu- und Boykottfeldzug“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu einem! Einem!)

„gegen Deutschland“. Dem Deutschen Reich, so im „Daily Express“ vom 24. März 1933 veröffentlicht, wurde der Krieg erklärt. „Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg“,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

hieß es in der Überschrift. Selbstverständlich wirkt sich so etwas aus, selbstverständlich gibt es Reaktionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Der Hass gegen eine Gruppe erzeugt Hass gegen diejenigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das ist gerechtfertigt?! Also, Herr Müller, Sie sind doch wahnsinnig. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Gehen Sie nach Hause!)

die anderen den Kampf ansagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schämen Sie sich nicht? Schämen Sie sich nicht? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn dieser Hass sich gegen Juden richtet,

(Gino Leonhard, FDP: Da sind Sie wieder.)

nennt man ihn eben Antisemitismus. Wir weigern uns eben nur, unterschiedlich zu gewichten. Den Antigermanismus müsse man ertragen, so Ihre Auffassung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das?)

aber der Antisemitismus wäre zu verurteilen. Juden sind aber keine besseren Menschen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schämen Sie sich, Herr Müller!)

Und wenn Sie sich dafür halten, dann erzeugen Sie damit Antisemitismus. Diesen Teufelskreislauf wollen wir durchbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch unglaublich! – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch widerwärtig! – Dr. Armin Jäger, CDU: Die Rede brauche ich im Wortlaut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ein weiterer trauriger, zutiefst undemokratischer, offen menschenverachtender, propagandistischer Ausfluss

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

der wahnhaften Denke von rechts außen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nachdem ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Setzen Sie sich hin, Herr Pastörs!)

Die NPD hatte versucht,

(Michael Andrejewski, NPD: Wir denken zumindest, im Gegensatz zu Ihnen.)

einen Antrag in diesen Landtag einzubringen, der von Antisemitismus und Fremdenhass geprägt war. Und damit wir alle wissen, wovon wir heute eigentlich reden, denn dieser Antrag liegt Ihnen in der Form nicht mehr vor, möchte ich zitieren, was in diesem Ursprungsantrag stand:

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch verboten. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht verboten.)

„So löste der durch Deutschenhass motivierte Mordanschlag des Juden Herrschel Grynszpan vor 70 Jahren in Deutschland antijüdische Unruhen aus. Der Boykottaufruf des Jüdischen Weltkongresses gegen die deutsche

Wirtschaft ... hat vermutlich einen wesentlichen Anteil an den Anfang April 1933 durchgeführten Maßnahmen gegen jüdische Geschäfte in Deutschland.“

(Tino Müller, NPD: Genauso ist es.)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag hatte ganz eindeutig zum Ziel, nationalsozialistische Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland am 9. November 1938 zu verharmlosen und umzudeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Raimund Borrmann, NPD: Nein. – Michael Andrejewski, NPD: Und so was lesen Sie dann vor? Sehr bedenklich. – Stefan Köster, NPD: Also hier müssen Leute Verfolgungswahn haben.)

Der nun vorliegende Antrag, der zwar mit seinen Formulierungen keinen direkten Konflikt mit dem Völkerstrafgesetzbuch eingeht, ist in meinen Augen jedoch nicht weniger verabscheuenswürdig.

(Michael Andrejewski, NPD: Völkerstrafgesetzbuch? – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, wenn die NPD von Antigermanisierung spricht,

(Udo Pastörs, NPD: Antigermanismus, nicht Antigermanisierung!)

dann müssen wir uns erst einmal anschauen, was Nationalsozialisten unter Germanisierung verstehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh ja. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das finde ich auch.)

Germanisierung heißt für diese Herren nämlich nichts anderes, als gegen andere Kulturen vorzugehen, sie zu verdrängen und möglichst auszurotten.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja. – Stefan Köster, NPD: Blättern Sie wieder in Ihren Märchenbüchern? –

Udo Pastörs, NPD: Schauen Sie mal nach Berlin-Kreuzberg, wer da wen verdrängt, gnädige Frau!)

Das Ziel dahinter ist, ein kulturell, sprachlich und rassistisch einheitliches Deutschland zu schaffen,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

das natürlich über unsere heutigen Staatsgrenzen hinausgehen soll oder, wie die NPD es heute in ihrem Programm beschreibt, ich zitiere: „innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen“. Das, meine Herren, will die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle die Staatsministerin und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Dr. Maria Böhmer aus ihrer Rede „Deutschland sagt Danke“ am 1. Oktober 2008 zu Ehren der ersten Generation der Gast- und Vertragsarbeiter zitiere.

Michael Andrejewski, NPD:
Seit wann spricht die für Deutschland?)

Zitat: „Viele von ihnen hatten Verständigungsprobleme, aber nicht nur wegen der Sprache. Und Deutschland war ungeübt im Umgang mit anderen Kulturen.“

(Michael Andrejewski, NPD: Und alles ist wunderbar. – Udo Pastörs, NPD: Die haben auch noch hier gearbeitet.)

„Nach und nach hat sich ihre materielle Situation verbessert. Aber das genügt nicht, um sich hier heimisch zu fühlen.“

(Stefan Köster, NPD: Und Ausländerbanden sind nur eine Lüge in der Zeitung.)

„Freundschaften müssen dazukommen. Und die Erkenntnis: Ich bleibe hier. Dazukommen muss aber auch das Signal des Willkommens. Heimat hat mehr mit dem Herzen zu tun als mit dem Kopf und wir Deutsche haben nicht immer die Sprache des Herzens gesprochen. Wir sprechen sie heute, an diesem Tag, und in Zukunft.“

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrman, NPD)

„Denn wir haben gelernt, Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der alle verändert.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. – Michael Andrejewski, NPD: Sie sprechen die Sprache des Geldes. Was anderes kennen sie doch gar nicht. – Raimund Borrman, NPD: Und die Sprache der Spekulation.)

„Sie haben das Gesicht Deutschlands verändert.“

(Udo Pastörs, NPD: Leider, ja.)

„Sie bereichern unsere Wirtschaft, unsere Kultur und unsere Gesellschaft.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„Mehr und mehr begreifen wir uns als vielfältiges Land, als Integrationsland. Deutschland ist ihnen zur Heimat geworden.“

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

„zur zweiten Heimat, wie viele von ihnen sagen.“

(Udo Pastörs, NPD: Und den Deutschen zur Fremde im eigenen Land.)

„Wir haben eine gemeinsame Geschichte und wir haben eine gemeinsame Zukunft. Die Zukunft sind unsere Kinder und Enkel.“ Zitatende.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, es ist an uns allen, an dieser gemeinsamen Zukunft zu bauen. Dabei hilft es nicht zu verschweigen, dass es in der Tat Integrationsdefizite gibt.

(Michael Andrejewski, NPD: Ach, tatsächlich? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wenn wir – wie gestern und heute – in Mecklenburg-Vorpommern darüber diskutieren, wie wir zum Beispiel die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss verringern können, dann gilt dies deutschlandweit natürlich auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund,

denn wir können und wollen es uns nicht leisten, dass ganze Gruppen im ökonomischen und sozialen Abseits landen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr richtig. – Michael Andrejewski, NPD: Das ist doch schon passiert.)

Was wir allerdings bei solchen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen nicht brauchen, das ist die rechte Propaganda,

(Udo Pastörs, NPD: Ohne die bewegt sich doch gar nichts.)

die Menschen aufgrund ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrer Sprache oder ihres Glaubens von unserer Gesellschaft ausschließen will,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

eine Propaganda, die so schmutzig ist, dass sie Menschen benutzt, um Ängste zu schüren, Unsicherheit zu verbreiten

(Raimund Borrman, NPD: Das schafft doch keiner. Es glauben alle an die Demokratie.)

und ganze Gesellschaftsteile pauschal zu kriminalisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrman, NPD)

Meine Herren von der NPD,

(Raimund Borrman, NPD: Wo sollen denn die Ängste herkommen? Es ist doch alles wunderbar.)

was Sie von demokratischen Fraktionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Vergangenheit unterschieden hat, heute unterscheidet und immer unterscheiden wird, ist die Tatsache, dass Sie die menschliche Dimension des Menschen völlig ausblenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Michael Andrejewski, NPD: Das sagt die Ausbeutergesellschaft.)

Ihre sogenannte Politik und gespielte Sorge um unser Land und seine Menschen ist in Wahrheit menschenverachtend und das sprüht aus jeder Zeile Ihres abscheulichen Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Michael Andrejewski, NPD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe im Übrigen davon aus, dass in diesem Landtag 65 Abgeordnete sitzen,

(Stefan Köster, NPD: Wenn sie denn alle da sind.)

die frei von Selbsthass und Selbstverachtung ihre Wählerinnen und Wähler vertreten. Wir alle leben gerne in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland, in Europa und in dieser Welt.

(Michael Andrejewski, NPD: Erster Klasse.)

Und wir beweisen und erleben im Gegensatz zu anderen hier im Hause anwesenden Abgeordneten täglich aufs Neue,

(Michael Andrejewski, NPD:
Kaufen Sie sich ein Kopftuch!)

dass unsere Gesellschaft lebendig

(Raimund Borrmann, NPD:
Essen Sie kein Schweinefleisch mehr! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und unsere Demokratie wehrhaft ist. – Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau
Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr
Müller für die Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Um Gottes willen!)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und
Herren! Tolle Rede, ab damit in den Rundordner!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der
SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Sie meine jetzt Ihre, oder was?)

Ich beginne mit einem Zitat: „Der beiderseitige Haß darf
nicht verewigt, er muß abgebaut werden.“

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hören
Sie doch auf! Ab in den Rundordner!)

„Dies aber kann nur geschehen, wenn die deutschen
Juden sich endlich von dem Einfluß ihrer heutigen Berater
freimachen, die ihnen lediglich zu Munde reden und
ihnen alles verschweigen,“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer hat Ihnen das
aufgeschrieben? Herr Pastörs oder wer?
Wer hat denn das aufgeschrieben?)

„was nicht in den Rahmen ihrer hervorgebrachten Antise-
mitismusbekämpfung paßt.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer hat denn das aufgeschrieben?)

„Die Beseitigung des verheerenden Einflusses wird die
Zukunft des Deutschen Juden sein.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Dieses Zitat stammt aus einer bereits 1932 verfassten
Studie des Verbandes nationaldeutscher Juden e.V.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aha!)

Es ist traurig, dass Sie von den Blockparteien, Sie, die
nicht nationalen Parteien, solche Warnungen jederzeit in
den Wind schlagen.

(Angelika Peters, SPD: Holzkopf! –
Irene Müller, DIE LINKE: Sie sind
ja ein Ewig-vorwärts-Denker.)

Das haben Sie ja heute wieder gezeigt. Die Dinge kündi-
gen sich an, bevor es zum Unglück kommt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Die Saat des Zweiten Weltkrieges wurde in Versailles
gelegt und auch die Ausschreitungen gegen Juden in
Deutschland ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt ist es genug! Es reicht!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter
Müller!

(Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es reicht!)

Herr Abgeordneter Müller, ich erteile Ihnen einen Ord-
nungsruf, weise Sie darauf hin, dass Sie hier bitte die
Ereignisse der Geschichte nicht verfälscht wiedergeben
sollten,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist seine Meinung. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

und mache Sie darauf aufmerksam, und mache Sie
darauf aufmerksam,

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie Historikerin?)

dass ein weiterer Ordnungsruf dazu führen wird, dass ich
Ihnen das Wort entziehen werde.

(Raimund Borrmann, NPD: Hören Sie doch
endlich auf mit Ihrer Präsidialdiktatur! –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Tino Müller, NPD: Pogrome gegen eingeborene Euro-
päer sind jetzt schon offenbar.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Herr Mül-
ler!

(Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort.)

Herr Müller!

(Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort.)

Herr Müller, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

(lang anhaltender Beifall und Unruhe
bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz ruhig bleiben!)

Setzen Sie sich bitte auf Ihren Platz.

(Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort. –
Zurufe aus dem Plenum: Raus! –
Glocke der Präsidentin)

Herr Müller, ich schließe Sie,

(Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort.)

Herr Müller, ich schließe Sie wegen gröblicher Verletzung
der Ordnung des Hauses von der heutigen Sitzung aus.

(lang anhaltender Beifall und Unruhe
bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Der Abgeordnete Tino Müller setzt seine
Rede bei abgeschaltetem Mikrofon fort.)

Herr Müller, da Sie meiner Aufforderung nicht nachkom-
men, da Sie meiner Aufforderung nicht nachkommen,

(Raimund Borrmann, NPD:
Halten Sie endlich die Klappel!)

Herr Müller, entziehe ich Ihnen nicht nur das Wort für heute, fordere Sie nicht nur auf, den Saal zu verlassen, und erteile Ihnen hiermit das Verbot zur Teilnahme an weiteren drei Landtagssitzungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Raimund Borrmann, NPD: Nieder mit der Präsidialdiktatur! – Stefan Köster, NPD: Mein Gott, hat die Frau Angst vor der Wahrheit!)

Wir werden die unterbrochene Sitzung in fünf Minuten fortsetzen.

Unterbrechung: 19.15 Uhr

Wiederbeginn: 19.21 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass ich den Abgeordneten Tino Müller wegen gröblicher Verletzung der Ordnung von der Sitzung ausgeschlossen habe.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Käse!)

Herr Abgeordneter Köster,

(Michael Andrejewski, NPD: Er wollte ein Stück Käse.)

Sie erhalten für Ihre Äußerung einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD: Nur, weil er Hunger hat.)

„Der Abgeordnete hat“ ...

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

„Der Abgeordnete hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Geschieht dies trotz Aufforderung des Präsidenten nicht,“

(Raimund Borrmann, NPD: Der Präsidentin.)

„so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben.“ Das haben wir getan. „Der Abgeordnete zieht sich hierdurch ohne Weiteres den Ausschluss von weiteren drei Sitzungstagen zu,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

„der Präsident stellt dies bei Wiedereröffnung der Sitzung oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest“, was ich soeben getan habe.

Ich verweise auch auf Absatz 2 Paragraf 99: „Ausgeschlossene Mitglieder des Landtages dürfen während der Dauer des Ausschlusses von Plenarsitzungen auch nicht an den in den gleichen Zeitraum fallenden Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen. Das betroffene Mitglied des Landtages gilt als beurlaubt. Es darf sich nicht in die Anwesenheitslisten eintragen.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich erteile dem Abgeordneten Herrn Borrmann einen Ordnungsruf für seine Beleidigungen in Richtung des Präsidiums.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich erteile dem Abgeordneten Herrn Pastörs den dritten Ordnungsruf. Da wir ihn beim zweiten Ordnungsruf heute Morgen drauf aufmerksam gemacht haben, dass der dritte Ordnungsruf die Wortentziehung nach sich zieht,

Herr Pastörs, haben Sie damit keine Gelegenheit, heute sich mehr an der Debatte zu beteiligen.

(Michael Andrejewski, NPD: Die dauert sowieso nicht mehr lange.)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Da der NPD der Redner abhanden gekommen ist,

(Raimund Borrmann, NPD: Nein.)

frage ich, ob es jemand gibt, der die verbleibende Redezeit ...

(Raimund Borrmann, NPD: Ja, ich würde das gern tun.)

Herr Borrmann, Sie haben das Wort.

(Stefan Köster, NPD: Noch haben wir einige Abgeordnete. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Raimund Borrmann, NPD: Ich setze das Manuskript meines Kollegen fort:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich erwähnte, so wollte mein Kollege sagen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie nicht?)

bereits die jüdische Kriegserklärung gegen Deutschland. Zeitlich danach blockierten Deutsche jüdische Geschäfte für einen Tag, nach meiner Erinnerung der 1. April. Diese zeitliche Abfolge kann nicht gelehrt werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ihr Vorredner konnte sich dran erinnern.)

Dass es zwischen diesen beiden Ereignissen keine Beziehung gibt, das ist dann ein Problem, das man näher betrachten sollte.

1937 wurde der Schweriner, ein Bürger Schwerins, Wilhelm Gustloff, von einem orthodoxen Juden, David Frankfurter, erschossen. Das Motiv lag in seinem Hass gegen Deutschland. Die jüdische Presse im Ausland feierte ihn als einen neuen David. Nach 1945 wurde er aus der Haft entlassen und bezog in zynischer Weise bis zu seinem Tod eine Wiedergutmachungsentschädigung, die die BRD ihm bezahlte, obwohl er einen Mord begangen hatte. 1938 erschoss der Jude Herr Grynszpan den deutschen Sekretär Ernst vom Rath in Paris. Wahrscheinlich wegen seiner großen Liebe zum deutschen Volk?

Deshalb schrieb wahrscheinlich auch der Zionist Bernard Lecache in seinem Organ, der Liga gegen Antisemitismus: Grynszpan, du bist freigesprochen. Unsere Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nummer eins, erbarmungslos den Krieg zu erklären.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ob er auch die Millionen aufzählt, die von Deutschen erschossen worden sind? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Natürlich waren die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf so ein Ereignis rein zufällig. Oder die Reaktionen waren nach Ihrer Lesart ein Baustein im Vernichtungsprogramm des Nationalsozialismus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unglaublich.)

Die Ermordungen Gustloffs und Raths waren natürlich keine Provokationen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist wirklich unglaublich. –
Reinhard Dankert, SPD: Ihre einseitige
Geschichtsmeinung ist einfach zum Kotzen.)

und die Deutschen hätten 1938 sagen sollen: Kritik an
Hetzkampagnen und Mordanschlägen gegen Deutsche
sind nicht erlaubt. Das wäre dann ja Antisemitismus. Das
ist Ihre Logik.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Im November 1938 gingen übrigens rund 100 jüdische
Gotteshäuser in Flammen auf

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ein offizieller Bericht für gezielte Ausschreitungen liegt
nach den Erkenntnissen unserer Fraktion nicht vor.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was? Was?)

Vielleicht können Sie uns ja ...

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann
doch wohl nicht wahr sein!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann! Herr
Borrmann, Sie verfallen genau wie Herr Müller in Ihren
Ausführungen da rein, dass Sie hier die Geschichte ver-
fälschen, dass Sie hier auf zynische Art und Weise die
wahren Ursachen des Zweiten Weltkrieges in ein völlig
verkehrtes Licht rücken.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wer legt denn das fest?)

Herr Borrmann, ich entziehe Ihnen hiermit das Wort.

(Stefan Köster, NPD: Wie lange hab
ich denn noch? – Dr. Armin Jäger, CDU:
Es ist besser, Sie halten die Rede nicht. –
Udo Pastörs, NPD: Du hast noch
anderthalb Minuten, Stefan.)

Fünf Sekunden haben Sie, Herr Köster.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Tun Sie
den Menschen im Land bloß einen
Gefallen und setzen Sie sich hin!)

Stefan Köster, NPD: Wahrheit im Landtag ist schwer,
aber es gibt zum Glück die NPD-Fraktion. – Danke.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion der NPD – Michael Andrejewski, NPD:
Wahrheit ist unparlamentarisch im Landtag.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die
Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der NPD-
Fraktion auf Drucksache 5/1961. Wer dem NPD-Antrag
zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzei-
chen. – Wer stimmt dagegen? –

(Michael Andrejewski, NPD:
Überwältigende Mehrheit!)

Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der
Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1961 bei
Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung durch alle
demokratischen Fraktionen im Hause abgelehnt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind
am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe
die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch den
17. Dezember, 10.00 Uhr ein, berufe gleichzeitig jetzt im
Anschluss den Ältestenrat ein. Die Sitzung ist geschlos-
sen. Schönen Feierabend!

Schluss: 19.27 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Lorenz
Caffier, Jörg Heydorn, Burkhard Lenz, Mathias Löttge
und Dr. Wolfgang Methling.

Schriftliche Beantwortung
zu den Fragen 3, 7, 12, 13, 14, 16 und 18
der
Fragestunde

– Drucksache 5/1990(neu) –

Geschäftsbereich des Innenministers

Zu Frage 3

„Sehr geehrter Herr Pommerening,

in der Fragestunde der 56. Sitzung des Landtages am 20. November 2008 hat der Abgeordnete Raimund Borrmann, Fraktion der NPD, folgende Zusatzfrage zu Frage 3 der LT-Drs. 5/1990 (neu) formuliert:

Hat die Landesregierung in den Unterlagen Kenntnis über die Endlagerung atomarer Brennstäbe oder Kugeln? Ist da irgendwas aufgeführt für das Kraftwerk?

Eine schriftliche Beantwortung wurde vereinbart. Daher möchte ich wie folgt ausführen:

Die UVP-Dokumentation zum Vorhaben des finnischen Unternehmens Fennovoima Oy enthält auch Aussagen zum Abfallmanagement. Danach ist geplant, die abgebrannten Brennelemente am Standort zunächst zwischenzulagern. Je nach Ausgang des UVP-Verfahrens ist für die Zwischenlagerung entweder eine Nasslagerung oder eine Trockenlagerung vorgesehen. Anschließend ist beabsichtigt, den verbrauchten Kernbrennstoff in das finnische Endlager in Olkiluoto zu transportieren. Eine Entsorgungsvorsorge ist damit getroffen worden.

Ich bitte die Abgeordneten entsprechend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Lenz“

Geschäftsbereich der Justizministerin

Zu Frage 7

„Sehr geehrter Herr Pommerening,

als Anlage übersende ich die Antwort von Frau Justizministerin Uta-Maria Kuder in schriftlicher Form.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ralf Himbert

Fragen für die Fragestunde in der Sitzung des Landtages

Frage des Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP

Zusatzfrage zu Frage 7:

Kann sich die Landesregierung vorstellen, dass das Modell, das in der Hansestadt Greifswald jetzt beschlossen wurde, einen Ombudsmann für die Arge einzuführen, hier in größerem Maße Entlastung schaffen könnte?

Antwort:

Grundsätzlich kann die Einführung eines Ombudsmanns für die Tätigkeit der Argen einen Beitrag zur außergerichtlichen Streitschlichtung leisten und damit zur Entlastung der Gerichte führen. Daher hat die Landesregierung auch vergleichbare Überlegungen des Bürgerbeauftragten zur Einrichtung einer unabhängigen Prüfstelle begrüßt. In welchem Umfang eine Entlastung der Sozialgerichte tatsächlich erreicht werden wird, hängt von der konkreten Ausgestaltung vor Ort ab, die von der Landesregierung nicht beurteilt werden kann.“

Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Zu den Fragen 12, 13, 14, 16 und 18

„Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

im Rahmen der Fragestunde der 56. Sitzung des Landtages wurden Nachfragen gestellt, die ich wie folgt beantworte:

Nachfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Tack, Fraktion DIE LINKE, zu Frage 12:

„Sind von dieser positiven Aussage auch die verarbeitenden Betriebe betroffen, also die Milchwirtschaftsbetriebe und so weiter?“

Die Einschätzung, dass die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich gut aufgestellt seien, gilt auch für diejenigen Betriebe der Landwirtschaft, die nicht nur reinen Marktfruchtbau betreiben. Auch die angesprochenen Verarbeitungsbetriebe der Ernährungswirtschaft und die Milchwirtschaftsbetriebe haben sich in unserem Land in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt.

Zwar ist es nicht zu bestreiten, dass viele Milchviehbetriebe bedingt durch den anhaltenden Preisverfall der Milch zunehmend in finanzielle Bedrängnis zu geraten drohen.

Die Hauptursache dafür liegt nach wie vor in dem Überangebot an Milch auf dem europäischen Markt. Bereits vor dem Einsetzen der Finanzkrise haben Bund und Länder Maßnahmen beschlossen, um dieses Problem mittel- bis langfristig zu lösen. Für den damit einhergehenden Strukturwandel sind die landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern besser gerüstet als in anderen Regionen Deutschlands.

Sie haben die günstigen Förderbedingungen genutzt, um ihre Betriebe zu modernisieren und den gestiegenen Anforderungen an eine effiziente und qualitätsorientierte Milchproduktion anzupassen.

Trotz Finanzkrise und niedrigem Milchpreis ist die Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Agrarinvestitionsförderprogramm seitens der Milchviehbetriebe ungebrochen.

Nachfrage des Abgeordneten Borrmann, Fraktion der NPD, zu Frage 12:

„Welche zusätzlichen finanziellen Mittel ist die Landesregierung bereit, zur Unterstützung agrarwirtschaftlicher bzw. verarbeitender Betriebe aufzubringen, falls es bei der Finanzierung durch Bankenausfälle zur Nichtbereitstellung von Finanzmitteln kommt?“

Aus den in der Fragestunde genannten Gründen sieht die Landesregierung zurzeit für ein derartiges Szenario im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft keinerlei sachliche Grundlage. In einem hierzu kürzlich stattgefundenen Gespräch haben die Banken versichert, dass sie die Betriebe in diesem Wirtschaftssektor als besonders stabil und kreditwürdig betrachten und die Finanzkrise dort keinerlei Einfluss auf ihre Finanzierungsbereitschaft hat. Politische Maßnahmen für den Fall der Nichtbereitstellung von Finanzmitteln durch die Banken sind deshalb vorläufig nicht geboten.

Nachfrage des Abgeordneten Borrmann, Fraktion der NPD, zur Frage 13:

„Welchen direkten Einfluss hat die Landesregierung ihres Erachtens auf die Bundesregierung bei krisenhaften Entwicklungen wie gerade in der Fischwirtschaft?“

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 des Grundgesetzes über den Bundesrat bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes sowie in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Zur Umsetzung der Landesinteressen steht die Landesregierung darüber hinaus fortlaufend in Kontakt mit den jeweiligen Behörden auf Bundes- und EU-Ebene.

Nachfrage der Abgeordneten Reese, Fraktion der FDP, zu Frage 14:

„Liegen der Landesregierung bereits Erkenntnisse vor, welche Auswirkungen die neue Regelung auf Mecklenburg-Vorpommern haben wird?“

Über die Auswirkungen der geplanten Neuregelungen im EU-Pflanzenschutzrecht können zurzeit keine verlässlichen Aussagen getroffen werden. Der derzeit diskutierte Verlust an Wirkstoffen und damit an Pflanzenschutzmitteln bewegt sich zwischen 20 % und 80 %, abhängig vom Bewertungsverfahren im Rahmen der Zulassung.

Die Auswirkungen können erst nach der Einigung auf europäischer Ebene und nach Erlass der erforderlichen Durchführungsbestimmungen belastbar ermittelt werden.

Nachfrage des Abgeordneten Andrejewski, Fraktion der NPD, zu den Fragen 15/16:

„Ist ein Maximalbudget für den Schutz der Küsten eingestellt, das nicht überschritten werden darf?“

Ausgehend von einer langfristigen prioritären Maßnahmenplanung werden die Maßnahmen des Küstenschutzes im Einzelplan 08 Kapitel 0803 Titel 752 01 mit einer Titelgesamtsumme veranschlagt. Diese stellt, wie bei jedem Haushaltstitel, das zulässige Maximalbudget dar. Es kann nur überschritten werden, wenn Minderbedarfe bei deckungsfähigen Titeln vorhanden sind. Allerdings kann es an den Küsten nach Sturmfluten das Erfordernis von unaufschiebbaren Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr geben. In derartigen Situationen gilt das Maximalbudget nicht. Die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Maßnahmen müssen in diesen Fällen durch außerplanmäßigen Einsatz finanzieller Mittel ermöglicht werden.

Nachfrage des Abgeordneten Borrmann, Fraktion der NPD, zur Frage 18:

„Verfügt die Landesregierung über alternative Konzepte, falls die weitere Liberalisierung scheitert?“

Wie bereits in der Fragestunde ausgeführt, wird die Landesregierung die notwendigen Umstrukturierungsprozesse im Bereich der Milcherzeugung und -verarbeitung, fortlaufend begleiten und dabei mit den bestehenden Förderinstrumentarien unterstützen.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Till Backhaus“

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

Für eine solide Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) –

Der GKV ein gesundes und nachhaltiges Fundament geben

– Drucksache 5/1963 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Kokert, Vincent
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Timm, Udo

Neinstimmen

SPD

Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Müller, Irene
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

CDU

Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen.....	6
Neinstimmen	52
Enthaltungen	-